REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 374 · 11.1.1995

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 42 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Spendenaufruf: 50.000 DM für ak! - ak- Redaktion
2. Ein Sohn Afrikas - J., Westberlin
3. Spenden-Ergebnis seit ak 372
4. Ein verunglücktes (Selbst-)Porträt. taz- Redakteur Jakobs preist Beate Scheffler - Js.
5. Opposition gegen Dudajew - as
6. Imperiale Überheblichkeit. Der Krieg in Tschetschenien - Andreas Skrypietz
7. Tschetschenien und die Sowjetmacht - as
8. Rußland und die Bergvölker des Kaukasus. Ein grober Überblick - as
9. Die russisch-tschetschenischen Beziehungen - as
10. Eine Präsidentenpartei im Wartesaal. Die LDP in Rußland - Jeremy Lester
11. Populisten in der Krise. Politikverbot für Bernard Tapie - Js.
12. Silvio Berlusconi gibt nicht auf - Js.
13. Neue Polizei-Rekorde - Festnahmeaktion während des EU-Gipfels in Essen
14. EU-Gipfel in Essen: Osteuropa im Blick. Das Mittel der Erweiterung zum Zwecke der Vertiefung - J., Westberlin
15. "Alles muß auf den Prüfstand." Kapital- Vertreter läuten das Ende des Sozialstaats ein - J., Westberlin
16. Die Rote Armee hat uns befreit. Interview mit Hans Frankenthal - Auschwitz-Häftling 104.920 - Katja Leyrer, Gabi Bauer
17. ak-Serie: Kapitulation und Befreiung, Teil 1 - Editorial
18. Befreiung in Auschwitz (Auszug aus Primo Levis Roman: Ist das ein Mensch?)
19. Vor 50 Jahren. Chronologie Teil 1: Januar 1945
20. Auschwitz - kein " anderer Planet" - KM
21. "Lider fars Leben". Neue Kassette von "Coincidence"
22. Befreiung von Auschwitz und Kriegsende. Veranstaltungen in Frankfurt, Marburg, Hamburg und Berlin
23. Inseln des Friedens oder Grundstücke ohne Verkehrswert? Jüdische Friedhöfe und Grab- schändungen (Teil 2). - Sieghard Bußenius
24. Arbeitskreis zur Erforschung des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein e.V. (AKENS) - AKENS
25. Die REPs ohne Schönhuber - Bernhard Schmid
26. Kein Ende absehbar. Prozeß gegen Plauener AntifaschistInnen - Antifaschistische Aktion Plauen u.a.
27. 10 Jahre Bhopal. Chemieindustrie entzieht sich der Verantwortung - Jutta Sapotnik
28. Der Staat hat sich freigesprochen. Türkei: Milde Urteile im Prozeß wegen Sivas, dem türkischen Rostock - n.m.
29. Türkei: Das doppelte Spiel mit den Islamisten - nm
30. Vom Polizeigriff zum "Übergriff" - folgenlos? Ansätze zu Gegenwehr und öffentlicher Kontrolle der Polizei - Rolf Gössner
31. Algerien - eine Tragödie hinter verschlossenen Türen - Tahar Ben Jelloun, aus: La Repubblica
32. Gesellschaftsvertrag statt Klassenkampf? Thesen des PDS-Vorstandes zum 4. Parteitag (Dokumentation)
33. Eine Antithese (zu den Thesen des PDS- Parteivorstands). - Winfried Wolf
34. Positionen zur zukünftigen Politik der PDS. Beschluß der Arbeitsgemeinschaft junger GenossInnen in und bei der PDS (Dokumentation)
35. Ermittlungsverfahren wegen "§ 129a und Agententätigkeit für die DDR" - Axel Wäldele
36. Über die Verrohung der politischen Sitten - Heinrich Eckhoff
37. Manchmal ist die Welt halt schwarz-gelb. "Der Ruhm, der Traum und das Geld" - ein Buch über Borussia Dortmund - as
38. Der "Altonaer Blutsonntag". Die Zerstörung einer Legende - ge., Hamburg
39. Eine innere Angelegenheit Rußlands ...

40. Quelldatei 22.htm
41. EU-Gipfel in Essen: Osteuropa im Blick
42. Quelldatei 25.htm

1. Spendenaufruf: 50.000 DM für ak!

Autor: ak- Redaktion · Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak374/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:374:30

Ein neues Jahr hat begonnen. Da wir nicht wissen, ob es endlich den Aufschwung (revolutionärer Kämpfe) bringen wird, verzichten wir wie üblich auf die alternative Neujahrsbotschaft. Statt dessen bleiben wir einem Brauch treu, der sich in der Vergangenheit als sehr nützlich erwiesen hat. Zum 13. Mal rufen wir alle Leserinnen und Leser dazu auf, mit einer nicht zu kleinen Spende dazu beitragen, daß unser Spendenziel von 50.000 DM auch diesmal erreicht wird.

Unter marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten ist eine Zeitung mit einer Auflage von 4.000 Exemplaren und fast ohne Werbeeinnahmen ein Unding. Andererseits sind die Verkaufszahlen einigermaßen stabil; mehr als die Hälfte der Auflage geht an AbonnentInnen. Da das so ist und uns zuweilen sogar lobende und aufmunternde Zuschriften erreichen, haben wir uns dafür entschieden, auch im 25. Erscheinungsjahr von ak (was einstmals Arbeiterkampf meinte und heute analyse & kritik bedeutet) weiterzumachen.

Allerdings müssen wir, um die Existenz der Zeitung zu sichern, dem kapitalistischen Konkurrenzsystem ein Schnippchen schlagen. Sozialistische Umverteilung ist das Gebot der Stunde: Wer mehr hat, soll auch mehr zahlen und so den ak-LeserInnen mit schmalem Einkommen den Kauf der Zeitung zu einem halbwegs erschwinglichen Preis ermöglichen.

Anders als im letzten Jahr können wir nicht garantieren, daß bei erfolgreicher Spendensammlung unseren Leserinnen und Lesern eine Preiserhöhung erspart bleibt. Die Kosten sind schon im letzten Jahr erheblich gestiegen, und die 1994 vereinbarte "Nullrunde" bei den ohnehin geringen Gehältern der wenigen bezahlten Kräfte soll in diesem Jahr nicht wiederholt werden. Unter der Rubrik ak-intern würden wir demnächst gern folgende Schlagzeilen bringen: "Nullrunde durchbrochen!" und "Existenz von ak für ein weiteres Jahr gesichert!" Wer das lesen möchte, muß zahlen: Je mehr desto besser, aber auch kleine Spenden sind willkommen.

Mit den seit Ende November eingegangenen Spenden ist ein Anfang gemacht. Weiter so!

ak-Redaktion

Spenden-Konto

Heinrich Eckhoff

Postbank Hamburg

BLZ: 200 100 20

Konto: 464584-204

2. Ein Sohn Afrikas

Autor: J., Westberlin · Rubrik: Südafrikanische Republik · CD-Datei: daten/aksuche/ak374/slovo.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:374:slovo

So bezeichnete Nelson Mandela den früheren Generalsekretär der Kommunistischen Partei Südafrikas (SACP), Joe Slovo, anläßlich dessen Todes in der Frühe des 6. Januar 1995. Am Abend zuvor hatte Mandela seinen jahrzehntelangen Freund, den er schon aus der Zeit des Studiums kannte, noch einmal im Krankenhaus besucht.

Slovos Leben verkörpert sicher eine der interessantesten politischen Biographien dieses Jahrhunderts. 1926 geboren, stammte er aus einem jüdischen Getto in Litauen. Seine Familie wanderte 1935 nach Südafrika aus. Schon 1942 trat Slovo in die KP ein, nur kurze Zeit später kämpfte er als Freiwilliger gegen Nazideutschland. Nach Weltkriegsende studierte Slovo mit Hilfe eines Stipendiums Jura. 1950 wurde die südafrikanische KP verboten, die daraufhin ihre Zusammenarbeit mit dem ANC zu intensivieren begann. An der Abfassung der 1955 verabschiedeten ANC-"Freiheitscharta" war Slovo bereits beteiligt.

1963 verließ Slovo heimlich Südafrika. Er wurde 1970 stellvertretender Generalstabschef der ANC-Armee "Speer der Nation" und später deren Leiter. Für die Rassisten avancierte er zum "Staatsfeind Nr. 1", dem sie mit allen Mitteln habhaft zu werden suchten. Seine Frau, Ruth First, wurde 1982 in Mosambik durch eine Briefbombe des südafrikanischen Geheimdienstes ermordet. Slovo wurde 1985 als erster Weißer in die ANC-Exekutive gewählt. Von 1986 bis 1991 war er Generalsekretär der SACP.

Die Verhandlungs- und Kompromißpolitik des ANC nach dessen Legalisierung 1990 war stark von Slovo geprägt. Zugleich initiierte er innerhalb der SACP eine Auseinandersetzung über den Sozialismus sowjetischer Prägung. In der ANC-geführten Regierung übernahm er 1994 das Amt des Wohnungsbauministers - kein schlechtes Amt gerade für ihn, nennen sich doch etliche Slumsiedlungen in Südafrika "Slovo-Park". Im Dezember war vom Kabinett sein Wohnungsbauplan gebilligt worden, der die Errichtung von einer Million Wohnungen bis 1999 vorsieht. Auf dem ANC-Kongreß Mitte Dezember war der schon seit Jahren an Leukämie leidende Slovo mit der höchsten Auszeichnung des ANC geehrt worden.

J./Westberlin

3. Spenden-Ergebnis seit ak 372

Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak374/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:374:29

Seit unserem Spendenaufruf in AK 372 gingen folgende Spenden bei uns ein:

E.Sch., HH, wg. Gremliza 24,00

W.S., Hamburg wg. Konkret 100,00

Th.K., Hamburg 252,40

U.Sch., Basel 1.500,00

anonym, Leipzig 50,00

W.W., Berlin 300,00

G.K.-R., Bonn 1.000,00

G.H.-K., Kist 100,00

S.B.W., Frankfurt 300,00

P.V., Heidelberg 200,00

N.N., Lüneburg 150,00

W.B., Berlin 200,00

K.Sch., Bergkamen 10,00

R.H., Berlin 34,00

B.H., Kirner Land 56,78

W.P., Rickling 2.000,00

F.E, Marienthal 50,00

Jupp, Pfalz 250,00

Kn., Quickborn 100,00

c.g.+s.p., Dollart 500,00

gaf, Tübingen 300,00

W.L., Kitzingen 50,00

L.M., Hamburg 70,00

E.F., Hamburg 150,00

J.Z., Köln 30,00

C.H., München 50,00

G.G., Celle 60,00

H.R., Salzgitter 100,00

R.M., Oldenburg 200,00

T.R., Göttingen 20,00

E.J., Berlin 50,00

S.M., Kaiserslautern 100,00

V.B., Hamburg 400,00

G.B., Hamburg 500,00

Z., Göttingen 1.000,00

Ch.W., Hamburg 1.000,00

H.K., Hamburg 500,00

S., Frankfurt 40,00

L.G., Köln 50,00

N.N., Lüneburg 50,00

B.B., Hanau 100,00

C.F.W., Frankfurt 300,00

W.K., Schleswig 300,00

C.C., xy 75,00

N.N., Göttingen 100,00

U.S., Tübingen 100,00

U.E., Berlin 50,00

H.F., Tübingen 51,00

W.F., xy 20,00

U.B.,Lahntal Caldern 20,00

Moegel 20,00

D.P., xy 30,00

Ja., Hannover 30,00

G.R., Geritsried 50,00

St.S., Berlin 50,00

B., Wirdum 50,00

B.Sch., Berlin 100,00

G.M., Darmstadt 150,00

J.H., Nürnberg 1.000,00

M.Q., Stade 30,00

H.H., xy 100,00

U.St., Nürnberg 150,00

M.K., Berlin 150,00

G.K., xy 500,00

S.K., Berlin 50,00

P.G., Köln 120,00

T.-F.M., Wolfenbüttel 50,00

D.B., Hamburg 100,00

C.L., Hamburg 100,00

G.W., Hamburg 425,00

E.A., Hamburg 70,00

J., Frankfurt 80,00

M.E., Cospoda 100,00

L., Nienburg 18,00

B.K., xy 250,00

Summe 16.786,18

Gegenüber dem Zwischenergebnis unserer vorjährigen Sammlung sind bisher rund 2.600 Mark weniger eingegangen. Dafür hat sich im Vergleich zum Januar 1994 die Zahl der Spenderinnen und Spender um 21, das sind gut 35 Prozent, erhöht. Jede Spende zählt!

4. Ein verunglücktes (Selbst-)Porträt. taz- Redakteur Jakobs preist Beate Scheffler

Autor: Js. · Rubrik: Grüne (und Vorläufer) · CD-Datei: daten/aksuche/ak374/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:374:02

Nicht selten verbinden politische Journalisten ihr Schicksal mit dem eines von ihnen bewunderten Politikers, huldigen ihm mit wohlwollenden Porträts und Nachrichten über gänzlich uninteressante Aktivitäten, um schließlich am Ende der Politikerkarriere mit einer Biographie in bescheidenem Maße an Ruhm und Größe des Angebeteten teilzuhaben. In der taz sind derartige Symbiosen eher die Ausnahme - Klaus-Peter Klingelschmitt, der hessische Hofberichterstatter von Joschka Fischer, muß nach dessen Umzug nach Bonn mit mäßig talentierten Landespolitikern vorlieb nehmen.

Was seinen Kollegen Walter Jakobs von der Regionalredaktion NRW bewogen hat, sich mit voller Wucht für die weithin unbekannte grüne Landespolitikerin Beate Scheffler ins Zeug zu legen, wird sein Geheimnis bleiben. Als Frau Scheffler im Dezember 1992 einem größeren Publikum bekannt wurde, mag Jakobs noch darauf vertraut haben, ihre These über den kausalen Zusammenhang von antiautoritärer Erziehung und rechter Gewalt werde im neuen Deutschland Triumphe feiern. Heute, zwei Jahre später, - die Dinge haben einen unerwarteten Verlauf genommen - läßt Jakobs die Geschichte keineswegs auf sich beruhen.

Die schlichte Tatsache, daß Frau Scheffler von ihrer Partei nicht wieder als Landtagskandidatin nominiert wurde, ist ihm Anlaß zur Abrechnung. "Das Portrait" vom 15.12.1994 beginnt Jakobs mit dramatischen Worten, die einer ganz anderen Tageszeitung Ehre machen würden: "Aus. Vorbei. Nicht mal für Platz 16 ließen sie ihr eine Chance. Abgestraft! Vom eigenen Parteitag vor die Landtagstür gesetzt." Die Aneinanderreihung Bild-hafter Satzfragmente, allesamt schlagzeilentauglich, leitet einen politischen Nachruf ein, bei dessen Formulierung der Autor seine Tränen kaum zurückhalten kann: "Es gibt nämlich eine ganze Anzahl von Wählern, die angesichts des deprimierenden Personals bei den Altparteien auf die Grünen hofften - gerade wegen Menschen wie Beate Scheffler."

Unseren über grüne Interna uninformierten LeserInnen muß nun zweierlei mitgeteilt werden. Erstens die Tatsache, daß sich Frau Scheffler weiterhin bester Gesundheit erfreut; zweitens der Anlaß, der taz-Redakteur Jakobs zu seinem Ausbruch trieb:

Beate Scheffler, Abgeordnete der Grünen im Düsseldorfer Landtag, hatte Ende 1992 auf 50 Zeilen in einer Halbzeitbilanz-Broschüre ihrer Fraktion einen ursächlichen Zusammenhang von emanzipatorischer Erziehung und der Bereitschaft Jugendlicher, "auch Brandsätze zu werfen", konstruiert. Die Erziehung der Jahre 1968ff. habe "eine Spezies" von Jugendlichen hervorgebracht, "die zum überwiegenden Teil egozentrisch, konsumorien- tiert und im schlimmsten Falle sogar gewalttätig und fremdenfeind- lich ist". Schuld sei das antiautoritäre Aufbegehren von 1968: "Es war unsere Revolte, die viele Wertsysteme hat zusammenbrechen lassen. Waren wir es nicht, die gegen alle Normen angekämpft haben? Wir haben jede Autorität in Frage gestellt, wollten die Familien am liebsten auflösen. (...) Wir setzten möglichst wenige Grenzen, sprachen ungern Verbote aus, mit denen sich die Kinder hätten auseinandersetzen müssen."

Die Reaktionen auf die extravagante These von der gewaltfördernden antiautoritären Erziehung waren zwiespältig. Der Fraktionsvorsitzende der CDU, Helmut Linssen, griff Schefflers Stichworte in einer Landtagsdebatte dankbar auf und spitzte sie im christlich-demokratischen Sinne zu: "Sehr geehrte Frau Scheffler, die ‚antiautoritäre Erziehung` war keine Erziehungsarbeit, sondern war eine systematische Zerstörungsarbeit an der Jugend. Die damals übliche offene Ermutigung zu ‚Regelverletzungen` (‚Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt`, ‚Macht kaputt, was euch kaputt macht`), die Ermutigung zur Gewalt gegen Sachen, das ist nur ein Teil der Saat, die jetzt wieder einmal aufgeht."

Als sich Mitglieder der grünen Landtagsfraktion von Frau Schefflers "grobem und gefährlichen Unfug" distanzierten, war es Meister Jakobs, der für die mutige Tabubrecherin Partei ergriff. Gegen sie seien "Grüne GesinnungspolizistInnen im Einsatz" (Artikelüberschrift der taz vom 6.1.1993); nicht nur die Antiautoritären von damals, sondern auch die Antinationalen von heute erklärte Jakobs zu Verderbern der deutschen Jugend und verurteilte "den fatalen Reflex vieler linker Lehrer, jede nationale Regung bei ihren Sprößlingen als nationalistisch zu verdammen".

Genützt hat Jakobs' Fronteinsatz wenig. Zwar befand er sich eine Zeitlang in bester linksliberaler Gesellschaft - auch die Frankfurter Rundschau (5.1.1993) geißelte die "Fraktionsfundis", die "in stalinistischer Manier" gegen Frau Scheffler polemisiert hätten; Die Zeit startete im März 1993 gar eine mehrteilige Serie zum Thema "Jugend und Erziehung", in denen die Schefflerschen Thesen, etwas schwungvoller formuliert, unter die Leute gebracht wurden. Mangels Beweisen blieb die Kampagne ohne durchschlagenden Erfolg: Auch zwei Jahre nach Eröffnung des Streits gibt es immer noch keinen einzigen Fall, der den unterstellten Mechanismus - "Antiautoritäre Erziehung macht fremdenfeindlich bis hin zur Gewalttätigkeit" - belegen könnte. Die prominenten, ehemals linken "Experten", die Anfang 1993 öffentlich für Autorität und "Grenzensetzen" eiferten, - u.a. Claus Leggewie und Thomas Schmid - ziehen es denn auch vor, sich derzeit nicht zum Thema zu äußern.

Selbst Beate Scheffler ließ inzwischen durchblicken, "daß sie ihre damalige These heute so nicht mehr äußern würde." Das behauptet zumindest Daniel Kreutz, arbeits- und sozialpolitischer Sprecher der Grünen im Landtag NRW, in einem Leserbrief an die taz (23.12.1994). Im übrigen, so Kreutz weiter, sei Beate Scheffler nicht von den vergebungsbereiten Linken, sondern von den "Hardlinern des Realo-Flügels" niedergestimmt worden.

So bleibt als einziger unbeugsamer Kämpfer taz-Redakteur Jakobs der rechten Sache treu. Unbeirrt von Schmähungen aus der taz-Leserschaft, die sich unter engagiertem Journalismus etwas anderes vorstellt, pflegt er "sein eigenes Feindbild, die grüne Linke" (Kreutz). Der bei der Listenplatzvergabe von den Linken errungene "Sieg des Parteisoldatentums" (Jakobs) dürfte den streitbaren Redakteur nur zu neuen Mißhandlungen der "links-grünen Parteiseele" (derselbe) anspornen.

Js.

5. Opposition gegen Dudajew

Autor: as · Rubrik: Sowjetunion, Nationalitäten · CD-Datei: daten/aksuche/ak374/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:374:26

Am 9. November 1991 schwor Dudajew vor einer riesigen Menschenmenge in Grosny den Amtseid als Präsident der tschetschenischen Republik auf den Koran. Er präsentierte sich der Menge als "Einiger des Kaukasus" im antikolonialen Kampf gegen Rußland. Bereits kurz nach der offiziellen Amtsübernahme drohte er Rußland mit Angriffen auf seine nuklearen Anlagen, wenn es nicht die Unabhängigkeit Tschetscheniens anerkennen würde. Gleichzeitig unterstützte er sowohl verbal als auch mit der Entsendung von Soldaten den damaligen georgischen Präsidenten Gamsachurdia. Dies wiederum brachte die übrigen Republiken des nördlichen Kaukasus und die Nationalbewegungen auf Distanz zu ihm. Es begann sich in Tschetschenien eine bewaffnete Opposition gegen ihn zu bilden. Ein erster Umsturzversuch im März 1992 scheiterte.

Auch in Tschetschenien verlief nun die innenpolitische Konfliktlinie zwischen Präsident und Parlament. Dudajew strebt eine Stärkung der Position des Präsidenten an, während das Parlament eine Vergrößerung seiner Kompetenzen verlangt. Die Anhänger Dudajews fordern seit 1992 eine Verfassungsänderung mit dem Ziel, dem Präsidenten möglichst weitreichende Sondervollmachten zu geben. Im Februar 1993 setzte Dudajew ein Referendum zu dieser Frage an, ebenfalls sollte ein neues Parlament gewählt werden, da das alte nach Ansicht des Präsidenten die soziale und nationale Bevölkerungsstruktur nicht adäquat widerspiegele. Doch zu diesen Abstimmungen kam es nicht, denn Dudajew löste im April 1993 das Parlament auf. Dieses hatte es nämlich gewagt, gegen ihn ein Mißtrauensvotum zu stellen. Von nun an regierte Dudajew mittels eines Präsidialregimes. Das Parlament und auch das Verfassungsgericht der Republik verurteilten dieses Vorgehen als Staatsstreich.

Die beiden politischen Lager standen sich nun wochenlang auf zwei Plätzen der Hauptstadt feindselig gegenüber. Verschiedene Bereiche der öffentlichen Verwaltung und der Wirtschaft befinden sich seitdem im Streik. Eine der Forderungen ist, daß sowohl der Präsident als auch das alte Parlament zurücktreten bzw. sich auflösen. Hauptkritikpunkte sind der desolate Zustand der Wirtschaft, die rasante Verschlechterung der Lebensbedingungen seit dem Antritt von Dudajew und die Unterdrückung der demokratischen Opposition. Tatsache ist, daß sich seit der Proklamierung der staatlichen Unabhängigkeit das Pro-Kopf-Einkommen der Bevölkerung um 65% verringert hat. Dies ist allerdings wohl hauptsächlich auf die russische Wirtschaftsblockade zurückzuführen. Die Opposition kritisiert, daß Dudajew zwar ein guter Militär sei, aber eben keine politische Führungskraft, er habe es zudem versäumt, die anvisierte staatliche Unabhängigkeit zu konsolidieren.

Die Anhängerschaft Dudajews in diesem Konflikt kommt mehrheitlich aus der ländlichen Bevölkerung und aus der Jugend. Die Opposition setzt sich mehrheitlich aus Kreisen der Intelligenz, den wirtschaftlichen Führungskräften und Geschäftsleuten zusammen. Aus Sicht der Dudajew-Anhänger stehen sie für die alte kommunistische Nomenklatur. Daran wird sicherlich ein Körnchen Wahrheit sein, auf der anderen Seite ist es nicht von der Hand zu weisen, daß Dudajew sich unter Ausnutzung der nach wie vor bestehenden Clan-Strukturen der Tschetschenen mit einer mafiaähnlichen Clique persönlicher Gefolgsleute umgeben hat.

Im Mai 1993 entließ Dudajew seinen bisherigen Vizepremierminister Mamodajew. Dieser rief daraufhin eine Gegenregierung aus. Das Land spaltete sich entlang der Anhängerschaft dieser beiden. Für den 5. Juni hatte das Parlament zu einer Volksbefragung über die Abhaltung von Neuwahlen und die Abschaffung des Präsidentenamtes aufgerufen. Am Tag zuvor ließ Dudajew das Rathaus von Grosny durch die Nationalgarde stürmen. Die Stimmzettel wurden vernichtet und die Abstimmung somit militärisch verhindert. Zeitgleich ließ er auch die noch existierenden Lager von Oppositionellen auf Plätzen der Hauptstadt räumen. Dabei gab es zahlreiche Tote und Verletzte. Im Juni 1994 formierte sich ein "Provisorischer Rat" aus Kreisen der Opposition, der Rußland um Hilfe zur "Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung" bat. Dieser Rat erklärt am 1. August Dudajew für abgesetzt. Im September kam es zu offenen militärischen Auseinandersetzungen zwischen den Gruppen.

Derzeit ist nicht klar, wofür die Opposition steht. Denn sie setzt sich aus mehreren Gruppen und Parteien zusammen. Es gibt national-radikale, gemäßigte Nationalisten und eine linksorientierte Volksfront. Die politischen Vorstellungen reichen von einem Großtschetschenien, über eine souveräne Republik mit starker Präsidialgewalt bis zu Vorstellungen von einem souveränen Staat mit gleichberechtigten Beziehungen zu

Rußland und der Wahl der Regierungsform durch Volksabstimmung. Die Unabhängigkeit des Landes von Rußland wird allerdings von allen Gruppierungen gefordert.

as

6. Imperiale Überheblichkeit. Der Krieg in Tschetschenien

Autor: Andreas Skrypietz · Rubrik: Sowjetunion, Nationalitäten · CD-Datei: daten/aksuche/ak374/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:374:40

Seit rund einem Monat versucht das russische Militär, in Tschetschenien "bewaffnete Banden" unschädlich zu machen und die "Verfassungsmäßige Ordnung" wiederherzustellen. So jedenfalls die offizielle Lesart dessen, was in Wahrheit Krieg ist. Krieg gegen ein Land, gegen ein Volk im nördlichen Kaukasus, das es gewagt hat, sich von Moskau loszusagen. Dieser Krieg wirft Fragen auf: Fragen danach, wem er nützt und wozu er geführt wird. Aber auch die Fragen, wer im Kreml das Sagen hat und was dieser Krieg für die Zukunft Rußlands bedeuten könnte.

Der Präsident Rußlands, Boris Jelzin, ist seit der Verabschiedung der neuen russischen Verfassung im Dezember 1993 mit einer Machtfülle ausgestattet, die in bürgerlich-demokratischen Staaten ihresgleichen sucht. Weder das Parlament noch ein Gericht kann ihn in seiner Machtausübung einengen, geschweige denn kontrollieren. So herrscht Jelzin über Rußland wie ein Zar. An den Zarismus erinnern nicht nur die Methoden, mit denen er regiert, sondern auch die Politik, die derzeit im Kreml betrieben wird. Umgeben hat sich Jelzin mit einem nationalen Sicherheitsrat, der - ähnlich dem Beraterstab des US-amerikanischen Präsidenten - ihn in allen wichtigen Fragen beraten soll. Gehörten bis zum Zusammenschießen des Weißen Hauses, des alten Parlaments, noch reformorientierte Politiker zu diesem Gremium, so hat sich dessen zum Teil geheimgehaltene Zusammensetzung seit Oktober 1993 gravierend verändert.

Soweit die Mitglieder dieses Rates bekannt sind, stammen sie ausschließlich aus dem Bereich des Militärs und der "Dienste". Die bekannten Mitglieder sind: General Pavel Gratschow, Verteidigung; General Michail Borsukow, Befehlshaber der Kreml-Garnison; General Alexander Korschakow, ehemaliger KGB-Major und Chef des Kreml-Sicherheitsdienstes; General Viktor Jerin, Innenminister; General Sergej Stjepaschin, Geheimdienstchef; des weiteren noch Nicolaj Jegorow, Vize-Premier und zuständig für Nationalitätenfragen, Viktor Iljuschin, erster Berater des Präsidenten und Oleg Lobow, Sekretär des Sicherheitsrates. In diesem Küchenkabinett wird die aktuelle Politik Rußlands bestimmt. Alle aufgezählten Personen kommen entweder aus der Kaderschmiede der Armee, des Innenministeriums, des KGB oder des inneren Managements der alten KPdSU. Bekanntermaßen werden in derartigen Institutionen konservative Problemlösungen bevorzugt. Doch das ist nicht der einzige Punkt, der diese Männer verbindet. Allesamt sind sie russische Chauvinisten, deren größtes Unglück ein Rußland wäre, in dem sich die anderen Völker nicht unterordnen müßten, sondern in einer freien Föderation zusammengeschlossen wären.

Der Krieg in Tschetschenien ist für die staatslenkende Generalität im Kreml der Versuch zu beweisen, daß Rußland nicht nur aufgrund seiner Größe, sondern auch wegen seiner politischen und militärischen Fähigkeiten eine Großmacht ist. Frei nach dem Motto: Was die USA in Panama oder Grenada können, können wir in Tschetschenien schon lange. Wenn mensch auch den russischen Machthabern zutrauen muß, aus diesem Grund einen Krieg anzuzetteln, so spielen doch noch andere Faktoren in diesem Krieg eine Rolle. Durch dieses Land von der Größe Schleswig-Holsteins laufen Straßen, Eisenbahnlinien und Versorgungsleitungen, die die Russische Föderation mit den Staaten Armenien, Georgien und Aserbaidschan verbinden. Seitdem der Vertrag über die Ausbeutung der aserbaidschanischen Ölfelder im und am Kaspischen Meer mit einem westlichen Firmenkonsortium unterzeichnet ist, laufen die Auseinandersetzungen über den Verlauf der Pipeline zu einem möglichen Verladehafen. Im Gespräch ist neben einer Route durch den Iran zum Persischen Golf, die von Aserbaidschan bevorzugt wird, eben auch eine, die über russisches Territorium zum Schwarzen Meer gehen soll. Und dieser Teil Rußlands ist u.a. Tschetschenien. Der Verlauf der Pipeline über russisches Gebiet wäre natürlich mit Deviseneinnahmen verbunden. Logischerweise setzt dies voraus, daß Moskau dieses Gebiet unter seiner Kontrolle hat.

Flugbenzin wäre ein anderes Motiv für diesen Waffengang. Tschetschenien hat bis vor kurzem rund 90% des russischen Flugbenzins und verwandter Schmierstoffe hergestellt. Verständlicherweise ist der Kreml besorgt, daß bei einer Sezession Tschetscheniens diese Raffineriekapazität nicht mehr zur Verfügung stünde. Es müßte in kürzester Zeit in Rußland selber Ersatz aufgebaut werden. Obendrein wären langwierige und vor

allem kostspielige Verhandlungen mit der Führung in Grosny nötig, um weiterhin Flugbenzin aus Tschetschenien zu erhalten. Aber wegen Flugbenzin und einer Pipeline einen Krieg führen?

Dschochar Dudajew, der derzeitige Präsident Tschetscheniens, ist kein Demokrat, und die Art, wie er das Land bisher regiert hat, hat auch mehr mit einer präsidialen Diktatur denn mit Demokratie zu tun. Aber als Jelzin nach dem Putschversuch der alten Garde im August 1991 den Republiken der ehemaligen Sowjetunion und Rußlands riet, sich soviel Freiheit zu nehmen, wie sie "schlucken" könnten, war es Dudajew, der in Tschetschenien versuchte, diesem Rat zu folgen. Er konnte mit der Zustimmung der Bevölkerung rechnen. Denn diese ist es schon lange leid, daß sie und die anderen Völker des nördlichen Kaukasus als "Schwarze" diffamiert und für alle Mafia-Umtriebe in Rußland verantwortlich gemacht werden. Dabei ist es sicher zutreffend, daß Tschetschenen mafiaähnliche Strukturen aufgebaut haben und mit Drogen und Waffen handeln. Aber ein ganzes Volk zu Mafiosi zu erklären, ist rassistisch. Dieser Rassismus, gepaart mit dem Chauvinismus der Männer im Kreml, ergibt eine imperiale Überheblichkeit, die nicht zum ersten Mal in der zaristisch/sowjetisch/russischen Geschichte zum Massaker führt.

Dabei wäre eine friedliche Lösung am Verhandlungstisch möglich gewesen. Denn sowohl der als Hardliner in der Souveränitätsfrage bekannte Dudajew als auch Vertreter der Opposition waren stets zu Verhandlungen mit Moskau bereit. Lange bevor die Vertreter der "Dienste" im Sicherheitsrat des russischen Präsidenten auf Gewalt setzten, waren die Tschetschenen bereit, über ihre Autonomiebestrebungen zu verhandeln. Moskau zog es jedoch vor, mal die eine, mal die andere Gruppe der Opposition mit Geld und Waffen zu versorgen, damit diese im Land den gewaltsamen Sturz Dudajews vorbereiten sollten. Dieses Vorhaben scheiterte kläglich. Selbst als im November letzten Jahres russische Soldaten auf Seiten der Opposition in die Kämpfe eingriffen, konnte Dudajew nicht gestürzt werden. Doch selbst diese Niederlage konnte den Kreml nicht von seinem Kurs abbringen. Alle Verhandlungsangebote der Tschetschenen wurden als unzureichend zurückgewiesen oder erst gar nicht angenommen. Denn Moskau erwartete keine Angebote, sondern Unterwerfung.

Nach außen begründen Jelzin und sein Rat diesen Kurs damit, daß die territoriale Integrität und die staatliche Einheit Rußlands gewahrt werden müsse. Dies ist ohne Frage ein legitimes Interesse. Aber ebenso legitim ist das Verlangen eines Volkes oder einer Volksgruppe nach größerer Autonomie und Selbständigkeit. Manchmal ist dieser Konflikt wohl nur durch eine militärische Auseinandersetzung zu lösen, etwa in einem antikolonialen Befreiungskampf. In eben dieser Tradition sehen sich die Tschetschenen und dies nicht ganz zu Unrecht. Denn die chauvinistische Überheblichkeit von Jelzin und seinen Mannen weckt Erinnerungen. Erinnerungen an die Umsiedlung unter Stalin und an die diversen Zaren, die auch schon versucht hatten, die Tschetschenen unter ihre Knute zu zwingen. Dies eint und stärkt die Tschetschenen im Kampf gegen den russischen Aggressor.

Ernsthafte Verhandlungen mit diesem Land hätten nicht nur den Krieg vermeiden, sondern auch einen Weg aufzeigen können, auf dem nicht nur die Tschetschenen, sondern auch die übrigen Völker Rußlands mit Moskau zu einer tragfähigen Regelung über Autonomie, Rechte der Zentrale, Befugnisse der Autonomen Republiken und dergl. gekommen wären. Ein solches Vorgehen hätte Jelzin tatsächlich zu einem Reformpolitiker gemacht. Es hätte einen radikalen Bruch mit der bisherigen Praxis bedeutet. Aber Jelzin hatte mit der blutigen Erstürmung des Weißen Hauses im Oktober 1993 bereits die Weichen in eine andere Richtung gestellt. Seitdem ist er auf die "Dienste" und vor allem das Militär angewiesen. Somit ist es auch logisch und wenig überraschend, daß der Konflikt mit Tschetschenien mit den Mitteln dieser Institutionen gelöst werden soll.

Tschetschenien ist dabei der erste Stein einer russischen Dominotheorie. Denn der Sicherheitsrat und Jelzin befürchten, daß nach einem Austritt Tschetscheniens aus der Föderation noch andere Völker folgen könnten. Eine solche Entwicklung wäre aus ihrer Sicht das Ende Rußlands als Großmacht. Dies soll unter allen Umständen verhindert werden. Gleichzeitig dient der Krieg in Tschetschenien auch dazu, den ebenfalls nach mehr Autonomie strebenden übrigen Autonomen Republiken klarzumachen, daß sie mit ihren Forderungen auf dem Teppich zu bleiben haben. Es sei denn, sie wollen das Risiko eingehen, daß ihre Städte und Dörfer von der Landkarte gebombt werden.

Für diesen Krieg trägt Boris Jelzin die alleinige Verantwortung. Er hat sich eine Verfassung geschrieben, die nahezu alle Macht des Staates auf die Funktion des Präsidenten vereinigt. Wenn er nicht der Ansicht wäre,

daß in diesem Teil des nördlichen Kaukasus mit Waffengewalt vorzugehen sei, hätte es diesen Krieg nicht gegeben. Mit dem Befehl zum Einmarsch hat er sich endgültig in die Reihe berühmt-berüchtigter russischer Imperatoren eingereiht. Er sollte in Zukunft den Beinamen "Grosny" tragen. Dies ist nicht nur die Hauptstadt Tschetscheniens, sondern bedeutet auch "schrecklich". Ivan IV. hatte ebenfalls diesen Beinamen. Unter seiner Herrschaft wurde Rußland außenpolitisch zu einer imperialen Macht, innenpolitisch zu einer Despotie. Heute sind die Wiedereinführung der Zensur und die Drangsalierung von kritischen JournalistInnen, Fernsehsendern und Zeitungen in Rußland ebenso wieder auf der Tagesordnung wie willkürliche Verhaftungen von Menschen aus dem Kaukasus - verdächtig, weil sie Kaukasier sind.

Aber im Gegensatz zu früher gibt es Opposition gegen diesen Krieg. Nicht nur Dissidenten oder einzelne Menschenrechtsgruppen, sondern weite Teile des gesamten politischen Spektrums sind gegen diesen Krieg. So sprach sich Jegor Gaidar, der ehemalige Premierminister, ebenso gegen diesen Krieg aus wie Jelena Bonner, die Witwe Sacharows, die aus Protest gegen diesen Krieg aus der Menschenrechtskommission des Präsidenten austrat. Die Gegnerschaft reicht bis zum Patriarchen von Moskau, der Jelzin aufforderte, das Blutvergießen zu beenden. Allein Schirinowski und seine LDP sowie andere Gruppierungen des rechten Spektrums unterstützen Jelzin in diesem Waffengang vorbehaltlos. Selbst in der Armee gibt es Kritik an diesem Vorgehen. Prominentester Kritiker ist Oleg Gromow, derzeit stellvertretender Verteidigungsminister und letzter Kommandierender der Truppen in Afghanistan. Nach seiner Ansicht hätte es gar nicht zu diesem Krieg kommen dürfen. Gromow möchte durch diese Abgrenzung von Jelzin eine weiße Weste behalten, um im nächsten Jahr erfolgreicher gegen ihn um die Präsidentschaft antreten zu können. Die jeweiligen Gründe für die Gegnerschaft gegen diesen Krieg dahingestellt - Jelzin trifft auf eine Öffentlichkeit, die mehrheitlich gegen diesen Krieg ist und die nach Umfragen des unabhängigen Fernsehsenders NTV auch kein Vertrauen mehr in diesen Präsidenten hat.

Dieser Krieg wird Rußland nicht mehr loslassen. Guerrilla-Aktionen der Tschetschenen werden auch nach einem vermeintlichen Sieg der russischen Truppen davon zeugen, daß die Tschetschenen so leicht nicht aufgeben. Die ökonomischen Folgen des Krieges werden die russische Wirtschaft noch Jahre in Mitleidenschaft ziehen. Der Sicherheitsrat wird - egal ob mit oder ohne Jelzin - wohl noch eine Weile die Macht behalten. Die Geschicke Rußlands werden weiter von chauvinistischer Überheblichkeit bestimmt werden.

Andreas Skrypietz

7. Tschetschenien und die Sowjetmacht

Autor: as · Rubrik: Sowjetunion, Nationalitäten · CD-Datei: daten/aksuche/ak374/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:374:06

Am 20.1.1920 wurde die "Autonome Sowjetische Gebirgsrepublik" (Gorskaja ASSR) gegründet. Sie vereinte die Kabardiner, Tschetschenen, Inguschen, Tscherkessen, Osseten, Balkaren und Karatschaier in einer Verwaltungseinheit. Doch bereits im September 1921 wurde sie wieder aufgelöst. An ihrer Stelle wurde eine ASSR der Kabardiner geschaffen, der im Januar 1921 auch die Balkaren zugeordnet wurden. Die Karatschaier und Tscherkessen bildeten eine gemeinsame ASSR, während Tschetschenien den Status einer Autonomen Provinz im Dezember 1922 erhielt. Dieser wurden 1934 die Inguschen zugeschlagen, die 1924 zunächst ein eigenständiges Territorium erhalten hatten. 1926 wurden die Tscherkessen und Karatschaier verwaltungstechnisch wieder getrennt. Erst die Verfassung von 1936 schuf die Verwaltungsordnung der Bergvölker des Kaukasus, die bis zum Ende der SU Bestand haben sollte. Es wurden die drei ASSRs der Kabardiner und Balkaren, der Nordosseten und der Tschetschenen und Inguschen gegründet. Die zentrale Verwaltung dieser Gebiete war jedoch in Rostow am Don. Sie wurde 1934 nach Vladikavkaz verlegt. Doch die Verwaltung lag nach wie vor in den Händen der Russen. 1931 wurde ein Gesetz erlassen, dem zufolge innerhalb von 18 Monaten rund 70% der Beamten aus der Region stammen und die örtlichen Sprachen beherrschen sollten. Doch selbst 1936 war dieses Gesetz noch nicht umgesetzt: Von den 1.310 Beamten des Gebietes Nordkaukasus stammten ganze 17 aus den Reihen der dortigen Bevölkerung.

Bis zur Zwangskollektivierung Ende der zwanziger Jahre bestand in den meisten Bergdörfern die traditionelle Struktur weiter. In Tschetschenien etwa war Grund und Boden nach wie vor in der Hand der jeweiligen Sippe. Der Islam war die bestimmende moralische und politische Kraft. Insbesondere in Tschetschenien soll die im nebenstehenden Artikel erwähnte Nakschbandiye-Bruderschaft großen Einfluß gehabt haben.

In der Anfangszeit der jungen Sowjetmacht wurden die Völker des nördlichen Kaukasus in ihren Lebensformen und Bedürfnissen noch ernst genommen. Für viele wurde, wie etwa für die Tschetschenen, eine eigene, neue Schriftsprache entwickelt. Ebenso wurden diese Völker alphabetisiert, und es wurde versucht, sie näher an das Lebensniveau der übrigen Sowjetunion heranzubringen. Hierzu gehörte es auch, Mitglieder dieser Völker für die Übernahme von Aufgaben in Verwaltung und Politik auszubilden. Doch im Laufe der dreißiger Jahre wich diese Politik zunehmend einer aggressiven Russifizierung. Fast alle wichtigen Positionen in Wirtschaft und Verwaltung wurden wieder wie unter dem zaristischen Regime mit Russen besetzt. Damit sollte möglichen nationalistischen Gefühlen und nationalistischer Politik ein Riegel vorgeschoben werden. Doch realiter wurde das Gegenteil erreicht.

Bis 1945 wurde der Imam Schamil als Nationalheld verehrt, der gegen den lokalen Feudalismus zu Felde gezogen sei. 1950 wurde in seiner Beurteilung eine radikale Kehrtwende vollzogen: Nun war er der erzreaktionäre Bandenführer, der sich der fortschrittlichen Entwicklung Rußlands unter Nikolaus I. entgegenstemmte. Nach dem Tode Stalins wurde der gesamte Widerstand der Bergvölker als Volksbefreiungskampf eingeschätzt, jedoch die islamische Führung und die Einflüsse des Sufismus kritisiert. Der Islam, vor allem aber die sufische Ausrichtung davon, galt als Ausdruck klerikalen, fanatischen und reaktionären Denkens. Nach dem Einmarsch in Afghanistan fand eine erneute Umwertung in Richtung auf eine pauschale Verurteilung Schamils und des damaligen Kampfes statt. Im Zuge der Perestroika fand dann wieder eine Bewertung recht ähnlich der unter Chruschtschow statt.

Die ASSR der Tschetschenen und Inguschen

Dieses Gebiet ist 19.300 qkm groß und hat rund 1.282.000 EinwohnerInnen, davon rund 750.000 Tschetschenen, 186.000 Inguschen, 320.000 Russen, 14.500 Armenier und 12.000 Ukrainer. Die Hauptstadt ist Grosnyi mit rund 390.000 Menschen. Die ASSR hatte allerdings zunächst nur bis 1944 Bestand, da Stalin die Tschetschenen und Inguschen nach Sibirien verbannte, obwohl am 5.10.1942 44 Tschetschenen hohe sowjetische Kriegsauszeichnungen erhalten hatten für ihren Kampf gegen die Truppen der Nazis im Kaukasus. Bei der Verbannung dieser Völker verloren nach den Zahlen der Volkszählungen von 1939 und 1959 mindestens 22% aller Tschetschenen ihr Leben. Mit Beginn der fünfziger Jahre kehrten die Tschetschenen, wie auch andere Völker der Region, illegal in ihre Heimat zurück. 1956 wurden die deportierten Völker des nördlichen Kaukasus rehabilitiert und ihre ASSRs wiederhergestellt. Das führte zwangsläufig zu Auseinandersetzungen zwischen den neu angesiedelten Russen, Ukrainern und den Angehörigen anderer

Völker und den Rückkehrern. Hinzu kommt, daß die Grenzen der neuen ASSRs nicht denen der von 1936 entsprachen.

Diese Spannungen führten im August 1958 zu schweren Zusammenstößen in Grosnyi und einem Pogrom gegen die in der Stadt lebenden Tschetschenen. Auslöser war die Beerdigung eines Russen, der angeblich aus Eifersucht von einem Tschetschenen erstochen worden war. Zahlreiche Tschetschenen verloren in den dreitägigen Auseinandersetzungen ihr Leben, das Eigentum fast aller in Grosnyi lebenden Tschetschenen wurde zerstört. Erst der Einsatz der Armee konnte den russischen Mob stoppen. Bei einer Untersuchung kam allerdings zutage, daß bei der Entstehung der Auseinandersetzungen der örtliche Parteisekretär A. I. Jakowlew maßgeblich die anti-tschetschenische Stimmung unter den Russen angeheizt hatte. Er wurde in den Kaderapparat der Zentrale versetzt, doch sollte es in den nachfolgenden Jahren immer wieder Auseinandersetzungen zwischen Russen und Tschetschenen geben.

Der souveräne Staat Tschetschenien

Eine rasante Zuspitzung des Konfliktes erfolgte nach dem Putschversuch der alten Männer im August 1991. Sich soviel Souveränität zu nehmen, wie sie wünschten, lautete damals die Aufforderung von Boris Jelzin an alle Republiken der ehemaligen SU wie auch an die autonomen Republiken der Russischen Föderation. Dieses Angebot wurde von Tschetschenien angenommen. Am 15.9.1991 löste sich der damalige Oberste Sowjet der Autonomen Republik der Tschetschenen und Inguschen auf. An seine Stelle trat ein "Zeitweiliger Oberster Sowjet", der zur Aufgabe hatte, die Loslösungsverhandlungen mit Moskau zu führen. Dieses Gremium wurde auch vom damaligen russischen Parlament als Überangsgremium anerkannt. Das "Exikutivkomitee des Vereinigten Kongresses des tschetschenischen Volkes" übernahm am 6. Oktober 1991 die Macht. An seiner Spitze steht Dschochar Dudajew. Dieser Machtwechsel an der Spitze Tschetscheniens wird allgemein als Umsturz interpretiert. Um seiner Machtergreifung einen demokratischeren Anstrich zu geben, wurden vom Exekutivkomitee am 27. Oktober 1991 Parlaments- und Präsidentschaftswahlen ausgeschrieben. Aus diesen ging Dudajew als Sieger hervor. Diese Wahlen werden jedoch von Rußland nicht anerkannt, obwohl Wahlbeobachter aus Georgien und Estland bestätigten, daß der Urnengang ordnungsgemäß verlaufen sei.

Der 1. November 1991 ist der Tag der Ausrufung der staatlichen Unabhängigkeit Tschetscheniens seitens des Exekutivkomitees. Tags darauf beschließt das russische Parlament unter der Leitung des Tschetschenen Ruslan Chasbulatov, daß die Wahlen in Tschetschenien illegal gewesen seien. Am 8. November wird der Ausnahmenzustand über das Gebiet von Jelzin verhängt. Zwar soll mit diesem Erlaß die verfassungsmäßige Ordnung aufrecht erhalten werden, es kommt aber nicht zu einer aktiven Umsetzung des Beschlußes. Demgegenüber ziehen die in Tschetschenien stationierten Soldaten ab und lassen auch ihr schweres Kriegsgerät zurück. (Diese Waffen bilden den formellen Anlaß für den Erlaß des Präsidenten am 9. Dezember 1994, mit dem der Einmarsch in Tschetschenien zur Entwaffnung von Banditen befohlen wurde.)

Auf Anregung des damaligen Parlamentspräsidenten Chasbulatov erklärt das russische Parlament im Sommer 1993 erneut, daß die Herrschaft des Exekutivkomitees illegal ist. Doch im Gegensatz zu 1991 wird nun dieser Beschluß von Jelzin hintertrieben und eine Linie der Duldung gegenüber Dudajew gefahren. Denn mittlerweile hat sich die politische Lage in Moskau verschärft. Der Präsident und das Parlament stehen sich unversöhnlich gegenüber. Die Politik gegenüber Tschetschenien verläuft nun entlang der Konfliktlinien zwischen dem Kreml und dem Weißen Haus. Erst nachdem sich Jelzin seiner Gegner durch die Erstürmung des Parlamentes am dritten und vierten Oktober 1993 vermeintlich entledigt hat, wird auch seine Politik gegenüber Dudajew wieder härter. Anfang Dezember 1993 erklärt Jelzin gegenüber Vertretern Inguschiens und Nordossetiens, daß Tschetschenien zum unabtrennbaren Bestandteil Rußlands gehöre. Diese eindeutige Warnung zeigt in der Republik aber keine Wirkung. Denn Tschetschenien nimmt nicht an den Parlamentswahlen und der Abstimmung über die neue russische Verfassung am 12. Dezember 1993 teil, da es sich als souveränen Staat sieht.

Die Tschetschenen waren in der Zwischenzeit maßgeblich an der Gründung der "Konföderation der Völker des Kaukasus-Gebirges" beteiligt, deren Gründungskongreß im Mai 1990 in Suchumi, der Hauptstadt Abchasiens, stattfand. Dort trafen die russischen autonomen Republiken des Nordkaukasus mit Abchasien und Südossetien aus Georgien zusammen. Bei einem Nachfolgetreffen im November 1991 waren bereits 16 Nationen vertreten. Im August 1992 sandte die Konföderation Truppen nach Abchasien, um dieses im Kampf

für seine Unabhängigkeit von Georgien zu unterstützen. Neuerdings heißt der Zusammenschluß "Konföderation der Nationen des Kaukasus", doch sie hat bislang wenig dazu beigetragen, die Konflikte, die an ethnischen Linien innerhalb dieser Region verlaufen, zu entschärfen. Dennoch sind die Tschetschenen den Russen auch deswegen ein Dorn im Auge, weil sie über diesen Zusammenschluß den Völkern dieser Region insgesamt wieder zu mehr politischem Selbstvertrauen verholfen haben.

Da die derzeitige Führung der Tschetschenen unter Dudajew ausschließlich aus diesem Volk stammt, sahen sich die Inguschen in dieser Verbindung innerhalb einer ASSR oder eines anderen Verbundes nicht länger repräsentiert. Im Dezember 1992 wurde der bisherige Zusammenschluß einvernehmlich aufgehoben und neben Tschetschenien Inguschien aus der Taufe gehoben, das ebenfalls seine Unabhängigkeit anstrebt.

as

Quellen:

Karl Grobe-Hagel: Rußlands Dritte Welt. Nationalitätenkonflikte und das Ende der Sowjetunion. ISP Verlag Frankfurt/M 1992

Richard Sakwa: Russian Politics and Society. Routledge London New York 1993

8. Rußland und die Bergvölker des Kaukasus. Ein grober Überblick

Autor: as · Rubrik: Sowjetunion, Nationalitäten · CD-Datei: daten/aksuche/ak374/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:374:05

Nachdem sich Rußland seit dem Ende der mongolischen Herrschaft mehr und mehr als regionale Macht zwischen Europa und Asien etabliert hatte, gab es seitens der Herrschenden im Kreml Überlegungen, die Völker des Kaukasus und der südlichen Regionen an den Grenzen zu Persien und zum Osmanischen Reich in den Herrschaftsbereich der zaristischen Krone zu bringen. Transkaukasien - das sind die heutigen Staaten Armenien, Aserbaidschan und Georgien - wurde in mehreren Feldzügen gegen Persien und das Osmanische Reich unterworfen, daran änderten auch zahlreiche Aufstände nichts. Doch die nördlich gelegene Gebirgsregion des Kaukasus konnte trotz verschiedener Versuche bis weit in die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts nicht gänzlich der Macht Moskaus unterworfen werden. Doch Moskau setzte nahezu alles daran, dies zu erreichen. Denn das Kaukasusgebirge stellte die kürzeste Verbindung zu den Völkern Transkaukasiens dar, und es war obendrein geboten, das Gebiet Georgiens vor den ständigen Überfällen aus dieser Region zu schützen. Denn nur wenn Rußland die Georgier erfolgreich vor diesen Einfällen schützen konnte, war gewährleistet, das sich Georgien nicht an benachbarte Mächte wie das Osmanische Reich oder Persien um Beistand wandte.

Einen großen Teil seiner damaligen Militärmacht bot Rußland auf, um dieses Ziel zu erreichen. Doch es sollte einige Jahrzehnte dauern, bis der Widerstand der zahlenmäßig und technisch unterlegenen Völker des Kaukasus gebrochen war. Dieser Freiheitskrieg sucht in der Geschichte der russischen Expansion seinesgleichen. Die kaukasischen Krieger und ihr Anführer Schamil wurden zu Mythen in Rußland und darüberhinaus. Zwischen 1854 und 1860 erschienen allein in Westeuropa über dreißig Bücher zu diesem Thema. Die Tatsache, daß kleine, zumeist muslemische Völker der Großmacht Rußland jahrelang widerstanden, blieb bis heute Symbol eines antikolonialen Widerstandes: sei es im Krieg in Afghanistan oder jetzt aktuell in Tschetschenien.

Der Kaukasus -

ethnisch gesehen

Diese Region zeichnet sich durch eine enorme ethnische Vielfalt aus. Die größeren der über fünfzig verschiedenen Gruppen und Völker verteilen sich von Osten nach Westen wie folgt: Über dreißig verschiedene Völker leben allein in Dagestan, darunter die kaukasischsprachigen Awaren, Darginer, Lesgier und Laken, aber auch iranische Taten und tatisch sprechende Juden in der Bergregion Dagestans. Ebenfalls leben in Dagestan turksprachige Kumyken und Nogai-Tataren. Westlich grenzt an Dagestan der zentrale Kaukasus, dort leben die kaukasischsprachigen Tschetschenen und Inguschen, am oberen Terek die persischsprechenden Osseten sowie im Hochgebirge um den Elbrus die turksprachigen Balkaren und Karatschaier. Der westliche Kaukasus bis zum Schwarzen Meer wird hingegen von den Tscherkessen bewohnt, die einer eigenen kaukasischen Sprachgruppe zugerechnet werden. Zwischen diesen und dem Terek siedelten die Kabardiner. Aber auch die Abchasen und Teile der Swanen und Chewsuren gehören zu den Bergvölkern des Kaukasus.

Entsprechend ist auch die Vielzahl der Sitten und Gebräuche. Sowohl die Existenz der diversen Sprachen als auch die Unterschiedlichkeit in Herrschafts- und Umgangsformen ist auf die durch die geographischen Gegebenheiten bedingte Isolation zurückzuführen. Ebenso verschieden sind natürlich auch die Wirtschaftsweisen und die politischen Organisationen der Völker. Viehwirtschaft mit Schafen und Kühen wird hauptsächlich von den Völkern im Gebirge betrieben, während in den Tälern und dem Vorgebirge Ackerbau und teilweise nomadische Viehwirtschaft vorherrschen. Khanate und Sultanate mit einer hierarchischen Sozialstruktur bildeten sich in Dagestan heraus, in den übrigen Gebieten des Kaukasus kam es hingegen nicht zu Staatsbildungen. Stämme, Clans und Gemeinden bestimmten das Gefüge der übrigen Völker. Doch auch hier gab es zahlreiche Unterschiede: Die Kabardiner und Osseten beispielsweise unterlagen mit ihren lokalen Gemeinschaften einer hierarchisch abgestuften Struktur des gesamten Volkes, während bei Tschetschenen, Inguschen, Karatschaier, Balkaren und weiten Teilen der Tscherkessen die Dorfgemeinschaft mit einer patriarchalischen, egalitären Ordnung im Zentrum stand.

Die meisten Völker der Region waren sunnitische Moslems mit Ausnahme der Osseten, die sich mehrheitlich zum orthodoxen Christentum bekennen. Der Grad der Islamisierung der verschiedenen Völker ist so verschieden wie sie selbst. In Dagestan war der Islam lange verwurzelt, und die arabische Sprache diente als Literatursprache. Hingegen waren die westlichen Tscherkessen erst recht spät und oberflächlich islamisiert worden. Gleich ist bei all diesen Völkern die Bedeutung der Krieger mit ihrem jeweiligen Ehrenkodex. Der Kampf gegen andere Völker in Verbindung mit einem Überlegenheitsgefühl gegenüber Außenstehenden war zentrales Element dieses Kodex. Für die russischen Eroberer waren diese verschiedenen Ethnien eine einheitliche Gruppe, und sie bezeichneten sie als "gorcy", Bergbewohner. Diese Bezeichnung klingt zunächst harmlos, sollte sich aber im Laufe der Zeit zu einem Schimpfwort entwickeln, das bis in unsere Tage nichts von seiner beleidigenden Schärfe verloren hat.

Die militärische Eroberung

des Kaukasus

"Sammeln der Länder der Goldenen Horde" nannte sich ein Programm, das die russischen Herrscher seit den Tagen Ivan IV., der den Beinamen "Groznyi", der Schreckliche, trug, verfolgten. Nachdem in der Mitte des 16. Jahrhunderts die Khanate von Kazan und Astrachan erobert worden waren, wandten sich einige Fürsten der Kabardiner an den Moskauer Zaren mit der Bitte um Protektion. Dies war eigentlich eine damals übliche Form der politischen Allianz, doch in der gesamten russischen und auch sowjetischen Geschichtsschreibung wird dies als Unterwerfung der Kabardei interpretiert. Dieses Bündnis mit den Kabardinern wurde noch durch die Heirat Ivans IV. mit einer Prinzessin aus diesem Volk sowie dem Übertritt einiger kabardinischer Adliger in den russischen Dienst gestärkt. In dieser Zeit begann Moskau auch militärisch dort Fuß zu fassen: Am Ufer des Terek wurde ein Fort errichtet und Kosaken angesiedelt.

Das Ziel "Eroberung" wurde erst ab dem 18. Jahrhundert systematisch verfolgt. In den dreißiger Jahren wurden neue Festungen gebaut und neue Kosakenheere geschaffen. Im Osten standen die Terek-Kosaken, im westlichen Kaukasusvorland wurden zwischen 1777 und 1781 die Kuban-Kosaken angesiedelt, und in der neuen Festung Ekaterinodar wurden zwischen 1792 und 1794 ehemalige Schwarzmeer-Kosaken stationiert. Doch erst der Sieg über das Osmanische Reich 1774, die damit verbundene Annexion der Krim und das Protektorat über Georgien 1783 gaben der russischen Expansion neuen Auftrieb. Es galt die Verbindung zum neuen Protektorat zu sichern, einzelne Khanate Dagestans wurden unter militärischen Schutz gestellt. Durch das Gebiet der Kabardiner und Osseten wurde die Georgische Heerstraße gebaut, und - zwecks besserer Kontrolle - wurden diese Völker dem russischen Reich auch formal eingereiht. Die Festung Vladikavkaz wurde 1784 gebaut. Ihr Name "Herrscherin über den Kaukasus" manifestierte den russischen Anspruch.

Doch erst zum Ende des 18. Jahrhunderts hin sollte dieser Anspruch Realität werden. Denn die Völker des Kaukasus reagierten mit Überfällen auf Festungen und Kosaken auf das ständige Vorrücken der Russen. Deren Präsenz bedeutete für sie ein erhöhtes Sicherheitsrisiko und obendrein schränkte allein die Anwesenheit der Russen die Mobilität dieser Völker und ihre wirtschaftliche Existenz ein. Denn sie waren auf Winterweiden im Vorland sowie auf den Handel mit den dort ansässigen Menschen angewiesen. Die Schlagkraft der einzelnen Stämme und Völker wurde durch die einigende Religion verstärkt. Es war vor allem eine mystische Ausrichtung des Islam, der sogenannte Sufismus, der half, die diversen Völker und Gruppen für den Kampf gegen die Russen zu einen. Insbesondere gewann ein im 14. Jahrhundert in Buchara gegründeter Orden (die Nakschbandiye Bruderschaft) an Einfluß. Dieser versuchte mit einer straffen Organisation und bedingungsloser Gefolgschaft seiner Anhänger, das islamische Recht, die Scharia, gegenüber dem alten Stammesrecht, dem Adat, durchzusetzen.

Die Losung des "Djihad", des "Heiligen Krieges" gegen Ungläubige, einigte die Menschen im Kaukasus. 1785 und 86 führte Scheich Mansur Tschetschenen und Bewohner der Bergregion Dagestans in einen Guerillakrieg gegen die Russen. Er wurde allerdings gefangengenommen und starb 1794 in der Festung Schlüsselburg. Doch bereits in den zwanziger Jahren des 19. Jahrhunderts entstand neuer Widerstand gegen die Zarenherrschaft. Der Imam Gazi Muhammed, der sich zum Sufismus bekannte, einigte die verschiedenen Ethnien Dagestans und die Tschetschenen. Er starb 1832 im Kampf gegen russische Truppen. Sein Schüler Schamil wurde 1834 Imam.

Der aus dem Volk der Awaren stammende Schamil (1797-1871) hatte eine klassische islamische Ausbildung durchlaufen und wurde zwei Jahre nach dem Tod von Gazi Muhammed Imam. Imam Schamil entwickelte sich zur bedeutendsten Person des islamischen antirussischen Kampfes des 19. Jahrhunderts. Mit einer theokratischen Interpretation seines Imamates gelang es ihm, nicht nur eine gut funktionierende politische Organisation aufzubauen, sondern auch die meisten Völker Dagestans sowie die Tschetschenen für seinen Kurs zu gewinnen. Die Durchsetzung der Scharia und die Losungen des Heiligen Krieges waren dabei nicht nur gegen die Russen gerichtet, sondern auch gegen die eigenen Eliten, die teilweise mit den Russen kooperierten. Unter seiner Führung sollten die Russen für 25 Jahre in einen Guerillakrieg verwickelt werden.

Unter Zar Nikolaus I. versuchten die Russen, mit massivem Militäreinsatz den Kaukasus zu "befrieden". Die bis dahin besten russischen Befehlshaber wurden in die diversen Gefechte geschickt, doch statt wie bisher Ruhm und Ehre für die Krone einzuheimsen, brachten die Feldzüge gegen die Völker des Kaukasus eine Niederlage nach der anderen. Zehntausende von Soldaten verloren ihr Leben und Rußland rund ein Sechstel seiner Staatseinnahmen. Das Ziel Ausrottung der widerspenstigen Völker trat immer mehr in den Vordergrund. Da die russischen Heere den Partisanen in den Bergen nicht gewachsen waren, wurden Dörfer und Felder niedergebrannt und das Vieh weggetrieben. Diese Politik der verbrannten Erde raubte den Kaukasiern ihre wirtschaftliche Existenz, ihr Widerstand wurde dadurch aber nicht gebrochen. Erst in der Mitte des letzten Jahrhunderts konnte durch ein systematisches Vorgehen gegen Schamil und seine Leute der Widerstand gebrochen werden. Schamil selber wurde 1859 verhaftet und nach Rußland gebracht. Er wurde vom Zaren empfangen und ins Exil nach Kaluga verbannt. 1870 ließen die Russen ihn ausreisen. Er starb 1871 in Medina.

Der Widerstand der Völker im östlichen Kaukasus war gebrochen, doch die Tscherkessen leisteten den Russen nach wie vor Widerstand. Sie waren keine Gefolgsleute des Imam Schamil oder eines anderen sufischen Gelehrten, sie genossen die Unterstützung des Osmanischen Reiches. Nach dem Sieg über Schamil gingen die Russen nun mit aller Gewalt gegen die Tscherkessen vor; bis 1864 waren diejenigen unterworfen, die das Vorrücken der Russen überlebten und nicht ausgewandert waren. Denn Rußland wollte die Schwarzmeerküste und weite Teile der fruchtbaren Vorgebirgsregion mit christlichen Siedlern kolonisieren und vertrieb systematisch die dort ansässigen Völker. Rund 300.000 Tscherkessen verließen zwischen 1860 und 1870 ihre Heimat, aber auch Abchasen, Tschetschenen, Kabardiner und Nogai-Tataren verließen zu Zehntausenden ihre Dörfer und gingen größtenteils ins Osmanische Reich.

In der Folgezeit versuchten die Russen, diese Völker in ihr Reich zu integrieren. Meist geschah dies mittels der Integration der jeweiligen Eliten in das russische Herrschaftssystem. Doch den Völkern, die solche nicht aufzuweisen hatten, wie etwa die Tschetschenen, wurden Russen oder oft auch Ukrainer als Adlige vorgesetzt. Im großen und ganzen jedoch blieb die traditionelle Sozialordnung der Kaukasier intakt, auch ihre Religion und die Koranschulen wurden von den neuen Herrschern nicht angetastet. Doch die Bergvölker des Kaukasus strebten immer wieder nach Unabhängigkeit. Bereits 1877/78 erhoben sich die Tschetschenen und Dagestaner wieder gegen die neue Herrschaft.

Dieser Krieg im Kaukasus war das bestimmende Thema der russischen Öffentlichkeit. Gribojedov, Puschkin, Lermontov und Tolstoj schrieben über die "gorcy", dabei wurden sie zum Teil romantisiert als edle, naturverbundene und freiheitsliebende Wilde. Doch auf längere Sicht setzte sich das Bild der Räuber und muslemischen Fundamentalisten durch und hielt bis in die sowjetische, ja heutige Zeit an. Es darf daher nicht verwundern, daß Stalin im Zweiten Weltkrieg neben den Krimtataren und Kalmücken auch Tschetschenen, Inguschen, Karatschaier und Balkaren nach Sibirien verbannte. Dies waren vier der Kaukasusvölker, die den Russen erbitterten Widerstand geleistet hatten.

as

Quellen:

Andreas Kappeler: Rußland als Vielvölkerreich. Entstehung Geschichte Zerfall. Verlag C.H.Beck München 1993,

Valentin Gitermann: Geschichte Rußlands. Drei Bände. Athenäum Verlag Frankfurt/M, Nachdruck 1987

9. Die russisch-tschetschenischen Beziehungen

Autor: as · Rubrik: Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak374/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:374:27

Tschetschenien legt sich zwar Symbole einer Eigenstaatlichkeit zu: Flagge, Hymne, Briefmarken und eigene Streitkräfte, doch im Bereich Staatsfinanzen ist das Land faktisch von Rußland abhängig. Über 50% des Staatsbudgets werden von Moskau finanziert. Nichtsdestotrotz betrachtet Tschetschenien sich als unabhängig und wurde dafür statt mit Anerkennung von Moskau mit einer Wirtschaftsblockade bedacht. Aus russischer Sicht würde eine Sezession Tschetscheniens wichtige Verbindungen von Rußland in den Kaukasus unterbrechen. Straßen, Eisenbahnlinien und Pipelines führen über tschetschenisches Gebiet. Darüberhinaus werden in Tschetschenien annähernd 90% des in Rußland benötigten Flugbenzins und verwandter Schmierstoffe hergestellt. Sowohl diese Raffineriekapazitäten als auch der Streit um die Route einer neuen Ölpipeline bilden den ökonomischen Hintergrund der Auseinandersetzungen zwischen den beiden Ländern. Insbesondere die Frage der neuen Pipeline hat gleichsam Öl in das Feuer dieses Konfliktes gegossen. Denn seit dem Abschluß eines Vertrages über die Exploration des aserbaidschanischen Erdöls wird heftig zwischen der Türkei, Rußland, dem Iran und auch Japan über den Verlauf der Route gestritten. Rußland möchte die Route über sein Territorium gehen sehen, was aber voraussetzt, daß Tschetschenien weiter zur Russischen Föderation gehört. Genaueres zu diesem Teil des Konfliktes war in ak 373: "Krieg um Öl - Frieden für Öl?" zu lesen.

Die Verhandlungen mit Rußland über eine staatliche Unabhängigkeit oder eine größere Autonomie der Republik gestalteten sich äußerst schwierig. Denn sie waren ebenfalls von dem Konflikt zwischen Parlament und Präsident gekennzeichnet. Nach Ansicht des Parlamentes sollte ein bilateraler Vertrag ausgehandelt werden, in dem das Verhältnis der beiden Staaten zueinander festgelegt werden soll. In mehreren Verhandlungsrunden 1992 und 1993 wurde ein Vertragsentwurf zwischen tschetschenischen und russischen Delegationen ausgearbeitet. Er sah die gegenseitige Delegation von Vollmachten, Zuständigkeiten und dergleichen vor. Federführend auf Seiten der Tschetschenen war der ehemalige Premierminister Jaragi Mamodajew, der in Opposition zu Dudajew steht. Dies bedeutete auch das Ende der Verhandlungen, und die Kontakte wurden seitens des Präsidenten öffentlich mißbilligt.

Zwischenzeitlich hatte es ein kurzes "Bündnis" von Dudajew und Jelzin gegeben. Denn aus der Sicht Dudajews drohe beiden von ihren jeweiligen Parlamenten ein Staatsstreich. Auslöser war Ruslan Chasbulatov, der ehemalige Präsident des russischen Parlamentes, der von Moskau aus die Tschetschenen dazu aufgerufen hatte, den Präsidenten zu stürzen, da er dem Land unendlichen Schaden zugefügt habe. Im Gegenzug ließ ihm Dudajew per Dekret die tschetschenische Staatsbürgerschaft aberkennen. Danach war allerdings von einem "Bündnis" mit Jelzin nicht mehr die Rede. Derzeit ist nicht klar, wie sich nach dem Krieg Rußlands gegen dieses Land die Beziehungen gestalten werden. In Tschetschenien selber ist der harte Konfrontationskurs des Präsidenten nicht unumstritten. Denn neben dessen antirussischer, auf den Mittleren Osten gerichteter Politik gibt es auch Stimmen, die eine gemäßigte Ausrichtung favorisieren. Danach sollte das Verhältnis zu Rußland ausschließlich in Verhandlungen geklärt werden. Ob dabei am Ende ein souveräner Staat herauskommt oder "nur" eine weitgehende Autonomie wäre nach Ansicht von Leuten wie Mamodajew ausschließlich eine Sache von Verhandlungen.

as

10. Eine Präsidentenpartei im Wartesaal. Die LDP in Rußland

Die LDP in Rußland - von Jeremy Lester

Autor: Jeremy Lester · Rubrik: Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak374/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:374:07

Jeremy Lester lehrt russische Studien und politische Philosophie an der Universität in Reading, England. Lester ist der Autor des Buches "The Struggle for Hegemony in Russia", das Anfang 1995 erscheinen wird, und Mitglied des Herausgeberkollektivs des Magazins "Labour Focus on Eastern Europe".

Der Abdruck erfolgte mit freundlicher Genehmigung der "Ost-West-Gegeninformationen", in deren Ausgabe 3/94 der Artikel erschien. Die "Ost-West-Gegeninformationen" sind über folgende Anschrift zu erreichen: "Ost-West-Gegeninformationen" c/o Dezentrale für Alternativen, Prokopigasse 2/1, A-8010 Graz, Österreich. Der Artikel wurde für den Abdruck im ak redaktionell gekürzt. Es fehlt ein Abschnitt, der sich mit der Geschichte der LDP in der ausgehenden Sowjetära beschäftigt. Diese Kürzung erfolgte rein aus Platzgründen.

Mit dem Sieg bei den Parlamentswahlen im Dezember des Vorjahres hat die Liberaldemokratische Partei gezeigt, daß sich nationalistisches rechtsradikales Gedankengut nicht nur auf die AnhängerInnen von Randgruppen wie "Pamjat", des "Bundes für Glaube, Waffen und Liebe" des Monarchofaschisten Dimitrij Wassiljew und der "Russischen Nationalen Einheit" des "Heavy-Metal-Faschisten Alexander Barkaschow" (Der Spiegel 8/1994) reduziert, sondern auch ein breites Echo in der russischen Bevölkerung findet.

Im internationalen Medienwettstreit bedeutet das Auftauchen eines Mannes wie Wladimir Schirinowski auf der Weltbühne wohl Manna vom Himmel. Während andere Politiker jahrelang hart daran arbeiten, prägnante, kurze, oft nichtssagende, jedoch medienträchtige Aussagen zu machen, verfügt Wladimir Schirinowski scheinbar über ein angeborenes Talent für diese "Kunst".

Die meisten unter uns haben sich sicherlich schon ein halbes Dutzend - wenn nicht gar mehr - seiner besten Sprüche gemerkt. Wer zum Beispiel vergißt den Ausspruch, den er kurz nach seinem Wahlerfolg tat und der folgendermaßen lautete: "Die Zeit politischer Impotenz ist nun vorüber. Heute beginnt der Orgasmus. Und ich verspreche Euch, alle werden den Orgasmus des kommenden Jahres spüren"; oder zum Beispiel seinen Ausspruch, daß er, falls die Japaner ihre Ansprüche auf die Kurilen nicht fallen ließen, die russische Armee aussenden würde, und "wenn sie (die Japaner) auch nur piepsen, werde ich ihnen eine Atombombe schicken".

Aber nicht nur die Medien haben eine neue Quelle der "Inspiration" für ihre Tätigkeit bekommen. Auch Amateurpsychiater verschiedenster Art werden in jüngster Zeit mit Aufträgen überhäuft, die autobiographischen Träumereien des jungen, emotional unterversorgten (um nicht zu sagen verdorbenen) Schirinowski einer tiefenpsychologischen Analyse zu unterziehen. Es ist schon lange her, daß eine (potentielle) politische Führungskraft ihre innersten Gedankengänge so detailliert an die Öffentlichkeit getragen hat; und selten hat ein solches Bekenntnis einem Politiker eine derartige Welle an Sympathie eingebracht.

Angesichts der Tatsache, daß schon eine Menge über die Persönlichkeit und den Charakter der Privatperson Schirinowski bekannt ist, stellt sich uns die Frage, was wir über Schirinowski als Parteiführer in Erfahrung bringen können. Welche Partei ist das eigentlich, die er anführt und die den provokativen (wenn auch nicht unbedingt irreführenden) Namen "Liberaldemokratische Partei Rußlands" trägt?

Antworten auf solche Fragen sind zweifelsohne sehr wichtig, wenn Demokraten aller ideologischen Ausprägungen die ernste Gefahr begreifen und bewältigen wollen, die diese Partei und der Mann an ihrer Spitze, der die nächste Präsidentschaft anstrebt, darstellen.

Das Parteiprogramm

Das erste Parteiprogramm, das beim Eröffnungskongreß im März 1990 angenommen wurde, sollte ganz und gar den Eindruck vermitteln, daß hier endlich eine politische Organisation in der Sowjetunion entstand, die die ganz normalen und traditionellen Elemente liberalen Denkens und einer liberalen Philosophie aufgriff. Die Partei stellte den Anspruch, logische Nachfolgerin des Liberalismus zu sein, wie er von früheren russischen Organisationen, wie den "Kadetten" (der Partei der konstitutionellen Demokraten), den Oktobristen und den

"Trudowiki" verkörpert wurde, und das Programm bekräftigte den Glauben der Partei an einen Rechtsstaat, ein Mehrparteiensystem, eine Marktwirtschaft mit privatem Eigentum und freiem Unternehmertum, das durch ein normales Steuersystem reguliert werden sollte, sowie eine gründliche Entideologisierung der Gesellschaft. (1)

Erst seit der zweiten Parteikonferenz im Oktober 1993, bei der Schirinowski sich die absolute Kontrolle über die Partei sicherte, finden sich im offiziellen Parteiprogramm einige der dominierenden Themen, die seither das Markenzeichen von Schirinowskis Reden und seiner Wahlrhetorik geworden sind. Im politischen Teil des Programms - dessen Text vom Verlag für politische Literatur des Zentralkomitees der KPdSU gedruckt wurde - lag der Schwerpunkt nun eindeutig auf der Notwendigkeit, die Einheit der UdSSR zu erhalten, jedoch in einer Form, die Rußlands traditionelle Vormachtstellung als ein "natürliches Imperium" noch unterstreichen würde. Damit verbunden wurde eine starke zentralistische Machtstruktur, dominiert von einer autoritären Exekutive, als die einzig mögliche Organisationsform angesehen, die den Weiterbestand des Großmachtstatus sichern könne. (2)

Dieses Programm also bildete im großen und ganzen die Grundlage für Schirinowskis Präsidentschaftskampagne im Juni 1991. Während des gesamten Wahlkampfes wurde die Notwendigkeit hervorgehoben, daß das traditionelle russische Kaiserreich in seinen Grundzügen wiederhergestellt werden müsse, was vor allem bedeuten würde, daß die ethnischen und nationalen Einheiten aus der Sowjetzeit einem System von territorialen Provinzen weichen müßten, die von "Statthaltern", die der Zentralmacht gegenüber persönlich verantwortlich sind, streng kontrolliert werden. Eine Dezentralisierung der Wirtschaft wurde - im Einklang mit dem ursprünglichen Parteiprogramm - noch empfohlen. Aber auch hier präzisierte Schirinowski die eigentliche Motivation für diese Einstellung. Er erklärte, daß die Dezentralisierung nicht deshalb vorangetrieben werden solle, damit die Regionen einen wirtschaftlichen Aufschwung erleben, sondern in der absoluten Gewißheit, daß "diese alle an ihrer neuen Autonomie ersticken und dann wieder zum Staat betteln kommen werden, damit er ihnen aus der Klemme hilft."

Ein drittes wichtiges Thema in seinem Wahlkampf waren außenpolitische Initiativen. Die früher vom Verhältnis zwischen Ost und West geprägten außenpolitischen Überlegungen sollten laut Schirinowski nun durch eine Fokussierung auf die Nord-Süd-Konfiguration ersetzt werden; gemeint war damit, daß sich Rußland zu den reichen Ländern der nördlichen Hemisphäre der Welt (Nordamerika, Nordeuropa, Japan) gesellen sollte, im gemeinsamen Bemühen, die ärmeren Länder der südlichen Hemisphäre im Untertanenstatus zu halten. Und zu all dem kam dann noch die nicht-programmatische Dimension seines Präsidentschaftswahlkampfes, die sich auf populistische Forderungen konzentrierte, wie zum Beispiel, den Preis für Wodka zu halbieren und derlei mehr.

In der Zeit zwischen den Präsidentschaftswahlen im Juni 1991 und den Parlamentswahlen im Dezember 1993 erfuhr das Parteiprogramm weitere weitgehende Veränderungen. In der Version, die im Vorfeld der Dezemberwahlen veröffentlicht wurde, waren die wichtigsten politischen Ziele der LDP in sechs Sektoren eingeteilt: Innenpolitik, Wirtschaft, Sozialpolitik, Umweltfragen, Außenpolitik und Verteidigung.

Im Abschnitt "Innenpolitik" ging es wieder hauptsächlich um die Notwendigkeit einer allmächtigen Exekutive (d. h. explizite Unterstützung für Jelzins Verfassungsprojekt) und die Abschaffung ethnischer und nationalstaatlicher Einheiten innerhalb von Rußland.

Was die Sozialpolitik anlangt, war das Programm extrem kurz gehalten, um nicht zu sagen ohne Inhalt, obwohl der generelle Tenor für die Beibehaltung der Wohlfahrtseinrichtungen aus dem früheren Sowjetsystem war. Frauen hingegen wurden aufgefordert, auf gleiche Rechte im Anstellungsbereich zu verzichten und statt dessen "zur Familie zurückzukehren", um die jüngere Generation zu erziehen.

Im Hinblick auf die Armee könnte man die Grundaussage der Partei in folgendem Prinzip zusammenfassen: "Derjenige, der seine eigene Armee nicht verköstigen (und unterbringen) will, wird eine fremde Armee verköstigen (und unterbringen)". Ebenso wurden Bedenken hinsichtlich des "schlecht durchdachten Abrüstungsprogramms" geäußert, das in den letzten Jahren durchgeführt wurde.

Im Umweltsektor gab es bloß eine Reihe vager und nichtssagender Platitüden hinsichtlich der Verpflichtung des Staates, das Land vor verschiedenen Arten von Verschmutzung und ökologischem Genozid zu bewahren.

Die relativ am ausführlichsten behandelten Sektoren betrafen die Überlegungen der Partei in Fragen der Außenpolitik und der Wirtschaftspolitik.

Was ersteres Gebiet anlangt, wurde darin die frühere Idee, von einer Denkweise in Ost-West-Schemata zu einem Nord-Süd-Schema zu gelangen, wieder aufgenommen. Dabei spezielle "Einflußsphären" je nach wirtschaftlichen Interessen abgegrenzt. Die USA zum Beispiel sollten nach wie vor eine spezielle Stellung in Lateinamerika und der Karibik innehaben. Europa sollte gegenüber Westafrika frei agieren können, und Japan und China sollten einen Freibrief für Südasien und "Ozeanien" haben. Rußlands Einflußsphäre sollte sich auf die restlichen GUS-Staaten sowie Afghanistan, Iran und die Türkei erstrecken.

Vier Länder - Indien, China, der Irak und Deutschland - wurden als potentielle "spezielle" Partner für Rußland hervorgehoben. Was Rußlands Beziehungen zu Europa als Ganzes betrifft, stellte das Programm entschieden fest, daß Rußland niemals ein untergeordneter Teil Europas werden, sondern eine unabhängige geopolitische Einheit bleiben sollte.

Auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik hat sich das Parteiprogramm allerdings in den beiden dazwischenliegenden Jahren ganz entscheidend geändert. Ein vorläufiges Wirtschaftsprogramm wurde 1992 von den Wirtschaftswissenschaftlern Atropow und Dergunow ausgearbeitet. Dieses diente dann auch als Basis für das offizielle Wahlprogramm. (3)

Generell läßt sich sagen, daß das Programm in seiner Ausrichtung nun weit weniger "liberal" war als zuvor und daß viele der populistischen Appelle aus Schirinowskis Reden nun auch darin auftauchten. Erstens solle Rußland danach trachten, seine eigenen Ressourcen zu nutzen, um aus der Wirtschaftskrise zu kommen, und solle sich nicht länger auf "versklavende Kredite aus dem Ausland" verlassen. Zweitens müsse Arbeitslosigkeit unter allen Umständen verhindert werden. Drittens solle der Anreiz für Privatisierungen auf kleine Unternehmen beschränkt bleiben und nur den Dienstleistungssektor betreffen. Auslandseigentum solle nicht gestattet sein, und bei der Entstaatlichung der Betriebe solle das Unternehmenskollektiv als ganzes der Haupteigentümer bleiben. Viertens solle das Wohnen gratis sein, und es solle auch kein wirkliches Privateigentum an Grund und Boden geben. Und fünftens sollten die wirtschaftlichen Schlüsselbereiche in der Industrie, in der Landwirtschaft und in der Wissenschaft spezielle staatliche Hilfeleistungen erhalten, und zwar in Form von Subventionen, die durch ein System von zweckgebundenen Steuern finanziert werden sollten.

In einer weiteren Auflistung von speziellen Maßnahmen wurden zwölf Punkte genannt, die das Kernprogramm der Partei für eine Verbesserung der materiellen Situation der russischen Bevölkerung beinhalten:

1. Die Hilfe für andere Länder sollte eingestellt werden, woraus eine Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung um 30% resultieren würde.

2. Der Umbau der Rüstungsindustrie solle sofort gestoppt werden, und die Belieferung des Weltmarktes mit Gütern der Rüstungsindustrie solle aufrechterhalten bleiben.

3. Eine weitere Verbesserung um 30% komme zustande, wenn der Kriminalität und der Korruption effektiv Einhalt geboten und den wichtigsten 5.000 mafia-ähnlichen Gangs das Handwerk gelegt werde.

4. Der Flüchtlingsstrom aus anderen Ländern müsse sofort gestoppt und eine strenge Visa-Politik eingeführt werden.

5. Personen ohne russische Staatsbürgerschaft sollten in russischen Städten und Dörfern nicht mehr Handel treiben dürfen. Diese Maßnahme würde angeblich die Preise senken, die von Spekulanten und "Wiederverkäufern" künstlich in die Höhe getrieben würden.

6. Das Steuersystem solle zum Vorteil der Produzenten umgestaltet werden.

7. Das frühere sowjetische System von staatlichen Eingriffen in Schlüsselbetriebe der Wirtschaft solle mit dem Ziel wieder eingeführt werden, die Unterbrechung von Verbindungen zwischen den Unternehmen zu überbrücken.

8. Kredite an andere Länder sollten eingestellt werden; alte Schuldenzahlungen sollten ebenfalls eingestellt werden, und die russische Regierung sollte mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln versuchen, geliehenes Geld wieder einzutreiben.

9. Der Export wertvoller Rohstoffe solle umgehend eingestellt werden.

10. Die Anzahl ausländischer Studierender solle beschränkt werden, damit die Russen bei der Nutzung der höheren Bildungseinrichtungen Vorrang hätten.

11. Staatliche Hilfsmaßnahmen für Personen in akuter Notlage (Pensionisten, Invalide etc.) sollten beibehalten werden.

12. Militärhilfe solle nur mehr in Form von Waffenverkäufen zu maximalem Profit gewährt werden.

Mitgliedschaft

und Wählerpotential

Wenn man über die Mitgliedschaft der Partei redet, ist zunächst zu bemerken, daß die veröffentlichten Statistiken über die Mitgliederzahlen sämtlicher Parteien in Rußland meist äußerst ungenau und daher mit Vorsicht zu genießen sind. Unser Interesse bezieht sich weniger auf die tatsächlichen Zahlen als vielmehr auf die soziale Orientierung jener, die sich zur Partei hingezogen und im ausreichenden Maße politisiert fühlten, um eingeschriebene Parteimitglieder zu werden.

Bei der ursprünglichen Parteigründung wurde die Anzahl der Parteimitglieder auf kaum mehr als 2.000 bis 3.000 geschätzt. In einem Interview mit den "Moskauer Nachrichten" wies Schirinowski darauf hin, daß sich seine Partei, übrigens wie alle anderen Parteien zum damaligen Zeitpunkt, in erster Linie aus Intellektuellen zusammensetze. Weiter führte er jedoch aus, daß es unter den Mitgliedern auch eine stattliche Anzahl an Büroangestellten, Studenten und Pensionisten gebe. (4)

Im Anschluß an seine relativ erfolgreiche Präsidentenkampagne im Sommer 1991 und nach dem fehlgeschlagenen August-Staatsstreich bekannte sich Schirinowski zu einer doch augenscheinlichen Änderung der politischen Ausrichtung:

"Zu Beginn unseres Bestehens hielten wir die klassisch liberaldemokratischen Grundsätze hoch und liebäugelten mit Personen aus Kultur, Wissenschaft und Intelligenz. Jetzt haben wir Anpassungen vorgenommen. Mehr und mehr einfache, normale Leute und Arbeiter schließen sich uns nun an. Ich glaube deshalb, weil die KPdSU praktisch verboten ist und seit ein paar Jahren die Interessen der armen Leute nicht mehr vertritt. Ein Teil der Geschäftswelt unterstützt uns auch. Und auch junge Leute sind sehr aktiv. Von den 6 Millionen Menschen, die für mich bei der Präsidentenwahl stimmten, sind laut Soziologen 5 Millionen junge Leute." (5)

Die Frage der gesellschaftlichen Zusammensetzung der politischen Parteien Rußlands ist ein Bereich, der dringlichst detaillierter Untersuchungen bedarf. Im Gegensatz zu oberflächlichen Aussagen wie die oben zitierte von Schirinowski finden es Beobachter (und vielleicht sogar selbst Parteienvertreter) äußerst schwierig, eine detaillierte Klassifizierung der Parteimitglieder zu geben. Eine Studie von M. Savin und A. Smagin, deren Ergebnisse sofort nach den Dezemberwahlen 1993 in der "Nezavisimaya gazeta" veröffentlicht wurden, hat uns zumindest ein paar neue Erkenntnisse beschert. (6)

Die von den genannten Autoren angeführten Zahlen beziehen sich auf April 1993 und auf den Jahresparteitag der LDP. Die Gesamtmitgliederzahl der Partei, so wurde selbstbewußt behauptet, belaufe sich auf ungefähr 100.000. Den Hauptanteil (40%) stellten technische Fachkräfte und Facharbeiter, wie zum Beispiel Ingenieure etc. dar. Andere größere gesellschaftliche Gruppierungen machten höchstens 20% der Mitgliedschaft aus. Mehr als zwei Drittel der Mitglieder haben eine Form höherer Schulbildung aufzuweisen, und unter der Mitgliedschaft besteht (nicht ganz überraschend) ein deutlicher Männerüberhang von 90%. Um die 50% der Parteimitglieder gehören der mittleren Altersgruppe an (30 bis 50 Jahre); 15 bis 20% sind älter als 50; der Rest ist jünger als 30. Wie die Autoren der Studie ganz richtig ableiten, sind diese Zahlen absolut kein Beleg für eine Parteibasis, die sich aus sozialen Randgruppen zusammensetzt.

Diese Angaben stimmen weitgehend mit früheren Erkenntnissen über die Zusammensetzung der Wählerschaft der Partei anläßlich der Dezemberwahlen überein. Laut einer Umfrage von Y. Levada vom "Gesamtrussischen Zentrum für Meinungsforschung und Marktforschung" kam der überwiegende Anteil der Unterstützung von zwei bestimmten, wenn auch verschiedenen, männlich dominierten Bereichen. (7) Zum einen erhielt Schirinowski einen großen Teil seiner Stimmen von der sogenannten alten sowjetischen Arbeiterklasse, von

Menschen mittleren Alters oder darüber, großteils aus den Städten des russischen Kernlandes, mit durchschnittlichen Fähigkeiten und durchschnittlichen Löhnen aus der staatlichen Industrie, die um ihre Zukunftsaussichten fürchten und die wegen steigender Kriminalitätsraten und wegen des großen Machtverlustes des Landes besorgt sind und eine starke Regierung einer schwachen vorziehen; anders ausgedrückt von Menschen, die sich von den Kommunisten zum Großteil aufgrund der populistischen und nationalistischen Anziehungskraft von Schirinowski abgewandt haben.

Andererseits gab es erneut einen großen Zuspruch von seiten der jungen Generation, die auf ähnliche Weise der Faszination des Neuen, repräsentiert durch die Partei und den Parteiführer, erlegen ist, und zwar deswegen, weil diese Partei das Proteststimmenpotential am deutlichsten für sich beanspruchte.

Laut Levadas eigener Analyse ergibt sich aus der Umfrage, daß durchaus Zweifel angebracht sind, was die Dauerhaftigkeit der Ergebenheit und Verbundenheit vieler Anhänger betrifft, die letztendlich für die LDP und für Schirinowski votierten. Levada weist darauf hin, daß bis zu einem Drittel jener, die für die LDP stimmten, andeuteten, daß sie sich erst am Wahltag entschieden hatten und daß sie bereits nach der Verlautbarung des Endergebnisses und dem Bekanntwerden seiner Folgen ihre Wahl bereuten. Führt man sich jedoch die tatsächliche gesellschaftliche Zusammensetzung der Parteimitglieder und die des Wählerpotentials vor Augen, so erscheint die Annahme einer abbröckelnden Unterstützung ein wenig zu optimistisch oder als Wunschdenken seitens Levada. Zu erwähnen wäre, daß Levadas Untersuchung es verabsäumt, die überdurchschnittliche Unterstützung der LDP durch das Militär aufzuzeigen. Russische Truppen etwa, die an der afghanischen Grenze dienen, wählten zu 43% die LDP; und auch unter den Serviceleuten der Schwarzmeerflotte lag sie mit 19% an der Spitze. (8)

Kehren wir zu Savins und Smagins Studie in der "Nezavisimaya gazeta" zurück: Ihre Aussagen darüber, warum Leute der Partei beitraten, erscheinen von großem Interesse. 60% einer Gruppe, die sie befragten, erwiderten, sie hätten diesen Schritt getan, weil sie sich mit den Zielen der Partei identifizieren konnten. Ein ähnlicher Prozentsatz schloß sich wegen Schirinowskis Persönlichkeit der Partei an. 50% meinten, daß es nur die LDP schaffen könne, das Land aus der Krise zu führen. Und einer von zehn Befragten fühlte sich motiviert, der Partei beizutreten, um sich direkt politisch aktiv betätigen zu können.

Im abschließenden Teil ihrer Analyse ziehen die beiden Autoren, die durch frühere Studien über die LDP über reiche Erfahrungen verfügen, ihre eigenen Schlüsse, was den Erfolg der Partei bei den Dezemberwahlen betrifft.

Im Gegensatz zu A. Jakowlew, der Schirinowskis Erfolg auf dessen wirksame Negativkritik der Regierung während der Wahlkampagne zurückführte, als auch zu J. Gaidar, der seinen Sieg mit den Spaltungen innerhalb des prowestlichen "demokratischen" Lagers erklärte, beharren Savin und Smagin darauf, daß die Hauptursache für den Erfolg der LDP die Art war, in der Schirinowski sich und seine Partei als die wahren Träger der nationalen Interessen Rußlands präsentieren konnte. Sein Geschick, die Aufmerksamkeit auf die nationale Schwächung seit dem Ende der UdSSR zu lenken, der Verlust an Ansehen für das Land, und die Art, wie Menschen in anderen Teilen der GUS als Bürger zweiter Klasse behandelt wurden - all dies fand eine beträchtliche Resonanz bei den russischen Wählern. Darüber hinaus waren die Liberaldemokraten die einzige Partei, die sich sehr konkret mit den geopolitischen Interessen Rußlands auseinandersetzte. Sehr wirksam und erfolgreich wies die Partei darauf hin, daß grundlegende soziale Rechte der einfachen Menschen durch die Schocktherapiereformen untergraben wurden. Die Unterstützung von Jelzins neuer Verfassung verlieh ihr ein positives Image als Partei, die für Ordnung, Stabilität und festgeschriebene Verfassungsrechte eintrete; das nahm potentiellen Kritikern den Wind aus den Segeln. Außerdem profitierte die LDP - wie schon vorher angedeutet - auch von ihrer zur Schau gestellten Neutralität beim Oktoberaufstand 1993 und bei der vom Militär gebilligten Zerstörung des alten Parlaments. Anders ausgedrückt: Der selbstbekundete Anspruch der Partei, in diesem Konflikt eine ‚dritte Kraft` darzustellen, wurde von weiten Teilen der Wählerschaft wohlwollend aufgenommen.

Struktur und Finanzen

der Partei

Ein Faktor, auf den Teilnehmer an LDP- Meetings und Kommentatoren immer wieder hinweisen, ist die Disziplin, die in der Partei und in ihrer Organisationsstruktur herrscht, ergänzt durch die enorme Autorität, die

Schirinowski selbst genießt. Sergej Putin, der Chefideologe der Partei, drückte es einmal so aus: "Die LDP ist eine Führerpartei. Gibt es Schirinowski, gibt es auch eine Partei; gibt es keinen Schirinowski, gibt es auch keine Partei." (9)

Dies kommt auch bei der Lektüre des Parteiprogrammes deutlich zum Ausdruck. Obwohl sich keine direkte Bezugnahme auf demokratisch-zentralistische Funktionsweisen im Stil der Kommunisten findet, gibt es dennoch genügend Parallelen, die aufzeigen, daß die Liberaldemokrater ihre interne Arbeitsweise ganz nach dem Vorbild der ehemaligen KPdSU gestaltet haben. Die Aktivitäten der verschiedenen Sektoren innerhalb der Partei auf verschiedenen Ebenen der Organisationshierarchie erinnern deutlich an die KPdSU; und es ist gewiß kein Zufall, daß die obersten Gremien, in denen die Entscheidungen getroffen werden, Namen wie Zentralkomitee und Zentralsekretariat tragen.

Am klarsten trat das Ausmaß von Schirinowskis diktatorischer Kontrolle auf dem 5. Parteikongreß im April 1994 zutage. In Abänderung einiger Teile des Parteistatuts, die bislang im Prinzip - wenn auch nicht immer in der Praxis - anerkannt worden waren, wurde Schirinowski ermächtigt, jederzeit Berufungen in die höchsten administrativen Positionen vorzunehmen. Darüber hinaus wurde seine Funktionsperiode als Parteiführer ohne Wahl auf zehn Jahre verlängert.

Geht man der enorm wichtigen Frage der Parteifinanzierung nach, gerät man wieder in die düstere Welt von Intrigen, Geheimniskrämerei und jeder Menge an Mißtrauen. Gemäß den Parteisatzungen stellen die Mitgliedsbeiträge in der Höhe von 1% des Monatseinkommens jedes einzelnen Parteimitglieds die wesentlichste Einnahmequelle dar. Darüber hinaus verdient die Partei am Verkauf verschiedener Publikationen (vor allem ihrer drei Zeitungen "Liberal", "Sokol Schirinovskogo" und "Prawda Schirinovskogo"), an den Erträgen diverser kultureller Veranstaltungen und an den Beiträgen von Unterorganisationen (was 30% der gesamten Parteifinanzen ausmachen soll). Schließlich erwähnen die Statuten noch, daß die Partei eine Vielzahl von wirtschaftlichen Aktivitäten setzt und sich auch auf "freiwillige Beiträge" stützt.

Es liegt auf der Hand, daß dieser letzte Aspekt Gegenstand zahlreicher Diskussionen und Mutmaßungen war, vor allem nach der Veröffentlichung der Wahlkampfkosten. Sie zeigte, daß die LDP eine der reichsten Parteien im Werbefeldzug des Dezember gewesen war. So gab sie zum Beispiel allein für zusätzliche Sendezeit für Fernsehübertragungen und Werbung, die über die gesetzlich festgelegte und vom Staat bezahlte einstündige freie Überträgungszeit hinausging, gegen 1 Milliarde Rubel aus. Dies führte letztlich zu einer fast dreistündigen Medienpräsenz zur Hauptsendezeit, ein Wert, der nur noch von dem Pro-Jelzin-Block "Rußlands Wahl" übertroffen wurde. (10)

Da die Gesetze zur Regelung der Wahlkampagnen Glasnost im Bereich der Parteienfinanzierung nicht vorsehen, ist man bei der Suche nach der Herkunft solch phänomenaler Summen natürlich auf Spekulationen und Vermutungen angewiesen. (11)

Alles deutet darauf hin, daß die LDP sich auf vier Hauptquellen an sogenannten "freiwilligen Beiträgen" stützt. Erstens hat sie unverminderten Zugriff auf reingewaschene Gelder der früheren KPdSU und des KGB. Zweitens verfügt sie über Verbindungen zu einer Reihe von prominenten Mafia-Organisationen. Drittens hat Schirinowski selbst aus siegreichen Verleumdungsprozessen gegen Journalisten und Zeitschriften, die ihn als Nazi und Faschisten bezeichnet haben, ein beträchtliches Vermögen angehäuft. (l2) Und viertens verzeichnet die Partei einen enormen Zufluß von Spenden aus dem Ausland, möglicherweise aus Geschäftskontakten mit Gleichgesinnten, die Schirinowski persönlich in den letzten Jahren in Ländern mit einer vergleichbar starken nationalistischen Opposition sorgsam aufgebaut hat; oder die Zuwendungen kommen direkt von Regierungen, die es gerne sähen, wenn Schirinowski die Macht in Rußland übernähme. Am häufigsten werden in diesem Zusammenhang Libyen und der Irak genannt.

In Zusammenhang mit diesem letzten Punkt muß betont werden, daß viele der Pro-Jelzin-Kandidaten der Dezemberwahl sich die Gelegenheit entgehen ließen, die Liberaldemokraten in der Frage der Finanzierung aus dem Ausland in Verlegenheit zu bringen, und zwar vor allem deswegen, weil sie selbst in einen Finanzskandal verwickelt waren. Nur zu oft wurde die Behauptung wiederholt, daß Gruppierungen wie "Rußlands Wahl" ihre Wahlwerbung zu einem großen Teil mit dem Geld amerikanischer Steuerzahler bestritten; eine Darstellung, die durch das amerikanische "Büro für Internationale Entwicklung" untermauert wurde. (13)

Partei und Parlament

Eine Analyse der Regionen, in denen die Parlaments-LDP besonders erfolgreich war, fördert eine Reihe von Erkenntnissen zutage. Die Partei hat vor allem in drei spezifischen Gebieten der Russischen Föderation extrem gut abgeschnitten:

a) Im Fernen Osten, in Gebieten wie Petropawlowsk, Kamtschatka und im Bezirk Primorje, wo das sehr gezielt eingesetzte Versprechen wirkte, ausländischen Zugriff auf die Fischerei und andere Handelsrechte zu unterbinden;

b) in den Regionen, die vom alten Rüstungsindustrie-Komplex dominiert werden, besonders Uljanowsk, Rostow am Don, Omsk und im Uralgebiet;

c) in den Gegenden der GUS, wo es große russische Minderheiten gibt, wie in Narwa in Estland.

Viele dieser Gebiete stehen traditionell in vehementer Opposition zu der neoliberalen, pro-westlichen Politik des Jelzin-Regimes seit Ende 1991. Darüber hinaus hat die LDP aber auch die Mehrheit in traditionell "neutralen" Gebieten errungen, was sich vor allem an ihrem Abschneiden in Zentralrußland zeigte. In der Wolga-Stadt Saratow zum Beispiel erreichte die Partei unglaubliche 57% der Stimmen; in Pskow im Nordwesten kam sie auf 40%, in Belgorod auf 36%.

Ein weiterer signifikantes Aspekt des Abschneidens der Partei, vor allem hinsichtlich ihrer immer wieder geäußerten Ambitionen auf eine Beseitigung der ethnisch begründeten Gliederung der Föderation, ist der relativ hohe Grad an Unterstützung in Republiken wie Baschkirostan und Tschuwaschien. In beiden stellt die namensgebende Nationalität eine Bevölkerungsminderheit dar, man hatte jedoch angenommen, daß die nicht-russischen Eliten eine sichere Vorherrschaft über das von ihnen kontrollierte Gebiet erlangt hätten und somit eine breite Unterstützung ihrer Kampagnen für mehr Autonomie gegenüber den Zentralbehörden.

Schließlich sollte man noch festhalten, daß die LDP - wie auch die Kommunisten und die Agrarpartei - besonders gut in Wahlbezirken abgeschnitten hat, in denen Dörfer und kleine Städte dominieren.

Geht man daran, den LDP-Mitgliedern in der Duma ein bestimmtes Profil zuzuschreiben, tritt sogleich eine Reihe von Faktoren in den Vordergrund. (14) Die überwältigende Mehrheit in der Fraktion sind ethnische Russen, der Rest bezeichnet sich selbst als Ukrainer (4 Abgeordnete), Georgier (1), Griechen (1) und Weißrussen (2). Alle außer sieben Abgeordneten weisen eine höhere Bildung auf, und die Berufsbilder reichen von Akademikern und Unternehmern bis zu Militärs und einigen Arbeitern. Wie die Partei als Ganzes, so ist auch die Parlamentsfraktion männlich dominiert; nur fünf Abgeordnete sind Frauen.

Der einzige vor der Wahl landesweit bekannte Abgeordnete außer Schirinowski ist Anatolij Kashpirovsky, der sich selbst gerne als ‚Arzt und Psychotherapeut` bezeichnet. In der Öffentlichkeit kennt man ihn jedoch eher als Fernsehhypnotiseur, der behauptet, alle Arten von Krankheiten heilen zu können. Eine weitere schillernde Figur ist Alexander Vengerovsky, ein früheres KPdSU-Mitglied, selbsternannter "Premierminister" des Schattenkabinetts der Partei, der auch zu einem der drei stellvertretenden Sprecher der Duma in ihrer ersten Sitzung im Jannuar 1994 gewählt wurde. Ebenfalls im "Schattenkabinett" vertreten sind Stanislav Schebrowski ("Wirtschaftsminister" und Herausgeber der Pravda Schirinovskogo), Sergej Abelzew (früherer Offizier des Militärgeheimdienstes und nun "Sicherheitsminister"), Viktor Lymar ("Wissenschafts- und Technikminister"), Sergei Barski ("Innenminister"), Aleksej Mitrofanov ("Außenminister"), Jury Buzov ("Finanzminister") und Alexander Filatow, der als organisatorischer Führer des Kabinetts auftritt.

Fünf Mitglieder der Fraktion wurden zu Vorsitzenden von Ausschüssen der Duma gewählt. Michail Lemeschew zum Beispiel ist Vorsitzender des Umweltausschusses; Wladimir Gusew leitet das Komitee für Industrie, Bauten, Transport und Energie; Sergej Kalaschnikow sitzt dem Arbeits- und Sozialhilfeausschuß vor; Nikolaj Astafjew ist Vorsitzender des Komitees für Bodenschätze und Nutzung der Natur, Viktor Ustinow des Geopolitischen Ausschusses. (15) Schirinowskis eigene Bemühungen, zum Vorsitzenden eines der weitaus einflußreicheren außenpolitisch orientierten Ausschüsse gewählt zu werden, die sich mit Verteidigung, Sicherheit und internationalen Fragen beschäftigen, wurden von nahezu allen anderen parlamentarischen Gruppierungen strikt abgelehnt. Ende April 1994 scheiterte auch sein Versuch, zum ytellvertretenden Vorsitzenden der Staats-Duma gewählt zu werden.

Die beiden neben Schebrowskij prominentesten Wirtschafts-"Experten" in der Parlamentsfraktion sind der oben erwähnte Michail Lemeschew, Berater der Russischen Akademie der Wissenschaften, und Alexander Kosyrew, Vizepräsident der Internationalen Vereinigung der Wirtschaftshistoriker. Interessant ist, daß beide außerhalb des Parlaments keine formelle Mitgliedschaft in der LDP aufweisen; etwas, das auch auf Kashpirovsky und nicht weniger als 21 weitere Deputierte, die auf der Parteiliste gewählt wurden, zutrifft. Zwei von ihnen sind Mitglieder anderer Parteien, nämlich Viktor Wischnjakow in der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation und Vitali Schurawlew in der Partei für Soziale Gerechtigkeit.

Dieser Aspekt der fehlenden formellen Zugehörigkeit so vieler Mitglieder der Parlamentsfraktion zu der Parteiorganisation als Ganzes erhebt natürlich die wichtige Frage nach dem Potential der Partei in der Zukunft und nach ihrer Effizienz im parlamentarischen Bereich. Wieviel Zusammenhalt und Disziplin wird Schirinowski seinen Leuten einimpfen können? Kurz nach dem Bekanntwerden der Wahlergebnisse hatte Andrej Zavidia, Schirinowskis ehemaliger Bewerber um das Amt des Vizepräsidenten bei den Wahlen 1991, gemeint, daß dies nur in einem sehr geringen Ausmaß der Fall sein werde. Bis zu 50% der Fraktion hätten möglicherweise ebenso starke Affinitäten zur Kommunistischen Partei; bis zu einem Viertel ihrer Mitglieder wären eher geneigt, die neoliberalen Reformer von "Rußlands Wahl" zu unterstützen, und der Rest bliebe unabhängig von jeder Direktive von oben, komme sie nun von Schirinowski oder irgend jemand anderem in der Parteihierarchie. (16)

Wenn sie auch etwas übertrieben waren, so haben sich Zavidias Prognosen dennoch zum Teil bestätigt, und es scheint, als sei die "Dankbarkeit" gegenüber Schirinowski bei vielen Mitgliedern nicht stark genug, um gegenüber ihren klar vorhandenen anderen Interessen und Bindungen zu überwiegen.

Mitte Februar zum Beispiel gaben Viktor Kobelew (designiert als Nummer Zwei in der Partei und "Arbeitsminister" im Schattenkabinett) und Alexander Pronin (der für die Parteifinanzen Zuständige) bekannt, daß sie aus Protest gegen die extremistischen Entgleisungen ihres Parteiführers aus der LDP-Fraktion ausscheiden würden. (17) Im selben Monat stieß Wjatscheslaw Marytschew zu ihnen, der Leiter der St.Petersburger Parteiorganisation, der an dritter Stelle auf der Kandidatenliste aufgeschienen war. (18) Anfang April erklärten auch Wladimir Borzyuk, Parteichef in Orel, und Wladimir Nowikow, Vorsitzender der Parteiorganisationin der Udmurtischen Republik, ihren Austritt aus der Duma-Fraktion, wobei beide sehr deutlich in ihrer Kritik an Schirinowskis populistischer Haltung waren, die die Partei in ihrem Bestreben, eine seriöse politische Kraft zu sein, negativ beeinflusse. (19)

Die meisten Sorgen bereitete Schirinowski jedoch wahrscheinlich der Austritt von sechs weiteren LDP-Mitgliedern Anfang Juni. Nicht nur, daß dies ein weiteres Zeichen seiner Unfähigkeit, seine Mitdeputierten unter Kontrolle zu halten, war, es handelte sich dabei um eine ernste Gefährdung seines Rufs (und seines Selbstverständnisses) als unumstrittener Anführer der russischen national-patriotischen Sache. Die sechs Abtrünnigen gaben nämlich ihre Absicht bekannt, mit anderen Parlamentariern zusammenzuarbeiten, um Alexander Ruzkojs neue politische Bewegung "Abkommen für Rußland" zu unterstützen. (20)

Verständlich, daß Schirinowski, der die parlamentarische Initiative zur Durchsetzung von Ruzkojs Freilassung aus dem Lefortowo-Gefängnis im Februar angeführt (und natürlich das Lob für sich alleine eingeheimst) hatte, nicht besonders erfreut darüber war, daß Ruzkoj seine politische Karriere wieder aufbauen wollte. Folglich glänzte Schirinowski durch Abwesenheit, als Ruzkoj seine Absicht erklärte, die nationalistischen Kräfte in seiner neuen, im April 1994 gegründeten Bewegung "Abkommen für Rußland" zu sammeln. Mittlerweile haben sich die Animositäten zwischen den beiden beträchtlich verstärkt. Während Schirinowski Ruzkoj Undankbarkeit für seine Entlassung aus dem Gefängnis vorwarf und "Abkommen für Rußland" als Bewegung bezeichnete, die von Leuten angeführt wird, die nichts getan haben, als Rußland zu erniedrigen, und "deren Hände blutbefleckt sind", konterte Ruzkoj, Schirinowski sei ein Fall für den Arzt und ein Psychopath.

Trotz ihres unbestreitbaren Erfolges bei den Wahlen im vergangenen Dezember bleibt die LDP zum großen Teil eine isolierte politische Kraft, sowohl innerhalb als auch außerhalb des Parlaments. Es stimmt allerdings, daß sie sich bis zu einem gewissen Grad mit den Liberalen und den Zentristen um Präsident Jelzin gutgestellt hat, etwa durch ihre (zögernde) Zustimmung zum Vertrag über das Verwaltungsabkommen. Auch zu anderen Nationalisten und kommunistischen Hardlinern hat sie im Rahmen des Pan-Slawischen Parlaments, das unmittelbar nach dem 5. Kongreß der LDP im April gegründet wurde und Schirinowski pflichtgetreu zum Vorsitzenden wählte, engere Bande geknüpft. (21)

Ob diese Partei nun isoliert ist oder nicht, eines steht fest: Ein Rußland, das von Wladimir Schirinowski und seiner Liberal-Demokratischen Partei beherrscht wird, wird so gut wie sicher all die Voraussetzungen erfüllen, die Norman Cohn als "Garant für den Genozid" bezeichnete: "... eine unterirdische Welt, in der fortwährend als Ideen verkleidete pathologische Phantasien von Betrügern und halbgebildeten Fanatikern für Ignoranten und Abergläubische produziert werden. Zu manchen Zeiten taucht diese Unterwelt aus der Tiefe auf und fasziniert, umfängt und beherrscht eine Masse von ansonsten vernünftigen und verantwortungsbewußten Menschen. Und gelegentlich kommt es vor, daß diese unterirdische Welt zu einer politischen Kraft wird und den Lauf der Geschichte beeinflußt." (22)

Anmerkungen:

1) "Moscow News", Nr. 17, 1990. S. 7

2) Liberal'no-demokraticheskaya partiya Sovetskogo Soyuza. Dokumenty i materialy, (Moskau: Politizdat 1991)

3) Für weitere Details das Programm von 1992 betreffend, siehe "Liberal", Nr. 8-9, 1992. S. 15-16.

4) "Moscow News", Nr. 17, 1990, S. 7.

5) Interview in "Sovetskaya Rossiya', 2. Oktober 1991.

6) Michail Savin und Alexander Smagin,

"LDPR: Slagaemye pobedy", Nezavisimaya gazeta, 18. Dezember 1993, S. 1-2.

7) Weitere Details in "Izvestiya", 30. Dezember 1993 und "The Guardian", 31. Dezember 1993.

8) "The Guardian", 14. Dezember 1993.

9) Zitiert nach "Izvestiya", 4. Jannuar 1994, S. 7

10) "Izvestiya", 10. Dezember 1993, S. 4

11) Einzige Ausnahme von dieser finanziellen Geheimhaltung war ein Bericht in der Rossiiskaya Gazeta im April 1994, der tatsächlich einige Details über Spenden von seiten der Wirtschaft an verschiedene Parteien veröffentlichte. In Zusammenhang mit der LDP wurden zwei Firmen genannt: Eine mit der Bezeichnung "Noris" spendete der Partei 5 Millionen Rubel, während das "Sokol"-Freizeitzentrum fast 75 Millionen Rubel beitrug.

12) So mußte in Moskau erscheinendes englisches Magazin (Der Moskauer Guardian) nach einer Verurteilung in einer derartigen Verleumdungsklage zusperren.

13) Vgl. "Izvestiya", 30. November 1993.

14) Alle hier genannten Zahlen beziehen sich auf die 59 auf der LDP-Liste gewählten Mitglieder. Einzelheiten stammen aus der "Rossiskaya Gazeta", 28. Dezember 1993, S. 2-3.

15) Weitere Informationen zur Zusammensetzung der Ausschüsse der Staats-Duma finden sich in der "Rossiskaya Gazeta" vom 26. Jannuar 1994.

16) Zitiert nach Enrico Franceschini, "La strana squadra di Zhirinovskij", "La Repubblica", 18. Dezember 1993, S. 16.

17) "Izvestiya", 17. Februar 1994, S. 2. Kobelew hielt seine Mitgliedschaft in der LDP noch eine Weile aufrecht, brach jedoch letztendlich im März mit Schirinowski.

18) "Kommersant Deyli", 23. Februar 1994, S. 3.

19) Radio Rossiya, 6. April 1994.

20) ITAR TASS, 8. Juni 1994.

21) Der zweite bemerkenswerte Teilnehmer an dem "Parlament" war Alexander Sterligow, Führer der Russischen Nationalversammlung, der ordnungsgemäß zum "Sprecher" gewählt wurde. Zur Zeit der Entstehung dieses Artikels gab es auch Pläne zur Schaffung engerer Arbeitskontakte zwischen der

Parlamentsfraktion der LDP und der Fraktion von "Rußlands Weg" von Sergej Baburin. Details dazu in "Segodnya", Juli 1994, S. 2.

22) Norman R.C.Cohn, "Warrant For Genocide", New York: 1966, S. 17-18.

11. Populisten in der Krise. Politikverbot für Bernard Tapie

Autor: Js. · Rubrik: Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak374/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:374:01

Kurz vor dem Rücktritt Silvio Berlusconis, des selbsternannten Retters Italiens, endete in Frankreich die politische Karriere eines Mannes, der - wie der Mailänder Medienmogul - eine Zeitlang die politische Szenerie durcheinander gebracht hat. Bernard Tapie - wie Berlusconi "Selfmade-Man", Unternehmer, Medienstar und Volkstribun in einer Person - wurde gemeinsam mit seiner Ehefrau Dominique vom Pariser Handelsgericht für bankrott erklärt. Über das persönliche Vermögen von Madame und Monsieur Tapie, die als Gesellschafter für die 480 Mio. DM Verbindlichkeiten der Unternehmensgruppe haften, wurde der Konkurs angeordnet. Fünf Jahre lang darf Bernard Tapie kein politisches Mandat mehr wahrnehmen.

Der Typus des "Populisten" und Quereinsteigers, vielfach als moderne, mediengerechte und unterhaltsamere Alternative zum "gelernten" Politiker gehandelt, hat mit dem doppelten Einbruch erheblich an Ausstrahlung verloren. Im Nachhinein betrachtet muß es eher als Sensation erscheinen, daß sich der Skandalpolitiker Tapie so lange hat halten können. Der folgende Rückblick auf seine Karriere ist nicht als Nachruf zu verstehen. Die Zahl seiner Verehrer ist nach wie vor zu groß, das Ansehen der Etablierten zu stark ramponiert, als daß ein Comeback des Marseiller Massenidols ein für allemal auszuschließen wäre.

Die Titel, die Bernard Tapie in der internationalen Presse verliehen wurden, lassen jeden herkömmlichen Parteipolitiker vor Neid erblassen: Er erscheint als "Paradiesvogel", "Glücksritter", "Superstar" und "Schwarm des Volkes", als "ein Zorro der Unternehmen" und "Robin Hood der Vorstädte", "ein Tausendsassa in Wirtschaft, Sport und Politik", "Frankreichs brillantester Aufsteiger", ein "Showtalent", "Finanzjongleur" und "Joker des Präsidenten" - aber auch als ein "Mann im Zwielicht", "politischer Geschäftemacher" und "Pleitier", der "mit dem Rücken zur Wand steht".

Erstaunlicherweise sind all diese Attribute nicht übertrieben. Sie beschreiben einen Mann, der im Unterschied zu Berlusconi wirklich von ganz unten kommt. Der 1943 geborene Sohn spanischer Einwanderer, in einem Pariser Vorort aufgewachsen, profilierte sich schon frühzeitig als Multitalent. Während er an der Ecole d'Electricité industrielle studierte, betätigte er sich erfolgreich als Chanson-Sänger: Von seiner ersten Schallplatte wurden 100.000 Exemplare verkauft. Seine Karriere als genialer Händler begann mit dem Verkauf von Fernsehapparaten an der Haustür. 1977 erwarb er seine erste eigene Firma.

Berühmt wurde Bernard Tapie durch die Sanierung bankrotter Firmen, die er mitunter zum symbolischen Preis von einem Franc aufkaufte. Dabei machte er extensiv von den Bestimmungen des Konkursrechts Gebrauch, das nicht nur die Stundung der Schulden, sondern auch Entlassungen ohne Sozialplan erlaubt. Manchmal setzte Tapie bis zu 80% der Belegschaft auf die Straße - und verkaufte den "sanierten" Betrieb ein oder zwei Jahre später mit riesigem Gewinn. Seiner Reputation als "Freund der kleinen Leute" tat das keinen Abbruch. Jahrelang verstand er es, die Medien sich und seinen Geschäften nutzbar zu machen - getreu seinem persönlichen Wahlspruch: "Der intelligenteste Mensch bleibt im Schatten, wenn er es nicht versteht, zu verführen und zu erobern." (1)

Tapie schämte sich auch nicht, seinen so erworbenen Reichtum offen zur Schau zu stellen. Zu seinem Privatvermögen gehörte eine 74 Meter lange und 30 Mio. DM teure Yacht; allein der Wert seiner Möbel und Bilder wird auf 100 Mio. DM geschätzt. Auf Betreiben der staatlichen Bank Crédit Lyonnais, bei der Tapie mit fast 400 Mio. DM in der Kreide steht, wurden im Sommer 1994 die Yacht und ein Teil der Kunstsammlung vom Gerichtsvollzieher sichergestellt. Mit dem spektakulären Kauf der deutschen Sportartikelfirma Adidas (Sommer 1990) hatte Tapie sich überhoben. Nach weniger als drei Jahren mußte er alle seine Aktien verkaufen. Gegen Tapie laufen u.a. Verfahren wegen Steuerhinterziehung - er hatte seine Yacht als Handelsschiff deklariert - und wegen Bestechung: Unter seiner Präsidentschaft beim Fußballclub Olympique Marseille, 1993 Europapokalsieger der Landesmeister, waren gegnerische Spieler geschmiert worden. Der Club, dessen Miteigentümer Tapie ist, mußte zwangsweise in die zweite Liga absteigen.

In Marseille ist Tapie nach wie vor ein Volksheld, der sich bis zum Spruch des Pariser Handelsgerichts berechtigte Hoffnungen auf das Bürgermeisteramt machen konnte. Über die popularitätsfördernde Wirkung seiner Zusammenstöße mit der Justiz schrieb die satirische Wochenzeitschrift Le Canard enchainé: "Kurz vor

der Wahl ein paar Tage im Gefängnis, und der Rathaus-Chefsessel ist ihm sicher." (2) Als Tapie im Juni 1994 von der Polizei früh morgens aus dem Bett geholt und in Handschellen abgeführt wurde, war auch sein Freund Jean-Francois Hory überzeugt: "Das alles wird ihm bei seinen Anhängern nur noch mehr Sympathien einbringen." (3) Tapie setzt auch alles daran, sich als politisch Verfolgter und Märtyrer der Marginalisierten darzustellen. Hilfreich ist dabei, daß er die Sprache der Vororte so beherrscht, daß es echt klingt. Die Arbeitslosigkeit müsse für illegal erklärt werden, forderte der Mann, der selbst Tausende entlassen hat - und ihm wurde geglaubt.

Schon vor seinem Einstieg in die Politik war Tapie bekannter als die meisten Minister. Dem Fernsehpublikum erschien er regelmäßig als Moderator einer von ihm selbst konzipierten Fernsehsendung und als Hauptdarsteller von Werbespots, "in denen der Chef persönlich, dazu noch witzig, für seine Produkte" warb. (4) Seit seinem politischen Debüt hat Tapie eine Reihe spektakulärer Erfolge vorzuweisen. Protegiert von Staatspräsident Mitterrand persönlich, erreichte er im Juni 1988 bei den Neuwahlen zur Nationalversammlung in Marseille beachtliche 49,9%; Jean-Marie Le Pen (Front National) konnte in seiner eigenen Hochburg geschlagen werden. Im März 1992 erreichte er bei den Regionalwahlen mit der Liste "Energie Sud" ebenfalls mehr Stimmen als die Rechtsextremisten und die Bürgerlichen. Wenig später wurde er vom damaligen Premier Bérégovoy (PS) zum Minister für Stadtentwicklung berufen, um durch spezielle Bau- und Sanierungsprogramme zur Befriedung der verwahrlosten Vorstädte beizutragen. Nach nur 52 Tagen im Amt mußte Tapie gehen, weil ihm eine Anklage wegen Veruntreuung, Hehlerei und Bilanzfälschung drohte. Nach einem Vergleich erhielt er sein Amt noch einmal für kurze Zeit zurück - bis die Bürgerlichen im April 1993 die Regierung übernahmen.

Bei den Europawahlen im Juni 1994 konnte Tapie, der nicht Mitglied der sozialistischen Partei ist, sondern in der Nationalversammlung zur Gruppe der "Präsidialmehrheit" gehört, mit seiner Liste "Energie radicale" den Sozialisten massiv Stimmen abjagen: 30% holte Tapies Liste in Marseille, 12% im Landesdurchschnitt - die Sozialisten verzeichneten mit erbärmlichen 14,5% das schlechteste Ergebnis seit ihrer Neugründung im Jahre 1971. Ihr Parteivorsitzender Michel Rocard trat zurück und schied aus dem Kreis der Bewerber für die Präsidentschaftswahlen 1995 aus. Tapie, der von einigen ganz offen als "Retter der Linken" gehandelt wurde, hatte schon vorher eine Kandidatur mit den Worten ausgeschlossen, er habe noch nicht bewiesen, "ein Staatsmann" zu sein - allerdings soll er dabei, berichtet Der Spiegel (Nr. 19/1994), "von einem Ohr zum anderen" gegrinst haben.

Nun hat er - zumindest bis auf weiteres - ausgegrinst, und das ist gut so. Tapies Verdienst bleibt, den unaufhaltsam scheinenden Boom der Rechtsextremisten gebrochen zu haben. Allerdings hat er dabei selbst nationalistische Stimmungen angeheizt. Seine wirtschaftspolitischen Ziele - Sicherung des "Standort Frankreich" durch rigorose Unternehmenssanierung - versuchte er schon Mitte der achtziger Jahre unter die Leute zu bringen. Mit seiner Autobiographie "Gagner" (deutsch: "Gewinnen auf der ganzen Linie") und auf öffentlichen Veranstaltungen wollte er bei seinen vor allem jugendlichen Fans die "Lust am Unternehmertum" wecken; falls die ausbleibe, so Tapies Schreckensbotschaft, werde Frankreich bald nur noch "ein gigantischer Ferienpark (sein), in dem reiche Ausländer uns Erdnüsse zuwerfen, während sie unseren Poeten, Intellektuellen und Philosophen lauschen." (5) Damals lobte das Wirtschaftsblatt Le Point ihn für seine "pädagogischen Ambitionen". Auch der prestigeträchtige Erwerb der weltbekannten deutschen Firma Adidas wurde von Tapie als historische Tat zum Ruhme Frankreichs präsentiert.

Als Tapie Ende der siebziger Jahre mit den bürgerlichen Parteien ins politische Geschäft kommen wollte, wurde der "Emporkömmling" abgewiesen. Einiges deutet aber darauf hin, daß Regierungschef Edouard Balladur den potentiellen Präsidentschaftskandidaten Tapie für eigene Zwecke instrumentalisiert hat. Noch Anfang Dezember, nach einer - allerdings umgehend dementierten - Intervention Balladurs "schien es so, als ob Tapie persönlicher Konkurs und Verlust des passiven Wahlrechts vorerst erspart bliebe." (6) Tapie wurde eine Schonfrist von einem halben Jahr eingeräumt, und zwar von demselben Gericht, das dann zwei Wochen später den Konkurs über Tapies persönliches Vermögen und das fünfjährige Politikverbot anordnete. "Die Art und Weise, wie der Fall Tapie behandelt wurde, stützt die These von der politischen Einmischung", schrieb das Wirtschaftsblatt Les Echos. Nach dem Verzicht Jacques Delors' als Präsidentschaftskandidat der Sozialisten, der als einziger den bürgerlichen Bewerbern hätte gefährlich werden können, hat Bernard Tapie als "Anti-Delors-Waffe" ausgedient (7) - ein doppelt unrühmliches Ende für den großmäuligen "Erfolgsmenschen".

Js.

Anmerkungen:

1) FAZ, 16.6.1992

2) zitiert in taz, 8.4.1994

3) Frankfurter Rundschau, 30.6.1994

4) Die Zeit, 19.9.1986

5) ebd.

6) Frankfurter Rundschau, 16.12.1994

7) zitiert ebd.

12. Silvio Berlusconi gibt nicht auf

Autor: Js. · Rubrik: Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak374/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:374:31

Kaum zwei Wochen nach seinem unrühmlichen Ende als Ministerpräsident ist Silvio Berlusconi erneut in die Offensive gegangen. "Wir gewinnen die Wahlen und regieren mit Sicherheit bis zum Jahr 2000", ließ er verblüffte Reporter wissen. Die Siegesgewißheit ist nicht nur gespielt. Falls es Neuwahlen noch im Frühjahr geben sollte, könnte Berlusconi erneut mit seinem gesamten Fernseh-Imperium in den Wahlkampf ziehen und möglicherweise das gegenwärtige Kräfteverhältnis zu seinen Gunsten verändern: Nach aktuellen Umfragen käme der Rechtsblock auf 43%, dessen Gegner - einschließlich der abgesprungenen Lega Nord - könnten derzeit mit 57% der Stimmen rechnen.

Nach nur 226 Tagen war Italiens 53. Nachkriegsregierung am Ende. Sie blieb damit deutlich unter der durchschnittlichen Amtszeit von 310 Tagen und meilenweit entfernt vom Rekord des ersten Kabinetts Craxi (1058 Tage). Gescheitert ist Silvio Berlusconis Regierung an der Lega Nord, deren Abgeordnete dem Ministerpräsidenten mehrheitlich das Vertrauen aufkündigten. Der Abstimmung über ein gemeinsames Mißtrauensvotum von Teilen der Lega und der Volkspartei (Partito popolare italiano - PPI) sowie zwei weiteren von PDS und Rifondazione Comunista kam der angeschlagene Regierungschef durch seinen Rücktritt zuvor.

Berlusconi hat bis zuletzt und mit den gewohnten Mitteln der telecrazia gekämpft. Noch am Abend des 19. Dezember wandte er sich direkt an das Volk. Sein Appell zum Massenprotest gegen seine Gegner wurde von allen landesweit ausstrahlenden Fernsehanstalten mit Ausnahme der weiterhin unabhängigen RAI 3 gesendet. Die düstere Warnung vor der kurz bevorstehenden Machtergreifung der "illiberalen Kräfte", für ihn eine Art Staatsstreich, gipfelte in den Worten: "Jetzt wollen sie das Ergebnis der Wahlen umstürzen. Sie wollen dem Volk die Souveränität nehmen. Sie wollen euch eure Stimmen stehlen und sie zu unseren Gegnern tragen. Mit euren Stimmen wollen sie eine illiberale Regierung schaffen, gegen die wir bei den letzten Wahlen angetreten sind." Am Ende stand der Aufruf zum Widerstand: "Eine einzige, laute Stimme beginnt sich zu erheben: Der Betrug darf nicht belohnt werden, die Ungerechtigkeit darf nicht akzeptiert werden. Ich umarme euch."

Auch dieser theatralische Auftritt des großen Kommunikators konnte seinen Sturz nicht mehr aufhalten. PPI-Sekretär Rocco Buttiglione, von Berlusconi zwecks Fortsetzung seiner Regierung umworben, wies die unterschwelligen Drohungen scharf zurück und fragte an, ob die von Berlusconi angekündigten "Freiheitsmärsche" als "Generalprobe für den Bürgerkrieg" gemeint seien.

Dessen ungeachtet setzte Berlusconi seine Tiraden am 21. Dezember vor der Abgeordnetenkammer fort. Der "Verräter", "Betrüger", "Lügner" und "Stimmendieb" Umberto Bossi von der Lega Nord habe die Regierungsarbeit behindert und den Volkswillen verfälscht. Der inszenierte Wutausbruch, von Staatspräsident Oscar Luigi Scalfaro als "Desaster" bezeichnet, gehörte bereits zu Berlusconis Wahlkampfauftakt. An die Stelle des selbstsicher lächelnden Siegertypen der Kampagne vom Frühjahr 1994 trat der zornige Rächer, der sich selbst als Opfer einer Verschwörung präsentiert und seinen hinterhältigen Gegnern, allen voran dem "Judas" Bossi, die Vernichtung androht.

Den vorläufigen Höhepunkt erreichte Berlusconis verbale Aggression bei einer Fernsehansprache auf RAI 2 am späten Abend des 3. Januar. Mehr als 6 Millionen Menschen sahen die Berlusconi-Show - nach Einschaltquoten hat der gestürzte Premier seine Konkurrenten Bossi (Lega Nord; 3,1 Mio.) und D'Alema (PDS; 3,5 Mio.), die am selben Tag vor die Kamera traten, weit hinter sich gelassen. Die Zuschauer wurden nicht enttäuscht. Sie sahen, wie der Herausgeber der Tageszeitung La Repubblica, Eugenio Scalfari, formulierte, ein "Meisterwerk populistischer Rhetorik, wo die Wahrheit mit dem Faden der Lüge zusammengenäht ist, eine Mischung von Akzenten, die am Ende schwarz von weiß nicht mehr unterscheidbar macht..." (La Repubblica, 5.1.1995) "Unverantwortlich" fand Staatspräsident Oscar Luigi Scalfaro Berlusconis Auftritt, und PPI-Sekretär Buttiglione wählte auch diesmal die stärksten Worte der Verurteilung: "Mussolini benutzte den Knüppel, er (Berlusconi) erzielt die selben Ergebnisse mit dem Fernsehen."

Der Inhalt der Rede war ebenso platt wie unverschämt: Der Aufschwung sei da, nur die von den Kommunisten gelenkten Medien wollten ihn nicht sehen; der Sturz seiner Regierung komme einem Staatsstreich gleich; Staatspräsident und Parlament seien nicht legitimiert, einen neuen Regierungschef vorzuschlagen bzw. zu wählen. Vorgetragen wurde das alles mit so viel "Überzeugung, Glauben und Enthusiasmus", daß es politisch

ungebildeten Menschen wahr erscheinen müsse, schreibt Eugenio Scalfari und folgert: "Eine solche Persönlichkeit ist extrem gefährlich."

Übergangsregierung

oder Neuwahlen?

Ob die Seifenoper über den verhinderten Retter Italiens von nun an täglich, wöchentlich oder in noch größeren Abständen über die Sender geht, hängt vor allem davon ab, ob und wann Neuwahlen ausgeschrieben werden. Forza Italia und Alleanza Nazionale möchten schon im März wählen lassen, die anderen großen Parteien und Staatspräsident Scalfaro bevorzugen die Etablierung einer Übergangsregierung auf breiter Basis, möglicherweise mit einem Ministerpräsidenten "super partes". Berlusconi ist als potentieller Chef dieser Übergangsregierung aus dem Rennen. Gehandelt werden derzeit eine Reihe von Namen:

- Senatspräsident Carlo Scognamiglio von Forza Italia;

- Irene Pivetti (Lega Nord), die erzkatholische Präsidentin der Abgeordnetenkammer;

- Antonio Di Pietro, der demissionierte Staatsanwalt in Korruptionsverfahren und erklärte Liebling der Massen;

- der parteilose Schatzminister Lamberto Dini;

- der Ökonom Mario Monti, zur Zeit Mitglied der EU-Kommission in Brüssel;

- Carlo Azeglio Ciampi, der parteilose Ministerpräsident vor Berlusconi. Der ehemalige Zentralbankvorsitzende steht heute wegen seiner Bemühungen, die Staatsschulden zu verringern, in hohem Ansehen;

- schließlich Francesco Cossiga, der christdemokratische Vorgänger von Staatspräsident Scalfaro. Cossiga hatte durch seine populistischen Attacken gegen die Parteien der "Ersten Republik" wesentlich zu deren Ansehensverlust beigetragen.

Ob es eine der genannten Herrschaften wird oder ob Scalfaro noch einen Überraschungskandidaten präsentieren kann, ist nicht allzu bedeutend. Das Arbeitsprogramm der Regierung ist weitgehend vereinheitlicht und umfaßt drei Reformvorhaben: Die Verabschiedung eines Antitrustgesetzes im Mediensektor; eine Reform des Wahlgesetzes für Abgeordnetenkammer und Senat; eine analoge Vereinheitlichung der regionalen Wahlgesetze.

Zur Frage der Medienkonzentration hat das Verfassungsgericht bereits Anfang Dezember eine wesentliche Vorgabe gemacht. Es erklärte u.a. den Paragraph 15 des Mediengesetzes (Legge Mammì) für verfassungswidrig. Darin war 1990, nach 14 Jahren völliger Gesetzlosigkeit, der Status Quo sanktioniert worden: Berlusconi durfte seine landesweit ausstrahlenden drei Sender Canale Cinque, Italia Uno und Retequattro behalten; zusätzlich kontrolliert er indirekt die drei Pay-TV-Kanäle Telepiù 1, 2 und 3. Nach dem Urteil des Verfassungsgerichts ist das Parlament nun gehalten, innerhalb eines Jahres das Mediengesetz zu ändern. Berlusconis Agitation für sofortige Neuwahlen hat hierin einen wesentlichen Grund. Er hofft, einen Großteil der bisherigen Lega-Nord-WählerInnen zu Forza Italia hinüberziehen und mit dem neu zusammengesetzten Parlament ein Mediengesetz verabschieden zu können, das seine politischen und wirtschaftlichen Interessen nicht allzu stark in Mitleidenschaft zieht.

Bei der Wahlrechtsreform ist es zwischen den wesentlichen politischen Kräften unstrittig, daß künftig das reine Mehrheitswahlrecht gelten soll. Die Reform von 1993 hatte ein gemischtes System geschaffen: Drei Viertel der Mandate werden nach Mehrheitswahlrecht in einem Wahlgang vergeben, das restliche Viertel nach Verhältniswahlrecht mit 4%-Klausel. Streit gibt es noch um die Frage, ob künftig - wie in Frankreich - in zwei Wahlgängen gewählt werden soll.

Die Rechte

ist noch nicht geschlagen

In einem Interview mit La Repubblica (30.12.1994) hat Arbeitsminister Clemente Mastella (Centro cristiano democratico - CCD) seinen Plan für eine neuformierte Rechtsregierung ausgeplaudert, den auch Berlusconi für den größten anzunehmenden Glücksfall ansieht: Auf dem Kongreß von Alleanza Nazionale, der Ende Januar stattfinden wird, spalten sich die "Ultras", die rechten Hardliner, ab; Rocco Buttiglione, Chef der aus der

Democrazia Cristiana hervorgegangenen Volkspartei (Partito popolare italiano - PPI), würde damit sein wesentliches Argument gegen eine Koalition mit dem Rechtsblock verlieren. Schon jetzt, so Mastella, habe Buttiglione jede Menge Probleme, "denn in der katholischen Welt verstehen viele seine Annäherungsversuche an den PDS nicht."

Selbst die Lega Nord will Mastella nicht von vornherein als Partner ausschließen; daß auf dem Lega-Kongreß im Februar die koalitionstreue Minderheit um Innenminister Maroni zur Mehrheit werden könnte, ist allerdings mehr als unwahrscheinlich. Ohne Umberto Bossi, den polternden Demagogen und hoch pokernden Taktiker, ist die Lega nur die Hälfte wert. Immerhin sind auch bei den norditalienischen Separatisten Abspaltungen denkbar. Etwaigen Dissidenten würde Berlusconi eigenhändig den roten Teppich ausrollen - auch wenn seine Person für die gemeinsame Sache geopfert werden müßte. Die Konzentration der Medien auf den alles überstrahlenden Helden hat die Tatsache vernebelt, daß Forza Italia zu allererst eine zur Partei gewordene Firma ist. Wenn das Wohl des Fininvest-Konzerns es erfordert, müssen Änderungen im Management vorgenommen werden, auch wenn der Geltungsdrang des bisherigen Hauptdarstellers nur schwer zu zügeln ist.

Nach einigen Umfragen könnte der bei den Kommunalwahlen im November und Dezember in einigen mittelgroßen Städten erfolgreiche "Mitte-Links"-Block um Volkspartei und PDS die Mehrheit der Mandate erreichen, wenn Abgeordnetenkammer und Senat neu gewählt würden. Andere Meinungsforscher wiederum sehen sowohl Forza Italia als auch Alleanza Nazionale im Aufwind, auch wenn die von Berlusconi reklamierten 30% für seinen Wahlverein erheblich übertrieben sein dürften. Daß die Neofaschisten - derzeit mit 15% und mehr gehandelt - von der vergleichsweise zurückhaltenden Politik ihres als staatsmännisch agierenden Anführers Gianfranco Fini profitieren, belegen die jüngsten Kommunalwahlergebnisse. Der gleichzeitige Einbruch der Führer- und Fernsehpartei Forza Italia darf dagegen nicht ohne weiteres auf die nationale Ebene hochgerechnet werden.

Bilanz des Jahres 1994

Wenn der neue Italien-Experte von konkret Fini schon als Berlusconis "Kronprinz" ausgemacht hat, ist das weniger das Ergebnis analytischer Arbeit als vielmehr Ausdruck eines in linksradikalen Kreisen modernen Katastrophismus. Ein "Kronprinz", auch Thronfolger genannt, wird dann zum Herrscher, wenn sein Vorgänger abdankt. Ganz so mechanisch geht es in der Politik denn doch nicht zu; nach Berlusconis Rücktritt ist Fini von dem begehrten Posten mit Sicherheit weiter entfernt als zuvor. Ebenso richtig ist, daß Fini auch weiterhin in der italienischen Politik eine Rolle spielen wird, die viele vor kaum mehr als einem Jahr nicht für möglich gehalten haben.

Dies ist die alarmierendste Lehre, die in einer Bilanz des Jahres 1994 in Italien zu ziehen ist. Dort wurde eine Kraft regierungsfähig gemacht, die sich selbst als Erbe und Nachfolgerin des Faschismus begreift; deren ansonsten betont "modern" und flexibel agierender Vorsitzender Mussolini als "größten Staatsmann des Jahrhunderts" bezeichnen darf, ohne das vorzeitige Ende seiner Karriere zu riskieren. Zwar herrschten in der aktuellen italienischen Umbruchsituation Bedingungen, die die Rehabilitierung des Faschismus begünstigten und die anderswo, etwa in Deutschland, (noch) fehlen. Dennoch hat das Modell des italienischen Rechtsblocks potentielle Nachahmer in anderen Ländern ermutigt.

Silvio Berlusconi, der vielleicht als einziger diese Rehabilitierung durchsetzen konnte, hat hiermit seine eigentliche "historische Leistung" vollbracht. Als in die Regierung delegierter Interessenvertreter der italienischen Kapitalisten hat er fast vollständig versagt. Von der Sanierung der Staatsfinanzen ist Italien weiter entfernt als zu Zeiten seiner Vorgänger. In nur einem Jahr gingen weitere 421.000 Arbeitsplätze verloren; Berlusconi hatte eine Million neue Jobs innerhalb von zwei Jahren versprochen. Mit schönen Fernsehbildern und gefälschten Umfragen lassen sich unter Umständen Wahlen gewinnen. Die negativen Folgen der Regierungspolitik sind aber nur begrenzt als Errungenschaften zu vermarkten. Befürchtungen, Berlusconi werde, einmal im Amt, wegen der manipulativen Macht seiner Medien nicht mehr zu stürzen sein, haben sich schnell als überzogen herausgestellt. Nach wie vor bestimmt das Sein, nicht (nur) der schöne Schein das Bewußtsein.

Ob Berlusconi in absehbarer Zeit ein Comeback als Regierungschef erlebt, ob er - nach einer entsprechenden Verfassungsänderung - Chancen hat, den Posten des mit mehr Kompetenzen ausgestatteten und direkt

gewählten Staatspräsidenten zu besetzen, ist derzeit völlig offen. Die Fixierung auf den einen, in seiner Skrupellosigkeit erkennbar gefährlichen Bösewicht verstellt teilweise den Blick auf Vorgänge, die langfristig sehr viel gefährlicher sind: die Rechtsentwicklung der gesamten italienischen Gesellschaft. Wenn Rocco Buttiglione gegen Berlusconi vom Leder zieht, dann darf das nicht darüber hinwegtäuschen, daß seine Vorstellungen von kapitalistischer Krisenbewältigung mit denen Berlusconis weitgehend übereinstimmen. Dem gescheiterten Ministerpräsidenten wirft Buttiglione vor, nicht genügend Vertrauen in die italienische Politik geweckt zu haben, damit "die Menschen in Italien und im Ausland ihr Geld in unserem Lande investieren und moderate Steuern akzeptieren".

Besorgniserregend sind auch die freundlichen Worte, die PDS-Sekretär Massimo D'Alema neuerdings für Umberto Bossi übrig hat. Der habe "großen Mut" bewiesen. Eine Koalition mit der Lega Nord hält D'Alema für möglich und wünschenswert: "Zwischen dem Lager der progressisti, dem Patto Segni und der Volkspartei Buttigliones gibt es schon eine gemeinsame Grundlage für ein Regierungsprogramm. Wo die Lega sein wird, hängt vor allem von der Lega ab." Hier muß daran erinnert werden, daß die Lega wohl ihren Sezessionismus, nicht aber ihren speziellen inneritalienischen Rassismus abgelegt hat. Die Bewohner des Südens gelten den nordischen Regionalisten nach wie vor als Faulpelze und Schmarotzer, die am Reichtum des Nordens teilhaben wollen. Daß eine solche Gruppierung heute für die Linksdemokraten koalitionsfähig ist, wohlgemerkt nicht nur in einer Übergangsregierung, läßt die im Regierungsprogramm des PDS reklamierte "bewußte Solidarität mit ganz Süditalien" Makulatur werden.

Für D'Alema scheint das kein Problem zu sein - nach seiner Analyse geht es derzeit "nicht um einen Kampf zwischen links und rechts, sondern um eine Entscheidungsschlacht für die Demokratie." Darunter versteht er nicht etwa Minderheitenrechte oder ähnlich altmodische Dinge. Die Überbleibsel des alten proportionalen Wahlrechts sollen, auch auf regionaler Ebene, umgehend abgeschafft werden. Oberste Priorität hat für den PDS die Regierbarkeit des Landes, die Berlusconi bewußt aufs Spiel gesetzt habe. Das Kalkül ist, daß mit einem reinen Mehrheitswahlrecht, womöglich in zwei Wahlgängen, der Rechtsblock zu schlagen wäre, weil seine Gegner ihm geschlossen gegenübertreten würden. Für Berlusconi und seine Verbündeten sei es relativ leicht gewesen, die Linke zu schlagen, erklärt D'Alema: "Aber jetzt gäbe es nicht nur eine Konfrontation mit der Linken, sondern mit dem demokratischen Gewissen aller Italiener."

Diese breitestmögliche Anti-Berlusconi-Koalition soll, das muß wiederholt werden, nicht auf eine Übergangsphase beschränkt sein, sondern ist gedacht als Zukunftsmodell für den Fall vorgezogener Neuwahlen. Falls es sich durchsetzen sollte, wird Silvio Berlusconi in die Geschichte eingehen als der Mann, der Italien zu einer starken, durch keine linke Opposition gestörten Regierung verhalf. Neben Würdigungen in den Geschichtsbüchern könnte er handfeste Ansprüche anmelden, nicht nur als Geschäftsmann. "Auch wenn er nicht an der Spitze der Regierung steht, bleibt Berlusconi einer der wichtigsten, wenn nicht der wichtigste Politiker Italiens", weiß Rocco Buttiglione. Das könnte noch lange so bleiben - so oder so.

Js.

Quellen: Corriere della sera, La Repubblica, La Stampa, L'Espresso sowie diverse deutschsprachige Tageszeitungen

13. Neue Polizei-Rekorde

Autor: Festnahmeaktion während des EU-Gipfels in Essen · Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; Aktionen / Veranstaltungen; Westeuropa / EG allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak374/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:374:28

Der in Essen stattfindende EU-Gipfel am 9. und 10. Dezember 1994 war für die Polizei Anlaß, die bislang größte Festnahmeaktion in der Geschichte der BRD zu starten. Zugleich erwirkte sie mit völlig willkürlichen Behauptungen ein Verbot der angemeldeten Demonstration - sollte diese Methode Schule machen, käme dies faktisch einer Beseitigung des Demonstrationsrechtes gleich.

Nach offiziellen Angaben befanden sich während des EU-Treffens 8.000 Beamte im Einsatz. Das dürfte untertrieben sein. Denn eigenen Angaben zufolge hatte die Polizei allein am Sonnabend, dem 10. Dezember (dem Tag der geplanten Demo) 7.000 Leute im Einsatz. Unterstellt man für die Dauer des Gipfels drei "Arbeits"schichten, dann läßt sich leicht eine höhere Zahl errechnen. Bereits von Mittwoch bis Freitag hatten die Ordnungswüter 6.341 Personen und mehr als 4.000 Fahrzeuge kontrolliert. Dabei kam es zu 26 Festnahmen und 77 "Platzverweisen". (Angaben nach SZ, 12.12.) Der Korrespondent der Frankfurter Rundschau konstatierte einen "fast krankhaften Sicherheitsplan der Polizei". (FR, 10.12.)

Von den VeranstalterInnen der geplanten Demonstration war immer wieder deren friedlicher Charakter betont worden. Das nützte nichts. Am Dienstag stellte die Polizei den VeranstalterInnen ihre Verbotsverfügung zu, gespickt mit bloßen Mutmaßungen oder angeblichen "Erkenntnissen". Sie war sich auch nicht zu blöd, aus dem Motto "Greifen wir nach den Sternen" die geplante Demontage der Weihnachtsdekoration in der Essener Einkaufszone herauszulesen. Vor dem daraufhin angerufenen Verwaltungsgericht Gelsenkirchen hatten diese aus der Luft gegriffenen Behauptungen zunächst keinen Bestand. Es hob das Verbot wieder auf.

Darauf führte das Land Nordrhein-Westfalen im Namen des Ministerpräsidenten Rau, des Innenministers Schnoor sowie des Essener Polizeipräsidenten Dybowski dem Gelsenkirchener Verwaltungsgericht vermutlich den tieferen Sinn des bürgerlichen Gewaltenteilungsprinzips nachdrücklich vor Augen und erwirkte am Freitag eine Wiederinkraftsetzung des Demo-Verbots. Das auf den höchst subjektiven Einschätzungen der Polizei beruhende Verbot wurde in den frühen Morgenstunden des Sonnabends durch das Bundesverfassungsgericht abschließend bestätigt. Reine Polizeiwillkür hatte damit den höchsten rechtsstaatlichen Segen erhalten.

Die meisten der im Lauf des Vormittags auf dem Essener Hauptbahnhof eintreffenden Demonstrationsteilnehmer dürften vom Verbot kaum etwas gewußt haben. Am Bahnhof eingetroffen, wurden sie schnell eines Besseren belehrt, weil sie die Polizei am Weitergehen hinderte. Immerhin konnten die mit der Bahn angereisten Demo-TeilnehmerInnen noch erreichen, von der Polizei zum geplanten Kundgebungsort geleitet zu werden. Auf diesem Platz, dem der Erfinder des Berufsverbots den Namen gibt, wurde dann das Demonstrationsverbot exekutiert. Die Polizei bildete einen Kessel mit dem Ziel der "Ingewahrsamnehmung". "Wer sich freiwillig abführen ließ, wurde vorsichtig behandelt, wer sich wehrte, wurde hart angepackt und fortgeschleppt. Daß auch sanftmütigen Demonstrantinnen die Hände auf den Rücken gefesselt wurden, empörte manche Zuschauer", beschreibt die FR die Vorgänge nicht gerade widerspruchsfrei. (12.12.) Tatsächlich hatten die SEK-Kommandos die Leute einzeln aus dem Kessel geholt, ihnen Plastikfesseln verpaßt und dann in Polizei- oder - mangels eigener Kapazitäten - in requirierte Linienbusse verfrachtet.

Der Kessel am Willy-Brandt-Platz war nur einer von insgesamt dreien, wo sich die gleichen Szenen abspielten. Bis zu vier Stunden mußten die letzten Eingekesselten bei teilweise strömendem Regen auf ihren Abtransport zur Landespolizeischule warten. Dort angekommen wurden sie im Schießstand, der Turnhalle oder weiterhin in den Bussen festgehalten. Nach anderthalb Stunden wurden endlich die Fesseln abgenommen, die erkennungsdienstliche Behandlung begann. Beschlagnahmt wurden Schnürsenkel ebenso wie Schmuck. Andere Waffen konnte die Polizei allerdings nicht aufspüren. Nach durchschnittlich zehn Stunden wurden die insgesamt 918 Festgenommenen in Essen oder anderen Städten aus der "Ingewahrsamnehmung" entlassen.

Eine Sonderbehandlung mußten die türkischen und kurdischen Verhafteten über sich ergehen lassen. Ihnen wurde zunächst Abschiebehaft angedroht. Später wurden sie dann teilweise geschlagen, wobei sechs von ihnen Verletzungen erlitten (Prellungen, Kopfverletzungen oder Gehirnerschütterungen). Ihre Freilassung erfolgte erst in den frühen Morgenstunden des Sonntags.

14. EU-Gipfel in Essen: Osteuropa im Blick. Das Mittel der Erweiterung zum Zwecke der Vertiefung

Autor: J., Westberlin · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Westeuropa / EG allgemein; Osteuropa allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak374/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:374:21

Chauvinistische Karikatur

Betr.: Norwegen: Ohne EU geht's besser (ak 373, S. 6)

Unter der Schlagzeile "Norwegen: Ohne EU geht's besser" fand sich - neben einem Beitrag von J., Westberlin - eine Pro-EU-Karikatur chauvinistischer Couleur: Die Mehrheit der norwegischen Bevölkerung, die einen Beitritt des Landes zur EU verhinderte, wird auf den Berufsstand der Fischer reduziert (tatsächlich arbeiten weniger als 6% aller Beschäftigten Norwegens im Wirtschaftszweig Land-, Forst-, Fischereiwirtschaft und Jagd) und als raffgierig präsentiert. Die Gegnerschaft dieser Mehrheit gegenüber dem Projekt EU wird - ebenfalls wahrheitswidrig - in eine Gegnerschaft gegenüber "Europa" umgedeutet. Des weiteren werden die Ablehnungsgründe dieser Mehrheit auf den Ölreichtum "des Landes" reduziert, wodurch die Frage nach dem im Klassenkampf erzielten Stand der gesellschaftlichen Verteilung dieses Reichtums ebenso im Hintergrund bleibt, wie die notwendige Verteidigung demokratischer Errungenschaften gegenüber dem drohenden Einkassieren gewisser Mitsprachemöglichkeiten durch die Brüsseler Ministerialbürokratie. - Ich frage mich, ob es einer Zeitschrift wie ak nicht besser zu Gesicht gestanden hätte, eine Karikatur abzubilden, die aus einer linken Perspektive heraus Partei ergreift, anstatt der sattsam bekannten bürgerlichen Propaganda ein weiteres Forum zu verschaffen?

P., Flensburg

ak rührt in Scheiße

Betr.: "Eine große Lähmung ist spürbar" - Interview mit Bert Hoffmann (ak 371)

Als Leser der ak glaubte ich mich bis zum Erscheinen der ak 371 vor Hetz-Artikeln des "Kuba-Spezialisten" (Zitat: ak!!!) Bert Hoffmann sicher. Doch weit gefehlt: Eine ganze Seite lang darf sich der "Spezialist" über "den 5. August" auslassen! Während die übrige Presse das Thema wegen mangelnder Sensationen und Katastrophen schon längst abgehakt hat, wird in ak weiter in der Scheiße gerührt. Die Redaktion der ak sollte sich weniger Sorgen um die Aktualität und mehr Gedanken um den Inhalt machen!

Wer wie ich in den letzten Jahren die Artikel von Bert Hoffmann über Kuba in der taz, in den Lateinamerika-Nachrichten und anderswo verfolgt hat, weiß, daß er noch nie ein gutes Wort über Kuba verloren hat. Von einem voyeuristischen Standpunkt aus wird in seinen Artikeln alles nur Mögliche kritisiert, Zynismus und Diffamierung, Arroganz und Ignoranz kennen keine Grenzen, Ursachen und Hintergründe werden verschwiegen. Schon die Bildunterschriften machen das deutlich: "Solidarität mit Kuba: Augen zu für Fidel Castro?" (taz, 11.1.93), "Kubanischer Bauer und seine Mutter: ‚Besser, man wäre hier nie geboren worden.`" (taz, 26.7.93)

In dem Interview in ak wird kein Wort darüber verloren, daß die USA schon seit Jahren über den Contra-Sender "Radio Martí" die KubanerInnen zu Aufruhr und illegaler Ausreise aufrufen. Kein Wort darüber, daß KubanerInnen mit Taschengeld, Wohnung, Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis in die USA gelockt werden - ein Privileg, von dem andere MigrantInnen aus Lateinamerika nur träumen können. Kein Wort darüber, daß die USA einseitig die schon 1984 bestehende Vereinbarung, jährlich 20.000 Einreisevisa für KubanerInnen auszustellen, nicht eingehalten haben und somit viele Menschen zur Flucht und letzten Endes in den Tod trieben. Statt dessen sinniert Hoffmann darüber, daß "die Fluchtbewegung" deshalb abebben wird, weil "es immer schwieriger wird, Flöße zu bauen .... und so leicht ist es ja nun auch nicht auf der Insel, immer neue LKW-Schläuche zu beschaffen", denn: "Die Preise für Fahrzeuge und Zubehör sind erheblich gestiegen." Läßt sich eine solche Menschenverachtung noch überbieten?!

Die Frage, die sich beim Lesen aufdrängt, heißt: Was will der Autor mit diesen Artikeln erreichen? Welche Alternative hat er - wenn überhaupt - angesichts der weltpolitischen Lage anzubieten? Ein Kuba wie vor 1959? Ein Kuba wie Nicaragua nach 1990?

Selbst in der bürgerlichen Presse wurde vergleichsweise besser über Kuba berichtet. Gezwungenermaßen mußten dort einige Wahrheiten veröffentlicht werden. Es ist unerträglich, daß sich Hoffmann ungehindert, ja sogar gewollt, in einer linken Zeitung so profilieren kann, daß er bis zum "Kuba-Spezialisten" avanciert!

K. Marek, Darmstadt, 17.11.94

15. "Alles muß auf den Prüfstand." Kapital- Vertreter läuten das Ende des Sozialstaats ein

Autor: J., Westberlin · Rubrik: Sozialpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak374/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:374:36

Daß in der BRD von 1983 bis 1993 die realen Nettogewinne der Unternehmen um 99 Prozent gestiegen sind, die Einkommen der abhängig Beschäftigten im selben Zeitraum hingegen nur noch um insgesamt 9 Prozent, kann dem Kapital nicht genug sein. Der knallharte Wettbewerb auf den Weltmärkten fordert seinen Preis oder, wie es der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) ausdrückt: "das Thema Standortsicherung" bleibe auf der Tagesordnung. Jetzt bereiten die Kapitalvertreter das Feld für einen umfassenden Angriff auf die sozialen Sicherungssysteme. Geschickt wird dies verbunden mit der Forderung nach Einführung von tariflichen Niedriglöhnen, die gegebenenfalls auch noch öffentlich (teil)finanziert werden sollen.

Noch in dieser Legislaturperiode müsse mit dem "Umbau" des Sozialstaates begonnen werden, fordert der Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), Murmann. Daß er und seine Freunde es bitterernst meinen, demonstrierten sie, indem sie nur zwei Tage nach der Bundestagswahl in einer 62seitigen "Denkschrift" einen umfassenden Forderungskatalog präsentierten:

- Kranke Arbeitnehmer sollen in den ersten 14 Tagen ihrer Arbeitsunfähigkeit 20 Prozent weniger Lohn erhalten. Als Alternative könnten sich die Arbeitgeber auch die Einführung von Karenztagen vorstellen. "Kurzfristig Beschäftigte" sollen ohnehin keine Lohnfortzahlung erhalten.

- Familienangehörige sollen nicht länger beitragsfrei in der Krankenkasse mitversichert werden.

- Eine umfangreiche Selbstbeteiligung an den Behandlungskosten für Mitglieder der gesetzlichen Kassen sei einzuführen.

- Streichung von medizinisch nicht notwendigen oder versicherungsfremden Leistungen wie Mutter- oder Schwangerschaftshilfe.

- Senkung der Renten auf 65 Prozent des Durchschnittsverdienstes.

- Befreiung der Sozialversicherungen von "systemfremden Leistungen" (gemeint sind beispielsweise arbeitsfördernde Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit).

Aufschlußreich die allgemeineren politischen Empfehlungen, mit denen die Kapitalisten ihre Forderungen umrahmten: Der Chef des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT), Stihl, schlug der Regierungskoalition nachdrücklich eine stärkere Zusammenarbeit mit der SPD vor, um den "Standort Deutschland" voranzubringen; Murmann erachtete den "Konsens der Demokraten" als notwendig, um soziale Einschnitte vornehmen zu können. (nach FR, 19.10.94)

Diese "standortpolitischen Forderungen" waren aber nur der Beginn einer fortgesetzten Reihe immer neuer Vorschläge, die die führenden Kapitalfunktionäre noch bis Ende vergangenen Jahres zusammen mit dem schon Präsentierten fast täglich verkündeten. Kaum hatte sich die erste Aufregung gelegt, präzisierte DIHT-Stihl, daß die Rente nur noch eine beitragsbezogene Grundsicherung darstellen solle. Wer weitergehende Ansprüche habe, solle diese durch private Zusatzversicherungen abdecken. Ähnliches solle zukünftig für neu einzustellende Beamte gelten. Außerdem forderte Stihl bei dieser Gelegenheit die Wiedereinführung von Niedriglohngruppen für "geringwertige Arbeiten". (HB, HA, SZ, 24.10.94) Einen Tag später war wieder Murmann zu vernehmen: Er plädierte für Einstiegslöhne von 80 Prozent des Tarifeinkommens, "um den hohen Sockel an Langzeitarbeitslosen abzubauen". Die Bundesanstalt für Arbeit solle da "noch etwas drauflegen". Ebenso fand Gesamtmetall-Präsident Gottscholl solchen "Kombilohn" sinnvoll, den vom Arbeitsamt zu zahlenden Betrag betitelte er als "Einarbeitungszuschuß" (nach HA, 25.10.94).

Alsdann übte Murmann sich im Kreidefressen. Seine Vorschläge zielten gar nicht auf den Abbau des Sozialstaates, sondern sollten die "Stabilisierung der Beitragsbelastung der Arbeitnehmer" ermöglichen. In der Frage der Kostenbelastung des Faktors Arbeit gebe es zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften "sehr viel mehr Gemeinsames als Trennendes". (FAZ, 27.10., SZ, 28.10.94) Schon vorher hatte BDI-Vorsitzender Tyll Necker den Gewerkschaften die Einsicht nahegelegt, "daß ihre Aufgabe eigentlich nicht ist, von den

Arbeitgebern höhere Bruttolöhne zu fordern, um Zugriffe des Staates bei den Steuern und Abgaben auszugleichen ... Die Gewerkschaften sollten darauf achten, was in den Taschen der Arbeitnehmer netto übrigbleibt." (Die Zeit, 21.10.94)

Und so weiter. Murmann: Die tariflichen Lohnzusatzkosten (Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall) müßten verringert werden, sonst drohe eine Verlagerung der Produktion ins Ausland. Überhaupt sollten die Flächentarifverträge nicht länger "Maximalstandards", sondern nur noch Mindestbedingungen bei größerer Gestaltungsfreiheit der Betriebsparteien festhalten. (HA, SZ, 9.12.94) Für diesen Fall hatte "Marktgraf" Lambsdorff in seiner Eigenschaft als Präsident der "Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz e.V." schon einen Vorschlag präsentiert: "Betriebsnahe Tarifvereinbarungen mit Öffnungsklauseln für Investivlohnvereinbarungen". (SZ, 20.10.94)

Offensichtliche Taktik von Kapitalseite ist es, den abhängig Beschäftigten den geplanten Abbau ihres "zweiten Lohns" (in Gestalt der Sozialversicherungsbeiträge) und dessen Übertragung in die individuelle Verfügbarkeit jeder und jedes einzelnen mit der Sicherung des Produktionsstandortes sowie der Schaffung neuer Arbeitsplätze schmackhaft zu machen. Dabei können sie sogar weiter steigende Nettolöhne in Aussicht stellen: Es sei "notwendig, daß sich einerseits die Nettoeinkommen verbessern, andererseits die Bruttoeinkommen aber nur sehr moderat steigen", so die Formel von BDI-Präsident Necker. (SZ, 19.10.94)

Der besondere Clou des Kapital-Vorstoßes besteht aber sicher in der Absicht, die Ausgaben für soziale Leistungen nicht nur im Produktionsbereich zu minimalisieren, sondern auch die bisherigen staatlichen Ausgaben für Langzeitarbeitslose und Sozialhilfeempfänger auf die eigenen Mühlen fließen zu lassen. Die Arbeitslosigkeit sei inakzeptabel hoch, stellt Murmann nun auf einmal fest. Besonders die hohe Zahl der Langzeitarbeitslosen sei besorgniserregend. (FR, 9.12.94) Zu dieser Behauptung paßt das derzeit auf Eis liegende Vorhaben von Finanzminister Waigel, die Arbeitslosenhilfe auf zwei Jahre zu begrenzen. Als Strategie zeichnet sich ab: Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger sollen in die Produktion bzw. an die Arbeit zurückgetrieben werden. Für sie möchten die Arbeitgeber beispielsweise die schon erwähnten Niedriglohngruppen einrichten. "Außerdem müßten neue, zusätzliche Beschäftigungsfelder eröffnet werden, so etwa durch steuerlich anerkannte Arbeitsplätze rund um die Familie und in neuen Dienstleistungszweigen", so Murmann laut SZ vom 9.12.94. Was das heißen soll, haben die USA, aber auch Großbritannien, während der 80er Jahre vorexerziert: Die Millionen neu geschaffener Arbeitsplätze der Reagan-Zeit waren größtenteils Billiglohnjobs auf unterster Stufe: Türsteher, Tellerwäscher, Schuhputzer (etwa in Hotels oder Firmenverwaltungen), Haushaltshilfen, Wachpersonal und dergleichen dienstbare Geister mehr. Und für alle diese Arbeitsstellen wollen die Kapitalisten, wie schon erwähnt, staatliche Zuschüsse abrufen können.

Es überrascht in diesem Zusammenhang nicht, daß Murmann zugleich "dem Ausbau von ABM und anderen staatlich finanzierten Beschäftigungen ... eine klare Absage" erteilt. (SZ, 9.12.94) Denn das Geld (es ließe sich auch sagen: der Teil des gesellschaftlichen Reichtums, der noch unter staatlicher Verfügung steht), das sich staatliche Arbeitsverwalter für "zweite" (etwa ABM) oder "dritte" (Zwangsarbeit für SozialhilfeempfängerInnen) Arbeitsmärkte erhoffen, um mit ihm sogenannte gemeinnützige Tätigkeiten verrichten zu lassen, will das Kapital auch noch für sich.

In diesem Zusammenhang fallen derzeit vor allem aus der FDP lancierte Überlegungen für ein "Bürgergeld" oder eine "Negativsteuer". Wer ein bestimmtes Lohneinkommen unterschreitet, der soll, statt Steuern zu zahlen, sogar noch etwas vom Staat dazu bekommen.

Rechtzeitig zum Weihnachtsfest schlugen Stihl und Murmann nochmals kräftig zu. Letzterer erklärte gegenüber Bild am Sonntag: "Der Samstag muß wieder normaler Arbeitstag werden und der Sonntag im Ausnahmefall für Freiwillige auch." Dafür könnte doch für Schichtarbeiter die 34-Stunden-Woche eingeführt werden. "Hauptsache, die Maschinen laufen sechs oder sieben Tage in der Woche rund um die Uhr." Dann wäre in den nächsten zwei Jahren die Schaffung 500.000 neuer Arbeitsplätze möglich. (nach SZ, 19.12.94) Und Stihl äußerte in der Bild-Zeitung tags darauf: "Eine neue Möglichkeit, bei der Lohnfortzahlung anzusetzen, wäre es, Krankheitstage vom Urlaubsgeld abzuziehen." (nach SZ, 20.12.94) Wenig beruhigend waren schließlich auch Murmanns Wünsche zum neuen Jahr: "Der Aufschwung allein schafft nicht genügend Arbeitsplätze. Wenn wir nicht vieles ändern, wird am Ende dieser Aufschwungphase die Sockelarbeitslosigkeit noch höher sein als heute." Darum dürfe es keine Tabus geben: "Alle Arbeitszeitsysteme und Arbeitskostenelemente gehören auf den Prüfstand." (SZ, 30.12.94)

Die Bundesregierung hält sich gegenüber den an sie gerichteten Forderungen der Kapital-Verbände derzeit noch bedeckt. In dem Koalitionspapier von CDU und FDP wird sich jedoch ausdrücklich zum "Umbau" des Sozialstaats bekannt. Konkrete Vereinbarungen gibt es noch nicht, es sollen aber zwei Kommissionen eingesetzt werden. Die eine soll die Frage prüfen, wie der Anreiz für reguläre Erwerbsarbeit verstärkt und die Sozialbürokratie abgebaut werden kann. Die zweite soll, so die FAZ, "das gesamte System sozialer Transferleistungen systematisch durchleuchten, die Wechselwirkungen zwischen Arbeits- und Sozialeinkommen aufzeigen sowie Hinweise auf die Harmonisierung der verschiedenen Einkommensbegriffe geben". Weiterhin sollen den gesetzlichen Krankenkassen flexible Vertragsgestaltungen ermöglicht werden, die Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivkapital gefördert werden und "die Zulässigkeit von Tariföffnungsklauseln für Betriebsvereinbarungen über die Verwendung eines Teils von Lohnerhöhungen als Kapitalbeteiligung" gesetzlich ermöglicht werden. (alles nach FAZ, 15.11.94)

Das alles entspricht vollständig den geschilderten Arbeitgeber-Forderungen. Die Arbeit der beiden Kommissionen dürfte darin bestehen, einerseits die gangbarsten und kostengünstigsten Wege auszuloten und andererseits Gesetzesvorschläge zu formulieren.

Einstweilen jedoch kann Arbeitsminister Blüm noch einmal seinen Ruf als "Herz-Jesu-Marxist" aufpolieren. Den Arbeitgebern warf er vor, die Sozialkassen durch Vorruhestandsregelungen auszubeuten. Dabei würden "Arbeitnehmer ab 50 Jahren wie Kirschkerne ausgespuckt". Zahlen müßten dafür die Bundesanstalt für Arbeit und die Rentenversicherung. "Dieselben Leute, die samstags klagen, daß die Lohnzusatzkosten zu hoch sind, tun werktags alles dafür, daß sie weiter steigen." (SZ, 28.12.94) Kein schlechtes Schlußwort für diesen Artikel.

J./Westberlin

16. Die Rote Armee hat uns befreit. Interview mit Hans Frankenthal - Auschwitz-Häftling 104.920

Autor: Katja Leyrer, Gabi Bauer · Rubrik: Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak374/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:374:23

Hans Frankenthal wurde 1926 in Schmallenberg im Sauerland geboren. 1932 kam er auf die katholische Volksschule. Am 10. November 1938, am Morgen nach der Reichspogromnacht wurden alle jüdischen Kinder in der Schule verhaftet. Sie mußten die Schule verlassen. Er und die anderen jüdischen Kinder wurden von einem angereisten Lehrer in einer provisorischen Schule unterrichtet - bis zu deren Schließung durch die Gestapo 1940.

Er und sein Bruder Ernst waren nach der Schließung der jüdischen Schule in Dortmund in einer jüdischen Schlosservorlehre, die aber auch schon 1941 von der Gestapo geschlossen wurde. Danach mußte er als 15jähriger 12 bis 14 Stunden täglich an der Teerspritze im Straßenbau arbeiten.

Vom März 1942 an wurden alle Schmallenberger Juden und Jüdinnen deportiert. Am 3. März 1943 kam Hans Frankenthal mit seinen Eltern und seinem Bruder Ernst in Auschwitz an. Sein Bruder und er waren unter den Menschen, die als arbeitsfähig selektiert und nach Auschwitz-Monowitz (Auschwitz III) gebracht wurden. Die Häftlinge aus diesem Lager sollten die IG-Farben-Buna-Werke aufbauen. Am 18. Januar wurden er und sein Bruder zusammen mit den anderen Häftlingen auf den Todesmarsch "heim ins Reich" geschickt.

Hans Frankenthal ist stellvertretender Vorsitzender des Auschwitz-Komitee in der Bundesrepublik, Mitglied des Vorstandes der jüdische Gemeinde Hagen und 2. Vorsitzender des Landesverbandes der jüdischen Gemeinden von Westfalen-Lippe.

Das Interview führten für den ak Katja Leyrer und Gabi Bauer.

Am 27. Januar finden in Auschwitz die Gedenkveranstaltungen anläßlich des 50. Jahrestages der Befreiung statt. Was denken Sie dazu und was wäre Ihrer Meinung nach wirklich angemessen?

Der Januar 1995 ist für uns ein Monat des Gedenkens. Der Januar ist für uns immer ein Monat des Gedenkens. Ich halte den 27. Januar für eine so riesengroße Feier, wie es die Polen vorhaben, für den falschen Tag.

Auschwitz wurde am 18. Januar 1945 von der SS zwangsweise evakuiert und zwar durch Todesmärsche. Zurückgelassen haben wir in Auschwitz III ungefähr 300 Häftlinge, die fast nicht mehr am Leben waren. Es hieß am 18. Januar spät nachts, nach dem Abendappell: alles raustreten mit einer Decke, wer nicht laufen, kann bleibt zurück.

Der Befreiung des Konzentrationslagers am 27. Januar durch die Rote Armee sollte ein kurzes Gedenken gewidmet sein. Aber am 18. Januar wäre dieses Gedenken viel wichtiger gewesen, um alles so darzustellen, wie es in Wirklichkeit war. Am 27. Januar hat die Rote Armee circa 3.000 Häftlinge in allen Lagern, die zu Auschwitz gehörten, befreit. Menschen, die fast nicht mehr am Leben waren, aber Gott sei Dank wurden durch die Rote Armee noch einige gerettet.

Auschwitz zu überleben, war schon ein Kunststück, aber ab dem 18. Januar 1945 bis zu dem Zeitpunkt, an dem die anderen Konzentrationslager im Reich befreit wurden, war es für alle eine Hölle. Auschwitz war schon eine Hölle, aber das, was sich nach dem 18. Januar abspielte, auf den Todesmärschen, auf den Transporten mit offenen Kohlewagen, mit denen wir ins Reich zurückgeschickt wurden, war noch weit mehr als die Hölle.

Wir sind von Auschwitz nach Gleiwitz zu Fuß gegangen. Zwei Tage und zwei Nächte mit einer kurzen Pause in einer Ziegelei. Wir - mein Bruder und ich - waren noch mit einem Kommunisten namens Ede Besch zusammen, der uns in Monowitz viel geholfen hatte. Er war in dem Glauben, daß die Deutschen gar nicht mehr genug Waggons und Lokomotiven für uns bereitstellen konnten. Seine Worte waren: Wir bleiben solange zurück, bis denen die Waggons und die Lokomotiven ausgehen und lassen uns dann von der Roten Armee befreien - Aber sie hatten genug für uns alle.

Es ist richtig, bei der Befreiung von Auschwitz grundsätzlich von der Roten Armee zu sprechen. Den Nationalsozialismus hat die Rote Armee niedergekämpft, und wir sind befreit worden von der Roten Armee. Ich bin kein Kommunist, aber es war die Rote Armee, die das getan hat und das war richtig.

Nach der Befreiung war ich von der KPD bedient. Ich hatte im Lager Menschen kennengelernt, die anders handelten oder handeln konnten. Das hat mir lange Zeit zu schaffen gemacht.

Was gibt es für eine Erklärung für die Todesmärsche Richtung Reich. Welches Interesse hatten die Nationalsozialisten an den Häftlingen? Hoffnung auf eine Wende im Krieg?

Der Hintergrund für den Befehl für die Todesmärsche war das Interesse, der Kriegsindustrie unsere Arbeitskraft zu erhalten. Die Häftlinge sollten solange arbeiten, bis sie verrecken. Gas oder eine Kugel war grundsätzlich verboten, solange die Arbeitskraft noch genutzt werden konnte.

Als wir von Auschwitz nach Dora-Mittelbau kamen, lief der Bau an den V2-Raketen auf Hochtouren. Für die Häftlinge war das "Leben" dort unbeschreiblich grausam. Wir haben Häftlinge gesehen, die schon über ein Jahr ununterbrochen im Schlafstollen waren und die während der ganzen Zeit kein Tageslicht gesehen hatten. Die Schlafstollen waren Bergwerksstollen, in denen die Häftlinge unter Tage Zwangsarbeit leisten mußten. Wenn es überhaupt einen Vergleich gibt, dann war das wie Tag und Nacht. Dora-Mittelbau war Nacht und Auschwitz-Buna war Tag. Besonders für meinen Bruder und mich, weil wir in Monowitz auf Hochmontage gewesen waren. Wir sind dadurch ja mit keiner SS zusammengekommen. Auch die Bestrafung der Häftlinge war unbeschreibbar.

Wenn ein Häftling während der Montagearbeiten in Dora-Mittelbau nur einen Schlüssel fallen ließ und ein SS-Mann sah das, war das schon Sabotage und der Häftlinge wurde sofort über der Rakete aufgehängt.

Wir konnten vor dem Abtransport aus Dora-Mittelbau fliehen, wurden aber nach einigen Tagen vom Volkssturm aufgegriffen und an die Gestapo ausgeliefert. Die brachte uns nach Halle an der Saale. Von dort aus sind wir ungefähr Mitte April in geschlossenen Viehwaggons nach Theresienstadt transportiert worden. Dort wollte man den Rest der Juden, der in Theresienstadt war, vergasen. Die Zyklon-B-Büchsen sind uns nach der Befreiung in Theresienstadt gezeigt worden.

Daß wir trotzdem überlebt haben, verdanken wir dem Graf Bernadotte (damaliger schwedischer Botschafter des Roten Kreuzes, Anm. ak). Der hatte in Erfahrung gebracht, daß in Theresienstadt noch einige tausend Juden lebten und ist dann der Roten Armee entgegen gefahren und hat es denen gesagt. Aufgrund dessen ist die Rote Armee, die zu dieser Zeit in dem Raum um Prag kämpfte, mit einer Panzerspitze nach Theresienstadt durchgebrochen und hat uns befreit. Das Überleben in Theresienstadt war nur möglich dank der Roten Armee.

Was passierte, nachdem Sie 1943 nach Auschwitz gekommen sind?

Ich bin sofort von der Rampe aus nach Auschwitz III (Monowitz) gekommen. Das war da schon mit Stacheldraht umzäunt und bestand ungefähr aus 15 bis 17 Baracken. Das erste Jahr in Monowitz hatten wir noch alle jeder seine Pritsche zum schlafen, seine eigene Decke und sein eigenes Kopfkissen aus Stroh, was es in Auschwitz und in Birkenau nicht gab. Das änderte sich dann aber Ende 1944. Ich schätze, daß wir ab Mitte 1944 ungefähr 15.000 Häftlinge waren.

Als wir in Monowitz ankamen, gab es den Stacheldraht und auf dem Gelände stand uns bei Regenwetter der Matsch und Schlamm bis zum Knie. Das erste, was da angelegt worden ist, waren die Kabelschächte und die Kraftwerksbauten. Das ganze Werk mußte von den Häftlingen fast ohne Baumaschinen aufgebaut werden. Das schlimmste Kommando war das Kommando 18, das Kabelkommando, die diese dicken Kabel verlegen mußten für das Kraftwerk. Das Kraftwerk war in einer Größe geplant, daß es den Großraum Berlin vollkommen hätte versorgen können.

Gab es außer den KZ-Häftlingen deutsche Arbeiter in Monowitz?

Ich bin der Meinung, daß das nicht mehr als 500 waren. Das waren in der überwiegenden Mehrheit Meister, Vorarbeiter, vielleicht auch noch der eine oder andere Ingenieur, die für die Werke arbeiteten, die dort in Monowitz bauten. Das Kraftwerk baute z.B. das Dortmunder Union Werk. Es gab sehr viele polnische Zivilarbeiter aus der Gegend aus dort, die sogenannten Volksdeutschen.

Wie war es möglich zu überleben?

Es gab bei mir zwei Menschen, die mir geholfen haben: Emil Meyer und Ede Besch. Beide waren Kommunisten. Als wir nach Monowitz kamen, war der Teil der Verwaltung des Lager Monowitz, der von den Häftlingen geführt wurde, schon in roter Hand. Die SS war dumm, faul, versoffen und verhurt. Dadurch war es den Häftlingen, die in der Verwaltung gearbeitet haben, Kapos oder Blockälteste waren, möglich, einzelnen das Leben zu retten.

Ein eingelieferter Häftling hatte eine durchschnittliche Lebenschance von acht bis zehn Wochen. Dann hatte der seine mitgebrachte Energie verbraucht, brach bei der Arbeit zusammen und wurde, wenn er innerhalb einer Woche nicht wieder aus dem Krankenbau kam, vergast. Oder er kam bei einer der Lagerinspektionen, bei denen Vertreter der IG-Farben anwesend waren und wir nackt an ihnen vorbeimarschieren mußten, nicht durch.

Die erste Hilfe, die wir - mein Bruder und ich - bekamen, war die, daß der Emil Meyer uns am Morgen nach unserer Ankunft sagte, wir gehen gleich zum Appell, nach dem Appell kommen Ingenieure, Meister und SS-Leute, die fragen euch nach den Berufen, die ihr habt. Wenn ihr ein Handwerk gelernt habt, dann sagt es, es ist ein Stück Lebensversicherung. Wir haben gesagt, daß wir Schlosser sind.

Wir wurden in ein Arbeitskommando eingeteilt und mußten schon am nächsten Tag nach dem Morgenappell zur Arbeit ausrücken. Das Kommando 12, dem wir zugewiesen waren, bestand zu 98% aus polnischen Juden. Die haben nur jiddisch gesprochen. So ein bißchen konnte ich ja, aber nicht viel. Die machten sich über uns lustig.

Im Werk wurden wir für die Hochmontage eingeteilt. Die anderen mußten die Eisenträger ranschleppen und wir mußten sie montieren. Das war die leichtere Arbeit. Unsere körperliche Verfassung war verhältnismäßig gut. Bei der leichten Arbeit hätten wir eine Lebenserwartung von vielleicht drei Monaten gehabt.

Wir wurden von Block 10 in Block 8 zu Ede Besch verlegt, und der gab mir neben den normalen Rationen Essen. Eines Tages hat er mich zum zweiten Stubendienst erklärt, und ich mußte nicht mehr raus zur Arbeit. Er hat mich dann zum Brotfassen mitgenommen. Wir sind dann in den Block rein, dort lagen die Brote. Wir mußten unsere Meldung machen, Block 8 mit so und so vielen Häftlingen, geteilt durch vier, gab die Anzahl der Brote. Dort standen zwei oder drei SS-Leute. Ede sagte zu mir, jetzt paßt auf, wie ich zähle und paß, auf wo die SS hinsieht. Während er die Brote nahm, zählte er: eins, zwei, drei, vier, vier, fünf, sechs, sieben, sieben ... So machst du das ab morgen auch. Einmal ist es aufgefallen und ich bekam dafür zehn Stockschläge, aber am nächsten Tag zählte ich wieder genauso. Brot war Leben.

Ede Besch versuchte auch bei den Selektionen, Häftlinge zu retten. Ich hatte schon bald entzündete Beine und Angst, bei der nächsten Inspektion nicht durch zu kommen. Als ich Ede fragte, was ich denn machen sollte, nahm er meine Karteikarte aus dem Kasten und versteckte mich in der Besenkammer. Nach der Inspektion holte er mich wieder raus und steckte meine Karte wieder zurück in den Kasten. Die Häftlinge, die bei der Selektion nicht durchgekommen waren, rückten am nächsten Tag nicht mit aus zur Arbeit - sie wurden vergast.

Es gab in Monowitz ja auch Widerstand ...

... ungefähr vier bis sechs Wochen, nachdem ich bei Ede Besch war, ließ er mich in sein Kabuff reinkommen und sagte zu mir: ich habe mit dir was vor. Ich bekam von ihm drei oder vier Hülsen und sollte sie zu bestimmten Leuten in anderen Blocks bringen. Ich habe die dann verteilt. Nach einiger Zeit hat er mir auf Nachfragen gesagt, daß es Kassiber sind, die an die Widerstandszentrale nach Krakau geschmuggelt werden. Die hatten Kontakt nach London. Über diese illegalen Kontakte und das Hören von ausländischen Sendern erfuhren wir alles, was draußen los war.

Eine andere Form der Gegenwehr war das Retten von Häftlingen, die getötet werden sollten. Dadurch, daß in Auschwitz in der Poststelle der SS Häftlinge saßen, weil die SS selbst zum Briefe öffnen zu faul war, hatten wir darüber immer alle Informationen, und es konnte oft noch etwas gedreht werden, Häftlingsnummern vertauscht werden, indem z.B. Häftlingen, für die es einen Vernichtungsbefehl gab, die Häftlingsnummer eines bereits verstorbenen Häftlings zugeordnet wurde. Während in Monowitz auch Juden geschützt wurden, lief das in Auschwitz I nur unter den politischen Häftlingen.

Habt ihr auch in Monowitz Sabotageaktionen gemacht?

Sabotage haben wir reichlich gemacht. Das Kraftwerk war so gut wie fertig. Man kann heute sagen, daß das Werk fertig geworden wäre, wenn es keine Sabotage gegeben hätte.

Wir erfuhren z.B., daß IG-Farben-Vertreter kommen wollten, um einen Probelauf einer Turbine zu machen. Ich bin daraufhin zu dem einen Kameraden, der dort arbeitete und informierte ihn über den Besuch. Der verwechselte daraufhin Kabel und die Maschine war am nächsten morgen nicht betriebsfähig. Es gab nur eine Stichflamme.

Zum Überleben brauchten wir Essen und um an zusätzliches Essen zu kommen, mußten wir Dinge zum Tauschen haben. Nachdem aufgrund von Anzeigen herausgekommen war, daß die SS sich an dem Geld und Schmuck bereicherte, den die nach Auschwitz deportierten Juden mitgebracht hatten, gab es einen Befehl, daß kein SS-Beamter mehr diese Dinge von der Rampe holen durfte. Dafür wurden Häftlinge eingeteilt. Ich wurde mit verschiedensten Aufträgen von Monowitz nach Birkenau geschickt, und während die anderen Häftlinge die Aufträge ausführten - z.B. Kleiderabgabe - klaute ich von der Rampe, was ich finden konnte. Mit diesen Wertsachen konnten Ede Besch und andere Tauschgeschäfte machen oder die SS bestechen, was uns wieder eine zeitlang das Überleben sicherte ...

Nach der Befreiung mußte ich die bittere Erfahrung machen, daß wir von alten oder neuen Freunden - ehemaligen deutschen Soldaten - zu hören bekamen: Ja, wäre nicht soviel Sabotage in den Werken betrieben worden, hätten wir den Krieg noch vielleicht ein Jahr länger führen können oder gewinnen können. Und da mußten wir, die die Saboteure gewesen waren, schweigen. Wir haben Angst gehabt zu sagen, ja, wir haben das gemacht. Die hätten uns womöglich in der Kneipe tot geschlagen. So war die Überzeugung vier, fünf Jahre nach dem Krieg hier.

Wenden wir uns noch einmal der aktuellen Situation zu. Wer ist jetzt im Januar zu den Gedenkfeiern nach Auschwitz eingeladen?

Wer da jetzt im Zusammenhang mit den Gedenkfeiern in Auschwitz eingeladen ist und was da für ein Disput abläuft, ist für mich unerklärlich. Geplant ist am 27.1. ein Staatsakt in Krakau und am 28.1. eine Gedenkveranstaltung in Birkenau. Beschlossen worden ist, daß zu den offiziellen Gedenkveranstaltungen neben den jeweiligen Staatsoberhäuptern aus jedem betroffenen Land zehn ehemalige Häftlinge nach Auschwitz kommen sollen, und jeweils einer von diesen soll dann bei den jeweiligen Veranstaltungen das Staatsoberhaupt des eigenen Landes begleiten. Wer will jetzt diese Auslese treffen? Wir haben in Deutschland - in der Bundesrepublik - ich glaube vier oder fünf Vereine oder Gesellschaften, die Auschwitz-Gedenkorganisationen sind. Es gibt in Israel drei Organisationen, die ehemalige Auschwitzopfer vertreten. In Polen haben wir dort zwei oder drei Komitees, die untereinander zerstritten sind. Man könnte ein Land nach dem anderen aufzählen.

Als nächstes stellt sich die Frage: Was haben wir in Krakau zu suchen? In Krakau befand sich zwar die Zentralstelle des Widerstandes, zu der wir von Auschwitz aus Kontakt hatten, aber ich weiß nicht, was wir in Krakau sollen. Meiner Ansicht nach gehört die gesamte Veranstaltung nach Auschwitz in das heutige Museum und die Gedenkstätte und dort ist Platz genug für alle Überlebenden, die dort hinkommen könnten, wenn sie wollen.

Aktion Sühnezeichen veranstaltet am 28.1. in Berlin in der Alten Oper ein Konzert. Wer dort als Hauptredner auftritt, ist noch nicht bekannt. Herzog war angefragt, hat aber gesagt - ich glaube im Einvernehmen mit dem Zentralrat der Juden -, daß die Hauptgedenkfeier in Bergen-Belsen ist, und dort spricht er. Das ist beschlossen. Bergen-Belsen war praktisch die Endstation fast aller Häftlinge, die auf die Todesmärsche geschickt worden sind, hat also deshalb eine zentrale Bedeutung.

Wie siehst Du das, daß der Bundespräsident der BRD gleichrangig mit den Regierungsvertretern anderer Länder eingeladen worden ist?

Ein deutscher Präsident hat in Auschwitz grundsätzlich nichts zu suchen. Deutschland ist so gut vertreten in Auschwitz, daß man keinen Präsidenten dort hinschicken muß. Denn alles, was man dort sieht, Stacheldrahte, Baracken, gesprengte Gaskammer etc. ist eine Leistung der Deutschen.

Schon vor der Wende wollte die Bundesrepublik in Auschwitz eine eigene Baracke einrichten (gemeint sind die Baracken, in denen die Länder eigene Ausstellungen organisiert haben, Anm. ak), um sich dort zu profilieren. Ich bin dagegen. Alles was ich in Auschwitz sehe, oder was die Leute dort sehen, ist von Deutschen erstellt worden und das genügt. Damals schon kamen Vorschläge vom damaligen Außenminister, daß in so eine Baracke dann auch die Vertreibung der oberschlesischen Bevölkerung gehört etc. Das alles hat meiner Meinung nach mit Auschwitz und dem Gedenken überhaupt nichts zu tun.

Wie sich im allgemeinen Denken schon jetzt ein Wandel vollzieht, kann man daran sehen, daß nicht mehr vom Konzentrationslager in Polen sondern vom polnischen Konzentrationslager gesprochen wird. Wer da nicht ganz feinfühlig ist, der merkt das gar nicht, daß darin schon eine Geschichtsverfälschung ist. Ich befürchte, daß man in 50 Jahren die Geschichte des 3. Reiches auf den Kopf stellen wird. Man wird dann sagen, Hitler war der größte Feldherr aller Zeiten und als Fußnote wird dazu gesetzt, den einzigen Fehler, den er gemacht hat, war die Judenvernichtung in Europa. Aber er wird eines Tages als Held des deutschen Reiches in die Geschichte eingehen - da bin ich mir ganz sicher.

Daß Auschwitz ein Vernichtungslager für Juden und Jüdinnen war, wird über solche Dinge immer mehr verdrängt. Ich befürchte, in 50 Jahren wird man in Auschwitz über Juden nicht mehr sprechen.

17. ak-Serie: Kapitulation und Befreiung, Teil 1

Autor: Editorial · Rubrik: Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak374/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:374:37

Ein halbes Jahrhundert nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs ist die politische Elite in Deutschland sichtlich um einen "unverkrampften" Umgang mit der eigenen Geschichte bemüht. Bundespräsident Roman Herzog, der das mehrdeutige Adjektiv schon bei seinem Amtsantritt als richtungweisendes Motto für das von ihm repräsentierte Volk ausgab, hat, wie es scheint, Gehör gefunden. Kanzler Kohl, der 1985 die makabre Show über den SS-Gräbern von Bitburg inszenierte und gegen alle Widerstände durchsetzte, versprach: "Wir werden uns in der Woche um den 8. Mai in vielfältiger Weise in Deutschland an das Ende der Nazi-Barbarei, an das ganze Elend, das in deutschem Namen über andere gebracht wurde, erinnern." Zwar irritiert die seltsam distanzierte Floskel "in deutschem Namen" (von wem? dem Ausländer Hitler?). Auch ist damit das 1984 gesprochene Kanzlerwort nicht dementiert, Schlachten, in denen "Zehntausende Deutsche elend umgekommen sind", seien "kein Grund zum Feiern". Zumindest aber scheinen mit dieser Ankündigung Veranstaltungen zu Ehren der toten deutschen Täter von ihren noch lebenden Rechtsnachfolgern nicht beabsichtigt.

Natürlich gibt es auch in den Regierungsparteien Leute, die nicht einmal anläßlich des bevorstehenden Jahrestages ihr Lebensmotto "Deutschland, Deutschland über alles" kurzfristig hintenan stellen wollen. Der Ehrenvorsitzende der CDU, Alfred Dregger, hielt es für geraten, der auf die Vermeidung internationalen Ärgernisses orientierten Politik der von ihm mitgetragenen Regierung forsch entgegenzutreten: "Die Niederlage Deutschlands im Zweiten Weltkrieg, die Vertreibung der Ostdeutschen und die Sowjetisierung Mitteldeutschlands waren kein Akt der Befreiung." Stolz bekennt Dregger sich dazu, bis zum letzten Kriegstag Schlesien "gegen Angriffe der Roten Armee" verteidigt zu haben. Auch für FDP-Rechtsausleger Alexander von Stahl kann selbst 50 Jahre danach von Befreiung keine Rede sein: "Die Alliierten wollten Deutschland nicht befreien, sondern besiegen." Politiker der CSU bezeichneten den 8. Mai als "Leidenstag" für die Deutschen und litten öffentlich mit dem "wehrlosen Volk" des Jahres 1945. Der Appell Ralph Giordanos an den Bundespräsidenten, der von rechts betriebenen Aufrechnung deutscher Verbrechen gegen deutsche Opfer - "Auschwitz gegen Dresden " - offensiv entgegenzutreten, hat also volle Berechtigung.

Aber es gibt auch andere, klügere Versuche, die bevorstehenden Gedenktage für die deutsche Politik des Jahres 1995 und folgende zu instrumentalisieren. 1985, zum 40. Jahrestag der Befreiung, begeisterte der damalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker vor allem das Ausland. Die von ihm ausgesprochenen Banalitäten über Opfer und Gegner des Nazismus galten als Sensation. Überhört wurde, daß er sich wie Kohl gegen gemeinsame "Siegesfeste" mit den Teilnehmern der Anti-Hitler-Koalition aussprach. Kohl hat die gemeinsame Position weiterentwickelt: Mit Eser Weizmann soll am 10. Mai erstmals ein israelischer Staatspräsident den deutschen Machthabern von heute eine Unbedenklichkeitsbescheinigung ausstellen. Kohls mutmaßlicher Nachfolger, der stets um die "nationale Identität" der Deutschen besorgte Wolfgang Schäuble, ist von dem PR-Coup begeistert: "Was Besseres kann uns ja gar nicht passieren." Und während die Heuchler betretene Mienen aufsetzen, werden deutsche Tornados im Fronteinsatz den Beweis antreten, daß "Normalität" hergestellt ist.

Die ak-Redaktion wird dem Thema breiten Raum widmen und sich an der Verbreitung der historischen Wahrheit beteiligen: Die Verbrechen Nazi-Deutschlands sind einzigartig, sie können nicht verjähren. In der in dieser Ausgabe beginnenden Serie werden wesentliche historische Fakten rekapituliert; dabei kommen auch überlebende Opfer des nazistischen Terrors zu Wort.

ak-Redaktion

18. Befreiung in Auschwitz (Auszug aus Primo Levis Roman: Ist das ein Mensch?)

von Primo Levi

Rubrik: Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak374/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:374:13

Primo Levi, geboren 1919 in Turin, wurde im Dezember 1943 als Mitglied einer kommunistischen Partisanengruppe von der faschistischen Miliz festgenommen. Nachdem er sich in den Verhören als "italienischer Staatsbürger jüdischer Rasse" zu erkennen gegeben hatte, wurde er im Januar 1944 nach Auschwitz deportiert. Später wurde der gelernte Chemiker dem "Chemie-Kommando" in Monowitz zugeteilt. Am 11. Januar 1945 erkrankte Levi an Scharlach und blieb mit anderen Kranken im Lager zurück, während Tausende von evakuierten Mithäftlingen auf den Todesmärschen umkamen oder ermordet wurden. Der folgende Auszug aus seinem autobiographischen Roman "Ist das ein Mensch?" behandelt die letzten Tage vor der Befreiung des Lagers durch die Soldaten der Roten Armee.

24. Januar. Freiheit. Die Bresche im Stacheldraht gab uns einen konkreten Begriff davon. Wenn man es richtig überlegte, so bedeutete das: keine Deutschen mehr, keine Selektionen, keine Arbeit, keine Schläge, keine Appelle und später vielleicht die Heimkehr.

Aber es kostete Anstrengung, sich davon zu überzeugen, und keiner hatte Zeit, es zu genießen. Alles ringsum war Zerstörung und Tod.

Der Leichenhaufen vor unserm Fenster wuchs jetzt über die Grabenränder hinaus. Trotz der Kartoffeln waren alle äußerst schwach: kein Kranker wurde im Lager gesund, statt dessen bekamen viele noch Lungenentzündung und Ruhr; wer nicht imstande gewesen war, aufzustehen, oder die Energie dazu nicht aufgebracht hatte, lag stumpf in seinem Bett, starr vor Kälte, und niemand merkte, wenn er starb. (...)

25. Januar. Nun traf es Sómogyi. Ein ungarischer Chemiker war er, etwa fünfzig Jahre alt, mager, hochgewachsen, schweigsam. Wie der Holländer hatte er Typhus und Scharlach hinter sich; doch nun kam etwas Neues hinzu. Er wurde von hohem Fieber befallen. Seit ungefähr fünf Tagen hat er kein Wort mehr gesprochen; aber heute öffnete er den Mund und sagte mit sicherer Stimme: "Ich hab' eine Ration Brot unterm Strohsack. Teilt sie unter euch drei. Ich esse nichts mehr."

Wir fanden keine Worte der Erwiderung, aber vorerst rührten wir das Brot nicht an. Seine eine Gesichtshälfte war geschwollen. Solange er bei Bewußtsein war, bewahrte er ein herbes Schweigen.

Doch am Abend und die ganze Nacht und zwei Tage lang ohne Unterbrechung wurde das Schweigen durch das Delirium abgelöst. Einem letzten, endlosen Traum von Unterwerfung und Sklaverei folgend, murmelte er bei jedem Ausatmen: "jawohl!"; regelmäßig und beharrlich, wie bei einer Maschine, ertönte mit jedem Einfallen des armen Brustkorbs das "jawohl!", Tausende von Malen, daß man ihn am liebsten gerüttelt, erstickt hätte, oder wenigstens sollte er das Wort wechseln.

Nie wurde mir so bewußt, wie mühsam eines Menschen Tod ist.(...)

Wie man der Freude, der Angst, ja, sogar des Schmerzes müde wird, so wird man auch der Erwartung müde. Nun, da der 25. Januar erreicht war, da seit acht Tagen die Beziehungen zu jener grausamen Welt - doch immerhin einer Welt - abgebrochen waren, konnten die meisten von uns vor Erschöpfung nicht einmal mehr warten.

Abends, um den Ofen herum, fühlten noch einmal Charles, Arthur und ich uns wieder Mensch werden. Wir konnten über alles sprechen. Arthurs Erzählung über die Art, wie man in Provenchères in den Vogesen die Sonntage verbrachte, begeisterte mich, und Charles weinte fast, als ich ihm vom Waffenstillstand in Italien berichtete, von dem unklaren, verzweifelten Einsetzen des Partisanenkampfes, von dem Mann, der uns verraten hatte, von unserer Gefangennahme in den Bergen.

Im Dunkel, hinter uns und über uns, ließen sich die acht Kranken keine Silbe entgehen, auch die nicht, die kein Französisch verstanden. Nur Sómogyi gab dem Tod beharrlich seine Zusage.

26. Januar. Wir lagen in einer Welt der Toten und der Larven. Um uns und in uns war die letzte Spur von Zivilisation geschwunden. Das Werk der Vertierung, von den triumphierenden Deutschen begonnen, war von den geschlagenen Deutschen vollbracht worden.

Mensch ist, wer tötet, Mensch ist, wer Unrecht zufügt oder erleidet; kein Mensch ist, wer jede Zurückhaltung verloren hat und sein Bett mit einem Leichnam teilt. Und wer darauf gewartet hat, bis sein Nachbar mit dem Sterben zu Ende ist, damit er ihm ein Viertel Brot abnehmen kann, der ist, wenngleich ohne Schuld, vom Vorbild des denkenden Menschen weiter entfernt als der roheste Pygmäe und der grausamste Sadist.(...)

27. Januar. Morgengrauen. Auf dem Fußboden das schandbare Durcheinander verdorrter Glieder, das Ding Sómogyi.

Es gibt dringendere Arbeiten. Man kann sich nicht waschen, wir können ihn nicht anfassen, bevor wir nicht gekocht und gegessen haben. Und dann "... rien de si dégoutant que les débordements", wie Charles richtig meint; der Latrineneimer muß geleert werden. Die Lebenden stellen größere Ansprüche. Die Toten können warten. Wir begaben uns an die Arbeit, wie jeden Tag.

Die Russen kamen, als Charles und ich Sómogyi ein kurzes Stück wegtrugen. Er war sehr leicht. Wir kippten die Bahre in den grauen Schnee.

Aus Primo Levi: Ist das ein Mensch? Roman. Aus dem Italienischen von Heinz Riedt; Frankfurt am Main, Wien (Büchergilde Gutenberg)

19. Vor 50 Jahren. Chronologie Teil 1: Januar 1945

Rubrik: Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak374/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:374:11

Diese Chronologie entstand durch die Auswertung verschiedener Quellen; darunter das Kalendarium der Geschehnisse im KZ Auschwitz von Danuta Czech, die Enzyklopädie des Holocaust, die Deutsche Chronik - Alltag im Faschismus von Heinz Bergschicker, der Atlas Endlösung von Gilbert und verschiedene andere. Der Vergleich dieser Quellen ergab, daß manche Datumsangaben um Tage differieren. Dies liegt in einigen Fällen daran, daß Ereignisse ihrem Beginn bzw. - bei militärischen Operationen - ihrem Endpunkt zugeordnet werden. Teilweise sind die Abweichungen aber auch darin begründet, daß insbesondere in der Endphase des Krieges die Unterlagen über einige "Maßnahmen" gar nicht mehr geführt wurden und außer den Erinnerungen der wenigen Überlebenden keine anderen Quellen vorhanden sind.

Dem Leser/der Leserin der Chronologie wird einiges zugemutet. Eine Vielzahl von Ortsnamen prasselt auf ihn/sie ein; Einzelschicksale werden neben globale Ereignisse gestellt. Wer die letzten fünf Monaten des Zweiten Weltkriegs in Europa aufmerksam verfolgt, wird zwei wesentliche Handlungsstränge feststellen:

1. Die Konzentration der militärischen Operationen im Osten. Bis zum Ende des Krieges trug die Rote Armee die Hauptlast der Kämpfe und Opfer. Erst als im Februar die Rote Armee längst die Oder erreicht hatte und in vielen Kesselschlachten die aus dem Westen herangezogenen deutschen Kräfte niederkämpfte, eröffneten die Alliierten die Kampfhandlungen an der Westfront. Mit Ausnahme der Ruhrgebietskessel hatten die Alliierten im Westen keinen nennenswerten Widerstand zu überwinden. So stand die Rote Armee schon Ende Januar an der Oder, also etwa 150 Kilometer vor Berlin, während die amerikanischen Panzer des General Patton noch in Frankreich waren. Dessen Vormarsch im Frühling stieß auf keinerlei nennenswerten Widerstand mehr. Er konnte von der Überschreitung des Rheins Anfang März, nur durch Tankstops unterbrochen, bis weit nach Österreich hineinrollen. Lediglich auf dem Gebiet der späteren CSSR waren noch deutsche Truppen in größerer Anzahl stationiert, die aber auch im wesentlichen gegen die Rote Armee aufgestellt waren.

2. Bis zum Ende gab es eine koordinierte Vorgehensweise gegen die Häftlinge der KZs, die auf die Beseitigung der Spuren der Verbrechen und möglichst auf die Vernichtung der Opfer des Faschismus hinauslief. Anders läßt sich nicht erklären, wie Zigtausende von Menschen in den Wirren der Auflösung des Deutschen Reiches von der SS durch Deutschland getrieben werden konnten; teilweise gingen die Märsche mitten durch den schmalen Korridor zwischen der Roten Armee im Osten und der US-Army im Westen. Nur in ganz wenigen Fällen fanden sich NS-Funktionäre, die sich den wahnsinnigen Befehlen widersetzten und die Häftlinge geschlossen den Alliierten oder dem Roten Kreuz übergaben.

Demgegenüber sind aber - wohl schon seit Sommer 1944, aber verstärkt seit Mitte Februar 1945 und in den allerletzten Kriegswochen - Versuche hochrangiger NS-Größen (Himmler) nachweisbar, Kontakte zu den (West)-Alliierten aufzunehmen; Ziel war es, einen Separat"frieden" im Westen auszuhandeln, um gemeinsam mit den Westalliierten gegen die Rote Armee vorzugehen. Verschiedene Angebote, Häftlinge zu schonen oder ausreisen zu lassen, dienten dabei als Zeichen "guten Willens". Die Pläne, gleich in Fortsetzung des Zweiten Weltkriegs gegen die Rote Armee vorzugehen, waren dabei nicht allein das Hirngespinst deutscher Nazis. Speziell in Großbritannien waren derartige Überlegungen durchaus verbreitet, und die unter Admiral Dönitz in britischer Gefangenschaft befindliche Nordarmee bot sich als Truppe gegen den kommunistischen Erzfeind direkt an.

Januar 1945

Der Januar 1945 ist geprägt von der sowjetischen Offensive, in deren Verlauf die deutschen Kräfte bis an die Oder zurückgeworfen werden bzw. in Ostpreußen vollständig eingeschlossen sind. Im Zuge dieser Offensive wird das KZ Auschwitz befreit. Die Wehrmacht konzentriert ihre Kräfte im Osten; im Westen ist die alliierte Offensive im Januar noch nicht vollständig entfaltet.

Vor den heranrückenden sowjetischen Truppen beginnen die Nazis mit der sogenannten Evakuierung der KZs, im Januar insbesondere von Stutthof und Auschwitz. Auf sogenannten Todesmärschen werden Tausende von Häftlingen teils mit der Bahn und in offenen Güterwaggons, teils zu Fuß in der Winterkälte nach Westen getrieben. Die Zahl der Häftlinge, die unter diesen Verhältnissen zu Tode kommen, erfrieren, verhungern oder ermordet werden, wird für das ganze Jahr 1945 noch einmal auf mehrere Hunderttausend geschätzt. In

Stutthof gelingt die Evakuierung der Häftlinge ins Reichsgebiet nicht mehr. Bis in den April hinein werden sie dort festgehalten und mit Schiffen aus dem eingekesselten Ostpreußen Richtung Westen geschickt, wobei Tausende umkommen.

In Auschwitz-Birkenau waren schon im November die Todesfabriken, d.h. die Gaskammern und Krematorien, zum größten Teil geschlossen und zerstört worden. Eine systematische Tötungsmaschinerie wie noch Mitte 1944, als Hunderttausende von Jüdinnen und Juden aus Ungarn ermordet wurden, gab es Anfang 1945 nicht mehr. Trotz alliierter Bombardements im Herbst 1944 waren die Fabrikanlagen um das KZ Auschwitz III (Monowitz) und seine Nebenlager noch immer in Betrieb. Insgesamt gab es Mitte Januar in Auschwitz noch über 60.000 Häftlinge, von denen sich etwa 35.100 in Monowitz und seinen Nebenlagern befanden.

Damit die Namensangaben in der folgenden Chronologie nicht ganz so verwirrend sind, werden hier außerhalb der Reihenfolge die Ergebnisse einer Zählung vom 17.1.1945 zusammengestellt, d.h. einen Tag vor Beginn der Evakuierungen und Todesmärsche, wie sie für den industriellen Bereich von Auschwitz (Monowitz) vorgenommen wurde:

Monowitz (Buna-Werke der IG Farben) 10.223, davon etwa 9.000 Juden

Golleschau 1.008

Jawischowitz 1.988

Eintrachthütte (Swieochlowice) 1.297

Neu-Dachs (Jaworzno) 3.664

Blechhammer (Blachownia) 3.958

Fürstengrube (Wesola) 1.283

Gute Hoffnung (Janinagrube, Libiaz) 853

Güntergrube (Ledziny) 586

Brünn (Brno) 36

Gleiwitz I 1.336

Gleiwitz II 740

Gleiwitz III 609

Gleiwitz IV 444

Laurahütte (Siemianowice) 937

Sosnowitz 863

Bobrek 213

Trzebina 641

Althammer (Stara Kuznia) 486

Tschechowitz-Dziedzitz 561

Charlottengrube (Rydultowy) 833

Hindenburg (Zabrze) 70

Bismarckhütte (Hajduki) 192

Hubertushütte (Lagiewniki) 202

Tag für Tag - Chronologie des Januar 1945

1. Januar 1945: In Auschwitz werden 100 Polen und 100 Polinnen im Krematorium V erschossen, die von einem Polizeistandgericht zum Tode verurteilt worden waren.

In Lublin wird die provisorische Regierung Polens gebildet.

In Ungarn wird Otto Komoly, Führer der zionistischen Bewegung "Waad Haezra Wehazala Bebudapest", von den Nyilas (Pfeilkreuzlern; ungarische Faschisten) ermordet.

Ein Transport mit fünf Juden aus Berlin erreicht Auschwitz.

2. Januar 1945: Vier Todesfälle im Auschwitz-Nebenlager Tschechowitz. Im Nebenlager Jawischowitz kann ein polnischer Häftling fliehen.

3. Januar 1945: Beginn der Gegenoffensive der Westalliierten in den Ardennen.

4. Januar 1945: Aus dem KZ Mauthausen kommen drei Häftlinge, alles Ärzte, nach Auschwitz. Bis kurz vor der Befreiung und schon mitten während der Evakuierungen des KZ Auschwitz werden immer wieder weitere Häftlinge in Auschwitz eingeliefert.

Im Frauenlager von Auschwitz-Birkenau (Auschwitz II) befinden sich 11.493 Frauen und Mädchen sowie 220 Jungen.

Die Sowjetunion erkennt die provisorische polnische Regierung an.

5. Januar 1945: Der SPD-Reichstagsabgeordnete Julius Leber, Mitglied des Kreisauer Kreises, wird in Berlin-Plötzensee hingerichtet.

Im Frauenlager Auschwitz kommt ein minderjähriger Häftling, ein slowakischer Junge, ums Leben.

Nazi-Aufruf zum "Volksopfer", einer Kleider-Sammlung für Volkssturm und Wehrmacht.

6. Januar 1945: 70 Polen werden in Auschwitz erschossen. Sie waren am Tag zuvor vom Polizeistandgericht der Gestapo Kattowitz, das im Block 11 des KZ Auschwitz tagte, verurteilt worden.

Im Frauenlager des KZ Auschwitz werden vier Häftlinge gehängt wegen ihrer Beteiligung am Aufruhr vom 7. Oktober 1944. Die vier, Ella Gartner, Roza Robota, Regina Safir und Estera Wajsblum, hatten damals die Mitglieder des Sonderkommandos in den Krematorien mit Waffen und Sprengstoff versorgt. 1.004 weibliche Häftlinge aus dem Frauenlager Birkenau werden nach Bergen-Belsen überstellt.

Sechs Häftlinge, sogenannte Geheimnisträger, werden von Auschwitz nach Mauthausen überstellt. Sie hatten die Röntgenapparate Dr. Schumanns bedient, der damit Versuche zur Massensterilisation durchführte.

Mehrere hundert jüdischer Frauen werden aus dem Lager Sered in der Slowakei nach Ravensbrück gebracht.

7. Januar 1945: Bombenangriff auf München.

Hinrichtung eines weiblichen Häftlings in Auschwitz-Birkenau.

8. Januar 1945: Einer der letzten Prozesse vor dem NS-Volksgerichtshof findet gegen den kommunistischen Abgeordneten Theodor Neubauer statt. Er wird zum Tode verurteilt und am 5. Februar hingerichtet.

Im Frauenlager Auschwitz sterben 17 Frauen und ein Junge. Im Nebenlager Golleschau werden zwei ungarische Häftlinge bei einem Fluchtversuch erschossen.

9. Januar 1945: In Birkenau sterben 13 weibliche Häftlinge.

In Ungarn trifft Kasztner auf Wisliceny (einen Mitarbeiter Eichmanns, der nach dem Krieg an Ungarn ausgeliefert und zum Tode verurteilt wurde). Kasztner hatte 1944/45 als Vertreter des Waad verschiedene Verhandlungen mit führenden Stabsleuten Eichmanns und Himmlers geführt, um - wie er es darstellt - jüdische Menschen zu retten. (In den Nürnberger Prozessen entlastete er seinen Gegenspieler auf Nazi-Seite, Kurt Becher. Kasztners Rolle als Kopf der ungarisch-jüdischen Waad-Bewegung führte in Israel in den 50er Jahren zu einer heftigen Kontroverse. Kasztner wurde beschuldigt, "seine Seele dem Teufel verkauft" zu haben, und vor Gericht gestellt. Bevor das Gericht ihn schließlich von allen Anschuldigen freisprach (mit Ausnahme der, er

habe dazu beigetragen, Nazi-Verbrecher vor ihrer Bestrafung zu bewahren), wurde Kasztner, Mitglied der Arbeiterpartei und Knesset-Kandidat, von nationalistischen Attentätern in Israel ermordet.)

11. Januar 1945: Georg Schumann, Otto Engert und Kurt Kresse, führende kommunistische Mitglieder der antifaschistischen Widerstandsbewegung in Leipzig, werden in Dresden hingerichtet.

In Birkenau sterben neun weibliche Häftlinge. 107 Häftlinge und sieben Jungen werden von Auschwitz in ein Arbeitslager bei Berlin überstellt.

Im KZ Sachsenhausen wird der seit 1933 einsitzende Häftling, der KPD-Funktionär Georg Schumann, hingerichtet.

Warschau wird von der Roten Armee eingeschlossen.

In Ungarn verüben Nyilas Massaker an PatientInnen, Schwestern und Ärzten jüdischer Krankenhäuser in Budapest.

12. Januar 1945: Beginn des Vormarsches der Roten Armee bei Baranow. Im Verlauf dieser Offensive (bis März) wird die deutsche Ostfront in zwei Teile geteilt; Polen wird den Nazis entrissen; Schlesien wird besetzt; Ostpreußen wird vom Reichsgebiet abgeschnitten.

Zur Abwehr der sowjetischen Offensive im Osten verlegt die Nazi-Wehrmacht große Verbände an die Ostfront. Als Folge davon bricht im März die Westfront nach nur mäßigem Widerstand schnell zusammen.

Im Frauenlager in Birkenau sterben sieben weibliche Häftlinge. 125 Häftlinge des Frauenlagers werden nach Groß-Rosen überstellt.

13. Januar 1945: Im Frauenlager in Birkenau sterben drei weibliche Häftlinge.

Durchbruch der Roten Armee bei Pillkallen und nördlich von Tilsit; Vormarsch auf Königsberg.

14. Januar 1945: Im Frauenlager BIIe in Birkenau kommen drei Jungen zur Welt.

Amerikanische Luftstreitkräfte unternehmen den zwölften Aufklärungsflug über der Region Auschwitz. Die Aufnahmen zeigen deutlich die zerstörten und funktionsunfähigen Teile des gesamten Lagerkomplexes, die noch produzierenden Anlagen, insbesondere in Monowitz, sowie die belegten Baracken der Lager. Die Gaskammern sind weitgehend abgerissen, ebenso die Krematorien II und III.

Von mehreren Brückenköpfen an der Weichsel und Narow aus Offensive der Roten Armee in Richtung Frisches Haff.

Das OKW (Oberkommando der Wehrmacht) droht allen Überläufern mit "Sippenhaft".

15. Januar 1945: Erneuter Aufklärungsflug über Auschwitz.

In Auschwitz-Monowitz sind 33.037 männliche und 2.044 weibliche Häftlinge. In Birkenau sind 15.325 männliche und 16.421 weibliche Häftlinge. 70 Häftlinge arbeiten am Abbruch der Krematorien, 210 Häftlinge am Abbruch der Baracken im Lagerteil "Mexiko", 30 bei der Verbrennung der Leichen im Krematorium V.

Häftlingsakten, Totenbücher und Karteien des Standesamtes II Auschwitz werden verladen und weggefahren.

Die Rote Armee befreit Kielce; die Nazis ziehen sich in Richtung Krakau zurück.

In Himmlers Akten befindet sich eine Niederschrift, in der er von einer Zusammenkunft mit dem ehemaligen Schweizer Bundespräsidenten Dr. Jean Marie Musy in Wildbad berichtet. In dieser Niederschrift berichtet Himmler von längeren Verhandlungen seines Beauftragten Kurt Becher in der Schweiz mit einem Juden, Sally Meier (von der US-amerikanischen jüdischen Organisation "Joint"), und einem US-Amerikaner namens MacClelland. Himmler drückt seine Sorge darüber aus, daß freigelassene Juden nach Palästina gelangen würden; gegen einen Deal mit den USA hätte er nichts. Derartige Verhandlungen des Reichssicherheits-Hauptamts (RSHA) hatte es insbesondere seit der Besetzung Ungarns gegeben. Unter der Parole "Menschen gegen Ware" hatte sich die Organisation "Waad" auf Verhandlungen mit Eichmann eingelassen.

16. Januar 1945: Die Rote Armee erreicht die Kalkgruben der I.G. Farben in Kressendorf. In Czestochowa werden 800 Juden befreit. Im befreiten Kielce werden noch 25 Juden aufgefunden.

Vereinigung der amerikanischen und englischen Truppen bei Houffalize.

Hitler bezieht in Berlin den Bunker unter der Reichskanzlei.

Im Häftlingskrankenbaulager in Birkenau sterben sieben männliche Häftlinge, im Frauenlager in Birkenau sieben weibliche Häftlinge.

Bei einer nächtlichen Bombardierung von Jaworzno werden im Auschwitz-Nebenlager Neu-Dachs die Baracken der Lagerküche und das Lebensmittelmagazin zerstört. Unter den Häftlingen gibt es Todesfälle.

In Oslo verurteilt der spätere CDU-Ministerpräsident von Baden-Württemberg Dr. Hans Filbinger den Matrosen Walter Gröger wegen Fahnenflucht zum Tode.

17. Januar 1945: Deutsche Beamte verlassen fluchtartig Kattowitz vor der heranrückenden Roten Armee. Generalgouverneur Hans Frank hält um 12 Uhr seine letzte Sitzung ab und verläßt um 14 Uhr die Stadt. Die Kolonnen der Wehrmacht und des Verwaltungsapparats werden ab 14.30 Uhr von der Roten Armee unter Beschuß genommen.

In Lodz können sich Mitglieder des "Aufräumkommandos" verstecken und überleben.

Im KZ Auschwitz findet der letzte Lagerappell statt. Einschließlich Birkenau werden im Stammlager Auschwitz 31.894 Personen gezählt; in Monowitz (I.G. Farben) , einschließlich weiterer Nebenlager, sind es 35.118 Personen. Die Häftlinge aus Sosnowitz werden, teils in Fußmärschen, evakuiert und nach Mauthausen transportiert, die Häftlinge von Neu-Dachs nach Groß-Rosen. In Neu-Dachs bleiben 400 Häftlinge zurück.

Drei Todesfälle im Frauenlager Birkenau.

Auschwitz-Kommandant und SS-Standortältester Baer sucht selbst die Evakuierungskolonnenführer für die bevorstehenden Todesmärsche aus. Er erteilt den Befehl, rücksichtslos all die Häftlinge zu ermorden, die zu fliehen versuchen oder zurückbleiben.

KZ-Arzt Josef Mengele liquidiert seine Versuchsstation im Lager BIIf und bringt sein aus Versuchen an Zwillingen, "Zwergwüchsigen" und "Krüppeln" gewonnenes Material in Sicherheit. Die ganze Nacht über werden Akten, insbesondere das Archiv des Häftlingskrankenbaus, verbrannt.

Die letzten 47 jüdischen Zwangsarbeiter im Vernichtungslager Chelmno riskieren einen Aufstand, da sie angesichts der vorrückenden Roten Armee mit ihrer Ermordung durch die SS rechnen. Der Aufstand mißlingt, die 47 werden entweder in ihrem Versteck verbrannt oder mit Maschinenpistolen erschossen, als sie das brennende Haus verlassen wollen. Nur einer überlebt.

Durchbruch der Roten Armee bei Gumbinnen. Warschau wird befreit.

Raul Wallenberg wird von der Roten Armee verhaftet. Er hatte in Ungarn Tausenden von Juden das Leben gerettet. Sein weiteres Schicksal in sowjetischer Haft ist ungeklärt. Eine Meldung, Wallenberg sei 1947 in einem sowjetischen Gefängnis gestorben, wird von der Familie nicht akzeptiert.

18. Januar 1945: Die Verteidigungszone der Nazis in Ostpreußen wird durchbrochen. Der Ostteil von Budapest (Pest), einschließlich des internationalen Ghettos, wird befreit.

In einem Vorort von Lodz, Radogosz, werden 2.000 polnische Häftlinge im Gefängnis von der Gestapo ermordet.

In Auschwitz wird Engelbert Marketsch mit der letzten Nummer 202499 registriert, gleichzeitig beginnt die große Evakuierungsaktion im KZ Auschwitz. Die Häftlinge werden in Gruppen von etwa 500 Personen eingeteilt. Alle bis auf die Kranken müssen einen Fußmarsch von 50 Kilometern zurücklegen. Die Nebenlager Gleiwitz I bis IV werden ebenfalls evakuiert und dienen als Konzentrationspunkt für die Marschkolonnen, die von weiter aus dem Osten ankommen. Von den Zielorten Gleiwitz und Wodzislaw (Loslau) werden sie in den nächsten Tagen mit Güterzügen in verschiedene Konzentrationslager gebracht, hauptsächlich nach Groß-Rosen, Buchenwald, Dachau und Mauthausen. Auf diesen Märschen sterben mindestens 15.000

Menschen; viele erfrieren auf den offenen Güterwagen; die Schwachen werden von der SS erschossen. Die gesamte Evakuierungsaktion bewegt sich von Osten nach Westen. Im Westen befindliche Lager wie Blechhammer und Gleiwitz dienen den nachrückenden Kolonnen als Zielpunkt. Aus den vielen Nebenlagern ankommende Kolonnen werden mit anderen vereinigt. Binnen weniger Tage ist das KZ Groß-Rosen überfüllt. Die Transporte werden weitergeleitet nach Sachsenhausen (bei Berlin) oder Mauthausen (in Österreich). Auch Sachsenhausen ist bald überfüllt und schickt die Transporte weiter nach Bergen-Belsen.

Aus dem Nebenlager Trzebinia werden die Häftlinge nach Auschwitz geführt. Diejenigen, die in Rybnik noch am Leben sind, werden in offenen Güterwagen nach Groß-Rosen transportiert, dort nicht angenommen und weiter nach Sachsenhausen geleitet. Dort werden sie nach zwei Wochen weiter transportiert nach Bergen-Belsen.

Beim Abmarsch aus dem Nebenlager Gleiwitz I werden kranke und marschunfähige Häftlinge auf der Stelle erschossen. Nach drei Tagen und zwei Nächten erreicht die Kolonne das Nebenlager Blechhammer, das ebenfalls aufgelöst wird.

Von 450 Häftlingen des Nebenlagers Tschechowitz überleben 300 die Evakuierung. Von den mehreren hundert Häftlingen aus Golleschau sterben etwa die Hälfte auf dem Transport nach Sachsenhausen und Flossenbürg.

Während alle Nebenlager in Auschwitz im Verlaufe dieses Tages von Ost nach West evakuiert werden und nur wenige Kranke und zur Beseitigung der Spuren benötigte Arbeitskräfte zurückbleiben, geht die Verbrennung der Akten den ganzen Tag über weiter.

19. Januar 1945: Der letzte große Transport verläßt das KZ Auschwitz. Etwas mehr als 5.000 Menschen werden über mehrere Tage nach Loslau / Wodzislaw getrieben und mit Güterwagen nach Mauthausen gebracht, wo sie am 26. Januar ankommen.

In den Morgenstunden erfolgt ein alliierter Luftangriff auf die IG-Farbenwerke in Dwiry bei Auschwitz.

Die Lager Gleiwitz II und IV werden aufgelöst. In Gleiwitz IV werden 55 von 57 zurückgebliebenen Kranken bei lebendigem Leib verbrannt oder erschossen.

Aus den Nebenlagern Hindenburg werden 470 weibliche Häftlinge abtransportiert. Nach 14 Tagen erreichen die Überlebenden Bergen-Belsen.

Aus Charlottengrube werden 833 Häftlinge abtransportiert. Von Loslau aus werden sie nach Mauthausen gebracht.

Etwa 100 Häftlinge überleben die Evakuierung des Nebenlagers Althammer und werden von der Roten Armee nach einigen Tagen befreit.

Im Nebenlager Fürstengrube bleiben 250 Kranke ohne Verpflegung oder Versorgung zurück.

Abteilungen der Roten Armee marschieren in Jaworzno ein und befreien 400 Häftlinge im Nebenlager Neu-Dachs.

Im Häftlingskrankenbaulager Auschwitz werden neben dem Krematorium V die Leichen, die seit einer Woche liegengeblieben sind, verbrannt.

Krakau, Lodz (870 Überlebende im Ghetto) und Mlawa werden durch die Rote Armee befreit; die Warthelinie wird durchbrochen, und die oberschlesische Grenze wird erreicht.

20. Januar 1945: Auflösung des Lagers Seerappen (ein Nebenlager von Stutthof in Ostpreußen). Etwa 1.500 Menschen werden auf den Marsch geschickt.

36 Häftlingen des letzten Transports aus Auschwitz gelingt die Flucht.

Während eines alliierten Luftangriffs auf die Oberschlesischen Hydrierwerke AG nutzen Häftlinge aus Neu-Dachs die Verwirrung in Blechhammer und fliehen. 42 gelingt die Flucht; einige von ihnen schließen sich der Roten Armee an.

SS-Obergruppenführer Schmauser gibt in Auschwitz den Befehl, die zurückgebliebenen Lagerinsassen zu liquidieren. Die Hauptgruppe der SS verläßt panikartig das KZ, die meisten schon in Zivilkleidung. Etwa 200 jüdische Frauen werden erschossen; die Gebäude der Krematorien I und II werden gesprengt.

Mehreren Häftlingen gelingt die Flucht aus dem Häftlingskrankenbaulager; sie werden von polnischen Einwohnern bis zum Eintreffen der Roten Armee versteckt.

Die Akten der I.G. Farben in Auschwitz werden vernichtet.

Tilsit wird befreit.

21. Januar 1945: Etwa 4.000 Gefangene des KZ Blechhammer werden auf einen Marsch geschickt. Am 2. Februar erreichen sie Groß-Rosen; nach fünf Tagen Aufenthalt werden sie weiter nach Buchenwald deportiert. Während des Fußmarsches werden etwa 800 Gefangene ermordet. Ein großer Teil der Zurückgebliebenen wird von SS-Männern ermordet, die das Lager anzünden und mit Schußwaffen und Granaten auf die aus den brennenden Baracken fliehenden Menschen zielen.

Die verbliebenen etwa 100 Häftlinge des Nebenlagers Tschechowitz-Vacuum werden von Mitgliedern der Organisation Todt und der SS ermordet. Nur etwa fünf können entkommen.

Im Frauenlager Birkenau gelingt es bei einem Fluchtversuch einem weiblichen Häftling, einen SS-Mann zu erschießen. Häftlinge aus Birkenau können aus dem Stammlager Lebensmittel aus den Magazinen der SS organisieren und die Küche in Birkenau wieder in Betrieb nehmen.

Das Nebenlager Golleschau wird geschlossen, die letzten 96 Häftlinge werden in einem verplombten, unbeheizten Güterwaggon bis zum 29. Januar bis nach Zittau gefahren. Oskar Schindler leitet den Waggon nach Brüssen/Brünnlitz, wo etwa die Hälfte der Häftlinge schon tot ankommt; mehr als ein Dutzend stirbt in den folgenden Tagen. Auf der Straße von Auschwitz nach Loslau beerdigt die Zivilbevölkerung 262 tote Häftlinge.

Dem Todesmarsch aus Seerappen werden weitere Kolonnen aus Nebenlagern von Stutthof (Jessau, Heiligenbeil und Schippenbeil) angeschlossen. Insgesamt sind es jetzt etwa 7.000 Menschen, von denen in den nächsten zehn Tagen 700 ermordet werden.

Sowjetische Artillerie beschießt Auschwitz.

Rückzug der Nazi-Wehrmacht in Ostpreußen auf die Seenlinie bei Lötzen.

In der Zeitschrift "Reich" (Nr. 3) erscheint ein Artikel von Goebbels: "Die Urheber des Unglücks der Welt".

22. Januar 1945: Wegen Sabotage der V-Waffen-Produktion im Harz-KZ Mittelbau Dora wird der ehemalige kommunistische Landtagsabgeordnete Albert Kuntz zusammen mit anderen Antifaschisten ermordet.

In Auschwitz-Birkenau werden sechs sowjetische Kriegsgefangene erschossen, weil sie am Tag zuvor mit einem erbeuteten Gewehr geschossen hatten. Weitere Häftlinge, die aus Birkenau fliehen wollen oder einfach nur herumgehen, werden von SS-Leuten erschossen. Bei einem Ausbruchsversuch von 80 Menschen werden etwa 70 erschossen. Ein anderer Fluchtversuch glückt; SS-Leute und Eisenbahner lassen die Gruppe passieren, und sie entkommt. In Loslau geht der letzte Bahntransport von Häftlingen aus Auschwitz in Richtung Brünn/Mauthausen ab.

Allenstein und Insterburg in Ostpreußen werden von der Roten Armee erreicht. Beiderseits der Oder wird Breslau in Schlesien erreicht. Die Deutschen räumen Memel.

23. Januar 1945: Die SS zündet die Baracken der Sektion "Kanada" im Stammlager Auschwitz an, in denen die Habe der Gefangenen gesammelt worden war. 29 von 35 Magazinen werden niedergebrannt.

Mindestens 331 Häftlinge werden bei Rzedowka auf dem Transport von Auschwitz nach Westen erschossen. Ein vorüberkommender Transport aus dem Nebenlager Laurahütte lädt die brauchbaren Gerätschaften ein und fährt weiter über Wien nach Mauthausen. Im Stadion von Rybnik werden nach dem Krieg die Leichen von 291 Häftlingen gefunden, die vermutlich auf demselben Transport gewesen sind.

Das Nebenlager Eintrachthütte mit über 1.200 Häftlingen wird evakuiert.

In Berlin-Plötzensee werden hingerichtet: Theodor Haubach und Helmut James Graf von Moltke (Kreisauer Kreis); Eugen Bolz (früherer Staatspräsident von Württemberg); Nikolaus Gross (Redakteur der "Ketteler Wacht"). Der Volksgerichtshof verurteilt den Feldwebel Cäsar Horn wegen Vorbereitung des Hochverrats zum Tode.

Beginn der Evakuierung Ostpreußens mit Hilfe von Schiffen über die Ostsee.

Die Post in Deutschland stellt die Beförderung von Briefen außerhalb von Ortschaften ein; der öffentliche Schnell- und Eilzugverkehr der Bahn wird eingestellt.

24. Januar 1945: In Auschwitz-Birkenau erschießt ein SS-Mann drei Häftlinge.

Oppeln und Gleiwitz werden befreit. Himmler wird Oberbefehlshaber der neugebildeten Heeresgruppe Weichsel in Hinterpommern.

25. Januar 1945: Beginn der Räumung des Hauptlagers Stutthof in Ostpreußen. Insgesamt etwa 45.000 Menschen aus Stutthof und seinen Nebenlagern werden auf Märsche geschickt. 90% der etwa 6.000 Jüdinnen und Juden aus Thorn und Bromberg werden auf dem Marsch ermordet. Da die Rote Armee das Gebiet eingekreist hat, wird ein Teil der Stutthof-Kolonne wieder ins Lager zurückgetrieben. Bei Tolkemit erreicht die Rote Armee das Frische Haff. Damit ist Ostpreußen vom übrigen Herrschaftsbereich der Nazis abgeschnitten. In den folgenden Tagen versuchen deutsche Kräfte, nach Westen durchzubrechen.

SS-Gruppenführer Richard Glücks, Chef der Amtsgruppe D im Wirtschafts-Verwaltungshauptamt (WHVA), wird für seinen Beitrag zur Kriegsrüstung mit dem Deutschen Kreuz in Silber ausgezeichnet: Er hat 15 große Konzentrationslager mit 750.000 Häftlingen geleitet, die von 40.000 SS-Leuten bewacht wurden.

Der erste Transport aus Auschwitz trifft im KZ Mauthausen ein. Pro Woche kommen nun etwa 9.000 "Evakuierte" nach Mauthausen, die von Auschwitz, Sachsenhausen, Groß-Rosen und anderen Lagern auf Märsche geschickt worden sind.

Libiaz wird befreit. Im Nebenlager Janinagrube befinden sich etwa 60 Häftlinge, die wegen ihres schlechten Gesundheitszustandes zurückgelassen worden waren.

In Birkenau ergeht der Befehl, daß alle Juden die Baracken verlassen müssen. Einige, die sich nicht verstecken, werden in der Schreibstube des Männerlagers erschossen, weitere, die beim Abmarsch der Gruppe nicht Schritt halten können, ebenfalls. Die ganze Kolonne von etwa 350 Jüdinnen und Juden wird plötzlich von einem SS-Kommando zur Rückkehr ins Stammlager aufgefordert. Dort sind ebenfalls alle Juden zum Abmarsch aufgestellt worden; der Abmarsch findet aber nicht mehr statt. Die SS- und SD-Gruppen fahren fluchtartig davon.

Der Poznan-(Posen)-Verteidigungsstreifen an der Warthe wird von der Roten Armee durchbrochen, die Oder zwischen Oppeln und Köben erreicht.

136 Juden aus Bergen-Belsen mit südafrikanischen Pässen erreichen die Schweiz.

26. Januar 1945: Verordnung der Fronthilfe; Androhung härtester Strafen für die Behinderung der "Auskämmung" Kampftauglicher.

Abmarsch von 1.000 jüdischen Frauen aus dem KZ Neusalz an der Oder in Richtung Flossenbürg. Nach 45 Tagen erreichen noch 200 das KZ Flossenbürg, die übrigen sind umgekommen oder ermordet worden. Acht Tage später werden sie von Flossenbürg nach Bergen-Belsen transportiert.

27. Januar 1945: Die Rote Armee erreicht Auschwitz. Drei Divisionen der 60. Armee unter Generaloberst Pawel Kuritschkin erreichen das Gebiet von Auschwitz. Die 100. Infanteriedivision des 106. Korps ist schon am Vormittag in Monowitz; von Norden folgt die 148. Infanteriedivision und von Südwesten die 322. Division des 28. Korps der 60. Armee. In der Stadt Oswiezcim sind die Soldaten etwa gegen Mittag. Gegen hinhaltenden Widerstand abrückender deutscher Kräfte erreichen sie am Nachmittag das Stammlager Auschwitz und Birkenau.

Nur wenige Stunden vor der Befreiung werden 600 Gefangene ermordet, deren Leichen die Rote Armee vorfindet. Um ein Uhr nachts hatte die SS das Krematorium IV gesprengt, das bis zum Schluß für die Beseitigung von Leichen benutzt wurde. 7.640 Gefangene überleben in den Lagern des Auschwitz-Komplexes.

Noch am 27. Januar sterben 115 Häftlinge in Auschwitz.

In Mauthausen kommt der letzte Transport aus Auschwitz an. Anfang Februar erreichen die letzten Häftlinge, die den ganzen Weg in 14 Tagen zu Fuß hatten zurücklegen müssen, Ravensbrück.

Im Nebenlager Fürstengrube werden bis auf 14 Personen alle anderen (113) bestialisch umgebracht; teils mit Handgranaten, teils bei lebendigem Leib verbrannt.

In Monowitz sterben von den 850 kranken Häftlingen, die nicht abtransportiert worden waren, bis zum 27. Januar noch einmal 200.

In den Kämpfen im Gebiet um das KZ Auschwitz fallen 231 Soldaten der Roten Armee. Noch vor dem Tor des Stammlagers sterben zwei.

Poznan (Posen) wird eingeschlossen, die deutsche Front im oberschlesischen Industrierevier zerrissen. Das ganze Gebiet wird von der Wehrmacht in zwei Tagen geräumt.

28. Januar 1945: Kattowitz wird befreit.

Geheimerlaß von Bormann, Speer und Sauckel zur Mobilisierung aller nicht mehr voll zu beschäftigenden Arbeitskräften als letzte Reserve.

29. Januar 1945: Als Mitglieder der Saefkow-Jacob-Bästlein-Organisation werden hingerichtet: E. Schulz, O. Kröger, F. Fübinger, H. Splanemann, K. Lüdtke, R. Seifert, H. Wegener.

Himmler droht allen aus feindbedrohten Gebieten fliehenden Leitern von militärischen und zivilen Dienststellen die Todesstrafe an.

30. Januar 1945: Letzte Rundfunkrede Hitlers. Uraufführung des Durchhaltefilms "Kolberg" von Veit Harlan in der Atlantikfestung La Rochelle.

Das verbliebene Reichsgebiet wird vom OKW neu eingeteilt: Sogenannte "Festungen" mit festen Anlagen (auch aus früheren Jahrhunderten), Verteidigungs-Bereiche (Orte mit besonderer Bedeutung ohne Verteidigungsanlagen) sowie Ortsstützpunkte.

30./31. Januar 1945: In Sonnenburg werden 685 Häftlinge von der SS erschossen.

Panzerverbände stoßen beidseits von Küstrin zur Oder durch. Der Ostteil Samlands wird erobert und Königsberg damit vollständig von der Landseite aus eingeschlossen.

Über Radio Moskau ruft die KPD die deutsche Bevölkerung zur Bildung von Volksausschüssen und Kampfgruppen auf.

31. Januar 1945: Die Kolonne aus Seerappen, Jessau, Heiligenbeil und Schippenbeil erreicht Palmnicken an der Ostsee. Die Überlebenden des Marsches, etwa 6.300 Menschen, werden von der SS ins Meer getrieben und mit Maschinengewehren ermordet. Nur 13 Menschen haben das Massaker überlebt.

Ende Januar: In den Beskiden rückt die Front bis auf die Linie Bielsko-Biala/Zakopane vor.

20. Auschwitz - kein " anderer Planet"

Autor: KM · Rubrik: Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak374/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:374:34

5.9.1942. (...) Abends gegen 8 Uhr wieder bei einer Sonderaktion aus Holland. Wegen der dabei anfallenden Sonderverpflegung, bestehend aus einem Fünftel Liter Schnaps, 5 Zigaretten, 100 g Wurst und Brot, drängen sich die Männer zu solchen Aktionen. (...)

6.9.1942. Heute Sonntag ausgezeichnetes Mittagessen: Tomatensuppe, 1/2 Huhn mit Kartoffeln u. Rotkohl (20 g Fett), Süßspeise und herrliches Vanilleeis. (...) Abends um 8 Uhr wieder zur Sonderaktion draußen. (...)

23.9.1942. Heute Nacht bei der 6. und 7. Sonderaktion. (...) Abends um 20 Uhr Abendessen mit Obergruppenführer Pohl im Führerheim, ein wahres Festessen. Es gab gebackenen Hecht, soviel jeder wünschte, echten Bohnenkaffee, ausgezeichnetes Bier und belegte Brötchen. (...)

3.10.1942. Heute lebendfrisches Material von menschlicher Leber und Milz sowie von Pankreas fixiert, dazu in absolutem Alkohol fixierte Läuse von Fleckfieberkranken. In Auschwitz liegen ganze Straßenzüge an Typhus darnieder. (...)

9.10.1942. 1. Paket mit 9 Pfund Schmierseife mit 200,- RM Wert nach Münster abgeschickt. Regenwetter.

(Aus dem Auschwitz-Tagebuch des Mediziners Prof.Dr. Kremer)

Hinter dem zum Symbol gewordenen Auschwitz droht die Realität dieses "Mord-, Beute- und Sklavendschungels" (Heinz Brandt, Auschwitzhäftling) zu verschwinden. Die folgende Darstellung soll demgegenüber an einige grundlegende Fakten und Daten erinnern.

"Endlösung"

Auschwitz war das größte der insgesamt etwa 2000 nationalsozialistischen Konzentrations- und Vernichtungslager. In Auschwitz-Birkenau wurde ein Fünftel bis ein Viertel aller während des Zweiten Weltkriegs getöteten Jüdinnen und Juden ermordet. Nach verschiedenen Schätzungen wurden 1,2 bis 1,6 Millionen Menschen in Auschwitz ermordet, über eine Million hiervon waren Juden.

Am 27. April 1940 befiehlt der Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei, Heinrich Himmler, die Errichtung eines großen KZ nahe der polnischen Stadt Oswiecim. Für den Bau werden 300 Juden aus Oswiecim herangezogen. Am 20. Mai treffen 30 deutsche kriminelle Häftlinge aus dem KZ Sachsenhausen in Auschwitz ein. "Sie werden zu sog. Funktionshäftlingen ernannt und bilden eine Verlängerung des SS-Apparats, denn sie beaufsichtigen in brutaler Weise die Häftlinge unmittelbar im Lager und in den Arbeitskommandos. Die kriminellen Funktionshäftlinge gleichen ihr Verhalten der Haltung der SS-Männer an, was zur Aufgabe jeglicher moralischer Skrupel gegenüber den untergebenen Häftlingen führt." (Czech) Vom Juni 1940 bringt die SS Gefangenentransporte, die in dieser ersten Phase meist aus polnischen politischen Häftlingen bestehen, ins Lager.

In einem offensichtlich aus Anlaß eines Vortrags bei Himmler über Siedlungsfragen im Osten im Dezember 1940 angefertigten Dokument heißt es (mehr als ein Jahr vor der Wannsee-Konferenz!) unter dem Abschnitt "Die Endlösung der Judenfrage": "Durch Umsiedlung der Juden aus dem europäischen Wirtschaftsraum des deutschen Volkes in ein noch zu bestimmendes Territorium. Im Rahmen dieses Projektes kommen rund 5,8 Millionen Juden in Betracht." Dies könne, schreibt Wolfgang Benz, "als ein weiteres Indiz dafür gelten, daß die beabsichtigte Vernichtung der Juden kein Ergebnis zufälliger Entwicklungen, nicht das Produkt von Krisen und Engpässen im Krieg oder Folge der Erkenntnis gewesen ist, daß nach den Fehlschlägen vom Jahresende 1941 der Ostfeldzug - und damit der Krieg - für die Nationalsozialisten verloren war."

Im März 1941 befiehlt Himmler den Bau einer zweiten größeren Sektion, Auschwitz II oder Auschwitz-Birkenau genannt. Die Bewohner des "Interessengebiets" Auschwitz, das eine Fläche von vierzig Quadratkilometern umfaßt, werden vertrieben und ihre Dörfer zerstört, um Platz für die beiden Auschwitzlager zu schaffen.

Der Kommandant von Auschwitz, Rudolf Höß, berichtet in seinen in polnischer Haft verfaßten autobiographischen Aufzeichnungen: "Im Sommer 1941 (...) wurde ich plötzlich zum Reichsführer SS nach Berlin befohlen (...) Entgegen seiner sonstigen Gepflogenheit eröffnete er mir, ohne Beisein eines Adjutanten,

dem Sinne nach folgendes: Der Führer hat die Endlösung der Judenfrage befohlen, wir - die SS - haben diesen Befehl durchzuführen. Die bestehenden Vernichtungsstellen im Osten sind nicht in der Lage, die beabsichtigten großen Aktionen durchzuführen. Ich habe daher Auschwitz dafür bestimmt, einmal wegen der günstigen verkehrstechnischen Lage und zweitens läßt sich das dafür dort zu bestimmende Gebiet leicht absperren und tarnen." Nähere Einzelheiten werde er von Eichmann erfahren. Eichmann habe dann auch mit ihm über die "Durchführung der Vernichtung" gesprochen: "Es käme nur Gas in Frage, denn durch Erschießen die zu erwartenden Massen zu beseitigen, wäre schlechterdings unmöglich und auch eine zu große Belastung für die SS-Männer, die dies durchführen müßten im Hinblick auf Frauen und Kinder."

Im Oktober 1941 beginnen intensive Arbeiten für den Bau der Baracken und anderer Lagereinrichtungen von Auschwitz II, das nach der Fertigstellung aus neun Lagerteilen besteht, die durch elektrisch geladene Stacheldrahtzäune getrennt sind.

Im nahegelegenen Monowitz wird ein drittes Lager gebaut, das Auschwitz III oder Buna Monowitz genannt wird. ("Buna" steht für die synthetischen Gummiwerke in Monowitz.) Im Zusammenhang mit Monowitz werden weitere Lager als Teil von Auschwitz III errichtet. Im Lauf der Zeit entstehen 45 Nebenlager. Auschwitz III ist mit den meisten seiner Nebenlager ein Zwangsarbeiterlager.

In Auschwitz II (Birkenau) sind die weitaus meisten Gefangenen des Komplexes - hauptsächlich Juden, Polen und Deutsche. Eine Zeitlang fungiert Birkenau auch als Familienlager für Zigeuner und für tschechoslowakische Juden.

Die erste relativ kleine Gaskammer wird in Auschwitz I errichtet. Hier wird am 3. September 1941 zum ersten Mal mit dem Giftgas Zyklon-B gemordet. Die Opfer sind 600 sowjetische Kriegsgefangene und 250 andere Gefangene. Nach diesem ersten Versuch erhält die Firma A.J. Topf und Söhne (die Söhne dieser Söhne prozessieren derzeit um Entschädigung und Rückgabe der auf ehem. DDR-Gebiet gelegenen Firma) den Auftrag, größere und dauerhafte Gaskammern sowie sehr große Krematorien in Birkenau zu bauen. Vier solcher Anlagen werden in Birkenau errichtet, in jeder von ihnen konnten täglich 6000 Menschen ermordet werden.

Deportation

Ab März 1942 verkehren besondere, vom Reichssicherheitshauptamt organisierte Züge ("Eichmann-Züge"), die Juden aus den besetzten Ländern Europas fast täglich nach Birkenau bringen. In jedem dieser Züge werden ein- bis mehrere Tausend Jüdinnen und Juden aus den Gettos Polens und anderer osteuropäischer Länder wie aus anderen Ländern im Westen und Süden Europas herangebracht.

Die ersten Opfer des Massenmords in Birkenau sind Juden aus Ostoberschlesien. Ende März 1942 treffen die ersten Judentransporte aus der Slowakei und Frankreich ein, im Juli aus den Niederlanden, im August aus Belgien und Jugoslawien, im Oktober kommen die ersten Transporte aus Theresienstadt an, im November aus Griechenland und polnischen Gebieten, im Dezember aus Norwegen.

Der erste Deportationszug aus Berlin trifft im Januar 1943 ein. Am 29. Januar werden 20.000 Zigeuner nach Birkenau deportiert, die meisten von ihnen werden in den Gaskammern ermordet. Während des ganzen Jahres werden Jüdinnen und Juden aus den von Deutschland besetzten oder mit Deutschland verbündeten Ländern nach Birkenau deportiert. Am 8. September treffen über 5000 Jüdinnen und Juden aus Theresienstadt ein, die sechs Monate in Birkenau im sog. Theresienstadt- Familienlager interniert und danach sämtlich in den Gaskammern ermordet werden. Im Oktober werden italienische, im November lettische, im Dezember österreichische Juden nach Birkenau gebracht.

Am 2. Mai 1944 trifft der erste Zug mit Juden aus dem besetzten Ungarn ein, die großen Deportationen aus Ungarn beginnen am 16. Mai des Jahres und halten bis in die zweite Juli-Woche an. (Siehe ak 365 u. 366) Im August 1944 werden die Bewohner des Gettos in Lodz nach Birkenau deportiert.

Rampe

Bei der Ankunft an der Rampe in Birkenau werden die Insassen der Züge zum sofortigen Aussteigen gezwungen, das persönliche Eigentum muß zurückgelassen werden. Männer und Frauen haben sich getrennt aufzustellen und werden von SS- Offizieren selektiert. Der größte Teil der Selektierten wird sofort in die

Gaskammer geschickt, ein kleiner Teil zur Zwangsarbeit bestimmt. Das Eigentum der Opfer wird von einem Häftlingskommando eingesammelt, unter SS-Aufsicht in Lagerhäuser gebracht und später nach Deutschland überführt, zum kleinen Teil auch an "Volksdeutsche" als "Weihnachtsspende" verteilt.

Wer zur Zwangsarbeit vorgesehen ist, kommt in den Lagerteil, der "Quarantäne" genannt wird. Zuvor werden die Häftlinge geschoren und in die gestreifte Häftlingskleidung gesteckt. In der "Quarantäne" kann ein Gefangener, wenn er nicht bald zur Zwangsarbeit eingeteilt wird, nur wenige Wochen überleben. In den Zwangsarbeiterlagern verlängert sich die durchschnittliche Lebenserwartung um einige Monate. Nach diesem Zeitraum werden viele Gefangene zum "Muselmann": ein Mensch, der so ausgemergelt und schwach ist, daß er sich kaum noch bewegen und auf die Umgebung reagieren kann.

Nur diejenigen, die von der "Quarantäne" zur Zwangsarbeit überwiesen oder direkt in Auschwitz I eingeliefert werden, werden registriert und mit einer eintätowierten Nummer auf dem linken Unterarm versehen. 405.000 Häftlinge werden in dieser Form erfaßt. Die übergroße Mehrheit der Opfer von Auschwitz, die sofort nach ihrer Ankunft in den Gaskammern von Birkenau ermordet werden, wird nicht einzeln registriert. Ebenfalls nicht erfaßt werden Gefangene, die zur Zwangsarbeit in Lager überwiesen werden, die nicht zu Auschwitz gehören, und Geiseln, sowjetische Armeeoffiziere, die nach kurzem Aufenthalt im Lager hingerichtet werden.

"Sonderkommandos" von Häftlingen müssen die Ermordeten aus den Gaskammern holen, ihnen die Haare abschneiden, Goldzähne ausbrechen und die Leichen in den Krematorien verbrennen.

Menschenversuche

Außer Zwangsarbeitern werden diejenigen von sofortiger Ermordung zurückgestellt, die für "medizinische Experimente" vorgesehen sind. Im Juli 1942 schlägt Himmler vor, in Auschwitz die Sterilisierung von Jüdinnen durchzuführen. Der Arzt, SS-Brigadeführer Carl Clauberg, der derartige Experimente schon in Ravensbrück angeregt hatte, antwortet am 7. Juni 1943 auf Himmlers Frage, in welcher Zeit es möglich sei, 1000 Frauen durch die von Clauberg entwickelte Methode zu sterilisieren: Der Augenblick sei "nicht mehr sehr fern", wo er sagen könne, "von einem entsprechend eingeübten Arzt an einer entsprechend eingerichteten Stelle mit vielleicht zehn Mann Hilfspersonal (...) höchstwahrscheinlich mehrere hundert - wenn nicht gar tausend - an einem Tage."

Clauberg wird von einer Gruppe von Ärzten unterstützt, die auch die Selektionen an der Rampe von Birkenau durchführt. Zu ihnen gehört Josef Mengele, der hauptsächlich mit Kindern, jugendlichen Zwillingen und Kleinwüchsigen "experimentiert".

Der SS-Arzt Rascher, der "Erwärmungsversuche an ausgekühlten Menschen" angestellt hatte, aber eine größere Anzahl von "Versuchspersonen" benötigte, wollte von Himmler nach Auschwitz geschickt werden, "um dort die Frage der Wiedererwärmung an Hand Erfrorener schnell in einem großen Reihenversuch" zu klären. "Auschwitz ist für einen derartigen Reihenversuch in jeder Beziehung besser geeignet als Dachau, da es dort kälter ist und durch die Größe des Geländes im Lager selbst weniger Aufsehen erregt wird (die Versuchspersonen brüllen, wenn sie sehr frieren)."

Sklavenarbeit

Auschwitz III ist mit seinen Nebenstellen ein Zwangsarbeiterlager, in dem deutsche Firmen und Konzerne die zumeist jüdischen Häftlinge buchstäblich bis zum Tode ausbeuten. Die Firmendirektionen wenden sich oft aus eigenem Antrieb an das Wirtschaftshauptverwaltungsamt (WHVA) mit der Bitte um Zuweisung von Häftlingen. Der größte Nutznießer der Zwangsarbeit in Auschwitz ist die I.G. Farben, die in Monowitz ein Werk zur Herstellung von Kunstkautschuk (Buna) errichtet und sich zwei polnische Kohlengruben sichert.

"Zwischen der I.G. und der SS bestand von Beginn an engste Zusammenarbeit. Während die I.G. die Baracken baute, lieferte die SS das ‚Mobiliar` (die Pritschen). Die SS stellte die Bewacher, denen die I.G. ihren Werkschutz (...) zur Seite stellte. Die I.G. bat um die Bestrafung von Häftlingen, die ihre Vorschriften übertraten, die SS vollstreckte sie." (Hilberg) Der SS-Standortverwaltung zahlt der Konzern pro Häftling und Tag zwischen drei und vier Mark, was der SS binnen weniger Monate Einnahmen in Höhe mehrerer Millionen einträgt.

Insgesamt arbeiten etwa 35.000 Häftlinge in der Buna- Fabrik, mindestens 25.000 von ihnen sterben. Die Lebenserwartung eines jüdischen Häftlings in der I.G. Auschwitz beträgt drei oder vier Monate, in den Kohlebergwerken einen Monat.

Widerstand

Widerstand geleistet wird ungeachtet der Todesgefahr, die mit solchem Tun verbunden ist, in vielfacher Form. Die gegenseitige Hilfe gehört dazu, aber auch Angriffe auf das Wachpersonal, Sabotageakte und Flucht. Zwei junge Juden, die am 7. April 1944 mit Hilfe der Untergrundbewegung flüchten, erreichen Pressburg, wo sie den dort verbliebenen jüdischen Führern einen ausführlichen Bericht über Auschwitz übergeben, der in die freie Welt hinausgeschmuggelt wird.

1943 wird auf Initiative österreichischer Gefangener eine multinationale Widerstandsorganisation gegründet, die im Stammlager und in Birkenau operiert und mit einer Widerstandsgruppe in Monowitz in Kontakt steht. Die Widerstandsbewegung hilft mit Medikamenten und Nahrung, dokumentiert Verbrechen an Gefangenen, organisiert Fluchten, Sabotage und politische Proteste, versucht, politische Gefangene in einflußreiche Positionen im Lager zu bringen und bereitet einen Aufstand im Lager vor.

Die Gefangenen des Sonderkommandos organisieren am 7. Oktober 1944 einen Aufstand und zerstören eine der Gaskammern. Alle Teilnehmer des Aufstands fallen im Kampf. Vor dem Aufstand hatten einige Mitglieder des Sonderkommandos Tagebücher geführt, in dem sie detailliert die Ereignisse in Auschwitz beschrieben. Die Tagebücher wurden vergraben und nach dem Krieg aufgefunden.

Befreiung

Am 2. November 1944 befiehlt Himmler die Einstellung der Morde in den Gaskammern und, um angesichts der Niederlage die Spuren der Verbrechen zu tilgen, am 26. November die Zerstörung der Gaskammern und Krematorien. Die Lagerhäuser mit den den Juden geraubten Besitztümern werden in aller Eile geleert. Zwischen dem 1. Dezember 1944 und dem 15. Januar 1945 werden 514.843 Teile Männer-, Frauen- und Kinderkleidung aus dem Lager abtransportiert. Ein Teil der nicht mehr zu versendenden Beute wird verbrannt.

Mitte Januar beginnt die sowjetische Armee eine Offensive in Richtung Krakau und Auschwitz. Die SS beginnt einen überstürzten Rückzug. 58.000 Gefangene, fast sämtlich Juden, werden auf Todesmärsche in Richtung Westen getrieben. Die meisten sterben während dieser Märsche oder werden ermordet. Von einem Zug mit 3000 Häftlingen, der am 18. Januar Birkenau verläßt, sind nach rund hundert Kilometern bereits 1300 umgekommen.

Am Morgen des 27. Januar erreicht der erste Soldat der Roten Armee Monowitz. In unmittelbaren Kämpfen zur Befreiung des ganzen Lagerkomplexes fallen 231 Soldaten der Roten Armee. Mehrere hundert Häftlinge sind noch Stunden vor der Befreiung ermordet worden. 7650 Kranke und Erschöpfte können gerettet werden. In den Lagerhäusern werden 350.000 Männeranzüge vorgefunden, 837.000 Frauenkleider, große Mengen an Kinder- und Babykleidung und zehntausende Paar Schuhe. 7,7 Tonnen Menschenhaare waren bereits für den Abtransport fertig verpackt.

KM

Quellen: Die Darstellung stützt sich im wesentlichen auf die Enzyklopädie des Holocaust (Berlin 1993). Zusätzlich wurden herangezogen Wolfgang Benz (Hg.): Dimensionen des Völkermords (München 1991); Heinz Bergschicker: Deutsche Chronik. Alltag im Faschismus (Berlin 1983); Danuta Czech: Kalendarium der Ereignisse im Konzentrationslager Auschwitz- Birkenau 1939-1945 (Reinbek 1989); Encyclopaedia Judaica (Jerusalem 1972 ff.) Martin Gilbert: Endlösung (Reinbek 1982); Raul Hilberg: Die Vernichtung der europäischen Juden (Berlin 1982); Rudolf Höß: Kommandant in Auschwitz (München 1963)

21. "Lider fars Leben". Neue Kassette von "Coincidence"

Rubrik: Juden in der BRD; Kultur · CD-Datei: daten/aksuche/ak374/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:374:39

Am 15. Dezember 1994 wurde die Hamburger Sängerin Esther Bejarano 70 Jahre alt. Aus diesem Anlaß fand in der Hamburger Kampnagel-Fabrik ein großes Fest zu ihren Ehren statt, bei der viele Reden gehalten und Lieder gesungen wurden. Von der Hamburger Kultursenatorin Dr. Christina Weiss wurde ihr an diesem Abend die Senator-Biermann-Ratjen-Medaille verliehen, eine Auszeichnung, die der Hamburger Senat für besondere Verdienste um das kulturelle Leben der Hansestadt vergibt.

Ester Bejarano ist als junges Mädchen, 1943, nach Auschwitz deportiert worden. Eine Zeitlang mußte sie als Mitglied des "Mädchenorchesters" in Birkenau spielen. Heute ist sie Vorsitzende des Auschwitz-Komitee in der BRD.

Wer Ester kennt, weiß, daß die Musikerin immer "auf Achse" ist: wenn nicht auf Konzerttournee, dann in einer Schule in Norddeutschland, um Schülerinnen und Schülern "von damals" zu berichten und vor Fremdenhaß und Antisemitismus zu warnen. Hamburgerinnen und Hamburgern ist sie als Rednerin auf vielen Demonstrationen und Veranstaltungen bekannt.

Die Gruppe "Coincidence", bei der sie mit Tochter Edna als Sängerin auftritt, hat gerade eine neue Kassette mit jüdischen Widerstandsliedern und Friedensliedern aus aller Welt herausgegeben. "Lidar fars Lebn" ist für DM 25,- zu bestellen unter der Hamburger Telefonnummer 040/430 07 35. Foto: H. Wojahn

22. Befreiung von Auschwitz und Kriegsende. Veranstaltungen in Frankfurt, Marburg, Hamburg und Berlin

Rubrik: Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak374/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:374:35

Vor fünfzig Jahren: Am 27. Januar wurde Auschwitz von der Sowjetischen Armee befreit, am 8. Mai unterzeichnete das Nazi-Deutschland die bedingungslose Kapitulation, am 6. August wurde von den USA die erste Atombombe über Hiroshima abgeworfen.

Das erste und das letzte Datum werden in der BRD keine größere Beachtung finden. Der 8. Mai wird aller Voraussicht kaum noch ein Tag ernsthaften Gedenkens an die von der großen Mehrheit der Deutschen verübten oder zumindest geduldeten Verbrechen sein. Nach der Implosion der DDR, dem Fall der Mauer und dem Anschluß ist nicht nur eine letzte unübersehbare Erinnerung an deutsche Schuld, sondern auch an den "Zusammenbruch", die "Katastrophe" verschwunden. Die offiziellen Gedenkfeiern werden vorwiegend apologetischen Charakter haben, begleitet von ein paar Schleimereien über "alle Opfer" des NS- Regimes. Möglicherweise werden wir mit einer modifizierten Fassung der Legende von der "Stunde Null" konfrontiert sein. - Aber es gibt auch, von demokratischen und linken Kräften initiiert, Veranstaltungsreihen und Kongresse zur Befreiung von Auschwitz und zum Kriegsende, die der Beachtung sehr wert sind.

50 Jahre Befreiung von Auschwitz-Birkenau

Das Fritz Bauer Institut, Studien- und Dokumentationszentrum zur Geschichte und Wirkung des Holocaust, ist nach fünfjähriger Vorarbeit am 1. Januar als Stiftung bürgerlichen Rechts gegründet worden (was heißt, daß die Arbeit des Instituts zwar nicht ausreichend gesichert, aber auch nicht mehr so ganz ungesichert ist).

Zusammen mit dem Filmmuseum, dem Institut für Stadtgeschichte und dem Kulturdezernat der Stadt Frankfurt veranstaltet das Institut eine mehrwöchige Reihe mit Filmen, Lesungen, Konzerten, Vorträgen und Diskussionen zur Erinnerung an Auschwitz und seine Folgen für die Überlebenden und ihre Nachkommen, für die Gesellschaft in Polen und im Land der Täter und Zuschauer, in Deutschland. Zu den Mitwirkenden gehören u.a. SchauspielerInnen des Schauspiels Frankfurt, das Opernhausorchester, Überlebende von Auschwitz-Birkenau, Historiker, Film- und Literaturwissenschaftler, Filmregisseure, Künstler und Schriftsteller, Psychoanalytiker und Kunsthistoriker.

Den Schwerpunkt der Veranstaltungsreihe bilden - begleitet von Einführungen und Gesprächsrunden - 28 Filme. Im Zentrum der Reihe soll die intensive Auseinandersetzung mit der Frage stehen, in welchen Bildern Auschwitz in das Bewußtsein der Nachkriegsgeneration gedrungen ist, was das Medium des Films mitteilen und bewirken konnte und wo es an seine Grenzen stieß.

15.1.-12.2.95, Frankfurt. Das Programm ist zu beziehen beim Fritz Bauer Institut, Bockenheimer Landstr. 104, 60232 Frankfurt.

Konzepte des Widerstands, des Exils und der Alliierten

"Hochsubventionierte Ideologie-Produzenten" werden den 50. Jahrestag des Kriegsendes dazu nutzen, "Deutschland, den Verlierer des Zweiten Weltkriegs als den Sieger des Jahrhunderts zu feiern", nimmt ein Kreis von u.a. Gewerkschaftern, Universitätsinstituten und dem Bund demokratischer Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen an. Dem soll mit dem Kongreß "Was aus Deutschland werden sollte - Konzepte des Widerstands, des Exils und der Alliierten" einen "Kontrapunkt" entgegengesetzt werden.

Der Kongreß wird mit einem Vortrag von Reinhard Kühnl "Über die Schwierigkeiten, die Wahrheit über den Widerstand zu ermitteln" und einer Lesung von Texten aus dem Widerstand eröffnet. An den beiden folgenden Tagen sollen in Vorträgen und thematischen Arbeitskreisen die Deutschlandkonzepte des Widerstands, des Exils und der Alliierten vorgestellt und diskutiert werden.

20.-22.1.94, Marburg. Programm und Anmeldung: BdWi, Postfach 543, 35017 Marburg. Tel.: O6421- 21395. - Tagungsgebühr: 30 DM, erm. 15 DM.

Echo des Holocaust

Weniger um den Völkermord an den europäischen Juden geht es in der Hamburg Konferenz "Das Echo des Holocaust - Erkenntnisse und Ansprüche", sondern um das "Denken über", "Erinnern an", die "Erziehung nach Auschwitz". Gleichwohl werden in dem Programm einige interessante Themen und ReferentInnen angeführt. Raul Hilberg hält den Einführungsvortrag, Yaacov Lozowick spricht über "Remembering the Shoah in Israel", William S. Parsons über das "United States Holocaust Memorial Museum", Franklin Bialystok über "The Americanization of the Holocaust", Wolfgang Kraushaar über "Singularität vs. Universalität" und Frank Stern über "Die Schoah im deutschen deutschen und jüdischen Bewußtsein". Hanno Loewy stellt die Zielsetzung(en) des Fritz Bauer Instituts vor.

24.1., 16 Uhr bis 26.1., 19.30 Uhr, Hamburg. Tagungsbüro (Anmeldungen, Programm): Universität Hamburg, Prof.Dr. Helmut Schreier, Matthias Heyl, FB Erziehungswissenschaft, Inst. 08, Von-Melle-Park 8, 20146 Hamburg, Tel.: 040 - 41234743. - Tagungsgebühr 30 DM, erm. 15 DM.

Gewalt und Destruktivität im 20. Jahrhundert

Das Hamburger Institut für Sozialforschung wird im Laufe des Jahres die Ergebnisse seines Projekt "Angesichts unseres Jahrhunderts. Gewalt und Destruktivität im 20. Jahrhundert" in einer Reihe von Ausstellungen, Podiumsdiskussionen, Lesungen und Publikationen vorstellen. Am Anfang steht die Ausstellung "200 Tage und 1 Jahrhundert" - die 200 Tage zwischen der Befreiung von Auschwitz am 27. Januar 1945 und dem 18. August 1945, dem Ende des Zweiten Weltkriegs nach den Atombombenabwürfen auf Hiroshima und Nagasaki. In der dokumentarischen Ausstellung werden Filme, Videos, Fotos, Dias, Karten und Installationen gezeigt. Sieben Daten aus den 200 Tagen bilden die Basis für die sieben Ausstellungsräume: Auschwitz, Nürnberg, Entkolonialisierung, UNO, Staatlicher Terror, Gulag und Hiroshima. Die Ausstellung wird mit Podiumsdiskussionen und Lesungen begleitet.

29.1.-5.3.95, Kampnagel, Jarrestraße, Hamburg. Programminformationen in der Hamburger Tagespresse oder beim Hamburger Institut für Sozialforschung, Mittelweg 36, 20148 Hamburg.

Kapitulation und Befreiung

Die in Berlin stattfindende wissenschaftliche Konferenz "Kapitulation und Befreiung. Das Ende des Zweiten Weltkrieges in Europa" (s. auch den Kalender in ak 373) wird zwei Schwerpunkte haben:

- 1. Der Übergang vom Krieg zum Nachkrieg: Das Kriegsende aus konkret sozialgeschichtlicher Sicht. - Die Themen dieses Schwerpunkts lauten u.a.: Vom Rückzug der Wehrmacht über die sowjetische Militärverwaltung zur polnischen Verwaltung - das Kriegsende in Niederschlesien; Deutsche Flüchtlinge in Dänemark; Sozialgeschichtliche Fragen des Kriegsendes in Norditalien; Sozialgeschichtliche Aspekte des Kriegsendes in Slowenien, Kärnten und Friaul; Sozialgeschichtliche Folgen des Kriegsendes in Österreich.

- 2. Der Übergang vom Krieg zum Nachkrieg: Irreversible und reversible Konsequenzen der Niederlage Deutschlands. Behandelt werden unter diesem Schwerpunkt u.a. die folgenden Themen: Das Ende des Zweiten Weltkriegs in der Provinz Brandenburg; "Sonderweg" und "Normalität": Die Zäsur von 1945 im Lichte neuer Geschichtsinterpretationen; Kontroversen zur Wertung des 8. Mai 1945 in der Geschichtsschreibung der DDR und der BRD; Nachkriegsplanungen in der deutschen Wirtschaft und ihre Umsetzung; Vorbereitungen des Nationalsozialismus auf die Niederlage; Die Bedeutung des 8. Mai für die Entwicklung Polens; Das Ende der Nachkriegszeit - Aufhebung der Resultate des Zweiten Weltkriegs?

Die Referenten sind Historiker aus der BRD, Italien, Österreich und Polen.

3.2. (Beginn um 10.30 Uhr) und 4.2.95. Nicht wie im Kalender in ak 373 angegeben im Plenarsaal der Akademie der Wissenschaften sondern: Kulturhaus Prenzlauer Berg, Dimitrowstr. 101 (Ecke Greifswalder Str.), im Turmzimmer des Kulturamts. Anmeldung: Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung e.V., Postfach 649, 10128 Berlin. - Tagungsgebühr 40 DM.

23. Inseln des Friedens oder Grundstücke ohne Verkehrswert? Jüdische Friedhöfe und Grab-schändungen (Teil 2).

Autor: Sieghard Bußenius · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Juden in der BRD · CD-Datei: daten/aksuche/ak374/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:374:03

Nach der Darstellung jüdischer Trauerriten und der Schändung jüdischer Friedhöfe in der Weimarer Republik und der Zeit des Nationalsozialismus im ersten Teil dieser Studie (ak 373) wendet sich der Autor in diesem zweiten und abschließenden Teil den entsprechenden Entwicklungen in der BRD und der DDR zu: Neben quantitativen Angaben zu den Schändungen jüdischer Friedhöfe wird u.a. die Frage "unpolitischer" Täterschaft erörtert und die Verknüpfung aktueller politischer Ereignisse mit der Häufung antisemitischer Übergriffe aufgezeigt.

IV Bundesrepublik

Deutschland

Unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurden in den Westzonen Deutschlands wiederum jüdische Friedhöfe geschändet. 1945 wurden mindestens zehn Schändungen begangen, in den Jahren 1946-48 waren es mindestens zwölf. Es gab mehrfach Hinweise auf eine Täterschaft von Rechtsextremisten und Antisemiten.

Nach Angaben des Bundesministeriums des Inneren wurden in den Jahren 1948-59 insgesamt 521 Schändungen auf Friedhöfen aller Art verübt, davon entfielen 212 Schändungen (gleich 41 Prozent!) auf jüdische Friedhöfe. Da der Anteil jüdischer Friedhöfe an der Gesamtzahl aller Friedhöfe in der BRD jedoch sehr gering ist, wird aus diesen Zahlen unübersehbar deutlich, daß jüdische Friedhöfe absolut "überrepräsentativ" geschändet wurden.

Adolf Diamant legte 1982 als Anlage zu seiner Bestandsaufnahme jüdischer Friedhöfe auch eine Dokumentation über "Geschändete jüdische Friedhöfe in Deutschland 1945-1980" vor. (15) Diese Dokumentation enthält Angaben zu insgesamt 446 Schändungen jüdischer Friedhöfe, die fast durchgängig in der Bundesrepublik Deutschland und in wenigen Einzelfällen in der Deutschen Demokratischen Republik verübt worden waren. Es sind Schändungen, deren Tatort und Tatzeit Adolf Diamant annähernd bestimmen und deren Überlieferung er belegen konnte. Davon ereigneten sich in den Jahren

1945-1954 insgesamt 87 Schändungen (8,7 pro Jahr)

1955-1964 insgesamt 72 Schändungen (7,2 pro Jahr)

1965-1974 insgesamt 143 Schändungen (14,3 pro Jahr)

1975-1980 insgesamt 133 Schändungen (22,6 pro Jahr). (16)

Nach diesem Verzeichnis war die Zahl der Schändungen jüdischer Friedhöfe in jedem Jahr sehr unterschiedlich und von starken Schwankungen geprägt. Langfristig läßt sich jedoch eine ständig wachsende Zunahme der jährlichen Schändungen beobachten, die Zunahme beschleunigt sich seit der Mitte der sechziger Jahre ständig in erheblicher Weise. Betrug die Zahl der Schändungen pro Jahr in der Zeit von 1945 bis 1964 immer zwischen eins und 13, so sind in der Zeit von 1965 bis 1980 meist zwischen 13 und 32 Schändungen pro Jahr bekannt geworden. Auch ein anderer Zahlenvergleich kann die rapide Zunahme der Schändungen jüdischer Friedhöfe verdeutlichen: In den fünfzehn Jahren von der Gründung der BRD 1949 bis 1964 wurden nach Diamant 133 jüdische Friedhöfe geschändet, ebenso viele Schändungen gab es allein in den sechs Jahren von 1975-1980. Verhältnismäßig hoch war die Zahl der Schändungen in den Jahren 1950/51 mit jeweils 13, 1965/66 mit durchschnittlich 21 und 1976-78 mit durchschnittlich 27,3 Taten. In diesen Jahren war auch allgemein eine Zunahme rechtsextremistischer Gewalttaten zu beobachten.

Die tatsächliche Zahl der Schändungen jüdischer Friedhöfe war jedoch in den Jahren 1945-1980 weitaus höher als 446 gewesen. Adolf Diamant verzeichnet in seiner Dokumentation nämlich nur die Taten, die ihm

vom Innenministerium des Bundes, von kommunalen Behörden und Archiven, von Friedhofsämtern und ähnlichen Stellen auf seine Anfragen hin mitgeteilt oder die in der "Allgemeinen Jüdischen Wochenzeitung", in großen Tageszeitungen und Zeitschriften, in Pressediensten und Nachrichtensendungen gemeldet wurden. Eine selbständige Durchsicht von Aktenbeständen, die für eine systematische Erfassung notwendig gewesen wäre, konnte er nicht leisten. Friedhofsschändungen, die von den genannten Institutionen und Medien nicht festgehalten wurden, konnte Adolf Diamant in seiner Dokumentation deshalb auch nicht überliefern.

Die Bundesregierung legte 1960 zum ersten Mal in einem Weißbuch eine Untersuchung über antisemitische Ausschreitungen vor, für die Zeit von 1945-1959 gibt es kaum verläßliche Angaben. Dem Weißbuch von 1960 schlossen sich ab 1961 die Jahresberichte über Rechtsextremismus an, die ab 1968 um die Berichterstattung über Linksextremismus, Spionage und Ausländerextremismus erweitert wurden. Erst seit 1977 werden Straftaten mit antisemitischem Hintergrund in diesen Jahresberichten gesondert erwähnt, und es wird auf Schändungen jüdischer Friedhöfe ausdrücklich hingewiesen. Die Jahresberichte des Verfassungsschutzes nennen zum einen die Gesamtzahl aller Schändungen jüdischer Friedhöfe des betreffenden Jahres und zum anderen die Anzahl jener Schändungen, die aus der Sicht dieser Behörde von Rechtsextremisten begangen wurden. Adolf Diamant erhielt vom Bundesinnenministerium jedoch nur Angaben zu den Friedhofsschändungen, die aus der Sicht des Verfassungsschutzes von Rechtsextremisten begangen worden waren; Einzelheiten zu den anderen Schändungen lagen der Behörde nicht vor.

In der folgenden Tabelle wird die Gesamtzahl aller Schändungen jüdischer Friedhöfe, die vom Innenministerium des Bundes registriert wurden, mit der Zahl jener Schändungen verglichen, die vom Verfassungsschutz Rechtsextremisten zugeschrieben wurden. Als Vergleichszeitraum wurden die Jahre 1977-84 gewählt: 1977 wurden unter der sozialliberalen Koalition zum ersten Mal Angaben zu den Schändungen veröffentlicht, 1984 hatte sich nach der sog. Wende die konservativ-liberale Koalition konsolidiert.

Die Angaben aus den Jahresberichten des Verfassungsschutzes zeigen zunächst, daß in den Jahren 1977 bis 1984 ständig eine relativ hohe Zahl von Schändungen jüdischer Friedhöfe verübt wurde. Es waren durchschnittlich 37,9 Taten pro Jahr, 1980 wurden mit 49 Schändungen die meisten Taten verübt. Aus der Sicht des Verfassungsschutzes sind durchschnittlich 44,2% der Schändungen jüdischer Friedhöfe Rechtsextremisten zuzurechnen; es fehlt jedoch eine Angabe der Kriterien, nach denen der Verfassungsschutz diese Zuordnung vorgenommen hatte. Eine Folge dieser unzureichenden Untersuchungen ist, daß antisemitisch oder allgemein rechtsextremistisch motivierte Schändungen - je nach dem Interesse und der Interpretation des Betrachters - mit Zahlen zwischen 134 und 303 angegeben werden, wie überhaupt in allen Untersuchungen unterschiedliche Zahlen zum Ausmaß der Schändungen jüdischer Friedhöfe in der BRD genannt werden.

Rainald Becker und Alexander Vennekel legten 1985 eine politikwissenschaftliche Diplomarbeit über die "Schändung und Zerstörung jüdischer Friedhöfe in der Bundesrepublik Deutschland nach 1945" an der Universität Duisburg vor. Es ist die bisher einzige wissenschaftliche Arbeit, in der dieses Thema umfassend erörtert wird. Die Autoren erfuhren bei ihren Untersuchungen, daß die meisten Behörden keine Statistiken über die Schändungen jüdischer Friedhöfe führten. Auf ihre zahlreichen Anfragen erhielten sie nur sehr selten brauchbare Angaben. Sie kamen daher zu dem Schluß: "Es drängt sich der Eindruck auf, daß das Problem der Schändung jüdischer Friedhöfe als antisemitische Äußerung nicht erkannt wird, den Behörden der Umgang mit diesem Vergehen irgendwie peinlich ist, und man alles tut, um einen angeblich schlechten Eindruck nach außen zu vermeiden." (17)

Neben dieser Einstellung vieler Behörden führen auch manche Tatumstände dazu, daß zuverlässige und verwertbare Angaben nur schwer zu erhalten sind. Jüdische Friedhöfe liegen meist außerhalb der gewachsenen Wohngebiete und sind fast immer durch Mauern oder Hecken vor den Blicken der Außenwelt verborgen. Daher werden Friedhofsschänder nur äußerst selten bei ihrer Tat beobachtet und gestellt. Gerade die alten jüdischen Friedhöfe werden zudem nur in großen Zeitabständen besucht oder kontrolliert, so daß zwischen einer Tat und ihrer Entdeckung eine beträchtliche Zeit vergehen kann. Nach der Feststellung der Tat verzichten die zuständigen jüdischen Gemeinden oder die örtlichen Behörden mitunter auf einen Strafantrag, wenn eine Verfolgung und Ermittlung der Täter aussichtslos erscheint. Recht häufig wird von einer Bekanntgabe der Tat abgesehen, da sowohl die jüdischen Gemeinden als auch die politischen Instanzen die

darauf folgende Beunruhigung scheuen. Aus diesen Gründen muß von einer recht hohen Dunkelziffer ausgegangen werden.

Untersucht man die überlieferten Angaben über Art und Ausmaß der einzelnen Friedhofsschändungen, wird ersichtlich, daß nahezu alle Taten nach einigen ähnlichen Grundmustern begangen wurden. Folgende Delikte wurden bei den Schändungen hauptsächlich festgestellt:

1) Grabsteine und Grabmale wurden aus ihrer Verankerung gerissen, umgeworfen, zerbrochen oder zertrümmert.

2) Antisemitische oder nationalsozialistische Parolen und Symbole wurden auf Mauern, Gebäude und Grabsteine geschmiert.

Häufig vorgefundene Parolen waren z.B. "Juda verrecke", "Juden raus", "Sieg Heil", "Tod den Juden", "Deutschland den Deutschen" usw. Hinzu kamen besonders in den Jahren 1989/90 Parolen, die die Schoah verharmlosten oder bestritten, daß sie in dem wissenschaftlich erwiesenen Ausmaß geschehen war ("Auschwitz-Lüge"). Häufig geschmierte Symbole waren das Hakenkreuz, der Davidstern, die SS-Runen oder die Buchstabenkombinationen NS, SS und SA. Symbole und Parolen, die von den Tätern gewiß nicht "beliebig" oder "zufällig" verwendet worden sind.

Auf ihrem Weg zu den Gräbern hinterließen die Täter oft beträchtliche Verschmutzungen und Beschädigungen auf Friedhofswegen und -anlagen. In einigen Fällen wurden kleinere Gebäude auf den Friedhöfen angezündet.

"Unpolitische" Täter

Sehr skeptisch betrachteten Rainald Becker und Alexander Vennekel die verbreitete Erklärung von Behörden, daß Schändungen jüdischer Friedhöfe überwiegend von Kindern und Jugendlichen verübt worden seien. Diese Behauptung werde von politischen Institutionen gerne erhoben, um zu beweisen, daß die betreffenden Taten keinen antisemitischen Hintergrund gehabt hätten. Zum einen sage jedoch die Angabe "Kinder und Jugendliche" noch nichts über die Motivation der jeweiligen Täter aus; denn auch Jugendliche können aus antisemitischen Beweggründen handeln. Zum anderen "erscheint (es) doch recht unglaubwürdig, daß Kinder mitten in der Nacht oder am frühen Morgen - das sind die Haupttatzeiten - zentnerschwere Grabsteine auf jüdischen Friedhöfen umstürzen. Auch die von den ‚Kindern` aufgeschmierten Parolen und Symbole lassen an dieser Täterschaft zweifeln." (18) Die Autoren folgern daher, daß erheblich mehr Schändungen jüdischer Friedhöfe rechtsradikal oder antisemitisch motiviert waren, als dies von Behörden angegeben wurde.

Julius H. Schoeps, der Gutachter der zitierten Diplomarbeit, schrieb in der "Zeit" zur politischen Motivation der Friedhofsschändungen: "In den Stellungnahmen der Behörden verdient eine bestimmte Sprachregelung Aufmerksamkeit. Wiederholt heißt es, daß bei Schändungen keine ‚politischen Motive` festgestellt werden konnten. Was heißt das? Bedeutet dies, daß wenn Jugendliche im Rausch oder in Faschingslaune Grabsteine umstürzen, dies nicht wichtig, ja sogar entschuldbar ist? Handelt es sich, wenn kein ‚politisches Motiv` zu erkennen ist, nur um eine individuelle Missetat, die man nicht überbewerten soll? Hinter Verlautbarungen dieser Art steckt eine gefährliche Verkürzung dessen, was ‚politisch` heißt. Wenn der Begriff nur eine parteipolitische Erklärung zuläßt, dann wird es in Zukunft schwierig sein, überhaupt noch etwas über die Motive und Beweggründe von Grabschändern aussagen zu können." (19)

Die politische Motivation der Schändungen jüdischer Friedhöfe wird deutlich, wenn untersucht wird, zu welchen Zeiten in der bundesrepublikanischen Geschichte sie besonders gehäuft auftraten. Einzelne Schändungen mögen aus Zufällen heraus geschehen sein; ihr gehäuftes Auftreten war jedoch fast immer ein Indikator für die Verbreitung antisemitischer Stimmungen in der Bevölkerung dieser Republik. Auf einige besonders auffällige Zeitabschnitte soll hier hingewiesen werden:

1) Eine erste Häufung von Schändungen jüdischer Friedhöfe war in den Jahren 1950/51 zu beobachten. Adolf Diamant verzeichnet für diese beiden Jahre jeweils dreizehn Friedhofsschändungen, wobei ein großer Teil der für 1950 verzeichneten Taten auch im folgenden Jahr verübt worden sein kann. Zu jener Zeit wurden viele Debatten im privaten und öffentlichen Bereich über die Erklärung der Bundesregierung vom 27.9.1951 vor dem Bundestag geführt. In dieser Erklärung hatte Bundeskanzler Adenauer den Standpunkt seiner Regierung zum nationalsozialistischen Unrecht, zur moralischen und materiellen Wiedergutmachung sowie zur "Haltung der

Bundesrepublik gegenüber den Juden" dargelegt. (Die Bundesregierung hatte sich mit diesem diplomatischen Schritt den Eintritt in die internationale Völkergemeinschaft ermöglicht.)

2) Zu einer extremen Häufung antisemitischer Übergriffe kam es am Jahreswechsel 1959/60. Auslöser dieser Aktionen waren Schmierereien von zwei Mitgliedern der Deutschen Reichspartei (DRP) in der Nacht vom 24. auf den 25.12.59 an einem Gedenkstein für die Opfer des Nationalsozialismus und an der Synagoge in Köln. Ihr folgten bis Ende Januar 1960 mindestens 470 antisemitische Ausschreitungen im gesamten Bundesgebiet; sie reichten von Schändungen jüdischer Friedhöfe über Schmieraktionen an jüdischen Gebäuden bis zu zahllosen Hakenkreuz-Schmierereien an Häuserfronten. - Zwar trägt die diesbezügliche von der Bundesregierung herausgegebene Schrift den Titel "Die antisemitischen und nazistischen Vorfälle (...)". Im Abschnitt "Würdigung der Vorfälle" kommt die Regierung jedoch zu dem bizarren Schluß, von der "Gesamtzahl der erfaßten Täter" (etwa ein Drittel der Vorfälle waren geklärt worden) seien nur acht Prozent "politische Gesinnungstäter". (20) Während Bundeskanzler Adenauer die verübten Taten lediglich als "Flegeleien" wertete und zur Behandlung der Täter eine "Tracht Prügel" empfahl, führten die Vorkommnisse zu einem tiefen Erschrecken in der demokratischen Öffentlichkeit sowie am 18.2.1960 zu einer Debatte im Bundestag.

3) Im März 1965 wurde im Bundestag über die (Verjährung der) Verfolgung nazistischen Unrechts debattiert. Anfang Mai wurden diplomatische Beziehungen zu Israel aufgenommen. Im August wurde das Urteil im Frankfurter Auschwitz-Prozeß gesprochen. 1964 hatten sich rechtsextreme Kräfte zur Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) zusammengeschlossen, die im November 1966 bei den hessischen Landtagswahlen 7,9 Prozent der Stimmen erhielt. Die Anzahl rechtsextremistischer Straftaten verdreifachte sich 1965 im Vergleich zum Vorjahr. Nachdem am 15.6.1965 Rechtsextremisten mindestens 23 Grabsteine auf dem jüdischen Friedhof in Bamberg mit NS-Symbolen beschmiert hatten, begann eine Serie ähnlicher Taten im gesamten Bundesgebiet. Adolf Diamant verzeichnet für die Jahre 1965/66 insgesamt 42 Schändungen jüdischer Friedhöfe.

4) Ein erneuter Anstieg der Schändungen jüdischer Friedhöfe war in den Jahren 1976-79 zu verzeichnen. Nach der Aufstellung von Adolf Diamant kam es allein in den Jahren 1976-78 zu insgesamt 82 Schändungen, was einem Durchschnitt von 27,3 Taten pro Jahr entsprach. Dies war die größte Anhäufung solcher Taten, die bisher in einem überschaubaren Zeitraum der bundesrepublikanischen Geschichte festgestellt worden war. In jenen Jahren bewirkten neonazistische Terrorgruppen (Wehrsportgruppe Hoffmann u.a.) einen Anstieg rechtsextremistischer Straftaten und beeinflußten das politische Klima in der Bundesrepublik Deutschland. Nach den Jahresberichten des Verfassungsschutzes stieg die Zahl rechtsextremistischer Straftaten von 319 (1976) auf 1483 (1978) an. Im ersten Halbjahr 1979 reagierten Rechtsextremisten auf die Ausstrahlung des Filmes "Holocaust" mit einer Serie von Gewalttaten bis hin zu Sprengstoff-Anschlägen auf Sendeanlagen. Adolf Diamant verzeichnet allein in den Monaten Februar bis Juli 1979 neun Schändungen, die auf jüdischen Friedhöfen mit meist erheblichen Zerstörungen verübt wurden.

5) Die jüngste Serie schwerer Übergriffe erfolgte im Sommer und Herbst 1990. Nach der Schändung des jüdischen Friedhofes von Carpentras haben neonazistische Täter und rechtsorientierte Jugendcliquen mindestens ein Dutzend jüdischer Friedhöfe und Gedenkstätten verwüstet. Außer nationalsozialistischen Parolen und Symbolen wurden massiv Losungen, die den Völkermord an den europäischen Juden verharmlosten oder vollkommen in Abrede stellten, geschmiert. Diese Ausschreitungen wurden zeitgleich mit dem im Zuge des deutsch-deutschen Vereinigungsprozesses wiedererwachenden Nationalismus verübt. Der bevorstehende Anschluß der DDR an die Bundesrepublik Deutschland förderte in der Bevölkerung weithin das Bedürfnis, nun endlich die dunklen Seiten der deutschen Vergangenheit vergessen oder entsorgen zu können. Rechtsextreme Kreise drückten dies Bedürfnis in antisemitischen Handlungen aus. Allerdings gab es nach diesen Taten zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland einen breiten und engagierten Protest gegen den auflebenden Antisemitismus. Demonstrationen in den Städten, Mahnwachen vor den Friedhöfen und öffentliche Diskussionen trugen erheblich dazu bei, daß die Serie von Friedhofsschändungen nicht noch weiter ausuferte. (Gegenüber der aufflammenden mörderischen Ausländerfeindlichkeit war jedoch auch dieser Ausdruck demokratischen Aufbegehrens hilflos.)

V Deutsche

Demokratische Republik

Auf dem Gebiet der Demokratischen Republik gab es nach dem Verzeichnis von Adolf Diamant ca. 135, in der alten Bundesrepublik ca. 1355 jüdische Friedhöfe. Die Anzahl der jüdischen Friedhöfe in der DDR war also relativ gering, selbst wenn man bei einem Vergleich mit den sog. alten Bundesländern die kleinere Fläche und die geringere Einwohnerzahl berücksichtigt.

Eine auch nur annähernd vollständige Darstellung der Schändungen jüdischer Friedhöfe in der DDR existiert bisher nicht. Es kann daher hier nur ein grober Überblick über einige Ereignisse und Zusammenhänge aus den letzten Jahren der DDR gegeben werden.

Artikel 6 (5) der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik bestimmte: "Militaristische und revanchistische Propaganda in jeder Form, Kriegshetze und die Bekundung von Glaubens-, Rassen- und Völkerhaß werden als Verbrechen geahndet." Nach diesem Verfassungsgrundsatz wurden Schändungen jüdischer Friedhöfe in der DDR äußerst hart bestraft. So verurteilte das Stadtgericht Berlin im Jahre 1988 fünf Jugendliche im Alter von 15-17 Jahren zu Haftstrafen zwischen zweieinhalb und fünfeinhalb Jahren. Sie hatten vom Januar bis zum März 1988 mehrere Nächte lang unter Alkoholeinfluß nationalsozialistische Parolen auf dem jüdischen Friedhof an der Schönhauser Allee gegröhlt und schwere Verwüstungen angerichtet. Auf dem 5000 Quadratmeter großen Gelände hatten sie mehr als 200 Grabstellen beschädigt und zahlreiche Grabsteine umgeworfen und/oder beschmiert. Die Haftstrafen wurden im Frühjahr 1990 vom Obersten Gericht der DDR um etwa die Hälfte gekürzt, da sie nach dessen Meinung überhöht und nicht nach rechtstaatlichen Grundsätzen ergangen waren. Nach Meinung der Berufungsinstanz hatten die Jugendlichen aus Unreife und nicht aus antisemitischer oder neonazistischer Gesinnung gehandelt.

Bei manchen DDR-Bürgern hatte jedoch nicht nur die Härte des Urteils, sondern auch der Tathergang selbst Befremden ausgelöst: Der jüdische Friedhof an der Schönhauser Allee lag unmittelbar neben einer ständig besetzten Polizeiwache an einer stark befahrenen Straße und mitten in einem Wohnbezirk mit hoher Bevölkerungsdichte. Es erscheint wenig glaubhaft, daß unter diesen Bedingungen in der Hauptstadt der DDR rechtsextreme Jugendliche monatelang randalieren konnten, ohne daß dies bemerkt wurde.

Der Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzende des Staatsrates der DDR, Erich Honecker, betonte am 8. November 1988 in seiner Ansprache zum 50. Jahrestag des Novemberpogroms: "Es gehört zum Wesen der Staatspolitik der DDR, daß die heranwachsende Jugend im Geiste des Antifaschismus, zur Achtung geschichtlicher Wahrheit und zur historischen Verantwortung erzogen wird." Ein Ausdruck dieser Erziehung sei es, daß die Jugend der DDR sich in den vorausgegangenen Monaten "in liebevoller Weise jüdischer Friedhöfe und Gedenkstätten angenommen" hatte. (21)

Tatsächlich hatten zahlreiche Jugendliche und StudentInnen vor dem Jahrestag des Novemberpogroms auf den oft völlig verwilderten jüdischen Friedhöfen in der DDR Arbeitseinsätze geleistet. So hatten allein auf dem Friedhof in Berlin-Weißensee, einem der größten und berühmtesten jüdischen Friedhöfe Europas, mehr als 1000 StudentInnen bei einer Grundbereinigung des Wildwuchses geholfen. Ebenso legten auf dem Friedhof an der Schönhauser Allee SchülerInnen und LehrerInnen der benachbarten Schulen ganze Gräberfelder vom Wildwuchs frei.

Wunschdenken

Der Filmemacher Konrad Weiß zeichnete im Herbst 1988 jedoch in seiner Studie "Die neue alte Gefahr - Junge Faschisten in der DDR" ein anderes Bild der DDR-Wirklichkeit als deren oberster Chef. Nach seiner Darstellung wurde die Zahl der in faschistischen Gruppen organisierten jungen Leute in der DDR Anfang 1988 auf 1000 geschätzt, wobei von einer weiteren Zunahme ausgegangen wurde. An den Berufsschulen der DDR wurde bereits mit zwei bis drei Rechtsradikalen pro Klasse gerechnet; der größte Teil jener Rechtsradikalen entstammte den Jahrgängen 1962-70. Antisemitismus und Rassismus waren Bestandteile ihrer Ideologie. Nach der Auffassung von Konrad Weiß gehörte "nicht viel Weitsicht dazu, um für die nahe Zukunft antisemitische Aktionen und Schmierereien vorauszusehen. Auf den Fußballplätzen, in den Kneipen der rechten Szene sind antisemitische Sprüche und Witze ohnehin an der Tagesordnung." Er folgerte daher: "Zu glauben, daß in der DDR die Wurzeln des Antisemitismus ein für alle mal ausgerottet sind, wie das in diesem Herbst so oft zu hören war, ist reines Wunschdenken." Die Studie mußte jedoch in der DDR im Untergrund verbreitet werden; die Führungsschicht des Staates zog ihre beschönigende Selbstdarstellung einer Analyse der Wirklichkeit vor. (22)

Der unterschwellig vorhandene Antisemitismus war in der DDR lange Zeit ebenso verdrängt worden wie die rechtslastige Entwicklung vieler Jugendlicher, die mit der Übernahme faschistoider Denkmuster und Verhaltensweisen ihre Opposition gegenüber dem System ausdrücken wollten. Mit harten Strafen und politischer Propaganda glaubte man, diese Probleme im Sozialismus bewältigen zu können; eine öffentliche Debatte dieser Problematik war nahezu ausgeschlossen. Als die alten Strukturen im Jahre 1989 allmählich zusammenbrachen, wurden die zuvor verdrängten und verschwiegenen Probleme plötzlich mit ungeahnter Deutlichkeit sichtbar. Im Dezember 1989 gründete das Innenministerium der DDR eine "Arbeitsgruppe Rechtsextremismus", die sich bald mit einer erschreckend hohen Anzahl antisemitischer und rechtsextremistischer Ausschreitungen konfrontiert sah. Zerstörungen und Schmierereien auf jüdischen Friedhöfen nahmen in den folgenden Monaten in einer solchen Weise zu, daß der Direktoriumsvorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Heinz Galinski, im Mai 1990 die Behörden der DDR auffordern mußte, "mit verstärkten Schutzmaßnahmen die Unversehrtheit jüdischer Einrichtungen zu garantieren". (23)

Am 4.5.1990 beschmierten unbekannte Täter die Gräber von Bertolt Brecht, Helene Weigel und anderen auf dem Dorotheenstädtischen Friedhof in Berlin mit Parolen wie: "Sau Jud" und "Juden raus". Einen Tag später wurden auf dem Friedhof der kleinen jüdischen Gemeinde Adass Jisroel Gräber geschändet und auf die Friedhofsmauer in Berlin-Weißensee "Jude verrecke" geschmiert. Dies waren die rechtsextremistischen Reaktionen auf die Tagung des Jüdischen Weltkongresses, der vom 6. bis zum 8.5.1990 in Berlin zum ersten Mal auf deutschem Boden zusammentrat. Besonders die Parolen auf dem Grab von Bertolt Brecht erregten international einiges Aufsehen, während sie in beiden Teilen Deutschlands von einer größeren Öffentlichkeit kaum zur Kenntnis genommen wurden. Bertolt Brecht soll nach der Schoah geschrieben haben: "Ihr nennt mich Jude, doch ich bin keiner. Aber da sie viele von ihnen vergast und erschlagen haben, wird man noch welche brauchen können. So werde ich mich melden, einer zu werden. Vielleicht nimmt man mich." Nachdem Bertolt Brecht schon im Nationalsozialismus als "jüdisch-entartet" diffamiert worden war, scheint er nun nochmals von Rechtsextremen als Jude "genommen" worden zu sein.

Die zunehmenden Schändungen jüdischer Friedhöfe in der DDR waren möglicherweise auch eine Antwort rechtsextremer Gruppen auf die Erklärung der Volkskammer vom 12.4.1990. Die neugewählte Volkskammer hatte zu Beginn ihrer zweiten Sitzung erklärt: "Das erste frei gewählte Parlament der DDR bekennt sich im Namen der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes zur Mitverantwortung für die Demütigung, Vertreibung und Ermordung jüdischer Frauen, Männer und Kinder. Wir empfinden Trauer und Scham und bekennen uns zu dieser Last der deutschen Geschichte. Wir bitten die Juden in aller Welt um Verzeihung." (24)

Auf diese viel diskutierte Erklärung bezog sich Ministerpräsident Lothar de Maizière, als er am 8.5.1990 vor den Delegierten des Jüdischen Weltkongresses betonte: "Unsere Bitte um Vergebung gegenüber dem jüdischen Volk wird nur dann ein dauerhaftes Fundament besitzen, wenn es gelingt, der Jugend wirklich die Gefährdung durch Antisemitismus vor Augen zu führen. (...) Kein Volk kann sich auf Dauer den dunklen Seiten seiner Vergangenheit entziehen. Die fatalen Folgen solcher Verdrängung erleben wir heute, wenn wir neuerwachende Anzeichen von Antisemitismus gerade unter der Jugend beobachten müssen. Das erfüllt uns mit Besorgnis und Betroffenheit." (25) Diese Ansprache de Maizières unterschied sich bereits deutlich von den selbstzufriedenen Reden, die die Führungsschicht der DDR noch 18 Monate zuvor zum 50. Jahrestag des Novemberpogroms gehalten hatte.

Die Schändungen jüdischer Friedhöfe und die antisemitischen Schmierereien auf dem Dorotheenstädtischen Friedhof zeigten in aller Deutlichkeit, wie notwendig und berechtigt die Besorgnis des Ministerpräsidenten war. Doch zu diesen Taten hat sich weder die Regierung der DDR noch die Bundesregierung offiziell geäußert; es gab von amtlicher Seite keine Worte der Empörung oder Anteilnahme. Als die Ost-Berliner Akademie der Künste und das von Bertolt Brecht gegründete Brecht-Ensemble am 12.5.1990 an den Gräbern von Brecht und Weigel eine Kundgebung abhielten, blieben die wenigen Empörten unter sich. Dies ist von jüdischen Zeitungen des In- und Auslandes mit großer Verbitterung zur Kenntnis genommen worden.

Wie groß das Ausmaß der Schändungen jüdischer Friedhöfe in der DDR vor und nach der Wende war, läßt sich nur schwer abschätzen. Nach einer Übersicht des Gemeinsamen Landeskriminalamtes der neuen Bundesländer gab es 1990 sieben Schändungen jüdischer Friedhöfe sowie antisemitische Schmierereien auf dem Dorotheenstädtischen Friedhof und dem sowjetischen Ehrenmal im Stadtpark Prenzlau. Sehr wahrscheinlich hat es jedoch mehr Taten dieser Art im Jahr 1990 gegeben. Das tatsächliche Ausmaß der Schändungen kann man vielleicht erahnen, wenn man bedenkt, daß alleine der kleine Friedhof von Adass

Jisroel in Berlin-Weißensee in der Zeit vom Juni 1986 bis zum Dezember 1990 insgesamt dreißig Mal geschändet wurde.

Die DDR hatte laut Artikel 6 (1) ihrer Verfassung, "getreu den Interessen des deutschen Volkes und der internationalen Verpflichtung aller Deutschen auf ihrem Gebiet den deutschen Militarismus und Nazismus ausgerottet". Im Widerspruch zu diesen schön klingenden Worten lasteten die dunklen Schatten der Vergangenheit schwer auf der real existierenden Gegenwart der Deutschen Demokratischen Republik.

Quellen und Anmerkungen:

15) Adolf Diamant: Geschändete jüdische Friedhöfe in Deutschland. Anlage zur Dokumentation Jüdische Friedhöfe in Deutschland, Frankfurt am Main 1982.

16) Dies sind zusammen 435 Schändungen in den Jahren 1945-80; zusätzlich nennt Diamant für 1981 noch 11 Schändungen. Dies ergibt die Gesamtzahl von 446 Taten.

17) Rainald Becker und Alexander W. Vennekel: Schändung und Zerstörung jüdischer Friedhöfe in der Bundesrepublik Deutschland nach 1945. Politikwissenschaftliche Diplomarbeit an der Universität Duisburg 1985, Seite 61.

18) ebenda, Seite 25 f.

19) Julius Schoeps: Ein Stein aufs Grab - Die Zerstörung und Schändung jüdischer Friedhöfe in Deutschland. In: Die Zeit, 9.11.1984.

20) Die antisemitischen und nazistischen Vorfälle in der Zeit vom 25. Dezember 1959 bis zum 28. Januar 1960. Hg. von der Bundesregierung, Bonn 1960, S. 38.

21) Zit. n. Neues Deutschland, 9.11.1988.

22) Die Studie wurde im Herbst 1988 von Konrad Weiß verfaßt und zunächst auf schreibmaschinenschriftlich erstellten Durchschlägen in der DDR verbreitet. Im März 1989 erschien sie in der DDR-Untergrund-Zeitschrift "Kontext", im Mai in der Warschauer Wochenzeitung "Polityka" und danach in gekürzter Form im "Zeit-Magazin" vom 30.6.1989. Hier zit. n. "Info 4 - Jugend gegen rechts" des Stadtjugendrings Hannover, Hannover 1990, Seite 26.

23) Nach: Allgemeine Jüdische Wochenzeitung 24.5.1990. Im September 1990 wiederholte Galinski noch einmal in scharfer Form seine Aufforderung; siehe: Allgemeine Jüdische Wochenzeitung, 19.9.1990.

24) Volkskammer der DDR, 10. Wahlperiode, 2. Tagung vom 12.4.1990, Drucksache 4. Die Erklärung ist publiziert in: Helmut Herles und Ewald Rose: Vom Runden Tisch zum Parlament, Bonn 1990, Seite 393 ff.

25) Nach: Allgemeine Jüdische Wochenzeitung, 17.5.1990.

Der PDS-Bundestagsgruppe wurde auf ihre Anfrage mitgeteilt, daß dem Bundeskriminalamt in den ersten drei Quartalen dieses Jahres 937 antisemitisch motivierte Straftaten gemeldet worden sind. Zu diesen Taten zählt ein versuchter Mord im Zusammenhang mit dem Brandanschlag auf die Synagoge in Lübeck. Hinzu kamen eine Brandstiftung, drei Körperverletzungen, 42 Fälle der Störung der Totenruhe oder anderer Formen der Schändung jüdischer Friedhöfe und Gedenkstätten sowie 890 sonstige Straftaten. (Nach einer Agentur-Meldung in SZ, 21.12.94)

Jahr, Schändungen, Rechtsextremisten zugeschrieben, Quelle*

1977, 37, 6 (= 16,2%), VS 1977 / S. 52

1978, 35, 20 (= 57,1%), VS 1978 / S. 56

1979, 35, 12 (= 34,3%), VS 1979 / S. 49

1980, 49, 24 (= 49,0%), VS 1980 / S. 49

1981, 42, 25 (= 59,5%), VS 1981 / S. 52

1982, 43, 19 (= 44,2%), VS 1982 / S. 156

1983, 34, 16 (= 47,0%), VS 1983 / S. 154

1984, 28, 12 (= 42,9%), VS 1984 / S. 172

1977-84, 303, 134 (= 44,2%),

*) VS = Jahresbericht des Verfassungsschutzes. Unter der sozialliberalen Koalition erschienen rechtsextremistische Straftaten im vorderen Teil des Jahresberichtes,, von der konservativ-liberalen Koalition wurden die Angaben in den hinteren Teil verwiesen., +, +, +

24. Arbeitskreis zur Erforschung des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein e.V. (AKENS)

Autor: AKENS · Rubrik: Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak374/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:374:12

Der AKENS ist ein Zusammenschluß von Historikern, Laienforschern und zeitgeschichtlich interessierten Personen. Ihm gehören über 170 Mitglieder in Schleswig-Holstein, Hamburg, dem übrigen Bundesgebiet und dem Ausland an (Stand September 1994).

Gegründet wurde der AKENS 1983 in Kiel und ist seit 1994 ein eingetragener Verein. Er entstand aus dem Bedürfnis, die Erforschung der nationalsozialistischen Herrschaft in Schleswig-Holstein zu intensivieren und lokale Projekte miteinander bekannt zu machen. Der AKENS bietet allen an der historischen Auseinandersetzung mit der NS-Zeit Interessierten ein gleichberechtigtes Forum, um Arbeitsergebnisse zu präsentieren und Forschungsfragen zu diskutieren.

Der AKENS tritt für die Erforschung der nationalsozialistischen Herrschaft in Schleswig-Holstein ein. Dazu gehören auch ihre Vorgeschichte und ihre Konsequenzen für die Zeit nach 1945. Der Forschungsstand zur NS-Zeit in Schleswig-Holstein ist außerordentlich schlecht, da hier bis in die jüngste Zeit die politische und historische Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus systematisch vernachlässigt, behindert oder gar unmöglich gemacht wurde.

Der AKENS tritt für eine entgegengesetzte Politik ein und fordert insbesondere

- langfristige Forschungsvorhaben zur NS-Zeit in Schleswig-Holstein unter Beteiligung unabhängiger Historiker,

- einen ungehinderten Quellenzugang und die Neuordnung des Landesarchivs,

- die Einrichtung lokaler Ausstellungen und Gedenkstätten zur NS-Zeit in Schleswig-Holstein.

Der AKENS führt Veranstaltungen und Seminare zu Themen der Zeitgeschichte in Schleswig-Holstein durch. Er bietet Tages-Exkursionen zu Stätten der NS-Herrschaft und des Widerstands sowie zu besonderen Ausstellungen in Schleswig-Holstein, Hamburg, und Dänenmark an. Der AKENS betrachtet seine Arbeit auch als Beitrag gegen Neonazismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus.

Die vom AKENS herausgegebene Zeitschrift Informationen zur Schleswig-Holsteinischen Zeitgeschichte ist das Herzstück der Vereinsarbeit. Sie erscheint zwei- bis dreimal im Jahr mit einem Umfang von 80 bis 100 Seiten und genießt bei Forschungseinrichtungen, Bibliotheken und Archiven im In- und Ausland ein hohes Ansehen.

Die Themen früherer Hefte waren u.a.:

- Kommunistischer Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Eutin 1925-1934; Der Verlauf des Altonaer Blutsonntags vom 17. Juni 1932 und die Geschichtsschreibung (Heft 22, April 1992)

- Der jüdische Friedhof in Hamburg-Ottensen - ein Lehrstück für tolerante Tradition; Nationalsozialistische Rechtsprechung in Hamburg (Heft 23, November 1992)

- Der 30. Januar 1933 und die Folgetage. Eine Dokumentation zeitgenössischer Pressetexte; Erfahrungen mit der Vergangenheitsbewältigung nach 1945. Möglichkeiten und Grenzen des rechtsstaatlichen Instrumentariums (Heft 24, April 1993)

- Niederländische Zwangsarbeiter in Kiel und Lübeck; Anmerkungen zum NS-Agitator Hermann Oeser (Heft 25, August 1994)

- Die Nationalpolitische Erziehungsanstalt Plön (Heft 26, November 1994)

Kontakt/Information: Eckhard Colmorgen, Johannesstr. 50, 24143 Kiel; Dr. Detlef Korte, Westring 271, 24116 Kiel.

25. Die REPs ohne Schönhuber

Autor: Bernhard Schmid · Rubrik: Republikaner · CD-Datei: daten/aksuche/ak374/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:374:09

Am 17. und 18. Dezember 94 hielten "Die Republikaner" in Sindelfingen ihren Bundesparteitag ab. Elf Jahre nach der Gründung der REPs ist es nun tatsächlich wahr geworden: Der bald 72jährige Franz Schönhuber steht nicht mehr an der Spitze der Partei; er machte dem 39jährigen Rolf Schlierer aus Stuttgart als neuem Vorsitzenden Platz. Nun muß sich erweisen, ob diejenigen, die den endgültigen Niedergang der REPs für den Zeitpunkt vorhergesagt haben, da "der Alte" die Partei nicht mehr führen würde, sich zu früh gefreut haben oder nicht.

Inhaltliche Polarisierung

Eine inhaltliche Polarisierung in der Partei ist nicht zu übersehen. Sie verläuft ungefähr entlang der Frage, ob man "auf die soziale Verelendung der einheimischen Bevölkerung setzt, um die nationale Frage mit sozialem Sprengstoff zu vermengen", oder ob man auf "diejenigen (setzt), die etwas zu verlieren haben und dies auch zu Recht befürchten." Die Formulierungen stammen aus der schriftlichen Selbstpräsentation von Rolf Schlierer, der sich für die letztere Variante ausspricht. Es geht um eine Entscheidung für "fundamentale Opposition" (Schönhuber) einerseits oder für die "Realo"-Position von Schlierer: "Die Republikaner sehen sich ... nicht als außerparlamentarische Oppositions- oder Widerstandsbewegung, sondern als eine Partei, die in Gesetzgebung und Exekutive Verantwortung übernehmen will."

Der Parteitag brachte keine eindeutige Festlegung auf die eine oder andere Position. Die getroffenen Personalentscheidungen waren eher Ausdruck des Schwankens.

Ende der Abgrenzung

nach rechts

In einer Frage allerdings haben sich die REPs entschieden. Die Beschlüsse des Ruhstorfer Parteitags vom 8. Juli 1990 sind über den Haufen geworfen worden. Damals hatten sich die REPs von den durch Schönhuber damals so titulierten "Rassisten und Extremisten" (wie den späteren Gründern der "Deutschen Liga für Volk und Heimat", Harald Neubauer und Franz Glasauer) abgegrenzt und einen Unvereinbarkeitsbeschluß mit NPD und DVU gefällt.

Es ist atemberaubend, wie die "Ruhstorfer Beschlüsse", die damals für viel innerparteilichen Zündstoff sorgten, nachträglich von Schönhuber uminterpretiert werden, der sie damals gegen erhebliche Widerstände durchkämpfte und deswegen beinahe seinen Chefposten verloren hätte: "Ich habe die Ruhstorfer Abgrenzungen durchgesetzt, um unsere Beamten und ihre Familien zu schützen. Ich habe es dabei in Kauf genommen, daß dabei auch jene über die Klinge springen mußten, die zu den Aktivsten der Partei gehörten. Bei einigen tut es mir heute noch leid."

Einer davon ist Franz Glasauer, der 1990 gehen mußte. Gegen ihn ermittelte die Staatsanwaltschaft; Glasauer hatte am 20. Mai 1989 im Regensburger Augustinerbräu gefordert, auf dem Baugelände der WAA in Wackersdorf solle man künftig "das Gesindel und den Abschaum" für zehn Jahre internieren, denen "Pickel und eine Schaufel in die Hand drücken und den Zaun von außen gut bewachen". Dieser Glasauer schreibe ihm heute noch Briefe, daß er "sein Chef" sei, erzählte Schönhuber einem Journalisten.

In seiner Parteitagsrede trat Schönhuber offen für eine "kontrollierte Öffnung nach rechts" ein: "Jetzt aber ist eine andere Zeit, und man muß anders reagieren." Und an anderer Stelle: "Auch in dieser Partei (der NPD; Anm. B.S.) waren keine Verbrecher, auch in dieser Partei waren Idealisten... Auch das (Adolf von Thadden, ehemaliger NPD-Chef; Anm. B.S.) war ein Patriot, das war kein hergelaufener Irgendwer, das war ein Denker..." Und: "Wir haben inzwischen Bezirksvorsitzende, die in der NPD waren. Das können keine Parteimitglieder zweiter Klasse sein."

Der Delegierte Michael Herbricht (Baden-Württemberg) faßte im Rückblick auf die Ruhstorfer Beschlüsse zusammen: "Wir haben uns verbogen bis zur Selbstverleugnung. Wenn der Verfassungsschutz nur hustete, bekamen einige von uns Grippe..." Kein Parteiflügel verteidigt mehr die in Ruhstorf vorgenommene Abgrenzung. Der um bürgerliche Respektabilität bemühte Rolf Schlierer schreibt zwar in seiner

Presseinformation, die er nach seiner Wahl zum Bundesvorsitzenden an die JournalistInnen verteilen ließ: "Die Republikaner haben ... durch ihr heutiges Abstimmungsverhalten ... in erster Linie den Ruhstorfer Parteitagsbeschluß vom 8. Juli 1990 bestätigt. Das heißt, daß es auch weiterhin keinerlei Zusammenarbeit mit Parteien wie der DVU oder der NPD geben wird. Dies ist das wichtigste Ergebnis des heutigen Tages." Vor den Delegierten sagte er gleichzeitig: "Gesprochen worden ist heute über eine Öffnung. D.h.: Wir werden offen sein gegenüber Leuten, die aus nationalliberalen Motiven von der F.D.P. zu uns kommen, von einer SPD nach der Vorstellung Kurt Schumachers her; und selbstverständlich werden wir auch offen sein gegenüber Leuten, die von anderen Rechtsparteien zu uns kommen."

Der brav auftretende Schlierer könnte daran freilich auch ein ganz persönliches Interesse haben: Laut einer Pressemitteilung der NPD vom 15.12.1994, die an den Pressetischen die Runde machte, ist Schlierer (der von 1973-79 in Gießen Medizin und von 1981-88 in Tübingen Jura studierte) nämlich am 7.5.1974 in den "Nationaldemokratischen Hochschulbund" (NHB) eingetreten und "ehemalige(r) Aktivist des NHB". Schlierer selbst wußte dazu nur zu sagen, daß er nicht Mitglied gewesen sei, sondern damals nur dem NHB bei einem Prozeß gegen den AStA geholfen habe. (Eine nicht besonders glaubwürdige Ausrede: Schlierer war damals Medizinstudent im 2. Semester.)

Auf eine diesbezügliche parlamentarische Anfrage der PDS-Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke antwortete die Bundesregierung, es lägen "keine gesicherten Erkenntnisse dazu vor." Das könnte auch heißen: Er war Mitglied, nur wir können es nicht beweisen. Von 1976 bis 1979 war Schlierer dann Mitglied im CDU-nahen RCDS (Ring Christlich-Demokratischer Studenten).

Die an den entgegengesetzten Polen der Partei vertretenen Politikkonzepte wurden vor allem in den Parteitagsreden des aus dem Amt scheidenden Franz Schönhuber und seines Nachfolgers Rolf Schlierer auf den Punkt gebracht. Dazwischen zog der ehemalige CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Rudolf Krause aus Sachsen-Anhalt mit dem Versuch einer zentristischen Position und einer demagogischen Musterrede Aufmerksamkeit auf sich.

Franz Schönhuber

Der scheidende Führer rechnete kurz nach Beginn des Parteitags in einer gut einstündigen Rede mit seinen Gegnern innerhalb und außerhalb der Partei noch einmal ab. Die Versuche, salon- und koalitionsfähig mit der CDU zu werden, verwirft Schönhuber: "Die Versuche mit der Koalitionsfähigkeit sollten wir vergessen. Es wird niemand mit uns koalieren. Das ist ein Denken in paradiesischen Zuständen, das vor den jetzigen Verhältnissen versagt... Ich will nicht die Füße unserer Kerkermeister küssen, ich will nicht dem Herrn Kanther Pfötchen geben und betteln."

Deutlich an Rolf Schlierer gerichtet, der am 11.11.1994 in der "Jungen Freiheit" ein Interview unter dem Titel "Wir werden die Nationalliberalen sammeln" gegeben hatte, widersprach Schönhuber: "Wenn ich dann höre ‚Wir wollen nationalliberal sein`, warum geht man dann nicht in die F.D.P., um deren nationalliberalen Flügel zu stärken; der hat das nötig, so klein, wie er ist. Es wird niemand von der F.D.P. zu uns kommen, was soll er bei uns? Bei uns kann er nur stigmatisiert werden. Dann höre ich auch: ‚Der CDU die Korsettstangen einziehen`. Sollen wir auch noch jenen die Korsettstangen einziehen, die unsere Kerkermeister sind?" Sein Freund Hellmut Diwald, der 1993 verstorbene Erlanger Historiker, habe ihm kurz vor seinem Tode gesagt: "Vergiß die Konservativen, vergiß die Liberalen, wenn's eisenhaltig wird, laufen die davon."

Schönhubers Konzept lautet daher: "Unsere Chance kann nur sein, eine fundamentale Opposition zu betreiben. Fundamentale Opposition heißt nicht außerparlamentarisch. Aber sie muß radikal sein, d.h. sie muß an die Wurzel gehen." Perspektivisch setzt Schönhuber auf Kräfte, die nach ihm kommen, und auf Veränderungen von außen, aus dem Osten: "Eine mürbe gewordene Kriegsgeneration tritt ab, die Nachgeborenen haben die Umerziehung verinnerlicht. Es bleibt als Vision die junge Generation." Die Jugend im Osten ("Mitteldeutschland") sei von Arbeitslosigkeit, Perspektivlosigkeit und Verlogenheit der eigenen "Wendhälse-" Eltern geprägt: "Es kommt das Gefühl hinzu, von der Welt verlassen zu sein. So ist das ein hochexplosives Gebräu, das sich da und dort in kriminellen Ausschreitungen entlädt. Ich verurteile das. Aber muß man denn Halbwüchsige, Kinder, in Handschellen durch Magdeburg treiben, ... es fehlten nur die Fußfesseln?" Von der behäbigen Wohlstandsgesellschaft wendet Schönhuber sich ab: "Bertolt Brecht hatte noch nie so recht wie heute: Erst kommt das Fressen und dann die Moral... Ex oriente lux, aus dem Osten das

Licht. Deshalb glaube ich, daß die große Erneuerungswelle von Osten kommt, wo die Menschen nicht mit Wohlstandsbäuchen gesegnet sind, sondern hart ums Überleben kämpfen." Und er bekräftigte noch einmal - unter Applaus - sein Credo, mit dem er die Öffnung der Partei für ehemalige SED- und NVA-Mitglieder rechtfertigt: "Die DDR war viel weniger russifiziert als die BRD amerikanisiert."

Programmatisch versucht Schönhuber, mit Sozialdemagogie die Unzufriedenen und sozialen Verlierer anzuziehen. Nach einem antiklerikalen Zitat (gegen "Weihrauch und Knoblauch") aus dem Mund seines Vaters kommt er über diesen zu historischen Vorbildern: "Mein Vater war Nationalsozialist. Kein Hitler-Anhänger, sondern Strasser-Anhänger. Und dieser Strasser hat einmal den wichtigen Satz gesagt von der ‚tiefen antikapitalistischen Sehnsucht des deutschen Volkes`. Ich bin ein linker Rechter, ... ich bin ein dem Sozialen zutiefst verpflichteter Mann. Das ist die Hauptaufgabe unserer Partei."

Neben den Brüdern Strasser, den Köpfen des "antikapitalistischen" Flügels der NSDAP, beruft Schönhuber sich auch noch auf einen weiteren "linken" Faschisten, einen Kopf der ‚Nationalrevolutionäre`: Ernst Niekisch. Schönhuber: " Professor Niekisch sagte einmal: ‚Die feige Unterwürfigkeit gegenüber fremden Besatzungsmächten ist nur eine Verlängerung des althergebrachten Untertanengeistes der Deutschen.`" In Anlehnung an solche "linken" Traditionen im radikalen Nationalismus versucht Schönhuber eine Vermengung von "nationaler" und "sozialer Frage": "Die Grundpfeiler müssen sein ‚national` und ‚sozial`, aber nicht nationalistisch und sozialistisch. Der Grundpfeiler muß sein der soziale Patriotismus. Wenn wir versuchen, ein Gemischtwarenladen zu werden, hier ein bißchen, dort ein bißchen, haben wir ein für allemal verloren."

Vor Abstrichen und Mäßigungen, in dem Bemühen, bündnisfähig zu werden, warnt Schönhuber: "Wir könnten auf dem Münchner Marienplatz das Ave Maria singen, unsere Gegner würden nur das Horst-Wessel-Lied heraushören... Sie können auf den Knien durch die Welt rutschen, sie werden Ihnen sagen: Du kniest zu wenig, du mußt auf den Bauch." Über solche Versuche macht der alte Parteichef sich lustig: "Ich weiß, daß es vielleicht an dem verzweifelten Bemühen lag, akzeptiert zu werden, daß in Baden-Württemberg einige Parteifreunde bei der Lichterkette teilnahmen und ein Kerzlein trugen. Das ist nun deren Problem. Ich werde niemals dort mitmarschieren." Und als Warnung, was aus der Partei sonst werden könne, zitiert er Franz-Josef Strauß "am 16.3.1970 in Bad Reichenhall: ‚Man muß sich der nationalen Kräfte bedienen, auch wenn sie noch so reaktionär sind, man kann sich ihrer hinterher entledigen. Mit Hilfstruppen darf man nicht zimperlich sein!` Ich beschwöre Sie: Werdet niemals die Hilfstruppen der etablierten Parteien!"

Rudolf Krause

Der ehemalige CDU-Bundestagsabgeordnete und Sprecher des "Deutschland-Forum", Dr. Rudolf Krause, Tierarzt aus Sachsen-Anhalt, trat zwischen den inhaltlichen Polen der Partei mit einer Art zentristischen Position an. "Nun sind drei Strömungen in der Partei vorhanden: die Troika, (gemeint sind Rolf Schlierer, Christian Käs und Alexander Hausmann, die im Bundesvorstand die Absetzung Schönhubers nach dessen Treffen mit Dr. Frey im August 94 betrieben hatten: Anm. B.S.); diejenigen, die sagen: ‚Wir werden nicht mit jenen paktieren, die die Partei in eine Krise getrieben haben` (gemeint ist der bayerische Landeschef Wolfram Hüttl, der ankündigte, wenn "ein Königsmörder" zum Bundesvorsitzenden gewählt werde, trete er in Bayern von seinem Amt zurück; Anm. B.S.); und diejenigen, die die Einheit der Partei wollen."

Nach dieser nicht ungeschickten Einleitung fuhr er fort: "Wir wollen die Einheit der Partei unter Einbeziehung aller ihrer tragenden Flügel." Franz Schönhuber, der sich (außer unter den Spitzenfunktionären) als "Vater der Partei" auf allen Ebenen höchster Beliebtheit erfreut, dessen Popularität also ein Faktor im Rennen um den Vorsitz ist, den es zu nutzen gilt, erweist er die Ehre: "Ich werde Franz Schönhuber, unter wessen Führung auch immer, so behandeln, wie ich meine Eltern behandelt habe und wie ich in 30 Jahren behandelt werden möchte."

Ansonsten legte Dr. Krause den Schwerpunkt nicht auf Politikkonzepte, sondern auf die Beschwörung der Werte, die der Partei doch gemeinsam seien - um sich so der Polarisierung in Schönhuber-Anhänger und -Gegner zu entziehen. Ein paar Kostproben: "Und wer sich heute nicht einsetzt, der soll sich nicht wundern, wenn es in zehn Jahren verboten wird, Vater und Mutter auf deutsch zu sagen. ... mutig, sauber und anständig. Wir sind die Partei der deutschen Familien, wir sind die Partei der ganz Normalen, ... sollten wir als Republikaner uns nicht gegenseitig an Geburtstagen anrufen, sollten wir uns nicht im Krankenhaus anrufen? Der typische Republikaner ist ein fleißiger Familienvater, eine treusorgende Mutter, ein anständig erzogenes

Kind seiner Eltern - meine jedenfalls sind's... Keine perversen Phantasien der (Hollywood-Kultur), Hitchcock und wie die Lügenimperien alle heißen... Schaut hier in diesen Saal, schaut in diese Gesichter: anständig, ehrlich, mutig, charakterfest, und darüberhinaus zahlreiche bildhübsche Frauen und Mädchen. Wir können aufeinander stolz sein als eine anständige deutsche Familienpartei. ... Wir brauchen keine weichlichen Nestbeschmutzer, auch keine künftigen Nestbeschmutzer (ein Seitenhieb auf die Schönhuber-Gegner um Schlierer? Anm. B.S.), wir brauchen hartgesottene Männer mit scharfen geistigen Waffen, die den Gegner treffen... Ehrfurcht gegen Vater und Mutter, Ehrfurcht auch gegenüber dem Vaterland..."

Neben diesem in dröhnender Lautstärke vorgetragenen Geisterbahn-Szenario setzte Krause aber auch politisch Meilensteine, die wirklich Schlimmes befürchten lassen: "Wir werden Kränze niederlegen für die Opfer des Völkermords in den Städten. Wir werden gemeinsame Veranstaltungen machen mit Überlebenden, mit Überlebenden der Bombardierungen, mit Überlebenden der Vertreibung..." Und: "Wer uns Antisemitismus vorwirft, der soll doch einmal die Evangelien lesen, wie Jesus Christus mit seinen eigenen Volksgenossen umgegangen ist..."

Rolf Schlierer

Der stets brav und beinahe wie ein Abiturient wirkende Rolf Schlierer, mit doppeltem Doktortitel in Jura und Medizin, Vorsitzender der Landtagsfraktion in Stuttgart, konstatierte zu Beginn seiner Rede: "Ich gratuliere dem Vorredner zu seiner fulminanten Rede... Ich stimme mit meinem Parteifreund Dr. Krause in fast allen Punkten überein..." Selbst hielt er sich knapp, verwendete überwiegend Allgemeinplätze. Schlierers Konzept ist die Professionalisierung der Partei: Arbeitskreise sollten gebildet werden, die sich professionell in Themen einarbeiten; "Organe der politischen Weiterbildung" und eine Parteistiftung sollen geschaffen werden. Wichtigstes Anliegen, das er stets betont, ist für Schlierer "der Weg in die Parlamente von unten nach oben, durch die kommunalen Parlamente". Dort müsse die "Partei ein Gesicht gegenüber dem Bürger gewinnen, im buchstäblichen Sinne, dort werden die Republikaner mit Personen identifiziert".

Politisch steht Schlierer, wie er auch früher bei mehreren Gelegenheiten in der "Jungen Freiheit" darlegen konnte, für eine "rechtsdemokratische Partei". Auch er spricht von einem "beachtlichen Protestpotential in Deutschland, das für uns jederzeit aktivierbar ist." Schlierer meint damit jedoch etwas anderes als Schönhuber. In seiner schriftlichen Presseinformation heißt es: "Harte statistische Daten über unsere Wählerschichten gibt es bisher nur aus Baden-Württemberg. Danach wählen uns nicht die sozial Entwurzelten und angeblichen Modernisierungsverlierer, sondern diejenigen, die etwas zu verlieren haben... Mit dem Politklamauk rechter Bewegungen haben diese Wähler nichts zu tun." Diese soziologische Wähleranalyse trifft übrigens für Baden-Württemberg zu, wo überwiegend Wohlstandsbürger die REPs wählen, in Bayern sieht es teilweise ähnlich aus; die Hochburgen der REPs bei der für sie am besten verlaufenen Wahl, der Europaparlamentswahl 1989, weisen überwiegend eine kleinbürgerlich/mittelständische Bevölkerung auf mit geringem Anteil an Arbeitslosen: Rosenheim, Ingolstadt, Augsburg, Heidenheim... Weiter nördlich in Deutschland sieht das Bild allerdings anders aus, hier sprechen die REPs teilweise eine andere Klientel an. In Köln etwa wurden die REPs in ihrem Aufstiegsjahr 1989 am meisten in den alten Arbeitervierteln wie Ehrenfeld und Kalk gewählt, in Frankfurt/Main 1993 eher in Hochhaus- und Sozialbausiedlungen.

Politisches Thema für Schlierer ist, dieser Orientierung folgend, zuallererst die "Innere Sicherheit": "Wir haben 1989 als Wiedervereinigungspartei Erfolg gehabt, als Ein-Punkt-Partei. Wir haben 1992 als Asylpartei Erfolg gehabt, wieder als Ein-Punkt-Partei. Wir werden 1995 oder 96 wieder Erfolg haben, wieder als Ein-Punkt-Partei mit dem Thema ‚Innere Sicherheit`." Freilich hatte auch Franz Schönhuber in seiner Rede plädiert: "Die entscheidende Frage der Zukunft ist die der Inneren Sicherheit, und die müssen wir okkupieren. Wir müssen zum Vorreiter der Inneren Sicherheit werden zum Wohle des Bürgers." Zu Schlierers politischer Philosophie paßt die Profilierung in dieser Domäne freilich viel besser. Schlierer konstatierte auf dem Parteitag: "Niemand von uns will eine liberale Partei, auch niemand will eine Ultrapartei. Wir sind eine Partei mit ganz eigenem republikanischen Profil. D.h. wir stehen für den Staat. Wir sind für den starken Staat, weil wir keinen starken Mann haben wollen in Deutschland. Wir wollen, daß dieses Land das Land unseres Volkes und unserer Nation bleibt. (...) Wir werden die Partei sein, die sich gegen die Streichung des deutschen Volkes aus dem Grundgesetz wenden wird."

Man wird Schlierer nicht einfach als "Gemäßigten" behandeln können, der auch in die CDU passen würde. "Im Jahr 1986 wurde der damalige Pressesprecher der REPs vom ‚Stern` als Antisemit entlarvt. Einer Reporterin

der Illustrierten, die sich unerkannt in der südwestdeutschen Republikaner-Szene bewegen konnte, soll Schlierer gesagt haben, (daß) ...jüdische Emigranten aus Deutschland ‚vermutlich aus später Rache alles daransetzen, das deutsche Volk zu vernichten`." (Aus: "Südkurier" Konstanz, 26.8.94. Die Jahreszahl 1986 dürfte falsch sein, da Schlierer 1987 den REPs beitrat.) Jedoch widerspricht er Schönhuber mit seinen "fundamentaloppositionellen" Vorstellungen vehement. "Ich glaube nicht, daß wir in einem Ghetto oder einem Kerker uns befinden... Es gibt ein berühmtes Wort aus dem Reichstag, wo ein Sozialdemokrat sagte: ‚Wir sind wehrlos, aber nicht ehrlos.` Ich sage heute: Wir sind weder wehrlos noch ehrlos. Wir haben Prozesse gewonnen, auch gegen die Gewerkschaften, durch drei Instanzen gewonnen gegen die linksextremistische IG Medien..."

Schlierers Stellvertreter als Fraktionsvorsitzender im Stuttgarter Landtag, Dietmar Donnerstag, auch in Schlieres Lager stehend, entgegnete auf Schönhuber: "Oswald Spengler hat in den 20er Jahren von der Jugend gesprochen: nicht zu polemisieren und auf die Straße zu gehen, sondern zu studieren, um Verantwortung zu übernehmen. Wir leben in einer Demokratie, und da muß man diskutieren wollen, das muß man den jungen Menschen sagen. Und von ‚System` zu sprechen mit einem abfälligen Unterton, halte ich für verfehlt und führt in eine falsche Richtung."

Personalentscheidungen: keine Richtung festgelegt

Bei der Wahl zum Bundesvorsitzenden setzte sich Rolf Schlierer mit 335 Stimmen von 598 abgegeben (595 gültigen) Stimmen durch gegen Rudolf Krause mit 224 Stimmen. Der dritte Bewerber, Wolfram Hüttl, fiel mit 33 Stimmen schmählich durch. Er hatte sich an den "großen Vorsitzenden" Schönhuber angehängt ("Lieber ein Schönhuber-Vasall als ein Verräter") und erklärt, er werde nicht mit "Königsmördern" zusammenarbeiten. (Im bayerischen Landesvorstand hatte Hüttl gegen die Mehrheit die Absetzung Schönhubers bekämpft.) Hüttl war es gewesen, der Schönhuber in der Münchner Olympiahalle kurz vor der Europawahl als "Nelson Mandela Deutschlands" angepriesen hatte.

Hüttl selbst ist freilich eine schwache Figur; er verzichtete auch darauf, eine eigene Rede zu halten, sondern forderte mit einem einzigen Satz dazu auf, ihn zu wählen. Die Entscheidung gegen Hüttl sagt daher so gut wie gar nichts aus über die Verankerung der Schönhuber-Position: "der Alte" ist, als Person jedenfalls, höchst populär an der Parteibasis. Anders sieht es bei den Spitzenfunktionären aus, die Schlierer vor diesem Parteitag auf seine Linie gebracht hatte. Schönhuber hatte, bildlich gesprochen, den Adel gegen sich und das Fußvolk mehrheitlich treu auf seiner Seite. Dies belegt nicht nur die lange Schlange von Autogrammjägern, die sich nach Schönhubers Abschiedsrede vor seinem Platz bildete. Einige Delegierte sprachen auch am Mikrophon aus, sie seien seinerzeit (meist 1989) allein wegen Schönhuber in die Partei eingetreten. Die Mehrheitsfähigkeit von politischen Konzepten hängt in dieser Partei auch stark an den Autoritätspersonen, die sie vertreten.

Die Wahl der fünf stellvertretenden Bundesvorsitzenden korrigierte den Sieg des Schlierer-Flügels wieder etwas: Dr. Krause war mit 388 Stimmen klarer Sieger. Auch die Berlinerin Ingeborg Seifert, eine Schönhuber-Anhängerin (276), und die Schlierer-Anhängerin Uschi Winkelsett (312 Stimmen) kamen im ersten Wahlgang durch. Alexander Haussmann aus Bayern, der personifizierte "Königsmörder" (er leitete in Bayern die Absetzung Schönhubers ein) und noch dazu von einem "Parteifreund" aus Niederbayern in einem Brief als "Halbjude" angegriffen, fiel mit 182 bzw. 144 Stimmen in beiden Wahlgängen durch. Christian Käs, Landesvorsitzender in Baden-Württemberg, der dritte Mann der Schlierer-"Troika", schaffte es im zweiten Wahlgang mit 168 Stimmen (vorher 214).

Zweifellos hat Schlierer das Rennen um das Chefamt nur deswegen geschafft, weil Baden-Württemberg der erfolgreichste Landesverband ist - bei der Landtagswahl am 5. April 1992 hatte die Partei sensationelle 10,9 % erreicht. Die Landtagsfraktion in Stuttgart ist das neue Machtzentrum der Partei, wenn auch innerparteilich bei den Vorstandswahlen geschwächt. Dies gilt zumindest bis zu den nächsten Landtagswahlen in Baden-Württemberg im Frühjahr 1996. Schlierer wurde gewählt, weil er in der bisherigen Praxis für den Erfolg steht. Eine klare Festlegung des politischen und ideologischen Kurses hat damit noch nicht stattgefunden.

Die neue Führung wird mit Sicherheit versuchen, die Partei in ihrem Sinne zu profilieren und taktisch unkluge Äußerungen braunen Ungeistes tunlichst unter dem Teppich zu halten. Dies wird in dieser Partei, gelinde gesagt, nicht immer ganz einfach sein. Von dem Vertreter einer größeren Tageszeitung aus dem

süddeutschen Raum stammt das auf dem Parteitag ausgesprochene Bonmot: "Die Intelligenzschicht ist dünn und nicht flächendeckend". So bewirbt sich ein Kandidat für das Amt eines Beisitzers im Bundesvorstand: "Ich möchte, daß diese Partei nicht als Parasiten oder Schädlinge, sondern als Schädlingsbekämpfungsmittel wirkt..." Auf eine Intervention des Parteitagspräsidiums hin "dementiert" der (nachher gescheiterte) Kandidat: "Ich habe einen Fehler gemacht, ich behaupte weder, daß die anderen Schädlinge sind, noch daß wir ein Schädlingsbekämpfungsmittel sind..." Ein Kandidat für den Posten eines Finanzprüfers gibt unter seinen Qualifikationen an, er sei "bevölkerungspolitisch bisher erfolgreich gewesen", da er vier Kinder habe. Ein Delegierter klärt den Autor dieser Zeilen als Pressefritzen am Rande der Veranstaltung auf: "Wir sind von den Amerikanern kaputtgemacht, wir sind ein sterbendes Volk, wie die Indianer..."

Stark umstritten ist offenkundig der Landesverband NRW: Burghard Schmanck, dem Vorsitzenden des "Republikanischen Beamten-Bundes" (RepBB), wurde von den NRW-REPs das Mißtrauen ausgesprochen, da er in einem Brief eine Zitatensammlung des NRW-Landesvorsitzenden Uwe Goller veröffentlicht hatte mit einer Kommentierung, NRW-Innenminister Schnoor habe recht, wenn er dies als NS-Gedankengut qualifiziere. Burghard Schmanck erwiderte daraufhin, er habe am nächsten Tag einen Gerichtstermin, "und der Schafsmist, mit dem die Gerichte uns üble Dinge ins Stammbuch schreiben, stammt im wesentlichen aus NRW." Und weiter: "Jeder, der sich mit der NS-Zeit beschäftigt hat, sieht an diesen Formulierungen den Verdacht auf völkisches Gedankengut."

Der stellvertretende NRW-Landesvorsitzende (seit 1990) Burghard Stieglitz, der in Sindelfingen sich erfolgreich für das Amt eines Beisitzers im Bundesvorstand bewarb, sagte in seiner Kandidatenrede: "Die Grundlagen der Geschichte des 20. Jahrhundert sind in einem Ausmaß gefälscht, daß sich die deutsche Jugend keine Vorstellung davon macht. Am 1.1.1995 tritt ein einmalig verfassungswidriges Gesetz in Kraft, das die Zeitgeschichtsforschung knebelt. (Gemeint ist das Verbot der "Auschwitz-Lüge" im "Verbrechensbekämpfungsgesetz" von Innenminister Kanther; Anm. B.S.) Ich bin mit Professor Nolte einer Meinung, daß die Politik sich nicht in die Zeitgeschichtsforschung einmischen sollte. Fordern wir Öffentlichkeit! Gebt die Zeitgeschichtsforschung frei!"

Demgegenüber gibt es auch bei einem Teil der Partei ein Verlangen nach Reputierlichkeit. Ein hessischer Delegierter forderte, "weg vom Image der Neinsagerpartei" zu kommen und "Kompetenz, Lösung, Visionen" anzubieten; ein niedersächsischer Delegierter (dessen Kandidatur für einen Beisitzerposten scheiterte) verlangte: "Die Partei muß einen ganz eindeutigen demokratischen Kurs fahren, der sie auch wieder wählbar macht für breite Schichten der Bevölkerung. Diese will keine Extreme und auch keine Nähe zu solchen. Wir brauchen einen neuen Schub: Nationalliberale aus der F.D.P., Nationalkonservative aus der CDU..."

Der Fraktionsvorsitzende der REPs aus Ludwigshafen am Rhein träumt gar von "Wahlergebnissen wie (denen) der Republikaner in den USA", denn "50 % sind unserer Meinung, aber sie wählen uns (noch) nicht". Hans Hirzel, bekanntgewordenes Aushängeschild der REPs, "Bundespräsidentenkandidat" und ehemals Mitglied der "Weißen Rose", kündigte gar seinen Parteiaustritt für den Fall an, daß die Überwindung der "Ächtungsmauer" und die Professionalisierung der Partei mit Schlierer nicht gelinge.

Bernhard Schmid

REPs demnächst pleite?

Reichlich Ärger gab es auf dem Sindelfinger Parteitag der REPs um Schatzmeister Klaus-Dieter Pahl. Aufgrund geänderter Bestimmungen des neugefaßten Parteiengesetzes hatte er eine Frist versäumt, um Gelder für die Wahlkampfkostenerstattung zu beantragen. Eine Summe zwischen 3,7 und 3,8 Millionen DM ist den REPs damit entgangen. Auf dem Parteitag führte dies teilweise zu Panik bei Delegierten ("Sind wir bankrott, oder was?"), die Herr Pahl mit dem Hinweis zu beruhigen versuchte, es seien noch 1,4 Millionen in der Kasse. Herr Wörtz, Landesschatzmeister in Niedersachsen, der die Finanzen im Bundesgebiet prüfte, gab an, es befänden sich derzeit 800.000 DM in der Kasse oder auf Konten, und im nächsten Jahr stünden 500.000 DM durch den Parteien-Chancenausgleich in Aussicht.

Unklar ist, ob diese Summenangaben berücksichtigen, daß die REPs bereits ausgezahlte Gelder an die Bundestagsverwaltung werden zurückzahlen müssen. Wegen Versäumens der Antragsfrist 1994 wurde nämlich ein Teil der Wahlkampfgelder aus den Jahren 1991 bis 1993 ohne Rechtsgrundlage an die Partei ausgezahlt. Voraussichtlich müssen die REPs rund 2,7 Millionen zurückzahlen; laut einer Äußerung des

baden-württembergischen Landesvorsitzenden Christian Käs gegenüber dpa liege dem Bundesverband bereits ein Rückzahlungsbescheid über 1,8 Millionen Mark vor. Am 20.12. meldete "Die Welt": "Republikaner müssen auch Stuttgart Geld zurückzahlen ... Der dortige Landesverband muß voraussichtlich rund 400.000 Mark an das Land zurückzahlen." Die Partei will aber auf Landes- und Bundesebene gegen die staatlichen Rückforderungen klagen.

Bernhard Schmid

26. Kein Ende absehbar. Prozeß gegen Plauener AntifaschistInnen

Autor: Antifaschistische Aktion Plauen u.a. · Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak374/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:374:17

"Wenn Sie denken, daß ich und meine KollegInnen einfach hinnehmen, zehn Tage umsonst hier rumzusitzen, haben Sie sich, ich meine das Gericht und die Staatsanwaltschaft, aber gewaltig geirrt. Bis jetzt war ich ruhig, ab sofort werde ich böse!", explodierte einer der Verteidiger am neunten Verhandlungstag.

Zwischen dem 17.11.94 und 28.12.94 fanden die ersten zehn Verhandlungstage gegen 15 AntifaschistInnen aus Plauen und anderen Städten statt. Ursprünglich waren für das Verfahren nur fünf Verhandlungstage festgesetzt.

Vorgeworfen wird den Angeklagten schwerer Landfriedensbruch in Tateinheit mit schwerer Körperverletzung. Grund für die Anklage, die im Mai 1993 formuliert wurde, war eine Auseinandersetzung mit Plauener Nazis im März 1992 in der Innenstadt, dabei sollen drei Faschisten und ein BGS-Beamter verletzt worden sein.

Während der Ermittlungen, die vom Staatsschutz (politische Polizei) durchgeführt wurden, kam es zu ungefähr 60 Vorladungen und mehreren Hausdurchsuchungen. (Siehe auch ak 373 vom 14.12.1994, Seite 2)

Bis jetzt kam es noch nicht zur Anhörung von ZeugInnen. Zahlreiche Anträge, Befangenheitsvorwürfe gegen Gericht und Staatsanwaltschaft, die Forderung auf Einstellung des Verfahrens seitens der Verteidigung wurden durchweg abgelehnt.

Einzig die Zeugeneinvernahme des vormals ermittelnden Staatsanwalts Kypri - auf Antrag der Verteidigung - am 2. Verhandlungstag wurde von der Jugendschöffenrichterin Stange zugelassen. Während der fast fünfstündigen Vernehmung konnte zwar bewiesen werden, daß Kypri und seine zuarbeitenden Behörde (Staatsschutz) während der Ermittlungen unrechtmäßig vorgingen (fehlende Anhörungsprotokolle, Unterschlagung von Lichtbildvorlagen, Verhöre von Minderjährigen ohne Information der Erziehungsberechtigten etc.), eine Einstellung der Anklage konnte jedoch nicht erwirkt werden. Kypri wurde durch zwei andere Staatsanwälte ersetzt, da er sich weiter als Zeuge zur Verfügung halten muß.

Spätestens nach fünf Verhandlungstagen wurde deutlich, daß das Verfahren nicht nach dem Wunsch der Staatsanwaltschaft ablaufen wird. Bis zu diesem Zeitpunkt hielt sich die Richterin aus der Schußlinie und war auf Kompromisse bedacht. Ihre eklatante Unsicherheit war offenkundig.

Während der Verhandlungspause zwischen dem 24.11.94 und 8.12.94 einigten sich Gericht und Staatsanwaltschaft auf eine neue Strategie. Gegen sieben der insgesamt 15 Angeklagten wurde das Verfahren nach § 154 Abs. 2 StPO eingestellt (in diesen Fällen kann das Verfahren innerhalb von drei Monaten wieder aufgenommen werden), weil sie bereits in anderen Verfahren verurteilt wurden oder andere Verfahren noch anhängig sind. Es gibt kein Einspruchsrecht für die Angeklagten.

Die Verfahren von zwei weiteren Angeklagten wurden abgetrennt, vermutlich sollen sie als Rädelsführer herhalten. Das Verfahren gegen sie wurde dann auch auf unbestimmte Zeit ausgesetzt.

Diesen juristischen Winkelzügen ging ein bewußt begangener Verfahrensfehler seitens des Gerichts voraus. Bereits am neunten Verhandlungstag wurde durch einen anderen Richter verhandelt, so daß gegen die Strafprozeßordnung - innerhalb von zehn Tagen die gleiche Besetzung vor Gericht - verstoßen wurde. Die Verhandlungstage, die bisher stattgefunden haben sind, gelten als nicht stattgefunden.

Von den ehemals 15 Angeklagten sind jetzt noch sechs AntifaschistInnen mit dem laufenden Prozeß konfrontiert.

Vorläufiges Fazit

Die politische Dimension dieses Prozesses wird immer deutlicher. Junge Antifaschisten und Antifaschistinnen, die sich Nazis in den Weg stellten, nicht zuletzt deswegen, weil die Staatsgewalt hierzu keinen Handlungsbedarf gesehen hat und sieht, sollen als StraftäterInnen verurteilt werden.

Bezeichnend für den bisherigen Verfahrensverlauf ist die permanente Ignoranz der Staatsanwaltschaft und des Gerichts gegenüber allen Anträgen der Verteidigung. Von fairen Prozeßbedingungen für die Angeklagten kann schon lange keine Rede mehr sein.

Das Zusammenwirken von 15 Angeklagten und 15 VerteidigerInnen ist durch juristische Tricks aufgespalten worden. Da sich in den ersten Prozeßtagen abzeichnete, daß es eine reibungslose Verurteilung der Angeklagten nicht geben wird, soll nun diese Spaltungspolitik zum eigentlichen Ziel führen - wenn schon nicht an allen, so doch an vermeintlichen Rädelsführern ein Exempel zu statuieren.

Die weitere Unterstützungsarbeit wird unter diesen Bedingungen zwangsläufig schwieriger. Der Konsens unter den Angeklagten war nur unter schwierigen Bedingungen hergestellt worden, da nicht alle aus denselben politischen Zusammenhängen kommen. Möglicherweise bedeutet eine Aufspaltung des Prozesses auch eine Aufspaltung der Zusammenarbeit unter den Angeklagten. Einer aus der Unterstützungsgruppe meint dazu: "Die Kampagne für die kriminalisierten AntifaschistInnen hatte zum Prozeßauftakt eine relativ große Öffentlichkeit und auch in der Bevölkerung hier erreicht. Durch die Verschleppung des Verfahrens und die zahlreichen Abtrennungen wird versucht, auf Zeit zu setzen, um die Unterstützungsarbeit aufzuweichen bzw. durch eine gewisse Unübersichtlichkeit des Prozesses vom eigentlichen Hintergrund abzulenken."

Antifaschistische Aktion Plauen, Regionalgruppe Rote Hilfe, Unterstützungsgruppe c/o Infoladen "Tiera y Libertad", Thiergartener Str. 4, 08527 Plauen. Tel. 03741/35130 (Di.-Do.: 18.00-20.00 Uhr, sonst Anrufbeantworter) oder Tel. 03741/32131 (eine der Gruppen verlangen; jeden Tag ab 18.00 Uhr)

27. 10 Jahre Bhopal. Chemieindustrie entzieht sich der Verantwortung

Autor: Jutta Sapotnik · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Indien · CD-Datei: daten/aksuche/ak374/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:374:32

Vor zehn Jahren, am 3. Dezember 1984, ereignete sich im indischen Bhopal die bisher größte Katastrophe in der Geschichte der chemischen Produktion. Aus einem Leck einer Pestizidfabrik des Chemiemultis Union Carbide entwichen 40 Tonnen Giftgas, eine Mischung aus Methylisocyanat und Phosgen. In Bhopal, der Hauptstadt des zentralindischen Bundesstaates Madhya Pradesh, lebten zum Zeitpunkt der Katastrophe 830.000 Menschen. Weit über die Hälfte der Bewohner, 550.000 Menschen, waren der Giftgaswolke ausgesetzt. In den letzten zehn Jahren starben zwischen 10.000 und 15.000 Menschen an der Wirkung des Giftes. Hunderttausende leiden noch heute an den Spätfolgen; zum Teil sind die Opfer schwerkrank, arbeitsunfähig und vollinvalid.

Die Opfer und Hinterbliebenen kämpfen noch immer um eine angemessene Entschädigung, um medizinische Versorgung und um Sozialpläne. Die indische Regierung hat die Geschädigten und ihre Angehörigen per Gesetz entmündigt. Sie hat 1989 einen Vergleich mit Union Carbide über die einmalige Zahlung von 470 Millionen Dollar akzeptiert. Im Gegenzug verzichtete die Regierung darauf, die Schuld von Union Carbide gerichtlich festzustellen und damit auch auf eine strafrechtliche Verfolgung der Verantwortlichen.

Die indische Regierung ist wegen dieses Vorgehens häufig kritisiert worden. Sie hat den Opfern der Katastrophe durch den Alleinvertretungsanspruch die Möglichkeit genommen, selbst individuelle Schadensersatzansprüche geltend zu machen. Darüberhinaus ist die Summe von 470 Millionen Dollar angesichts der Zahl der Opfer und der Langzeitschäden viel zu gering.

Die indische Regierung versuchte, die Zahl der Opfer herunterzurechnen. Eine Klassifizierung in Leicht- und Schwergeschädigte und die von den Opfern verlangten Nachweise über die Ursache ihrer Krankheiten verzögern die Auszahlung selbst von geringen Summen.

Bhopal - kein Einzelfall

Mit der Katastrophe von Bhopal hat das durch einen Chemieunfall verursachte Ausmaß an Zerstörung, hat die Zahl der Toten, das Leiden der Verletzten und Hinterbliebenen eine neue Dimension erreicht. Bhopal war aber kein Einzelfall, die Geschichte der chemischen Industrie ist auch die Geschichte von Katastrophen größeren oder kleineren Ausmaßes bei denen immer wieder Menschen ihr Leben oder ihre Gesundheit einbüßten.

Bei zwei Explosionsunglücken auf dem Gelände der BASF in Ludwigshafen in den Jahren 1921 und 1948 starben jeweils mehrere hundert Menschen, tausende wurden zum Teil schwer verletzt. Ebenfalls ein Explosionsunglück forderte 1974 bei einer britischen Chemiefabrik 28 Menschenleben und mehr als hundert Verletzte. Durch quecksilberhaltige Abwassereinleitungen in die Bucht von Minamata starben in den fünfziger Jahren in Japan mehr als hundert Menschen. Das Unglück in Seveso 1976 in Nord-Italien führte zur Dioxin-Verseuchung eines ganzes Dorfes.

Während sich all diese Unfälle in den hoch-industrialisierten Ländern ereigneten, geschah in Indien die bisher schlimmste Katastrophe unter Produktionsbedingungen, die in den Industrieländern zu dem Zeitpunkt als überholt galten.

Die Katastrophe in Bhopal wurde durch mangelnde Sicherheitsmaßnahmen ausgelöst. Eine ähnliche Produktionsanlage, ebenfalls von Union Carbide, allerdings in West Virgina (USA), wies zur gleichen Zeit wesentlich bessere Sicherheitseinrichtungen auf. In Bhopal war nicht nur die Grundausstattung mangelhaft, die wenigen vorhandenen Sicherheitsvorkehrungen wurden aus Kostengründen auch noch abgeschaltet.

Die Situation im Werk war den Arbeitern durchaus bekannt. Schon zwei Jahre zuvor war es zu einem kleineren Unfall gekommen, bei dem drei Arbeiter verletzt wurden. Arbeiter aus dem Werk warnten daraufhin auf Plakaten vor den Gefahren. Die Firmenleitung reagierte auf diese Proteste mit einer Versetzungen der Arbeiter auf schlechter bezahlte Arbeitsplätze, an den Sicherheitseinrichtungen änderte sich nichts.

Das Bestehen unterschiedlicher Sicherheitsstandards in den industrialisierten Ländern und vor allem in den Schwellenländern ist längst kein Geheimnis mehr. Gestiegene gesetzliche Anforderungen an Umwelt- und Arbeitsschutz sowie an die Anlagensicherheit in den westlichen Industrieländern einerseits und geringe Lohnkosten in den sogenannten Schwellen- und Entwicklungsländern andererseits haben vor allem multinationale Konzerne zu einer Verlagerung ihrer Produktionsstätten bewogen. Risikoreiche und umweltgefährdende Produktionsprozesse werden in Ländern durchgeführt, in denen entweder die gesetzlichen Auflagen oder die Kontrolle ihrer Umsetzung weniger streng als in den Industrieländern sind.

Internationale Konsequenzen

Nach der Katastrophe in Bhopal wurde die Debatte über die Sicherheit von Chemieanlagen intensiv geführt. In den USA wurde beispielsweise der "Freedom of Information Act" eingeführt, ein umfassendes Akteneinsichtsrecht für alle Bürgerinnen und Bürger, das die jeweiligen Industriebetriebe unter anderem verpflichtet, die Produktionsdaten, Immissionsdaten und mögliche Störfallauswirkungen zu veröffentlichen.

Auch auf internationaler Ebene wurde versucht, den Umgang mit Störfällen zu regeln. Der Internationale Bund Freier Gewerkschaften hat schon kurz nach dem Unglück einen Bericht abgeben, der in einem Forderungskatalog mit 14 Grundprinzipien zur Verhinderung von Chemieunfällen und zur Einführung höherer Arbeits- und Umweltstandards mündete. Darin werden neben Sicherheitsanalysen und vorsorgenden Maßnahmen auch umfassende Auskunfts- und Informationsrechte für die ArbeitnehmerInnen und auch für die AnwohnerInnen gefordert.

Die internationalen Gewerkschaften fordern, daß die höchsten Sicherheitsstandards, die in einem Land erreicht wurden, auch in allen anderen Ländern angewendet werden müssen.

Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO), die einzige UN-Organisation, in der neben den Regierungen, die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen formal gleichberechtigt vertreten sind, hat in mehrjähriger Arbeit zwei Dokumente verabschiedet. Das erste, das 1990 angenommen wurde, ist die ILO-Konvention zur Sicherheit beim Umgang mit Chemikalien am Arbeitsplatz. Das zweite, das 1993 verabschiedet wurde, ist die Konvention zur Verhinderung von Großunfällen in der Industrie.

Die Anforderungen der Konventionen sind sehr allgemein gehalten und bieten einen großen Spielraum. Sie können als Kompromiß und als einzuhaltende Minimalstandards angesehen werden, weil die Konventionen eine lange Gültigkeit haben sollen. Sicherheitsstandards in der Industrie sind jedoch keineswegs statisch, sondern sollten mit technischem Fortschritt und veränderten Produktionen permanent verbessert werden.

Bisher hat noch kein Land die ILO-Konvention zur Verhinderung von Großunfällen in der Industrie ratifiziert. Internationale Konventionen sind sicher nicht ganz sinnlos, wirksam sind sie jedoch nur, wenn sie in den einzelnen Ländern auch angenommen und diskutiert werden, wenn das Problembewußtsein vorhanden ist und ein Lösungsbedarf gesehen wird.

Tribunal zur Einhaltung

der Menschenrechte

Ende November 1994 tagte in London das "Permanent Peoples' Tribunal" zu dem Themenkomplex Menschenrechte und Gefahren der Industrie (Industrial Hazards and Human Rights). Diesem internationalen Tribunal waren seit 1991 drei vorbereitende Tribunale zum gleichen Thema vorausgegangen. Das erste diente der Bestandsaufnahme internationaler Regelungen und endete mit einem Forderungskatalog verbindlicher gesetzlicher Bestimmungen vor allem bei der Entschädigung von Opfern.

Bei der zweiten Sitzung in Bangkok stellten die Richter erhebliche Menschenrechtsverletzungen in Folge der schnellen und rücksichtslosen Industrialisierung fest und betonten die persönliche Verantwortung der Politiker, deren Gleichgültigkeit das Errichten und Betreiben von gefährlichen Anlagen ohne die nötigen Sicherheitseinrichtungen ermöglichte.

Die dritte Sitzung in Bhopal mündete in Forderungen zur direkten medizinischen Hilfe der Katastrophenopfer und in einem Forderungskatalog von Rechten und Ansprüchen der Opfer. Die einzelnen Forderungen lesen sich wie Selbstverständlichkeiten, wie z.B. eine angemessene medizinische Betreuung und Entschädigung der Opfer, deren Umsetzung allerdings, wie Bhopal zeigt, bis heute nicht gegeben ist. Eine andere Forderung, das

Recht auf Zugang zu allen Informationen, die Auskunft über einen Störfall oder über die Gesundheitsgefährdung eines Stoffes geben könnten, ist auch in der Bundesrepublik Deutschland nicht gesetzlich verankert.

Das Abschlußtribunal zu Menschenrechten und Gefahren der Industrie in London sollte die drei vorhergehenden Tribunale zusammenfassen und eine allgemeingültige, weltweit anwendbare Charta zum gesamten Komplex verabschieden.

Die RichterInnen des Tribunals kamen aus Belgien, Kanada, Thailand, Bangladesh, Großbritannien, USA und Italien. Die 50 BerichterstatterInnen waren VertreterInnen von Nichtregierungsorganisationen (NGO) und Gewerkschaften aus allen fünf Kontinenten. Die angesprochenen Punkte reichten von globalen Berichten über die politische und ökonomische Situation in einzelnen Ländern, von unzureichenden Hilfsmaßnahmen und einer menschenverachtenden Informationspolitik nach der Tschernobylkatastrophe, über die akute Gefährdung von Menschenleben beim Pestizideinsatz auf den Philippinen bis zu Berichten über Hilfsmaßnahmen nach Katastrophen und der Entschädigung von Opfern.

Internationale Verantwortung

Die Bestandsaufnahme des Londoner Tribunals betont vor allem die internationale Verantwortung an der globalen Entwicklung. Die Politik der Weltbank treibt die Länder in die Armut und zwingt sie so, ihre Bodenschätze rücksichtslos auszubeuten oder ihre Ackerflächen in Produktionsstätten für Exportgüter umzuwandeln. Menschenrechtsverletzungen an den Ureinwohnern, die in den Abbaugebieten leben und denen die Lebensgrundlage oft mit Gewalt genommen wird, so zum Beispiel in Bouganville, Papua Neuguinea, sind die direkte Folge. Der Anbau von Agrar-Exportprodukten erfolgt meist unter massivem Einsatz von Pestiziden, bei dem jährlich zwischen 3,5 und 5 Millionen Menschen vergiftet werden.

Von gesundheitsgefährdenden Produktionsbedingungen sind besonders oft Frauen betroffen, die unausgebildet schlecht bezahlte Arbeit verrichten. In vielen Bereichen nimmt die Heimarbeit und damit auch der Einsatz von Kindern zu. Den Kindern wird damit jede Chance auf Schulbildung und ein Aufwachsen im physischem und psycho-sozialem Wohlbefinden genommen.

Auf dem Londoner Tribunal wurde der Entwurf einer Charta "of health, safety and environmental rights of workers and communities" verabschiedet. Die Charta faßt in 26 Artikeln die Forderungen dieses und der vorhergehenden Tribunale zusammen. Im einzelnen geht es um die Rechte auf höchstmögliche Sicherheitsstandards und größtmöglichen Schutz vor Gefahren sowie um das Recht auf Information und Mitbestimmung. Die ArbeitnehmerInnen müssen das Recht haben, sich gewerkschaftlich zu organisieren und eine umfassende Ausbildung über die Gefahrenpotentiale ihrer Arbeit erhalten. Nach einem Störfall ist umgehend Hilfe zu leisten, und die Betroffenen müssen größtmögliche Unterstützung erfahren. Die Beweislast einer Schädigung darf nicht bei den Opfern liegen. Sie sollen das Recht erhalten, auch vor Gericht ihre Interessen durchzusetzen und die Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen. Ein Recht, das die Opfer von Bhopal bis heute nicht haben.

Die Charta soll im Sommer 1995 offiziell verabschiedet werden, bis dahin können Erweiterungs- und Änderungsvorschläge an das "Permanent Peoples' Tribunal" gerichtet werden.

Jutta Sapotnik, Umweltreferentin

von Bündnis 90/Die Grünen NRW

Der komplette Text der Charta und die Erklärung des Tribunals sind beim Ökofonds von Bündnis 90/Die Grünen NRW, Volksgartenstr. 35, 40227 Düsseldorf, erhältlich.

Literatur:

T.R. Chouhan u.a.: Bhopal - The Inside Story. The Other India Press, Goa 1994

Internationaler Bund Freier Gewerkschaften: Bhopal vor der eigenen Haustür. Brüssel o.J.

"10 Jahre Bhopal - Rückblick. Ausblick. Forderungen an die Chemische Industrie", Tagungsreader einer Veranstaltung vom 3.12.1994

28. Der Staat hat sich freigesprochen. Türkei: Milde Urteile im Prozeß wegen Sivas, dem türkischen Rostock

Autor: n.m. · Rubrik: Türkei · CD-Datei: daten/aksuche/ak374/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:374:38

Die Opfer sind wieder einmal selber schuld. Im Juli 1993 hatte eine verhetzte Menge von mehreren tausend Menschen in der zentralanatolischen Stadt Sivas unter Freudenschreien und Gejohle 37 Besucher eines Kulturfestivals in einem Hotel eingeschlossen und verbrannt.

Nach nur elf - auf ein knappes Jahr verteilten - Verhandlungstagen sprach das Staatssicherheitsgericht Nr. 1 in Ankara am 26. Dezember 1994 das Urteil im Verfahren wegen des Pogroms von Sivas - dem "Rostock der Türkei": 15 Jahre wegen Totschlags für 26 der Angeklagten, drei Jahre wegen "unerlaubten Demonstrierens" für 60 weitere Angeklagte, Freispruch für alle anderen. Als "mildernden Umstand" erkannte das Gericht an, daß sich die Mörder von Sivas, von denen mit Sicherheit nicht ein einziger auch nur eine Zeile der "Satanischen Verse" von Salman Rushdie gelesen hatte (die Richter vermutlich ebensowenig), sich durch die Übersetzung und Veröffentlichung eben dieser "Verse" auf Türkisch "provoziert" gefühlt hätten. Dieser Logik folgend, beantragte die Kammer die Einleitung eines Strafverfahrens gegen den bekannten Schriftsteller und Satiriker Aziz Nesin. Der 70jährige Nesin war in Sivas in letzter Minute aus den Flammen gerettet worden.

Mit ihrem Urteil setzte das Gericht türkische Maßstäbe: Dieselbe Kammer hatte drei Wochen zuvor die kurdischen Abgeordneten der DEP wegen ihres Eintretens für die "Brüderlichkeit der Völker" zu ebenfalls 15jährigen Haftstrafen verurteilt.

Am 2. Juli 1993 hatten sich Tausende Menschen zu einem Kulturfestival zu Ehren des Dichters und Volkshelden Pir Sultan Abdal in der zentralanatolischen Stadt Sivas eingefunden. Auf dem Programm standen Konzerte, Theaterdarbietungen, Tänze, Dichterlesungen und Debatten. Die Mehrheit der Besucher gehörte der alevitischen Glaubensrichtung an, die von der herrschenden (sunnitischen) Richtung des Islam als "ketzerisch", von der extremen Rechten als "kommunistisch" verteufelt wird. Doch auch Nicht-Aleviten, Freidenker und Schriftsteller verschiedener Auffassungen waren nach Sivas gekommen. Unter ihnen Aziz Nesin, einer der populärsten Schriftsteller der Türkei, der für seinen Widerspruchsgeist bekannt ist. So hatte er vor allem aus Protest gegen die Zensurpraxis die "Satanischen Verse" Salman Rushdies ins Türkische übersetzen lassen.

Gegen die Festivalbesucher wurde ein offensichtlich geplantes und organisiertes Pogrom entfacht: Unter aktiver Teilnahme von Einpeitschern verschiedener islamischer Sekten sowie Mitgliedern der faschistischen Parteien MHP und BBP sammelten sich mehren tausend Menschen vor den Veranstaltungsorten, zertrümmerten die Fensterfront des städtischen Kulturpalastes sowie ein für den Dichter Pir Sultan Abdal errichtetes Denkmal. Danach schlossen sie etwa fünfzig Menschen, darunter vor allem die geladenen Gäste, Schriftsteller und Künstler, im Hotel Madimak ein. Unter Parolen wie "Die Armee Mohameds ist der Schrecken der Laizisten", "Der Laizismus geht, die Scharia kommt" und "Tod dem Teufel Aziz Nesin" wurde das Hotel stundenlang belagert und mit Steinen beworfen, wobei Polizei und Sicherheitskräfte wohlwollend zugesehen haben. Temal Karamollaoglu, Bürgermeister der Stadt und Angehöriger der islamischen Refah-Partei, sprach der Menge über Lautsprecher seine Anerkennung aus. "Möge euer Kampf gesegnet sein. Ihr habt Großartiges erreicht, das Festival wurde abgesagt. Nun könnt ihr Euch zerstreuen." Ein General der nahegelegenen Brigade erschien und begrüßte die rechten Demonstranten freundschaftlich: "Die Soldaten werden Euch keinen Schaden zufügen."

Als das Hotel gegen 19.00 Uhr in Flammen aufging und die in Rauch und Flammen Eingeschlossenen um Hilfe schrien, erreichte die Jubelstimmung des Mobs ihren Höhepunkt. Unter dem Siegesgejohle der Menge verbrannten und erstickten 37 Menschen in den Flammen, während die Feuerwehr ein paar Straßen weiter abwartend stand und die Sicherheitskräfte zum Teil noch immer dem Geschehen tatenlos zusahen. Die Bilder, die von mehreren Fernsehkameras aufgezeichnet wurden, erinnern in beklemmender Weise an die Bilder aus Rostock.

Der Staat ist mitverantwortlich

Mehr als sieben lange Stunden hatten die Eingeschlossenen, darunter bekannte Schriftsteller und ehemalige Parlamentsabgeordnete der SHP, über die Telefonleitungen des Hotels versucht, Hilfe herbeizurufen und mit höchsten staatlichen Stellen telefoniert. Ihr Vertrauen in den Staat sollte ihnen zum Verhängnis werden. Die Verlautbarungen der Politiker in den folgenden Tagen bewiesen, daß die Duldung des Pogroms durch die "Sicherheitskräfte" nicht etwa der Eigenmächtigkeit der Befehlshaber vor Ort geschuldet, sondern von oben "abgesegnet" war. Staatspräsident Demirel hatte ausdrücklich empfohlen, "die Polizei nicht gegen die Demonstranten einzusetzen" und Ministerpräsidentin Ciller lobte (nach dem Tod von 37 Menschen), daß "unseren Bürgern kein Härchen gekrümmt wurde". In ähnlicher Weise äußerte sich sogar der damalige stellvertretende Ministerpräsident und Vorsitzende der SHP, Erdal Inönü, obwohl die Mehrheit der Festivalbesucher zu seinen Parteigängern gehörte, sich unter ihnen sogar Abgeordnete der SHP befanden, und das Festival von "seinem" Kulturminister gefördert worden war.

Die Mehrheit der türkischen Presse hatte in den folgenden Tagen den Schuldigen schnell ausgemacht: Aziz Nesin! Durch seine Rede auf dem Festival, in der er seine Gründe ausführte, warum er Atheist sei, aber gleichzeitig seinen "Respekt vor allen gläubigen Menschen" zum Ausdruck brachte, soll er die Menschen "provoziert" haben. Selbst Kommentatoren von Zeitungen wie "Hürriyet" (Armee-orientiert, erzkemalistisch) und "Sabah" (Tendenz: sozialdemokratisch) setzten die Veröffentlichung der "Satanischen Verse" mit dem "Ausschütten und Anzünden von Benzin in der Hotelhalle" gleich.

Eine wirkliche Auseinandersetzung mit den Geschehnissen von Sivas, d.h. mit der Tatsache, daß eine wohl zehntausendköpfige Menge aktiv am Pogrom beteiligt war und angesichts des Verbrennens von Intellektuellen gar in Freudentaumel ausbrach, hat es in der Türkei - von kleinen Zirkeln abgesehen - bis heute nicht gegeben.

Die Mehrheit der Bevölkerung von Sivas unterstrich ihre Sympathie mit den Tätern, indem sie bei den nächsten Wahlen den Bürgermeister mit absoluter Mehrheit im Amt bestätigte.

Ermittlungen verschlampt - Hintergründe uninteressant

Das Zusammenspiel staatlicher Stellen mit den Tätern von Sivas bestimmte im Wesentlichen auch den Verlauf der Strafermittlungen und des Prozesses: Ziel war es offenbar, die Ereignisse so schnell wie möglich unter den Teppich zu kehren, ohne die politischen Hintergründe und Verantwortlichen aufzudecken.

Bereits in den Tagen nach dem Pogrom war die Polizei vor allem damit beschäftigt, Trauer- und Protestaktionen der Opfer gewaltsam zu verhindern. In den alevitischen Stadtvierteln von Sivas wurde eine Ausgangssperre verhängt. Das gab den Tätern genügend Zeit, sich abzusetzen. Auch in der Folgezeit wurde die Fahndung äußerst schlampig betrieben: Einer der Rädelsführer, Xunus Karatas, wurde erst vor wenigen Wochen in seiner Wohnung in Sivas quasi zufällig festgenommen. Nach eigenen Angaben hatte er sich seit dem Pogrom seelenruhig in Sivas aufgehalten, ohne jemals von der Polizei aufgesucht worden zu sein.

Das erste Verfahren wegen der Ereignisse von Sivas wurde bereits am 20. Juli 1993 vor dem Staatssicherheitsgericht in Kayseri eröffnet. In nur 17 Tagen (!) wollten Polizei, Staatsanwaltschaft und Ermittlungsrichter die Ermittlungen in einer so komplexen Gewalttat, begangen von tausenden Tatbeteiligten, abgeschlossen haben. In Ankara und Sivas wurden zwei weitere Verfahren eröffnet, die im Januar 1994 schließlich vor dem Staatssicherheitsgericht zusammengefaßt wurden.

Obwohl die Ereignisse des 2. Juli von mehreren Videokameras aufgezeichnet worden waren und dadurch Tausende von Fotos vorliegen, durch die Täter und Rädelsführer leicht hätten identifiziert und gefunden werden können, verzichteten Ermittlungsbehörden und Gericht auf die Einbeziehung dieses Materials. Die meisten der auf den Fernsehbildern als Einpeitscher und Brandstifter Erkennbaren wurden gar nicht festgenommen. Cafer Ercakmak, Stadtrat von Sivas und Mitglied der Refah-Partisi, der sich während des Pogroms besonders hervortat und auf Videoaufnahmen deutlich zu erkennen ist, als er den über die Feuerleiter geretteten Aziz Nesin mit dem Schrei: "Das Schwein muß sterben" zurück in die Flammen werfen wollte, ist noch immer flüchtig. Viele der Angeklagten waren auch nach Auffassung der Nebenklagevertreter eher zufällig festgenommen worden, während Ermittlungsbehörden und Gericht keinerlei Anstrengungen unternahmen, die Hintermänner und Rädelsführer der Ereignisse aufzudecken. Alle Anträge der Nebenklagevertreter in diese Richtung wurden vom Gericht abgelehnt. Nicht einmal der ehemalige Gouverneur von Sivas wurde als Zeuge vernommen. Sein Amtsgebäude war während der Ausschreitungen

ebenfalls vom Mob angegriffen worden, da er sich durch die Erteilung der Genehmigung für das Festival der "Sympathien mit den Aleviten" verdächtig gemacht hatte. Mit seiner Versetzung nach den Ereignissen erfüllte der Innenminister eine weitere "Forderung" des Mobs von Sivas. Obwohl der Gouverneur am 2. Juli kraft seines Amtes die Befehlsgewalt über alle Sicherheitskräfte in der Provinz Sivas ausübte, waren seine Anordnungen, die Menge mit Wasserwerfern zu zerstreuen, nicht ausgeführt worden.

Bis zum Schluß weigerten sich Gericht und Staatsanwaltschaft hartnäckig, von einer organisierten Tat auszugehen: So waren bereits 14 Tage vor dem Festival in Sivas und anderen Stellen der Türkei Flugblätter verteilt worden, die unter Berufung auf Aziz Nesins ketzerische Rede (14 Tage bevor er sie halten sollte) zu einer Kraftprobe nach Sivas aufriefen. Viele der Rädelsführer waren offensichtlich von außerhalb angereist. An "strategischen" Stellen innerhalb der Stadt, so z.B. vor dem Kulturpalast und gegenüber des Hotels, waren rechtzeitig vor den Ausschreitungen Steine abgeladen worden ... Die Täter selbst rühmen ihre Tat als "bewußt und geplant". So schreibt die radikal-islamische Zeitschrift "Taraf" (Parteinahme) in ihrer Ausgabe vom 1.9.1993: "Die Bevölkerung von Sivas war an jenem Tag nicht, wie die westlich ausgerichtete Presse schrieb, ‚aufgebracht und aufgewiegelt`. Sie war voller Bewußtsein und entschlossen. Diese Sache unternahm sie bewußt und geplant ..." Dieselbe Zeitschrift hatte in ihren Ausgaben regelmäßig die wegen der Sivas-Ereignisse Inhaftierten sowie zwei Täter, die selbst vor dem Hotel umkamen, als "Helden" und "Märtyrer" von Sivas gefeiert.

"Sie haben uns noch einmal verbrannt!

"Sie werden uns immer verbrennen". Mit diesen Worten kommentierte Makule Cimen, Witwe des in den Flammen von Sivas verbrannten Volkssängers Nesimi Cimen, das Gerichtsverfahren. Bereits bei Eröffnung des Verfahrens am 4. Januar 1994 waren die Hinterbliebenen der Opfer sowie deren RechtsanwältInnen vor Betreten des Gerichtes von Polizeikräften massiv behindert und zum Teil geschlagen worden. "Wenn ich in Sivas Dienst gehabt hätte, wärt ihr jetzt nicht hier" (gemeint: auch nicht mehr am Leben) bekundeten einige der Polizisten gegenüber den Nebenklägern ihre offene Sympathie mit den Tätern.

Auch das Gericht ließ den Angeklagten das Rufen von Parolen, unverschämte Beleidigungen und Bedrohungen der Nebenkläger "tolerant" durchgehen. Im Gefängnis von Kirsehir, wo die Sivas-Angeklagten in Untersuchungshaft saßen, verübten diese mit offensichtlicher Billigung der Gefängnisleitung zweimal Überfälle gegen im selben Gefängnis einsitzende Kurden bzw. Angehörige sozialistischer Gruppen, von denen mehrere dabei verletzt wurden. Am Tag der Urteilsverkündung schließlich kam es zu Krawallen im Gerichtssaal, als die Angeklagten als Reaktion auf das Urteil Parolen skandierten, Richter und Journalisten mit Gegenständen bewarfen und massiv bedrohten, wobei sie wiederum von den "Sicherheitskräften" nur sanft behindert wurden.

Für die Nebenkläger hingegen wurde das Verfahren zur Tortur. Das Gericht ließ nicht nur zu, daß die Hinterbliebenen von Polizisten am Betreten des Gerichts behindert, z.T. geschlagen wurden, vor Gericht konnten die Angeklagten die überlebenden Opfer in unmenschlicher Weise verhöhnen und ihre Rechtsanwälte bedrohen und beleidigen. Als die Anwälte der Nebenklage hiergegen protestierten und einen Befangenheitsantrag gegen das Gericht stellten, wurde das mit einer Geldbuße quittiert. Nachdem das Gericht am 25. März schließlich einen generellen Ausschluß von Presse und Öffentlichkeit verkündete, beschlossen auch die Anwälte der Nebenklage, der Verhandlung fernzubleiben. Seit Mai - also nach nur vier Sitzungstagen - verhandelte das Gericht hinter verschlossenen Türen.

Reaktionen auf das Urteil

"Mit dem Urteil wurde der Brand des Madimak-Hotels nicht gelöscht" kritisierte Önder Sav, Vorsitzender der Anwaltskammer der Türkei und einer der Nebenklagevertreter das Urteil. Angehörige und Hinterbliebene der Opfer, die das Urteil vor dem Gerichtsgebäude abgewartet hatten, brachen verzweifelt in Tränen aus. Yeter Sivri, die Mutter zweier junger Frauen, die im Madimak-Hotel verbrannt waren, versuchte sich vor dem Gerichtsgebäude aufzuhängen. "Sie sollen uns einen Platz zeigen, wo wir hingehen und sicher leben können." Nebahat Altiok, Witwe des in den Flammen von Sivas gestorbenen Dichters Metin Altiok: "Wir sind nicht auf Rache aus. Was haben wir davon, wenn diese Leute aufgehängt werden? Bekommen wir dadurch die lieben Menschen wieder, die wir verloren haben? Würde Sivas dadurch ungeschehen? Unsere Angst und unsere Befürchtung ist, daß solche Ereignisse noch einmal passieren."

Die demokratische Öffentlichkeit reagierte überwiegend schockiert auf das Urteil. Insbesondere die Einleitung eines Strafverfahrens gegen Aziz Nesin und die Minderung der Strafen um 25% wegen angeblicher "Provokation" wurde als Rechtfertigung und Ermutigung für die Täter gewertet. Senal Sarihan, Vorsitzende des Vereins zeitgenössischer Juristen und ebenfalls Vertreterin der Nebenklage im Sivas-Prozeß, wies darauf hin, daß diese Konstruktion juristisch nicht haltbar sei, da keiner der Angeklagten für eine Straftat gegen Aziz Nesin verurteilt wurde, und der entsprechende Paragraph eine Strafminderung nur für den Fall vorsehe, daß der Täter durch sein unmittelbares Opfer "provoziert" worden sei.

Alle drei Seiten, Nebenkläger, Verurteilte und der Generalstaatsanwalt am Staatssicherheitsgericht, Nusret Demiral, der für 33 der Angeklagten die Todesstrafe gefordert hatten kündigten an, in Berufung zu gehen.

Murteza Demir, Vorsitzender des Pir Sultan Abdal Vereins, erklärte, daß das Urteil nicht überraschend käme. "Sie zwingen uns dazu, außerhalb des Landes (gemeint: durch Antrag bei der europäischen Menschenrechtskommission in Straßburg) Gerechtigkeit zu suchen. Man wird uns mit Spruchbändern und Parolen in Europa sehen ..." "Nach diesem Urteil kann niemand mehr die Scharia-Anhänger aufhalten. Dieses Feuer wird alle verbrennen, auch die ‚bunte` Presse, die die Ereignisse jetzt erst begriffen hat."

n.m.

Die Zeitung Cumhuriyet verglich in einem Artikel das Sivas-Verfahren mit dem Prozeß nach dem Kaufhausbrand im Dezember 1991.

Damals war aus einer Protestdemonstration gegen Massaker in Kurdistan ein Molotowcocktail in das Istanbuler Kaufhaus "Cetinkaya" geworfen worden, dessen Besitzer der Bruder des damaligen "Gouverneurs für die Provinzen im Ausnahmezustand", Necati Cetinkaya, war. Bei dem Brand kamen zwölf Menschen ums Leben. Selbst die Nebenklagevertreter und Angehörigen der Opfer hatten während des Prozesses jedoch darauf hingewiesen, daß die Notausgänge und Feuerfluchtwege durch verschlossene Eisentüren versperrt waren und daher den Kaufhausbesitzer für die Zahl der Toten mitverantwortlich gemacht. Dennoch verurteilte das Staatssicherheitsgericht Istanbul nach dreijähriger Verhandlung am 18. Oktober 1994 acht Angeklagte nach Artikel 125 (Separatismus!) zur Todesstrafe, die in lebenslänglich umgewandelt wurde.

Während die Mordbrenner von Sivas als "kriminelle Gefangene" von Strafminderungen und Amnestiegesetzen profitieren können, werden die wegen des Kaufhausbrandes bei Cetinkaya als "politische" (nach Antiterrorgesetz) Verurteilte keine Strafminderung erwarten können. Das gilt übrigens auch für die verurrteilten kurdischen Abgeordneten.

29. Türkei: Das doppelte Spiel mit den Islamisten

Autor: nm · Rubrik: Türkei · CD-Datei: daten/aksuche/ak374/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:374:41

Milde Strafen für die Täter von Sivas, (mindestens) zwei Terroranschläge islamistischen Hintergrunds, Ausschreitungen bei Demonstration radikaler Islamisten für Tschetschenien, aber gleichzeitig Einleitung eines Strafverfahrens gegen die islamische Refah-Partisi, Säuberung der Armeespitze von "Scharia-Anhängern" und Androhung von schärferen Maßnahmen gegen radikal-islamistische Schriften durch den Nationalen Sicherheitsrat. Die Schlagzeilen der vergangenen vierzehn Tage lassen die Haltung des türkischen Staates gegenüber der islamischen Bewegung widersprüchlich erscheinen.

In den Jahren nach dem Militärputsch 1980 bedienten sich die Generäle der islamischen Ideologie als "Gegengift zum Kommunismus". Dieselben Militärs, die gegenüber westlichen Staatschefs auf eine Massenkundgebung der islamischen MSP in Konya wenige Tage vor dem 12. September 1980 verwiesen, um die Notwendigkeit des Putsches gegenüber der "islamischen Gefahr" zu begründen, ließen in den folgenden Jahren stündlich Koransuren über die gleichgeschalteten Bildschirme der Türkei ausstrahlen, um die "sozialistisch verblendete Jugend des Landes" auf den richtigen Weg zurückzuführen. In den Schulen wurde der (islamische) Religionsunterricht zum Pflichtfach, und Religionsschulen (Imam-Hatip-Schulen), deren Abschluß ebenfalls zum Universitätsstudium berechtigt und die bevorzugtes Rekrutierungsfeld radikal-islamischer Organisationen sind, schossen wie Pilze aus dem Boden. Mit der Erhöhung der Schülerzahlen um weitere 30.000 im Schuljahr 94/95 stieg die Gesamtzahl der SchülerInnen dieser Einrichtung auf 476.000. An jeder Straßenecke, in jedem Dorf wurden Moscheen gebaut. In den kurdischen Gebieten verteilte die Armee Flugblätter islamischen Inhalts in den Dörfern und rief die Bevölkerung "im Namen Allahs" zur Denunziation von PKK-Anhängern auf.

Türk-Islam-Synthese

Inhaltliche Grundlage dieser Islamisierungspolitik von oben war nicht "der Islam", der durchaus auch liberale und soziale Auslegungen zuläßt, sondern die Ideologie der "Türkisch-Islamischen-Synthese", eine unzusammenhängende und in sich unlogische Vermischung türkisch-nationalistischer und islamischer Elemente. Urheber dieser Ideologie war der "Aydinlar-Ocagi" (Intellektuellen Club), dem unter anderen die Führer der rechten Gerechtigkeitspartei (die Nachfolgepartei DVP ist heute Regierungspartei), der religiösen MSP (heute Refah-Partei) und der faschistischen MHP angehörten, die bereits während der 70er Jahre zweimal Regierungskoalitionen der "Nationalen Front" eingegangen waren. Innerhalb der Mutterlandspartei ANAP von Turgut Özal - von 1983 bis 1991 Regierungspartei -, die in sich diese drei Strömungen plus die Liberalen vereinigte, hatte das als "Heilige Allianz" bezeichnete Bündnis von Faschisten und reaktionären Islamisten lange Zeit die Oberhand. Unter Innenminister Aksu stiegen islamistische Kader als Gouverneure und lokale Polizeichefs in der staatlichen Hierarchie auf.

Refah-Partei

Die politische Partei, die für sich beanspruchen kann, die islamische Bewegung in der Türkei zu repräsentieren, ist zweifellos die Refah-Partei (RP), wie sie sich seit 1987, der Wiederzulassung der Parteien, nennt. Sie ist die Nachfolgepartei der in den 70er Jahren aktiven MSP, Vorsitzender ist seit der Parteigründung Ende der 60er Jahre Necmettin Erkaban, der in der Bundesrepublik Maschinenbau studiert hat. Die Partei konnte bei den Kommunalwahlen vom März 1994 mit 19% der Stimmen 28 von 76 Städten gewinnen, darunter die Bürgermeister von Istanbul und Ankara. Bei allgemeinen Wahlen stünde sie nach neuesten Umfragen mit 22,4% der Stimmen an der Spitze. Allein in den vergangenen sechs Monaten traten fast 700.000 Menschen der RP bei, die nun mit 2,3 Mio. Mitgliedern nach der DVP (2,9 Mio.) und ANAP (2,6 Mio.) die an Mitgliedern drittstärkste Partei ist.

Während der Wahlkampf, den die RP unter das Motto des neuen Programms "Für eine gerechte Ordnung" (adil düze) stellte, fast kadermäßig durchgeführt wurde, entwickelt sich die Partei immer mehr zu einer Massen- oder Volkspartei. Neben dem traditionellen islamisch-nationalistischen Flügel existiert eine stark modernistische Tendenz und eine liberale Strömung. In den kurdischen Gebieten bedient sich die Partei eines fast anbiedernden pro-kurdischen Vokabulars, verspricht die Einführung regionaler Autonomie und muttersprachlicher Rundfunkanstalten. Dies führte in den letzten Wochen zu harten Beschimpfungen und

Drohungen seitens der faschistischen MHP. Es darf aber nicht übersehen werden, daß der nationalistische Flügel in der RP nach wie vor die Oberhand hat. Die RP ist in den kurdischen Gebieten derzeit die Partei, die den türkischen Staat vertritt (alle anderen Parteien sind völlig desavouiert). Es gibt eine breite Grauzone zwischen MHP und RP, sowohl was die Basis als auch was die Themen angeht: Sowohl die Faschisten als auch die Islamisten nutzen derzeit die Kriege in Bosnien, Aserbaidschan und Tschetschenien zur Mobilisierung ihrer Basis, wobei die einen für ihre "Volks- und Glaubensgenossen" auf die Straße gehen, die anderen für ihre "Glaubens- und Volksgenossen".

Das Spektrum der Refah-Partei reicht von nationalistischen und faschistischen Positionen über liberale und reform-islamische Strömungen bis zur Berührung mit radikalen und militant-islamischen Gruppen. Unabhängig von politischen Parteien existieren in der Türkei eine Vielzahl religiöser Orden und Gruppen, deren Spektrum von eher spirituellen Sekten und Suphi-Orden über kritisch-islamische Intellektuellenzirkel bis hin zu militanten und terroristischen Gruppen reicht. Die Gesamtzahl islamischer Zeitschriften erreicht eine Auflage von etwa einer halben Million.

Genauso, wie all diese unterschiedlichen Gruppen auf keinen Fall in einen Topf geworfen werden dürfen, wäre es falsch, die Refah-Partei für den Pogrom von Sivas verantwortlich zu machen. Organisatoren und Rädelsführer waren, wie Augenzeugen und Indizien belegen, Angehörige verschiedener militanter islamischer Sekten (z.B. die für ihre Nähe zur MHP bekannten Azcimendis) und der faschistischen Partei selbst, wobei es wichtig wäre, genau die Zusammenhänge zwischen MHP, Azcimendis und der militanten IBDA-C, die sich in der Zeitschrift "taraf" zum Pogrom in Sivas bekannten, zu untersuchen. Fakt ist jedoch, daß die Mehrheit der Beteiligten zur Basis und Mitgliedschaft der RP gehören, bis hin zu Stadträten und Bürgermeistern.

"Islamische" Terrororganisation: Hizbollah

Neben den islamischen Massenbewegungen häufen sich vor allem seit Beginn der 90er Jahre Terroranschläge mit islamischem Hintergrund, die jedoch im Westen der Türkei und im Osten in völlig unterschiedlichem Gewand auftreten.

In den kurdischen Gebieten operiert seit Ende 1991 eine Terrororganisation unter dem Nahmen "Hizbollah", die in den Jahren 1992 und 1993 über tausend Mordanschläge an fortschrittlichen kurdischen Politikern, Lehrern, Journalisten, Gewerkschaftern und Anhängern kurdischer Organisationen verübte. Wie von engagierten Journalisten aufgedeckt werden konnte, arbeitete diese Organisation aufs engste mit staatlichen Sicherheitskräften zusammen, benutzte Militär- bzw. Polizeieinrichtungen als Trainingsgelände und Koranschulen, aber auch normale Schulen mit faschistischen Schulleitern, als Rekrutierungsgebiete. Nachdem sich die "Hizbollah" im Frühjahr 1993 in zwei Flügel spaltete (der eine war auf ein Waffenstillstandsangebot der PKK eingegangen), kam es in der Folgezeit zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen diesen beiden Flügeln mit Hunderten von Todesopfern. Dies sowie die Tatsache, daß die Verbindungen zwischen Staat und "Hizbollah" durch mutige Presseberichte enthüllt worden waren, mögen Grund dafür gewesen sein, daß im vergangenen Jahr zahlreiche "Hizbollah"-Anhänger verhaftet und einige vor Gericht gestellt wurden. Seit einigen Monaten wurden keine Anschläge mehr im Namen dieser Organisation verübt.

IBDA-C

Am Abend des 30.12.1994 wurde in Istanbul ein Bombenanschlag auf das Café des Marmara-Hotels, einen beliebten Intellektuellen-Treffpunkt, verübt. Durch den Anschlag wurde die Anthropologin Ayse Cebenyan getötet; Onat Kutlar, Filmkritiker, Autor und Mitarbeiter der Zeitung Cumhuriyet, wurde schwer verletzt. Er wird querschnittsgelähmt bleiben, weitere Personen erlitten zum Teil schwere Verletzungen. Die Verantwortung übernahm eine Organisation namens IBDA-C, die sich in den vergangenen Jahren zu zahlreichen Attentaten bekannte und die Zeitschrift "taraf" als Forum nutzt.

Fünf Tage zuvor, am Vortag der Urteilsverkündung im Sivas-Prozeß, wurde vor der Tür des "Sivas-Solidaritätsvereins" im Istanbuler Stadtteil Bakirköy eine Bombe gefunden, die beim Versuch, sie zu etschärfen, explodierte. Nach Polizeiangaben war sie vom selben Typ wie die Rohrbombe, mit der im Sommer 1994 ein Attentat auf Prof. Toktamis Ates verübt wurde, der für seine laizistische Haltung bekannt ist und ebenfalls für die Zeitung Cumhuriyet schreibt. Muammer Aksoy, Bahriye Ücok, Turan Dursan, Ugur Mumcu ... die Liste der Intellektuellen, die in den vergangenen Jahren Terroranschlägen islamischen Hintergrunds zum Opfer gefallen sind, ist lang. Meist handelt es sich bei den Opfern um engagierte Verfechter des Laizismus

(radikale Trennung von Kirche und Staat) oder Islamkritiker. Während bislang keiner dieser Anschläge aufgeklärt worden ist, verweisen staatliche Stellen ständig auf eine angebliche iranische Urheberschaft. Die Witwe des vor zwei Jahren ermordeten Cumhuriyet-Autors Ugur Mumcu erklärte kürzlich, der als erster mit den Ermittlungen beauftragte Staatsanwalt hätte ihr damals gesagt, staatliche Kräfte wären in das Attentat verwickelt, weshalb keine Aufklärung zu erwarten sei.

Auch wenn die Zusammenarbeit (wenn auch nicht Urheberschaft) des türkischen Staatsapparates mit der "Hizbollah" belegt ist, soll hier keineswegs behauptet werden, sämtliche Attentate im Westen oder gar die gesamte radikale islamistische Bewegung sei ebenfalls staatlich unterwandert oder gesteuert. Zu vermuten ist hingegen, daß es im Staats- und Polizeiapparat Beamte gibt, die Verbindungen zu diesen Strömungen haben und sie decken.

Verbotsdrohungen gegen die Refah-Partei

Gemessen an der staatlichen Toleranz gegenüber islamistischen Gewalttätern muß es überraschen, daß Ministerpräsidentin Ciller vor wenigen Wochen die Refah-Partei mit Verbot und Ausschluß aus dem Parlament bedrohte. Nusret Demirel, oberster Staatsanwalt beim Staatssicherheitsgericht in Ankara, der auch die Anklage gegen die DEP-Abgeordneten verfaßte, hat inzwischen ein Ermittlungsverfahren gegen die RP eingeleitet. In der Presse läuft seit Monaten eine Kampagne gegen die RP wegen Veruntreuung von Spendengeldern für Bosnien, die über den Abgeordneten Mercümek und die deutsche Filiale der "Nationalen Sicht" abgewickelt worden sein soll. Die wesentlichen Ermittlungen in dieser Sache wurden vom deutschen BKA durchgeführt, das seine Ergebnisse kürzlich an die türkischen Behörden weiterleitete. Andere Themen in den Schlagzeilen sind die 148 kg Gold, die der Refah-Parteivorsitzende Necmettin Erbakan sich während seiner Dienstzeit "angespart" haben will. Es drängt sich die Frage auf, wieso diese Informationen, die den entsprechenden Stellen mit Sicherheit nicht erst jetzt bekannt geworden sind, gerade jetzt veröffentlicht werden. Wie die zitierten Umfrageergebnisse und Mitgliederzahlen zeigen, haben die "Enthüllungen" dem Aufstieg der Refah-Partei bislang jedoch keinen Abbruch getan. Zweck der Kampagne - wie auch der Verbotsdrohungen - dürfte es sein, der Partei, die dabei ist, über die ihr zugedachte Rolle und Stärke hinauszuwachsen, einen Dämpfer zu verpassen, um die Geister, die man rief, wieder unter Kontrolle zu bekommen. Daß ein tatsächliches Verbot eher zu einer Radikalisierung und Militärisierung der islamischen Bewegung beitragen und dem Staat die Kontrolle noch weiter erschweren würde, ist auch denen klar, die diese Drohung ausgesprochen haben.

Unter den etablierten Parteien gibt es keine, die es sich leisten könnte oder wagen würde, sich dem islamischen Potential entgegen zu stellen. Gerade Ministerpräsidentin Ciller läßt in jüngster Zeit keine Gelegenheit aus, sich mit Kopftuch oder auf dem Weg zum Gebet ablichten zu lassen. Wenige Wochen nach der Verbotsdrohung gegen die RP traf sie sich mit Fetullah Gülen, dem Führer der Nurcu-Bewegung, die für ihren harten Antikemalismus bekannt und in der Türkei offiziell verboten ist, um ihn zur Unterstützung für die Neufassung des Anti-Terror-Gesetzes zu gewinnen. Es ist in der Türkei allgemein bekannt, daß Orden und Schulen, wie die Nakshibendi, Nurcus oder auch Süleymancis außer in der RP auch in beiden rechten Massenparteien DYP und ANAP über nicht geringen Einfluß verfügen.

Staat: Doppeltes Spiel mit Islamisten

Das einzige, was den Islamisten wirklich übelgenommen wird, ist der absurde und groteske Personenkult, der um den Staatsgründer Kemal Atatürk betrieben wird. Als der damalige RP-Abgeordnete Hassan Mezarci vor einem knappen Jahr in etwas unflätiger Weise aussprach, daß Atatürks Abstammung väterlicherseits unbekannt sei, und seine Mutter als Prostituierte bezeichnete, brach der nationale Notstand aus: Der Frevler wurde aus der Partei ausgeschlossen, ein Verfahren zur Aufhebung der Immunität sowie ein Strafverfahren eingeleitet. Der Führer sämtlicher staatstragender Parteien (d.h. alle außer der DEP), die im Sommer nicht ein Wort des Bedauerns und Beileids für die 37 Toten von Sivas fanden, riefen zur gemeinsamen Demonstration in Ankara auf, um die nationale Familienehre zu retten. Für BeamtInnen und SchülerInnen war die Teilnahme Pflicht. Eine ähnliche "nationale Katastrophe" ereignete sich Ende November, als ein Postbeamter aus Van während der Zeremonien am Atatürk-Sterbetag (nationaler Feiertag) am Atatürk-Mausoleum mit dem Koran in der Hand auf Staatspräsident Demirel zusprang und ihn zurecht darauf hinwies, daß eine Vergötzung Atatürks sowohl dem Koran als auch Atatürks Worten selbst widerspräche.

Diese beiden Vorfälle beherrschten jeweils über Tage und Wochen die Medien und riefen weitaus mehr Empörung in der Öffentlichkeit hervor, als das Pogrom von Sivas oder die Zerstörung der kurdischen Dörfer. Man könnte auf die Idee kommen, diese Vorfälle seien inszeniert, da sie dem Staat einen gewaltigen Dienst erweisen; fast das gesamte linke und demokratische Spektrum spurtet ins kemalistisch-nationalistische Glied zur gemeinsamen Verteidigung des laizistischen Staates - ausgerechnet mit den Parteien und Politikern, die die islamischen Kräfte, bis hin zu den islamistischen Terrorgruppen, gerne gegen die Linken einsetzen und eingesetzt haben.

Das ganze nimmt zum Teil groteske Formen an. So ist die demokratische, aber erzkemalistische Zeitung "Cumhuriyet" seit Monaten damit beschäftigt, nachzuweisen, daß z.B. der Refah-Bürgermeister der Stadt Rize, Yilmaz, und andere bekannte Refah-Politiker kemalistische Nationalfeiertage - die es fast jeden Monat gibt - durch Krankschreiben "schwänzen". Liebstes Thema der Kemalisten ist die angeblich gemeinsame Bedrohung des laizistischen Staates durch kurdische und islamische Bewegungen.

Eines der größten Probleme der türkischen Linken und demokratischen Bewegung besteht darin, daß große Teile nach wie vor der Ideologie des Kemalismus verhaftet sind und im Zweifelsfall Zuflucht vor der "islamischen Gefahr" ausgerechnet beim Staat suchen. So protestierten z.B. nach den Sivas-Ereignissen linke und demokratische Organisationen und Juristen dagegen, daß das Verfahren nicht vor dem Staatssicherheitsgericht (DGM) stattfinden sollte, obwohl genau dieselben Kräfte in der Vergangenheit vehement die Forderung nach Abschaffung der DGM vertreten hatten.

Solange der Staat von der islamischen Bewegung auf diese doppelte Weise profitiert, ist es gleich, ob hinter dem widersprüchlichen Verhalten staatlicher Stellen zwei verschiedene Flügel im Staatsapparat stehen oder ob es sich um ein Spiel mit verteilten Rollen handelt.

nm

30. Vom Polizeigriff zum "Übergriff" - folgenlos? Ansätze zu Gegenwehr und öffentlicher Kontrolle der Polizei

Ansätze zu Gegenwehr und öffentlicher Kontrolle der Polizei - von Rolf Gössner

Autor: Rolf Gössner · Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak374/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:374:16

Wir veröffentlichen hier die überarbeitete und erweiterte Fassung eines Vortrages, den Rolf Gössner im Rahmen der Veranstaltung "Polizei: Dein Feind und Schläger?" am 12. Dezember 1994 in der Hochschule für Wirtschaft und Politik (HWP) in Hamburg gehalten hat.

Rolf Gössner ist Rechtsanwalt und Publizist in Bremen; rechtspolitischer Berater der Fraktion "Bündnis 90/Die Grünen" im Niedersächsischen Landtag; Redakteur der Zeitschrift "Geheim". Neueste Buchpublikationen: Das Anti-Terror-System - Politische Justiz im präventiven Sicherheitsstaat, Hamburg 1991; Die vergessenen Justizopfer des Kalten Kriegs - Über den unterschiedlichen Umgang mit der deutschen Geschichte in Ost und West, Hamburg 1994; Mythos Sicherheit - Der hilflose Schrei nach dem "starken Staat"; Baden-Baden 1995 (erscheint im Mai 1995).

Die Polizei in der Bundesrepublik ist wieder verstärkt ins Gerede gekommen: Eine zunehmende Anzahl von Polizeiübergriffen gegen Angehörige sozialer Minderheiten, bemerkenswerte "Hilfslosigkeit" und Untätigkeit bei der Bekämpfung rechter Gewalt, Verharmlosung des Rechtsradikalismus und fremdenfeindliche, rassistische Einstellungen bei PolizistInnen sorgten in den letzten Monaten und Jahren immer wieder für Schlagzeilen.

Hamburg ist eine Hochburg dieser Polizeigewalt und gerät dieses Jahr nicht das erste Mal in die Schlagzeilen. (1) In letzter Zeit wurden Polizeibeamte der Übergriffe auf Medienvertreter (bekannt sind wahrscheinlich die Fälle Oliver Ness und Marily Stroux), der Freiheitsberaubung, der Nötigung und Körperverletzung gegen AusländerInnen beschuldigt. So seien Festgenommenen zwangsweise Brechmittel verabreicht worden (bei Drogenverdacht), andere hätten sich auf der Wache nackt ausziehen müssen und seien in einzelnen Fällen am ganzen Körper mit Insektenspray besprüht worden; nach ihrer Vernehmung seien AusländerInnen oft weit entfernt von der Wache ausgesetzt worden. (2)

Innensenator Werner Hackmann (SPD) hatte jahrelang begründete Kritik an "seinen" Polizeibeamten fürsorglich zurückgewiesen; jetzt im Herbst ist er wegen solcher Vorfälle zurückgetreten. Ein kompletter Polizeizug wurde wegen des Vorwurfs ausländerfeindlichen Verhaltens aufgelöst. Hunderte von Ermittlungsverfahren gegen verdächtige PolizistInnen sind eingeleitet oder bereits eingestellte sind wieder aufgerollt worden, nachdem sich herausgestellt hat, daß sich PolizistInnen, einem strammen Korpsgeist gehorchend, gegenseitig gedeckt, Beweismittel vernichtet und die zuständigen Staatsanwälte zu allem Überfluß auch nachlässig ermittelt hatten ("Verdacht einer zu schnellen Ermittlungspraxis"). (3)

Hier zeigt sich wieder ein altbekanntes Phänomen: Die gesetzliche Kontrolle der Polizei funktioniert äußerst schlecht, die Aufklärung der polizeilichen Gewalttaten verläuft schleppend, die Täter werden häufig gedeckt, der Apparat blockt und der Korpsgeist innerhalb der Polizei reicht offenbar bis in die Justiz.

Rückblende

Lassen Sie mich gleich zu Beginn mit einem etwas älteren Zitat beginnen:

Den Anstoß gab ein Polizist: Rudolf Oltmanns. Er tat zehn Jahre lang auf einem Bremer Revier Dienst - ein durchschnittlicher "Freund und Helfer", eine mittlere Großstadt, ein kleinbürgerlicher Stadtteil. Besondere Vorkommnisse: Übergriffe von PolizistInnen auf BürgerInnen. Fast jeden Tag, jede Nacht. Beschimpfungen, Schläge - bis hin zu Treppenstürzen. Rudolf Oltmanns über seine Erfahrungen im Bremer Polizeidienst u.a.: "Für meine Wache kann ich sagen: Da geschah in jedem Nachtdienst etwas, ohne Übertreibung. Und wenn es zu Übergriffen kam, dann war es auch immer ziemlich heikel. Dann wurde einer halt mal eben die Treppe runtergestoßen und dann wurde im Bericht geschrieben: ‚Der angetrunkene Soundso, auf dem Weg zur Zelle, fiel die Treppe hinunter und verletzte sich`".

Die Willkür und Vorurteile vieler seiner Kollegen gegenüber in Verdacht geratenen BürgerInnen und vor allem sozialen und politischen Minderheiten trieben den Polizeiobermeister Rudolf Oltmanns zu einem Schritt, der nicht leicht ist für jemanden, der außer dem Beruf des "Ordnungshüters" nichts gelernt hat. Er kündigte bei der Polizei, holte in Abendkursen das Abitur nach und studiert jetzt Agrarwissenschaften ... Was er und Beamte anderer Großstädte aus ihrer Dienstzeit zu berichten haben, sind Erlebnisse, die allzu selten öffentlich bekannt werden. Zwar häuften sich in der letzten Zeit Meldungen über Gewalt im Zusammenhang mit Polizeieinsätzen - doch sie bleiben unzusammenhängende Fragmente in den Lokalteilen der Tageszeitungen. Wir wollten wissen: Was geschieht tatsächlich hinter den - für die Öffentlichkeit meist verschlossenen - Türen deutscher Polizeireviere? Welches Ausmaß hat der Mißbrauch uniformierter Macht?

Dieses Zitat stammt aus dem Jahre 1982 und steht im Vorwort eines Buches, das damals Furore machte: "Der Apparat - Ermittlungen in Sachen Polizei" (Kiepenheuer & Witsch, Köln 1982; aktualisierte Neuauflage 1984). Immerhin ein Bestseller, der sowohl auf Polizeirevieren als auch in vielen Wohngemeinschaften der Republik zu finden war, auch heute noch zu finden ist, falls die WGs überhaupt noch existieren.

Es lohnt sich auch heute noch, gelegentlich in diesem "Enthüllungsbuch" zu blättern; denn es zeigt uns, daß sich seit damals in mancher Hinsicht nicht allzuviel geändert hat. Was Anfang der 80er Jahre beschrieben wurde, das können wir so oder ähnlich auch heute noch erleben. Polizeiübergriffe und unverhältnismäßige Einsätze sind so alt, wie die Polizei selbst. Mal sind sie weniger, mal verstärkt zu verzeichnen, wie Anfang der 80er und seit Beginn der 90er Jahre. Dies hängt, ganz deutlich, zusammen mit äußeren, gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen und Bedingungen. Das alte Motto "Je weniger Sicherheit, desto mehr sogenannte Innere Sicherheit" hat die Polizei in schwierigen Zeiten auszubaden; und sie ist damit selbstverständlich auch überfordert - so viel zu ihrer Entlastung.

Doch sie und die Sicherheitspolitiker haben sich für solche Zeiten durchaus gut gerüstet: Die polizeiliche Allzuständigkeit, die polizeiliche Präventionsentwicklung weit hinein ins Vorfeld von Gefahren ("Gefahrenvorsorge") und Straftaten ("Straftaten-Verhütung" oder "vorbeugende Verbrechensbekämpfung") - all dies führt zu dem verhängnisvollen Trend, soziale Konflikte und Probleme polizeilich "lösen" zu sollen bzw. zu wollen, was dann wiederum tendenziell zu einer Verpolizeilichung des sozialen und politischen Alltags führt.

Das immer wieder aus Polizeimund zu hörende Lamento "wir müssen an der sozialen Front bewerkstelligen und ausbaden, was die (Sozial-)Politik nicht geregelt kriegt", hat durchaus einen wahren Kern. Und wir müssen teils selbstkritisch registrieren, daß der Schrei nach der Polizei seit geraumer Zeit immer lauter wird - auch von seiten der ehemaligen Linken und von liberalen Kräften. Neonazismus, Fremdenfeindlichkeit, rechte Gewalt, wachsende Kriminalität und das sogenannte organisierte Verbrechen - all diese Bedrohungen beflügeln und legitimieren die Idee vom "starken Staat", an dem schon lange gebaut wird und der seinerseits äußerst rechts zu verorten ist.

Der Apparat

Als Mitautor des erwähnten Buches "Der Apparat - Ermittlungen in Sachen Polizei" habe ich damals zusammen mit dem Journalisten und Wallraff-Mitarbeiter Uwe Herzog erstmals öffentlichkeitswirksam aus dem Innern des Polizeiapparates berichtet. Zusammen mit kritischen PolizeizeugInnen (die damals in der Regel anonym bleiben mußten) und mit Opfern von Polizeigewalt haben wir versucht, das Ausmaß der damals gehäuft aufgetretenen Übergriffe und Willkürakte aufzuzeigen, die Ursachen zu ergründen und dabei auch den Polizeiapparat und desssen Strukturen näher unter die Lupe zu nehmen. Zitat aus den damaligen Ermittlungsergebnissen:

Was tagtäglich in bundesdeutschen Polizeirevieren, -wachen und -kasernen geschieht, ist nur eine Folge von Ursachen, die tief im System stecken: in den Strukturen des Polizeiapparates als gewichtiger Teil des gesamten "Spinnennetzes" der "Inneren Sicherheit", das in den vergangenen 15 Jahren einen sprunghaften Ausbau erlebte. Eine personelle, finanzielle und technologische Aufrüstung gigantischen Ausmaßes - betrieben von Polizeistrategen und Politikern auf dem Hintergrund wachsender wirtschaftlicher, sozialer und politischer Krisen. Die "vorsorglichen" Maßnahmen reichen von der Einrichtung von Polizei-Spezialeinheiten über die Schaffung einer undurchsichtigen Computerwelt, in der immer mehr Bürger "verschwinden", bis hin zur Bewaffnung mit größeren Kalibern und Kampfgasen.

Umfassende Untersuchungen beweisen, daß hinter den unzähligen und sich häufenden Polizeiübergriffen, unverhältnismäßigen Einsätzen und dem staatlich mitorganisierten Verbrechen (wie im Falle des Hamburger "Polizeiskandals") eine bedrohliche Systematik steckt, die "Einzelfälle" sozusagen serienmäßig produziert: nämlich die neuen Strukturen und Tendenzen eines Polizeiapparates, der unter dem Vorwand, der Sicherheit des Bürgers zu dienen, in den 70er Jahren personell, finanziell und technologisch hoch aufgerüstet wurde und weiterhin wird - und damit die Sicherheit des Bürgers vor organisierten Eingriffen des Staates in seine Rechte systematisch untergräbt.

Die Auswirkungen können jeden Bürger treffen, jeder kann der nächste sein. Und das um so eher und häufiger, je weiter die Polizeibefugnisse gefaßt sind, der Polizeiapparat ausgebaut wird und die demokratischen Rechte und Freiheiten der Bevölkerung eingeschränkt werden.

Deshalb trifft es auch ganz besonders hart diejenigen, deren Rechte vollkommen beschränkt wurden: die MigrantInnen. Die faktische Abschaffung des Asylrechts, die Verschärfung des Ausländerrechts, die generelle Durchführung erkennungsdienstlicher Behandlungen von AsylbewerberInnen, das Beschwören einer angeblich überdurchschnittlich vorhandenen "Ausländerkriminalität", Razzien in Flüchtlingswohnheimen und auf Baustellen bestärken PolizistInnen in ihrem Denken von minderwertigen AusländerInnen.

Öffentliche Kritik

Dieser Hintergrund, auf dem sich polizeiliches Handeln abspielt, hat sich in den vergangenen anderthalb Jahrzehnten noch erheblich verschärft: Die Polizeiaufrüstung und die Spezialisierung wurden weiter vorangetrieben, geheimpolizeiliche Mittel und Methoden systematisiert und verrechtlicht, unzählige Gesetzesverschärfungen zu Lasten der BürgerInnenrechte sind durchgedrückt worden - und am Polizeiapparat, seinen Strukturen, Hierarchien, an der Ausbildung der PolizistInnen hat sich seither kaum etwas zum Besseren verändert - auch die polizeilichen Feindbilder sind weitgehend geblieben: Der Feind steht immer noch in erster Linie links, gegenüber rechter Gewalt zeigt sich die Polizei untätig bis hilflos ... (4)

Doch: Etwas hat sich sehr wohl geändert, das keinesfalls unterschätzt werden soll angesichts eines doch insgesamt recht autoritätsgläubigen Volkes: Die öffentliche Kritik am erstarkten Polizeiapparat und an grundrechtswidrigem Polizeihandeln sowie die Interventionsbereitschaft haben sich seitdem erheblich entwickelt und verstärkt. Sie hat sich sogar institutionalisiert - und zwar die Kritik von außen, etwa von seiten der Medien, von seiten der Wissenschaft, wobei sich insbesondere ein Projekt bleibende Verdienste erworben hat: die Zeitschrift "Bürgerrechte & Polizei" in Berlin, die bereits seit Ende der 70er Jahre unermüdlich kritische Berichte zur Polizeientwicklung lieferte - und gegenwärtig um ihr Überleben zu kämpfen hat. (5) Und die kritischen Stimmen aus dem Polizeiapparat selbst trauten sich zunehmend, ihr Unbehagen, ihre zum Teil harte Kritik öffentlich zu artikulieren, was allerhand Mut erfordert; etliche wurden dafür diszipliniert und schikaniert. Mittlerweile gibt es neben ein paar liberalen Polizeipräsidenten (Hans Lisken, Düsseldorf; Michael Kniesel, Ex-Polizeipräsident Bonn), seit 1987 die Bundesarbeitsgemeinschaft "Kritischer Polizistinnen und Polizisten", in der sich die Polizeikritik aus dem Innern bündelt und bundesweit Gehör verschafft. (6) Das immerhin ist neu und ermutigend. Das bedeutet auch: Der Polizeiapparat ist nicht mehr in dem Maße wie früher ein monolithischer, von der Öffentlichkeit total abgeschotteter Block.

Mangelnde

öffentliche Kontrolle

Allerdings, und das wiegt schwer, die gesetzliche Kontrolle der Polizei funktioniert auch heute immer noch genauso wenig wie früher. Die gesetzlich zuständigen inner- und außerbehördlichen Kontrollinstanzen, Gerichte und Parlamente, versagen fast durchgängig bei der Aufklärung rechtswidriger Polizeipraktiken. Abgesehen davon, daß die Dunkelziffer der Übergriffe hoch ist, haben die Täter im Falle einer Entdeckung gute Chancen, ungeschoren davonzukommen - in über 90 Prozent der Fälle werden die Ermittlungsverfahren eingestellt, oder das Urteil lautet auf Freispruch "mangels Beweisen". (7) Wenn man bedenkt, was Polizei und Staatsanwaltschaften ansonsten für Anstrengungen unternehmen, um an belastendes Beweismaterial zu gelangen, so ist dieses magere Ergebnis wirklich erstaunlich.

Übergriffe haben insbesondere dann keine Konsequenzen für die PolizeitäterInnen, wenn die Opfer keine Beschwerdemacht haben. Und die meisten Polizeiopfer haben keine: Es sind Angehörige sozialer

Randgruppen oder politischer Minderheiten, die sich oft mangels Kenntnissen oder einfach aus Angst vor Schikanen gegen die Mißhandlungen und Diskriminierungen nicht wehren (können). Und wenn es doch einmal zu einer Anzeige oder Beschwerde kommt, dann ist die Beweislage des Opfers miserabel: Meist ohne eigene ZeugInnen und mit mehreren GegenzeugInnen auf seiten der Polizei konfrontiert, zieht es in einem Strafverfahren oft den Kürzeren. Der Korpsgeist unter PolizistInnen, in anderen Zusammenhängen spricht man von "omerta", ist nach wie vor ausgeprägt und reicht bis hinein in die Staatsanwaltschaften und Gerichte. Staatsanwaltschaften und ihre "Hilfsbeamten", also die Polizei, ermitteln im übrigen weitgehend in einer Sache. Die sogenannte ZeugInnenbetreuung durch FührungsbeamtInnen gehört in solchen Fällen schon zur Routine, wie auch die Einschränkung oder Versagung von Aussagegenehmigungen für beamtete ZeugInnen. Doch selbst vor Beweismittelmanipulationen wird, wie wir aus Hamburg im Fall des mißhandelten Fernsehjournalisten Oliver Ness gehört haben, bei einer für das Opfer ausnahmsweise guten Beweislage nicht zurückgeschreckt. Mit ziemlicher Regelmäßigkeit sieht sich das Opfer bei eigener gerichtlicher Gegenwehr auch noch selbst vom Opfer zum Täter/zur Täterin befördert: "Widerstand gegen die Staatsgewalt" oder "Falsche Anschuldigung" lauten dann die Vorwürfe. (8)

"Bürger kontrollieren/ beobachten die Polizei"

Aus der Tatsache mangelnder Kontrolle des Polizeiapparates, angesichts der bisherigen Polizeientwicklung zu Lasten der BürgerInnenrechte sowie angesichts der oft ausweglosen Situation von Polizeiopfern haben Anfang der 80er Jahre zahlreiche Einzelpersonen und Gruppierungen in verschiedenen Städten der Bundesrepublik, der Schweiz und Österreichs Bürgerinitiativen gegründet, die sich folgende Ziele setzten: die öffentliche Kontrolle des Polizeiapparates und von Polizeihandeln selbst zu organisieren, den polizeilichen Alltag zu untersuchen, Polizeiopfern Hilfe zu leisten und möglichst breit über grundrechtswidrige Polizeigewalt aufzuklären.

"Bürger beobachten/kontrollieren die Polizei" war ihr Name und ihr Programm zugleich. Ich möchte aus dem Gründungsaufruf der Bremer Initiative von 1982 zitieren:

Konkret sehen wir darüber hinaus folgende Aufgabenbereiche:

- Wir verstehen uns als Anlauf-, Beratungs- und Unterstützungsstelle für Polizeigeschädigte und Zeugen polizeilicher Übergriffe (ärztliche und juristische Hilfestellung).

- Wir werden polizeiliche Maßnahmen, wie beispielsweise Großeinsätze bei Demonstrationen, sowie entsprechende gerichtliche Verfahren beobachten, auswerten und dokumentieren.

- Bei gravierenden Vorfällen und aufgrund eingehender Untersuchung werden wir die Öffentlichkeit informieren.

- Soziale Randgruppen, wie etwa Ausländer, Obdachlose, Drogenabhängige, politisch Verfolgte, sind Maßnahmen besonders häufig und hilflos ausgesetzt. Auch hier wollen wir konkret mit unserer Arbeit ansetzen.

In diesem Zusammenhang rufen wir alle von grundrechtswidriger Polizeigewalt Betroffenen zur Gegenwehr und Mitarbeit in der Bürgerinitiative auf. Alle kritischen Polizeibeamten werden aufgerufen, ihre Rolle innerhalb des abgeschotteten, anonymen und übermächtig gewordenen Polizeiapparates zu überdenken und entsprechende Konsequenzen zu ziehen.

Nach einem entsprechenden Aufruf in unserem Buch "Der Apparat - Ermittlungen in Sachen Polizei" haben sich in insgesamt 13 Städten in sieben Bundesländern solche BüPo-Initiativen nach dem Vorbild der Bremer Gruppe "Bürger beobachten die Polizei" gebildet.

Eine kurze kritische Beurteilung dieser Initiativen und ihrer Arbeit aus heutiger Sicht: Die Gründung derartiger Gruppen ist ein wichtiger Ansatz der Organisierung polizei- bzw. staatskritischer, bürgerrechtsorientierter Kräfte unterschiedlicher politischer Provenienz. Es hat sich jedoch herausgestellt, daß die programmatische Einschränkung auf Polizeikontrolle angesichts der gesamten Sicherheitsentwicklung zu begrenzt war. Es hat sich weiter herausgestellt, daß solche Initiativen in ihrem Bestand sehr "konjunkturabhängig" sind, d.h. sie sind/machten sich davon abhängig, was ihnen die Gegenseite an Fällen, Übergriffen, Skandalen präsentierte. Sie arbeiteten häufig zu punktuell und skandalorientiert, anstatt entwicklungsorientiert im Sinne einer

kontinuierlichen, auch theoretischen Arbeit über Hintergründe und Strukturen. Sie arbeiteten weitgehend zu isoliert, anstatt ihre Arbeit einzubinden in die der politisch-sozialen Bewegungen, um deren Widerstandsbedingungen zu schützen und zu erweitern. Hieraus ergab sich eine gewisse Kurzatmigkeit und Instabilität. Die politische Orientierung war zu defensiv. Dennoch gab es recht positive Ansätze einer gewichtigen Informationsarbeit (z.B. die Broschüren der Bremer BüPo "Die unheimliche Sicherheit" und "Restrisiko Mensch") und erfolgreiche Einzelbetreuungen mit teilweise beachtlicher Wirkung.

Diese außerparlamentarischen Kontrollansätze sind Ende der 80er Jahre wieder sang- und klanglos von der Bildfläche verschwunden, übrigens parallel zu den verschiedenen politisch-sozialen Bewegungen, Volkszählungsboykott-, Friedens- bzw. Anti-AKW-Bewegung. Nicht zuletzt hieran zeigt sich, daß außerparlamentarische Bürgerrechtspolitik nur sehr schwer isoliert und abgehoben betrieben werden kann, sondern nur eingebunden in sozial-politische Bewegungen, die neben ihrem Hauptanliegen auch um ihre (rechtlichen) Kampf- bzw. Widerstandsbedingungen kämpfen müssen.

Der mangelnde außerparlamentarische Schub macht es gegenwärtig auch so schwer, bessere Bedingungen für die Kontrolle der Polizei einzufordern und durchzusetzen.

Kontrollforderungen

In diesem Zusammenhang sind meines Erachtens folgende Forderungen zu diskutieren: (9)

1. Die Bildung unabhängiger Polizeikontroll- bzw. -untersuchungsausschüsse (Räte) auf verschiedenen Ebenen; darüber hinaus die Schaffung der Institution eines oder einer weitgehend unabhängigen Bürger- bzw. Polizeibeauftragten, der oder die, ähnlich wie Datenschutzbeauftragte, mit besonderen Kontrollbefugnissen ausgestattet sein müßten (u.a. Akteneinsichtsrecht, Kontrolle vor Ort). In Schweden gibt es sogenannte BürgerzeugInnen, die jeweils vom Rat einer Gemeinde gewählt werden und die Polizeiarbeit im Distrikt kontrollieren.

Eine solche Einrichtung könnte die Kontrolle professionalisieren und effektiver gestalten. Die Anbindung müßte an die Kommunalräte, die Landtage und den Bundestag erfolgen; die Beauftragten müßten einer öffentlichen Berichtspflicht unterliegen.

Es gibt aber auch ernstzunehmende Kritik an einem solchen Modell: Weil damit die Tendenz verbunden sein könnte, die Kontrolle nun ihrerseits zu bürokratisieren und in den Staatsapparat zu integrieren, so daß am Ende die Polizeibeauftragten eher die ehrbaren Makler exekutiver Interessen und Forderungen an den Bürger, denn wirkliche Kontrolleure der Apparate im Dienste der Bürger sind.

2. Offene Kennzeichnung von Polizeibeamten, also Namensschilder oder Dienstnummern: Die Erfüllung dieser alten demokratischen Forderung soll mithelfen, die Anonymität von Polizeigewalt aufzubrechen und damit die Möglichkeit der Identifizierung von Polizeitätern und PolizeizeugInnen zu erleichtern.

3. Freie und kostenlose Einsicht in Polizeiakten im Rahmen der Einführung des "Freedom of Information Acts" (freier Zugang zu Informationen der staatlichen Verwaltung). Ein solches Recht wird den BürgerInnen beispielsweise in den USA und in den skandinavischen Ländern garantiert. Die parlamentarische Versammlung des Europarates empfahl den Regierungen und Parlamenten der europäischen Mitgliedsstaaten bereits 1979 in einer Entschließung, Informationsfreiheit und Zugang der Öffentlichkeit zu Regierungsunterlagen zu gewährleisten.

4. Stärkung der Rolle der Medien bei der Kontrolle staatlichen Handelns: Volle Informationsfreiheit vor Ort bei polizeilichen Einsätzen für JournalistInnen, FotografInnen und Kameraleute; kein "Recht am eigenen Bild" für staatliche Funktionsträger im Einsatz; Zeugnisverweigerungsrecht für JournalistInnen und FotografInnen, auch was selbstrecherchiertes und -angefertigtes Material, wie etwas Fotos, betrifft ...

Polizeireformen

Allerdings: Die Verbesserung der Kontrollbedingungen, so wichtig sie auch sind, reicht bei weitem nicht aus, um dem Problem einigermaßen gerecht zu werden. Es bedarf darüber hinaus apparativer, rechtlicher und politischer Veränderungen: Sicher ist die Utopie einer polizeifreien Gesellschaft in einer auf struktureller ökonomischer Ungleichheit und Ungerechtigkeit basierenden Gesellschaft kaum vorstellbar. Doch kann ein allmähliches Zurückdrängen der Polizei aus sozialen und politischen Problemfeldern, verbunden mit der

parallelen Entwicklung sozialverträglicher Einrichtungen und sozialer Dienste, ein wichtiger Anfang sein, in jene Richtung weiterzudenken.

Darüber hinaus müssen strukturelle Hindernisse gesetzt und eine umfassende Polizei- und Gesellschaftsreform eingeleitet werden. Das Land Niedersachsen ist gerade dabei, eine unter rot-grüner Regierung (1990-5/94) ausgearbeitete, großangelegte Polizeistrukturreform umzusetzen; der Reformansatz ist positiv zu werten, doch wie die Umsetzung unter der jetzigen SPD-Alleinregierung weiterbetrieben wird, ist noch nicht abzusehen.

Ich möchte nur einige, mir für eine grundlegende Polizeireform wichtig erscheinende Punkte benennen:

1. Reduzierung der vergleichsweise hohen personellen Polizeistärken und der enorm gestiegenen Finanzmittel zugunsten staatlicher und selbstorganisierter sozialer Einrichtungen und Dienste mit demokratischer Teilhabe.

2. Einleitung von Dezentralisierungsmaßnahmen, um dem jahrzehntelangen Prozeß der Zentralisierung des Polizeiapparates auf Länder- und Bundesebene entgegenzuwirken.

3. Beendigung der Polizeispezialisierung (GSG 9, SEK, MEK, Wacheinheiten, EbLTs, KOBs etc.) und der geheimpolizeilichen Entwicklung: Polizei muß wieder prinzipiell offen, berechenbar und kontrollierbar handeln und sich in Aufgabenbestimmung und Methoden von den Geheimdiensten unterscheiden (Trennungsgebot).

4. Herauslösung der Polizeiausbildung aus dem nach wie vor bestehenden geschlossenen System und aus der kasernierten Bereitschaftspolizei (am besten Eingliederung in Einzeldienst), sowie die Öffnung der Polizeischulen bzw. Fachhochschulen für externes Lehrpersonal, d.h. auch Öffnung des Ausbildungssystems hin zur Gesellschaft. Abbau der auf Befehl und Gehorsam ausgelegten hierarchischen Strukturen zugunsten von eigenverantwortlichem, selbständigen und kritischen Arbeiten. Außerdem: Deeskalations- und Konfliktbewältigungsstrategien ... Und:

5. Einbeziehung von MigrantInnen in den Polizeidienst, aber nur als reine Antidiskriminierungsmaßnahme - nicht zur Rekrutierung fremdsprachiger Untergrundagenten für Szenen, in denen deutsche verdeckte Ermittler kein klandestines Polizeibein auf die Erde bringen würden.

Und zu guterletzt: Weder Kontrollverbesserungen noch eine weitgehend isolierte Polizeireform reichen aus, wenn die Politik - die Politik der sog. Inneren Sicherheit und die Umwelt-, Wirtschafts- und Sozialpolitik - die alte bleibt. Denn eine weitgehend demokratische, sozial eingestellte und nicht-rassistische Polizei wird es in Deutschland so lange nicht geben, solange sie einen Staat mit Polizeigewalt vertritt, der eine Politik der Sozialdemontage, des Grundrechtsabbaus und eine im Grunde rassistische Migrationspolitik betreibt.

Wer sich hiergegen nicht auch zur Wehr setzt, soll sich über Polizeiübergriffe nicht beklagen. Wer sich allerdings hiergegen zur Wehr setzt, wird auf Polizeigriffe und -übergriffe nicht lange warten müssen.

Anmerkungen:

1) vgl. dazu auch: Gössner/Herzog, Im Schatten des Rechts - Methoden einer neuen Geheim-Polizei, Köln 1984, S. 15 ff. (zum damaligen Hamburger Polizeiskandal)

2) vgl. Plog, Überprüfung erhärtet Verdacht gegen Hamburger Polizei, in: Frankfurter Rundschau vom 15.11.94

3) Von Appen, "Polizeiübergriffe aus rassistischen Motiven". Hamburger Polizeiskandal weitet sich aus, in: die tageszeitung vom 15.11.94, S. 1

4) S. dazu: Gössner, Das Anti-Terror-System - Politische Justiz im präventiven Sicherheitsstaat, Hamburg 1991; Gössner (Hrsg.), Mythos Sicherheit - Der hilflose Schrei nach dem "starken Staat", Baden-Baden 1995 (erscheint ca. Mai 1995).

5) Red. Bürgerrechte & Polizei (cilip), Malteserstr. 74-100, 12249 Berlin. Auch der ak analysiert und kommentiert erfreulicherweise kontinuierlich und kritisch die Entwicklung der sog. Inneren Sicherheit.

6) BAG Kritische Polizistinnen und Polizisten, c/o Reinhard Borchers, Gärtnerstr. 21, 20253 Hamburg

7) Vgl. dazu: Brusten, Strafverfahren gegen Polizeibeamte in der BRD, in: Kriminologisches Journal - 4. Beiheft: Polizei-Politik, Weinheim 1992, S. 84 ff.

8) Eingehender dazu: Gössner/Herzog, Staatsgewalten unter sich - Wer kontrolliert die Polizei, Bremen 1983, S. 21 ff.

9) S. dazu auch Forderungskatalog in: Gössner, Widerstand gegen die Staatsgewalt - Handbuch zur Verteidigung der Bürgerrechte, Hamburg 1988, S. 205 ff.; Forderungskatalog der BAG Kritische PolizistInnen, des Instituts für Bürgerrechte & Öffentliche Sicherheit sowie der Zeitschrift "Bürgerrechte & Polizei", in: taz vom 25.11.94; Mahr, Kontrolle der Polizei muß sein, sowie Such, Namen- und Nummernschilder ..., in: Kriminologisches Journal 1992, a.a.O., S. 116 ff.

31. Algerien - eine Tragödie hinter verschlossenen Türen

von Tahar Ben Jelloun

Autor: Tahar Ben Jelloun, aus: La Repubblica · Rubrik: Algerien · CD-Datei: daten/aksuche/ak374/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:374:19

"Ruhe oder wir erschießen euch!" Seit einigen Wochen informieren nur noch die Kommuniqués des algerischen Innenministers die öffentliche Meinung über das, was im Lande geschieht, und geben wöchentlich Berichte über die getöteten mutmaßlichen islamischen Terroristen. Dagegen werden die militärischen und zivilen Opfer verschwiegen oder verkleinert. Die Einbahnstraßen-Information ist ein Zeichen von Schwäche. Vielleicht um die Welt daran zu erinnern, daß die islamischen Kräfte weiterhin kriegerische Absichten hegen, haben sie ausgerechnet am Weihnachtstag den Airbus der Air France entführt: an dem Tag, an dem sich auch der Sieg der Islamischen Front bei den Parlamentswahlen, die dann von den Herrschenden annulliert wurden, zum dritten Mal jährte.

Auch wenn es ohne Abstimmung mit den Führern der islamischen Bewegung stattgefunden haben sollte, beweist dieses Kommandounternehmen vier Dinge: 1. Die algerische Regierung ist nicht in der Lage, die Sicherheit des Landes zu gewährleisten. 2. Die Internationalisierung des Konflikts (auch wenn diesmal nur Frankreich einbezogen ist) kommt nur den Islamisten zugute. Die Massenmedien der Welt haben drei Tage lang von ihnen gesprochen. 3. Die Isolierung Algeriens bedeutet die Demütigung einer Regierung, die nicht in der Lage war, der mit der Flugzeugentführung von ihrem eigenen Boden aus verbundenen Herausforderung zu begegnen. Die französische Regierung hatte keine Skrupel, den algerischen Staat schwer zu beleidigen. Balladur benutzte viele Male das Wort "erfordern", als er von den Verhandlungen zwischen seinen und den Geheimdiensten Algeriens sprach. 4. Die Islamisten suchten Frankreich so direkt wie möglich in ihren Kampf hineinzuziehen. Nach dem Angriff auf das Flugzeug und der Erschießung von vier Mitgliedern des Kommandos können sie sich berechtigt fühlen, auch auf französischem Boden zu operieren. Sie haben sich dafür entschieden, als Vergeltungsmaßnahme vier Ordensgeistliche von Tizi-Ouzou zu erschießen, drei Franzosen und einen Belgier. Der Krieg mit Europa, und vor allem mit Frankreich, ist damit implizit eröffnet.

Diese neue Situation darf nicht die immer willkürlicheren Methoden vergessen lassen, die von der Polizei und der Armee bei der Bekämpfung des Terrorismus angewandt werden.

Tag für Tag schwinden die Hoffnungen dieses Volkes. Es scheint, als ginge es allein darum, haufenweise Tote zu produzieren, die in Massengräber geworfen werden. Wie unter einem Fluch vergießt Algerien das eigene Blut, tötet die eigene Intelligenz und bringt Frauen und Kinder um oder läßt sie umbringen. Nach einer Aufstellung, die am 22. Dezember in der unabhängigen Tageszeitung Le Matin veröffentlicht wurde, wurden zwischen dem 7. August 1993 und dem 19. November 1994 211 Frauen getötet, davon 18 Hellseherinnen und Kartenlegerinnen, deren einziges Verbrechen es war, die Zukunft vorherzusagen.

Dem sinnlosen Unglück, dem sinnlosen Tod folgt eine neue Art von Nihilismus: der Nihilismus der Wiederholung. So antwortet auf die schreckliche Gewalt der islamischen Extremisten die grenzenlose Brutalität der algerischen Regierung. Zu bezahlen haben immer dieselben: das Volk, das allein, verlassen ist wie die beiden Kinder, deren Schuld es war, in einem Pausenhof zu spielen, der zum Ort der Konfrontation zwischen zwei rivalisierenden Banden wurde. Zeugen wurden entfernt, insbesondere ausländische Beobachter, Journalisten und Verteidiger der Menschenrechte. Seit mehr als zwei Jahren wird nicht eine ausländische Zeitung mehr an den Kiosken verkauft.

Mehr als 600 Schulen wurden teilweise zerstört oder angezündet, 178 Rathäuser abgerissen. Sabotageaktionen trafen die Zentren des Landes und fügten den Strom- und Gasleitungen schwere Schäden zu. Wenn sie nicht Ziel der Islamisten sind, werden die Journalisten von Verboten und Prozessen durch die Regierung bedroht: Während sich die Terroristen zu ihren blutigen Aktionen bekennen und freimütig via Massenmedien über "befreite Gebiete" sprechen, schlägt das Regime gewaltsam zurück und verweigert jeden Dialog.

Vielleicht hat sich in der algerischen Armee jemand an das Mittel erinnert, das 1983 die syrische Regierung bei der physischen Liquidierung von 2.000 Muslim-Brüdern anwandte, die sich in dem Städtchen Hama versammelt hatten: Flächenbombardements, ein fast totales Massaker. Einigen Überlebenden ist es zum Glück gelungen zu flüchten und auszusagen. Ohne sie hätte die Welt nie erfahren, was in dieser entsetzlichen Nacht geschehen ist. Den libanesischen Falangisten zufolge endete diese "definitive" Operation mit 2.000 Toten. Damaskus hat die Nachricht nie dementiert oder bestätigt.

Aktuell haben die repressiven Kräfte in Algerien eine radikale Lösung gewählt: Sie nehmen in Kauf, daß Tausende von Unschuldigen sterben. Das ist das Gesetz des Krieges, eines nicht erklärten Krieges. Schrittweise wurde ein System völliger Abschottung errichtet, um das Werk der "Säuberung" zu vollenden. Die Algerier, die es schaffen, das Land zu verlassen, versorgen die internationale Presse mit ihren Zeugenaussagen, während die europäischen Regierungen diskretes Schweigen bewahren und die anderen Maghreb-Staaten nicht in dieses Drama hineingezogen werden wollen. Jedenfalls hat niemand den Mut, der algerischen Regierung die Methoden vorzuwerfen, die sie bei der Bekämpfung der islamischen Guerilla anwendet. Nur Amnesty International und einige Menschenrechtsorganisationen haben ihre Stimme hören lassen und verurteilende Texte veröffentlicht. Unterdessen zeigt das Verhalten der französischen Regierung bei der Behandlung der Airbus-Affäre, daß Frankreich kein Vertrauen mehr in die algerischen Regierenden setzt.

Der islamische Gipfel, der vom 13. bis 15. Dezember in Casablanca stattfand und mehr als 40 Staats- und Regierungschefs zusammenführte, hat Algerien in seiner Position gestützt, denn er hat unmißverständlich das integristische (islamistische; Anm. ak) Phänomen verurteilt und sich verpflichtet, "sich der Billigung falscher integristischer Aktionen zu enthalten, die in einer fremden Nation stattfinden." Dieser Appell zur Nicht-Einmischung und zur friedlichen Koexistenz entsprach den Forderungen des algerischen Regimes: Er hat es dem Außenminister gestattet, den Presseorganen Erklärungen zu übermitteln, in denen er bekräftigt, daß Algerien bei der Lösung seiner internen Probleme sei.

Der Kampf zwischen der Armee und den islamischen Bewegungen ist total. Jeder Versuch des Dialogs ist gescheitert: Gegenwärtig sind Auswege aus der Krise, die schon so lange dauert, nicht erkennbar. Das Land wurde immer von Militärs regiert, und so gibt es weder demokratische Traditionen noch politische Alternativen. Der Stärkste, der Gewalttätigste gewinnt. Die Niederlage der Regierung Lamine Zeroual im Fall der Flugzeugentführung ist im Zentrum der Aufmerksamkeit. Die Dinge entwickeln sich zur äußersten Radikalisierung der entgegengesetzten Positionen, um so mehr als Frankreich sich in einen Krieg hat verwickeln lassen, in dem es sich von Anfang an nicht offiziell positionieren wollte, während es heimlich mit den Islamisten verhandelte und dem Staat Material für den Anti-Guerilla-Krieg verkaufte. Aber man kann nicht an einem Fuß zwei Schuhe tragen.

Tahar Ben Jelloun wurde 1944 in Fes (Marokko) geboren. Seit 1971 lebt er in Paris. Für seinen Roman "Sohn ihres Vaters" erhielt er den Preis der antirassistischen Bewegung SOS Racisme, für "Die Nacht der Unschuld" den Prix Goncourt, den bedeutendsten französischen Literaturpreis. Zu seinen ins Deutsche übersetzten Büchern gehören außerdem: "Die tiefste der Einsamkeiten", "Der Gedächtnisbaum", "Tag der Stille in Tanger" und "Mit gesenktem Blick", alle erschienen im Rowohlt-Verlag, Reinbek. Den vorliegenden Text entnahmen wir der italienischen Tageszeitung La Repubblica vom 30.12.1994; Übersetzung: Js.

32. Gesellschaftsvertrag statt Klassenkampf? Thesen des PDS-Vorstandes zum 4. Parteitag (Dokumentation)

Dokumentation der Thesen des Parteivorstandes der PDS zum 4. Parteitag

Rubrik: PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak374/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:374:10

1. Ein "Weiter so" wird es unter der neuen Kohl-Regierung nicht geben. Der in vielen Jahren erkämpfte sozialstaatliche Kompromiß der alten Bundesrepublik ist von den Neokonservativen und Unternehmerverbänden aufgekündigt worden. Der jetzt propagierte "Umbau des Sozialstaates" erweist sich als umfassender Abbau sozialer Leistungen und Rechte.

In Deutschland fehlen über 6 Millionen Arbeitsplätze. Der schwache Aufschwung bringt kaum Entlastungen. Im Zuge der Steigerung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit werden weitere Arbeitsplätze auf der Strecke bleiben.

In dieser Situation fordern Industrie und Banken von der Bundesregierung den "Umbau", d. h. die Zerstörung, des Sozialstaates: langfristige Lohnkostensenkung, Abschaffung des sozialen Wohnungsbaus und Verschlechterung des sozialen Mietrechts, Aushöhlung der Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung. Das führt zu weiterer Entsolidarisierung und Spaltung der Gesellschaft.

Die Politik der Bundesregierung unterläuft Verfassungsgrundsätze und baut den sozialen und demokratischen Rechtsstaat ab. Autoritäre Strukturen und soziale Willkür treten an die Stelle von Sozialstaatlichkeit und Bürgerwillen. Noch nie war die Macht des Finanzkapitals so groß und der Einfluß der privaten und regierungsnahen Medien so stark. Rechtsradikalismus und Rassismus erhalten Rückhalt aus der Mitte der Gesellschaft. All das gefährdet die Demokratie.

Dieser Entwicklung muß entschlossener Widerstand entgegengesetzt werden. Gegenwärtig fehlt ein starker außerparlamentarischer Druck von sozialen und demokratischen Bewegungen. Die Gewerkschaften befinden sich in der Defensive.

Die Vereinigung und das konservative Konzept vom Wirtschaftsstandort Deutschland müssen als Vorwand für Steuererhöhungen, Sozialabbau, Abschaffung tariflicher Rechte herhalten. Die Herrschenden setzen auf Spaltung: West gegen Ost, Deutsche gegen Ausländer, Lohnabhängige gegen Sozialhilfeempfänger. Die eigentlichen gesellschaftlichen Widersprüche werden so verschleiert.

Der Osten bleibt vorerst eine Region niedrigerer Löhne, höherer Erwerbslosigkeit, geringerer sozialer Standards, minderen Rechts. Die West-Industrie frißt die Ost-Industrie. Die Rückübertragung privaten bzw. privat genutzten Eigentums an die sogenannten Alteigentümer geht weiter. Die Ergebnisse der Bodenreform sind in Gefahr. Ostdeutsche Biographien werden nach wie vor mißachtet und beschädigt. Die PDS findet sich weder mit der Ost-West-Spaltung noch der sozialen Spaltung und erst recht nicht mit der politischen Methode der Spaltung ab. Sie leistet Widerstand und organisiert Solidarität. Sie ist die Partei, die ostdeutsche Interessen als integralen Bestandteil einer alternativen Reformpolitik für ganz Deutschland begreift und damit einen tatsächlichen Beitrag zum Abbau der inneren Spaltung leistet.

2. Die Regierung ist geschwächt aus den Wahlen hervorgegangen, der Neokonservatismus jedoch nicht. Die Oppositionsparteien sind stärker geworden. Die PDS hat ihre parlamentarischen Positionen deutlich verbessert. Für einen Politikwechsel und eine Reformmehrheit ist konsequente linke Opposition - ist die PDS notwendig.

Wirtschaftliche Hoffnungen gepaart mit Angst vor Veränderungen in weiten Kreisen der Bevölkerung führten zum erneuten Wahlsieg von CDU/CSU und FDP. Die neokonservativen Kräfte, gestärkt aus dem Zusammenbruch des "Realsozialismus" und der deutschen "Einheit" hervorgegangen, haben sich als handlungsfähig erwiesen. Sie sind auch gegenwärtig die gesellschaftsbestimmende Kraft.

Die knappe parlamentarische Mehrheit macht es den Regierenden schwerer, ihren Kurs durchzusetzen. Nicht auszuschließen ist, daß die Regierungskoalition die Legislaturperiode nicht übersteht und ein Wechsel zur

Großen Koalition erfolgt. Ein grundlegender Wechsel in der Politik wird so jedoch nicht eingeleitet. Er setzt die Hegemonie von Reformkräften, ihre Kraft und ihren Willen zum Wechsel voraus.

Die SPD ist dabei, ihren Platz als linke Volkspartei, die die Interessen der sozial Schwachen und eine Reformpolitik vertritt, weitgehend zu räumen. Die dominierenden Kräfte dieser Partei orientieren sich auf eine Große Koalition. Die FDP hat wichtige liberale Positionen preisgegeben, ihre Zukunft ist unsicher. Bündnis90/DIE GRÜNEN stehen in komplizierten Auseinandersetzungen: Neben linksalternativen Mehrheiten gibt es Kräfte, die den Platz der FDP besetzen wollen, andere befinden sich im Sog der SPD, wiederum andere liebäugeln sogar mit den Konservativen. Widersprüche zwischen Bündnis '90 und Grünen, zwischen Programmatik und Politik, Basis und Spitze brechen auf. CDU und CSU agieren als Kanzlerparteien. Schritte auf eine Reform als Volksparteien sind im Sand verlaufen. Die Wahlniederlage der Republikaner zeigt die gegenwärtigen parlamentarischen Grenzen des Rechtsextremismus als selbständige politische Formation. Nationalismus, Rassismus und ausländerfeindliche Positionen sind damit jedoch nicht zurückgedrängt, sondern in den neokonservativen Parteien "aufgehoben".

Die etablierten Parteien halten an ihrem alten Dogma fest: Sozialistinnen und Sozialisten haben in Staat und Parlamenten nichts zu suchen. Sie wollen keine einflußreiche und parlamentarisch verankerte sozialistische Partei in Deutschland dulden. Meinungsverschiedenheiten gibt es unter ihnen über die wirksamste Methode, wie die PDS ausgeschaltet werden soll: Ausgrenzung, Kriminalisierung, persönliche Diffamierung von PDS-Politikerinnen und -Politikern, Ausdifferenzierung und Aufspaltung des Mitglieder- und Wählerpotentials der PDS.

Die Kräfte für ein Zusammenwirken mit der PDS sind in der Minderheit. Die Angriffe auf der PDS werden verschärft.

Eine Mehrheit für demokratische und soziale Reformen kann einen Wechsel in der Politik bewirken. Ohne die PDS gibt es diesen Wechsel nicht. Wir sind uns des Konkurrenzverhältnisses der Oppositionsparteien links von CDU/CSU und FDP bewußt. Die PDS will den produktiven Streit um kreative und konsequente Reformalternativen. Sie lehnt aber gegenseitige Ausgrenzungen und Bevormundung ab. Die Ausgrenzung der PDS schwächt die demokratische Opposition als Ganzes.

II.

3. Die politischen Konfliktfelder der nächsten Jahre sind absehbar: Massenarbeitslosigkeit, Armut, Sozialstaat, Ausgleich zwischen Ost und West, Erwerbsarbeit, Deutschland als Einwanderungsland, ökologische Umkehr, Gleichstellung der Frau, Perspektiven für Kinder und Jugendliche, Umgang mit Minderheiten, Wohnen, innere Sicherheit, Rüstungsexport und Bundeswehreinsätze im In- und Ausland.

Die guten Wahlergebnisse der PDS verbessern die Möglichkeit, gemeinsam mit Betroffenen, mit Initiativen und Parteien, Widerstand zu organisieren und alternative Konzepte einzubringen. Die PDS will, daß die Menschen Politik unmittelbarer mitgestalten können. Sie stellt scheinbare Sachzwänge als Interessen bloß. Sie setzt auf Menschen, die vernünftige Argumente für ihre Forderungen haben. Sie stärkt ihnen den Rücken und ermuntert zum Widerstand.

* Armut ist kein Randgruppenproblem. Millionen Menschen in der reichen Bundesrepublik sind arm, besonders betroffen sind Kinder. Die PDS erarbeitet gemeinsam mit Betroffeneninitiativen Konzepte zur Armutsbekämpfung, die außerparlamentarische und parlamentarische Handlungsmöglichkeiten von den Kommunen bis zum Bundestag erschließen.

Vorgelegt und parlamentarische Initiativen ergriffen haben wir für eine soziale Grundsicherung. Sie bleibt auf der Tagesordnung.

* Reformen kosten Geld. Die PDS hat Eckpfeiler für eine sozial-ökologische Steuerreform vorgelegt, für eine Entprivilegierung des Finanzkapitals und für eine Umverteilung von oben nach unten vorgelegt. Das jetzige Steuersystem muß entbürokratisiert und transparenter werden.

* Die PDS ist aktiv gegen Nationalismus, Rassismus und Rechtsextremismus. Sie bekräftigt ihre Forderung nach offenen Grenzen für Menschen in Not; konkrete Hilfe für Betroffene, einschließlich zivilen Ungehorsams. Ein republikanisches Staatsbürgerschaftsrecht, doppelte Staatsbürgerschaft, gleiche Rechte für

EinwanderInnen sind nötig. Wachrüttelnde politische Aktionen sind erforderlich, damit Rechtsextremismus und Rassismus gesellschaftlich geächtet werden.

* PDS-Umweltpolitik richtet sich auf konkrete Projekte wie Ausstieg aus der Atomenergie, Ausbau öffentlicher Verkehrssysteme, Verhinderung des Transrapid, Energiesparen und Sanierung ökologischer Altlasten. Wir verkennen nicht die dabei auftretenden Interessenkonflikte und suchen nach Lösungen, die soziale und ökologische Erfordernisse berücksichtigen.

* Gleichstellung der Frau, in allen gesellschaftlichen Bereichen, unter anderem durch gesetzlich verankerte Quotenregelungen im Gleichstellungsgesetz, in Tarifverträgen und im Betriebsverfassungsgesetz - dafür treten wir ein. Keine Frau darf bei einer ungewollten Schwangerschaft inquisitorischen Befragungen und Diskriminierungen ausgesetzt sein. Die PDS bleibt dabei: Ersatzlose Streichung des § 218.

* Die PDS fordert das Recht von Kindern auf einen Kindertagesstättenplatz ein, das Recht von Jugendlichen auf eine gute Ausbildung und selbstbestimmte Freizeitgestaltung. Kinder haben das Recht auf höheres Kindergeld, Jugendliche auf eine elternunabhängige Ausbildungsförderung.

* Die Neokonservativen tolerieren und schüren Vorbehalte gegen gesellschaftliche Minderheiten. Die PDS streitet parlamentarisch sowie außerparlamentarisch gegen die Ausgrenzung von Minderheiten und für ihre gesellschaftliche Akzeptanz. Ein Antidiskriminierungsgesetz wird dringend gebraucht.

* Zu hohe Mieten belasten Millionen Menschen. Die Wohnungsnot hat, vor allem in den städtischen Ballungszentren, dramatische Ausmaße angenommen. Mietstopp wäre wichtig, reicht aber nicht. Wohnungen dürfen nicht allein Marktobjekt sein, Bodenspekulation muß unterbunden werden. Gesetzlicher und finanzieller Förderung bedürfen Modelle des sozialen und genossenschaftlichen Wohnungsbaus, die das Lebensumfeld der Menschen einbeziehen. Alternative Lebensformen sollen gelebt werden können. Deshalb müssen Wohnungen für Wohngemeinschaften und Instandbesetzer zur Verfügung stehen.

* Die Regierungskoalition will mit der Lösung von der inneren Sicherheit Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger zugunsten von Eingriffs- und Ausnahmerechten der staatlichen Exekutive einschränken. Für die PDS hingegen muß innere Sicherheit auf den Schutz des alltäglichen Lebens der Menschen vor Kriminalität und Gewalt gerichtet sein. Sie ist nicht durch mehr Polizei, Ausbau der Überwachungssysteme, Abbau des Datenschutzes, verschärfte Strafgesetze und Einschränkung individueller Freiheit zu gewährleisten. Die Bekämpfung der gesellschaftlichen Ursachen, die Kriminalität hervorbringen und begünstigen, ist der geeignete Weg zu mehr Sicherheit.

* Kultur, Wissenschaft und Bildung haben für die Strategie der Konservativen eine herausragende Bedeutung: Als Wirtschaftsfaktor, zur Förderung von Eliten und zur Stabilisierung ihres Wertesystems. In diese Richtung sollen Wissenschaftsentwicklung und Kulturförderung umgebaut und finanzielle Mittel konzentriert werden. Der Ansatz der PDS ist ein anderer: Überfällig ist eine Reform des Bildungswesens, der Schul-, Hochschul-, Wissenschafts- und Forschungspolitik, eine Reform, die demokratisch ist, Chancengleichheit erhöht und Kreativität erschließt.

* Gerechtigkeit für die in Ostdeutschland lebenden Menschen ist notwendig zur Überwindung der Ost-West-Spaltung. Dazu gehört: gleichwertige Anerkennung von Berufsabschlüssen, Eigentums- und Nutzungsrechte der ehemaligen DDR-BürgerInnen an Grundstücken und Gebäuden, Aufhebung des Rentenstrafrechts, Anspruch auf gleichen Lohn und gleiche Einstufung wie im Westen, die Bodenreform darf nicht völkerrechtswidrig rückgängig gemacht werden, Streichung der Altschulden, keine Benachteiligung von ostdeutschen Landwirten - ob genossenschaftlich oder privat. Verzicht auf politische Prozesse, in denen rechtskonformes Verhalten in der DDR rückwirkend strafrechtlich verfolgt wird.

* Die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen zur Rolle Deutschlands in der Welt, der Bundeswehr und der Rüstungsindustrie als Wirtschaftsfaktor nehmen zu. Die PDS wird weiterhin entschieden gegen die aggressive Außen- und Militärpolitik sowie den Rüstungsexport auftreten. Die PDS ist eine Antikriegspartei. Wir lehnen ein Denken und Handeln in Abschreckungs-, Bedrohungs- und Kriegsführungskategorien ab.

4. Ein Reformaufbruch ist notwendig, um zu einem neuen Gesellschaftsvertrag zu gelangen, der Fundamente für eine Lebensweise des 21. Jahrhunderts schafft. Die Neuordnung des gesellschaftlichen Systems der Arbeit und die Demokratisierung der Gesellschaft sind zentrale Punkte des neuen Gesellschaftsvertrages.

Immer mehr Menschen spüren, daß die heutigen Probleme nicht mehr in alter Weise zu lösen sind. Die heutigen Herausforderungen erfordern einen neuen Gesellschaftsvertrag. Die neokonservativen Kräfte haben den in der Nachkriegszeit in sozialen Kämpfen errungenen sozial-staatlichen Kompromiß aufgekündigt. Ihre Gesellschaftsstrategie und Politik zielen auf weitere Entsolidarisierung, Privatisierung und damit auf eine stärkere soziale Spaltung der Gesellschaft.

Wir wollen eine neue Art des Fortschritts. Soziale Sicherheit und Naturbewahrung, internationale Solidarität zwischen armen und reichen Ländern müssen zusammen gedacht und verwirklicht werden. Eine radikale Umkehr in der Politik des Nordens gegenüber dem Süden ist erforderlich. Es droht die Gefahr, daß ein Problem auf Kosten eines anderen gelöst wird. Da es um das Überleben von Gesellschaften geht, wird es trotz aller Widersprüche zwischen den verschiedenen Klassen, Schichten und Gruppen der Gesellschaft ohne eine neue Übereinkunft zwischen ihnen keine veränderte Entwicklungsrichtung in der Produktions-, Konsumtions- und Lebensweise geben.

Ein neuer Gesellschaftsvertrag ist weder kurzfristig zu haben, noch ist er mit einer neuen, demokratisch-sozialistischen Gesellschaft gleichzusetzen. Es geht zunächst darum, den Marktradikalismus und die Privatisierungswelle zurückzudrängen und zu überwinden sowie die gegenwärtig laufende Umverteilung von unten nach oben umzukehren.

Ein neuer Gesellschaftsvertrag entsteht nicht durch "Verhandlungen". Er erfordert den gemeinsamen engagierten Kampf breiter Reformkräfte für Veränderungen und gleichzeitig die Suche nach Konsens. Da es um das Überleben der Menschheit geht, lassen sich die Probleme der Gegenwart und Zukunft nicht mit einem vereinfachten und reduzierten Denken in den Kategorien von Klassenkampf oder Sozialpartnerschaft erfassen.

Es ist notwendig, den Menschen die Ängste vor einem Politikwechsel zu nehmen. Das ist möglich, wenn dieser Prozeß für alle durchschaubar gestaltet wird. Entscheidend ist, die Politik nicht den Parteizentralen und den staatlichen sowie anderen Bürokratien zu überlassen, sondern einen breiten gesellschaftlichen Dialog zwischen den verschiedensten Verbänden, Organisationen, Initiativen zu initiieren und Widerstand zu entfachen. Die PDS wird sich hier mit ihren Positionen und Vorstellungen einbringen.

5. Die Umgestaltung des Systems der Arbeit ist unumgänglich, um die Massenarbeitslosigkeit zu überwinden und zu einer sozial gerechten, solidarischen und ökologisch verträglichen Gesellschaft zu gelangen. Das steht im Zentrum der PDS-Politik: Ohne Sozialstaat kein demokratischer Staat. Ohne Demokratisierung der Wirtschaft keine soziale Sicherheit.

Arbeitslosigkeit ist kein "Schicksal" - weder für den einzelnen noch für die Gesellschaft. Arbeit für alle gibt es genug. Nicht die Arbeit, sondern die Arbeitslosigkeit ist zu teuer. Mit den traditionellen Mitteln der Wirtschaftspolitik allein wird jedoch weder die Massenarbeitslosigkeit überwunden, noch der Weg für eine solidarische Gesellschaft gehbar. Die PDS ist die Partei, die die Umverteilung von Arbeit, Arbeitsmarkt-, Regional- und Strukturpolitik sowie Wirtschaftsdemokratie miteinander verbindet. Sie kämpft dafür, daß Arbeitsplätze gesichert und neue geschaffen werden; sie unterbreitet gleichzeitig Angebote für die Umverteilung der Arbeit.

Die Arbeitszeiten zu verkürzen und neue gesetzlich geschützte flexible Arbeitszeitmodelle vorrangig im Interesse der Beschäftigten einzuführen, das ist heute ein zentraler Ansatz für linke Politik. Gleichzeitig geht es um die Anerkennung der Arbeit in der Familie, bei der Kindererziehung, der Pflege, der Kultur und zur Erhaltung der Natur. Solche Reproduktionsaufgaben dürfen nicht durch Profitinteressen bestimmt sein. Ein solcher Weg eröffnet auch neue Möglichkeiten für die reale Gleichstellung von Frau und Mann.

Bis zum Jahr 2000 muß die Arbeitslosigkeit deutlich reduziert werden. Dazu sind mehrere Wege parallel zu beschreiten, miteinander zu verknüpfen. Zur Umverteilung und Neubewertung von Arbeit und der Verkürzung der Arbeitszeit gehört ebenso eine aktive Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik:

* Stabilisierung der Massenkaufkraft, die der jahrelangen Politik der Senkung von Reallohn und der Kappung von Sozialleistungen ein Ende setzt.

* Öffentliche Investitionen für die Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse wie Wohnen und Verbesserung der soziokulturellen Infrastruktur, Innovationen für einen nachhaltigen Umgang mit den natürlichen Ressourcen.

* Vorausschauende regionale Strukturpolitik, die den Strukturwandel gestaltet, Krisen vorbeugt und Beschäftigungsgesellschaften dort initiiert, wo betrieblicher Arbeitsplatzabbau unvermeidlich ist.

* Reform und Ausbau der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Vor allem dort, wo die Profitsteuerung der privaten Wirtschaft den Beschäftigungszielen widerspricht, muß ein an den tariflichen Standards orientierter öffentlicher Beschäftigungssektor geschaffen werden. Dieser ist für die PDS keinesfalls ein erweiterter zweiter Arbeitsmarkt. Die Beschäftigungsverhältnisse müssen in den Bedarfsfeldern ökologische Sanierung, Sozial- und Krankenbetreuung, Bildung und Kultur etc. langfristig angelegt und zu tariflichen Bedingungen angeboten werden.

All das erfordert eine umfassende Demokratisierung, auch der Wirtschaft: Um die spontane Marktsteuerung einzugrenzen, bedarf es überbetrieblicher Mitbestimmungsformen, einer staatlichen Rahmenplanung und einer gesamtwirtschaftlichen wie regionalen Wirtschaftssteuerung. Die Stärkung der Städte und Gemeinden ist für eine wirkliche bürgerInnennahe Strukturpolitik unverzichtbar.

Das Recht auf Arbeit hat Vorrang vor Profitinteressen. Eine zukunftsorientierte Lebensweise des 21. Jahrhunderts kann es nur geben, wenn wir den Mut zu grundlegenden Veränderungen in den bestehenden Verteilungs- und Eigentumsverhältnissen aufbringen.

6. Ihre Lebensbedingungen können Menschen zu wenig beeinflussen. Sie leiden unter Mangel an Möglichkeiten zur demokratischen Mitgestaltung. Die PDS ist für rechtlich gesicherte Formen der Selbst- und Mitbestimmung der BürgerInnen auf allen Ebenen und in allen Bereichen der Gesellschaft.

Im politischen Alltag ist die Bevölkerung in wichtigen Bereichen von Mitwirkung ausgeschlossen. Wirtschaft und Medien sind weitgehend demokratiefreie Zonen. Parlamente verlieren zunehmend die Kontrolle über die Exekutive und die von der Wirtschaft in Gang gesetzten Prozesse. Ihr Einfluß bleibt begrenzt, solange es in den von ihnen zu kontrollierenden Bereichen selbst undemokratisch zugeht.

Die PDS streitet für eine Erneuerung des Parlamentarismus und der demokratischen Verfaßtheit der Bundesrepublik Deutschland, für Demokratisierung der Wirtschaft, Transparenz, Öffentlichkeit und Kommunikationsfähigkeit. Zur Problemsichtung, -erörterung und -lösung brauchen die Bürgerinnen und Bürger im Sinne unmittelbarer Demokratie zusätzlich zu den Repräsentativorganen rechtlich abgesicherte Verfahren wie Volksbegehren und Volksentscheide und zusätzliche Einrichtungen wie Kammern und Runde Tische.

Der Staat setzt Rahmenbedingungen und sichert die Finanzierung von Bildung, Kultur und sozialen Diensten. Diese Bereiche bieten sich geradezu für Selbstverwaltung an. Dies gilt ebenso für Beschäftigungsgesellschaften und Projekte auf dem zweiten Arbeitsmarkt. Offenheit von Entscheidungsprozessen bedingt qualitativ bessere Möglichkeiten der Information und Kommunikation.

Die Medien sind zu einem politischen Machtfaktor in bisher nicht gekanntem Ausmaß geworden. Ihre öffentliche Kontrolle und Demokratisierung sind unverzichtbar für eine demokratische und humanistische politische Kultur in der Bundesrepublik. Gerade der Medienbereich ist heute ein Wirtschaftsfaktor mit höchsten Wachstumsraten. Außer im alternativen Sektor unterliegen Information und Kommunikation privatem Profitstreben. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk und das Fernsehen sind akut gefährdet. Deshalb engagiert sich die PDS für Erhalt, Ausbau und Demokratisierung der öffentlich-rechtlichen Medien.

Schritte zur Demokratisierung der Wirtschaft zu gehen heißt: staatliche und öffentliche Investitions- und Subventionsentscheidungen werden demokratischer Mitwirkung zugänglich gemacht; Unterstützung von genossenschaftlichen Zusammenschlüssen - als Betriebe, Vertriebs-, Konsum- und Wohnungsbaugenossenschaften. In der Privatwirtschaft brauchen die Beschäftigten am Arbeitsplatz und auf Unternehmensebene qualitativ höhere Mitwirkungsmöglichkeiten; es muß auch die Chance eröffnet werden, in die Verfügungsgewalt über das Kapital einzugreifen.

Zu vielen der genannten Bereiche liegen Erfahrungen und Alternativen vor: Runde Tische, verfaßte Studentenschaft und Mitbestimmungsmodelle, die über das Betriebsverfassungsgesetz hinausgehen. Sie können schon jetzt örtlich, regional und überregional in der Praxis aufgegriffen und weiterentwickelt werden.

7. In den Grundzügen definieren CDU, CSU, FDP und SPD die Rolle Deutschlands in der Welt übereinstimmend machtpolitisch und militärisch. Alternativen für solidarische und nichtmilitärische

Konfliktlösungen werden zunehmend ignoriert. Die PDS hält ein radikales friedenspolitisches Umdenken für überfällig.

Aufgrund seiner ökonomischen Potenzen und seiner geographischen Lage in der Mitte Europas ist Deutschland vor eine neue Verantwortung in der internationalen Politik gestellt. Doch auf die existentiellen politischen Herausforderungen unserer veränderten Welt antwortet das politische Establishment jetzt verstärkt mit Militär, selbstsüchtiger Großmachtpolitik und nationalistischen "Werten".

Dieses in unterschiedlichen Facetten auftretende alte Denken und die ihm folgende Politik sind schwer zu überwinden. Denn: der außenpolitische Grundkonsens zwischen Regierungskoalition und SPD ist verfestigt, außerparlamentarische Friedensinitiativen haben an Einfluß und Mobilisierungsfähigkeit verloren.

Deutschland muß sein großes politisches und ökonomisches Gewicht in der Weltpolitik auf neue Weise einbringen, um das Ausbrechen von Kriegen und Konflikten zu verhindern und zur Lösung der zentralen Probleme unserer Zeit, wie die zunehmende Verelendung des Südens und die drohende Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit, beizutragen. Ohne einen radikalen friedenspolitischen Neuansatz wird dies nicht möglich sein. Die Ablösung von NATO und WEU durch nichtmilitärische Sicherheitssysteme wie die KSZE, ein striktes Verbot des Exports von Rüstungsgütern, die Einstellung jeglicher Militärhilfe sowie der Stopp von Rüstungsproduktion sind wesentliche Voraussetzungen dafür. Eine neue Weltwirtschaftsordnung und die Entschuldung der Staaten der südlichen Hemisphäre sind aktueller denn je.

Die PDS setzt sich deshalb nachdrücklich für ein ziviles, kooperatives und solidarisches Deutschland ein, das in einen gesamteuropäischen Integrationsprozeß eingebettet ist und die Initiative für eine Entmilitarisierung der internationalen Beziehungen ergreift. Um dies zu erreichen, brauchen wir neben parlamentarischen Initiativen eine breite außerparlamentarische Bewegung, die deutsches Großmachtstreben zurückdrängt. Es darf nicht abgewartet werden, bis die ersten deutschen Soldaten bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr Menschen töten oder ihr eigenes Leben verlieren.

III.

8. In den fünf Jahren ihres Bestehens hat die PDS den schwierigen Weg zu einer Partei des demokratischen Sozialismus zurückgelegt. Sie geht ihn weiter. In ihren eigenen Reihen festigt die PDS den Grundkonsens der Wendezeit: Bruch mit der zentralistischen, demokratiefeindlichen Politik der SED, dem Stalinismus. Ein Zurück zu den politischen Strukturen der DDR gibt es für uns nicht.

Die historischen Wurzeln der PDS reichen in die wechselvolle und widersprüchliche Geschichte der sozialistischen und Arbeiterbewegung. 1989 war auch für viele Mitglieder der SED das praktische und politische Scheitern des sozialistischen Versuchs offensichtlich. Auch aus der SED heraus wurde ein Tor zu Veränderungen und zur Überwindung erstarrter politischer Strukturen und Machtapparate aufgestoßen. Die widerspruchsvolle Geschichte der SED ist für uns zugleich Belastung und Ausgangspunkt der Erneuerung. Sie ist präsent in gelebten Erfahrungen und politischen Biographien ihrer Mitglieder. Die PDS ist auch ein Produkt der Wende und der deutschen Vereinigung.

Im Herbst '89 glaubten wir, die DDR könne erneuert, sozial und demokratisch umgestaltet werden, aber "souverän und sozialistisch" bleiben. Die politische Entwicklung verlief jedoch in eine andere Richtung. Im Februar 1990 sprach sich die PDS für einen demokratischen und gleichberechtigten Einigungsprozeß aus. Statt gleichberechtigter Einigung erfolgte der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland, aus dem ein bloßer Anschluß wurde. Emanzipatorische Möglichkeiten der Vereinigung wurden verspielt.

Die kritische Auseinandersetzung mit dem Scheitern des sozialistischen Versuchs und der eigenen Geschichte bleibt ein unverzichtbarer Bestandteil des politischen Profils der PDS.

Der kritische Umgang mit der eigenen Geschichte hat uns in den fünf Jahren konfliktreich begleitet. Die PDS tritt für einen angstfreien Umgang mit politischen Biographien und für ihre Offenlegung bei der Bewerbung um politische Mandate ein, auch wenn wir dies nicht immer selbst eingelöst haben. Ein solcher Umgang fordert Mut und Solidarität. Obwohl wir in der Öffentlichkeit von einem toleranten Klima weit entfernt sind, hält die PDS an eigenen Maßstäben im Umgang mit Geschichte und politischen Biographien fest und lehnt Verklärungen von Fehlern, Irrtümern und Verbrechen, die im Namen des Sozialismus begangen wurden, ab.

Die Art und Weise aber, wie heute in Teilen der Öffentlichkeit über Geschichte diskutiert wird, vernichtet politische Kultur und verbreitet statt Kenntnis Vorurteile. Mit der These vom "Unrechtsstaat DDR" wird versucht, die DDR und Hitlerdeutschland gleichzusetzen. Diese Gleichsetzung verzerrt und verfälscht die gesellschaftliche Realität der DDR ebenso, wie sie den Faschismus verharmlost. Indem die DDR pauschal als "Unrechtsstaat" diffamiert und ihr damit die Legitimität entzogen und die BRD zugleich kritiklos als Rechtsstaat dargestellt wird, ist der Weg zu einer differenzierten und spezifischen Geschichtsbetrachtung beider deutscher Staaten als Teil deutscher Geschichte verbaut.

9. Veränderung beginnt mit Opposition. Ziele unserer Oppositionspolitik sind demokratische, soziale, ökologische und feministische Veränderungen. Auf dem Weg zu einer modernen linken Partei müssen wir uns über Defizite in Politik und Praxis verständigen und sie überwinden.

Wir gehen den Weg zu Reformalternativen aus der Opposition heraus. Opposition ist nicht Probelauf für die Regierung und nicht "Politik zweiter Wahl". Als Opposition will die PDS gesellschaftliche Prozesse beeinflussen. Opposition beginnt mit alltäglichem Widerstand gegen Unterdrückung, Gleichgültigkeit und Resignation. Deshalb beschränkt sich in unserem Verständnis Opposition nicht auf die Rolle einer Minderheit im Parlament.

Durch die guten Wahlergebnisse ist die PDS mit über 6000 Parlamentarierinnen und Parlamentariern auf allen Ebenen tätig. Das ist ein großer Erfolg. Die weitere Öffnung der Partei gegenüber der Gesellschaft ist für den Weg der PDS sehr bedeutsam. In diesem Sinne waren die "Offenen Listen" der PDS nicht nur für den direkten Wahlerfolg von Bedeutung, sie sind vielmehr äußerst wichtig, um Parteiegoismus zu überwinden und sich stärker der Gesellschaft zuzuwenden.

Fraktionen und Vorstände müssen effektive Formen der politischen Kooperation und Kommunikation finden, die die parlamentarische und außerparlamentarische Handlungsfähigkeit verbessern. Die Partei soll von den demokratisch gewählten Vorständen, nicht durch die Fraktionen, geleitet werden.

* Auf kommunalpolitischer Ebene trägt die PDS eine vielfach anerkannte Entscheidungsverantwortung. Hier geht es darum, diese Kompetenz der PDS zu festigen und weiter auszubauen.

* In den ostdeutschen Landesparlamenten hat sich unser politisches Gewicht deutlich verstärkt. Aufgrund der Konstellationen in der Mehrzahl der Länder muß die PDS hier eine deutliche und in den politischen Aussagen klare Oppositionsrolle einnehmen, die in der Öffentlichkeit durch Auseinandersetzung mit den regierenden Kräften nachvollziehbar ist. Gegenwärtig steht eine Regierungsbeteiligung auf Landesebene nicht zur Diskussion. Diskutieren müssen wir aber darüber, ob und unter welchen Voraussetzungen wir uns künftig an Landesregierungen beteiligen können. Politische Inhalte der PDS geben wir nicht auf.

* Auf Bundesebene konkurriert die PDS in der Opposition mit SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN um eine entschiedene Alternative zur neokonservativen Regierungspolitik und für umfassende Veränderungen durch konsequente Reformen.

Opposition kann auch Tolerieren von Minderheitsregierungen bedeuten, wenn diese die neokonservative Regierungspolitik zugunsten der Möglichkeiten von Reformprojekten ablösen.

Die PDS steht vor folgenden Problemen:

* Die PDS ist nach Herkunft, Verankerung und Wählerschaft eine Partei der östlichen Bundesländer. Ohne im Osten an Einfluß zu verlieren, wollen wir im Westen Fuß fassen. Das ist eine Aufgabe der gesamten Partei. Sie verlangt Kompetenz für die Bundesrepublik als Ganzes und Sachkenntnis für die unterschiedlichen Bedingungen in Ost und West.

Im Westen verfügen wir über neue Chancen und stehen vor alten Problemen. Einerseits: Die PDS ist bekannter geworden: Mehr Menschen, die sich nicht mehr von SPD und Bündnis90/DIE GRÜNEN vertreten sehen, interessieren sich für die PDS. Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter suchen nach einer Kraft, die ihre Forderungen aufgreift und ins Parlament bringt. Vor allem junge Menschen kommen zu unseren Veranstaltungen. Andererseits: Die PDS ist im Westen noch immer in einem zu engen Spektrum verankert. Sie hat wenig Mitglieder und kaum Strukturen. Sie steht noch zu wenig in politischen Bewegungen, es mangelt an

kommunaler und landespolitischer Kompetenz. Das Bild der PDS im Westen unterscheidet sich in vielem von dem Bild der gesamten Partei.

* Viele Jugendliche, insbesondere Schülerinnen und Schüler, Studentinnen und Studenten interessieren sich für die PDS und wählen sie. Jugendliche sind kaum bereit, sich in Parteien, auch nicht in der PDS, zu organisieren, und die PDS wiederum ist für sie zu wenig attraktiv. Das wollen wir überwinden.

* Obwohl die PDS Profil als Vertreterin von Fraueninteressen erworben hat, ist sie noch weitgehend männerdominiert. Eine feministische Politik der PDS ist einerseits unzureichend ausgearbeitet, andererseits werden bisher erarbeitete Positionen in der Praxis nicht von einer breiten Mehrheit der PDS getragen. Praktische Politik, wie Gleichstellung erkämpft werden kann, muß in der PDS erlebbar werden. Der Anteil von Genossinnen, die sich um Mandate und Parteifunktionen bewerben, ist rückläufig. Die im Statut verankerte 50%ige Mindestquotierung darf nicht ausgehebelt werden - vorgesehene Ausnahmeregelungen dürfen nicht zur Regel werden. Das hat auch strukturelle Ursachen, die wir überwinden wollen.

* Im Europawahlkampf und in außerparlamentarischen Bewegungen ist es uns gelungen, intensiver mit Ausländerinnen und Ausländern, die in der Bundesrepublik leben und arbeiten, zusammenzuarbeiten. Aus diesen Anfängen muß eine enge Zusammenarbeit werden.

* Die Qualifizierung von Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern, die politische Bildungsarbeit generell, muß qualitativ besser werden. Dafür brauchen wir ein intellektuelles Umfeld, Bildungseinrichtungen und Stiftungen. Die vielfältigen geistigen und kulturellen Fähigkeiten und Erfahrungen vieler Mitglieder werden in der PDS noch unzureichend zur Geltung gebracht. Ändern wir das - und die PDS wird attraktiver und lebendiger.

* Als internationalistische Partei ergreift die PDS Initiativen, um zu einer engeren Zusammenarbeit in dem breiten Spektrum linker Parteien, Organisationen und Bewegungen Europas beizutragen. Das wollen wir und das erwarten Partnerinnen und Partner von uns, auch wenn die PDS in dieser Legislaturperiode nicht im Europaparlament vertreten ist.

10. Die PDS ist eine sozialistische Partei. Sie steht im Parteienspektrum der Bundesrepublik Deutschland links von SPD und Bündnis90/DIE GRÜNEN. Die PDS strebt eine Gesellschaft an, in der demokratische, soziale und Freiheitsrechte garantiert sind. Deshalb stellt sie hohe Ansprüche an ihre eigene Demokratisierung.

Die PDS will sich nicht damit abfinden, daß weltweit große Teile der Menschen vom gesellschaftlichen Reichtum ausgeschlossen bleiben, sozial ausgrenzt und politisch diskriminiert werden. Sie hält an der Notwendigkeit fest, bereits heute die Dominanz kapitalistischer Verwertung zurückzudrängen und den gesellschaftlichen Reichtum gerechter zu verteilen. Deshalb muß auch in die Verfügungsrechte über Eigentum regulierend eingegriffen werden. Auch das unterscheidet die PDS von anderen Parteien.

Massenarbeitslosigkeit und Armut, Bedrohung der Umwelt, Verelendung in der "Dritten Welt", Herrschaft des Patriarchats - das zusammengenommen ist die neue soziale Frage. Sie steht im Zentrum unserer Politik. Mit konkreten Reformalternativen wollen wir politikwirksam zu ihrer Lösung beitragen.

Die PDS weiß, daß sich ein gesellschaftlicher Umbruch schon jetzt auf eine Vielzahl übereinstimmender Vorschläge stützen kann. Deshalb ist sie bei aller Konkurrenz zu SPD und Bündnis90/DIE GRÜNEN bereit, mit ihnen gemeinsam für Reformen und eine Ablösung von CDU/CSU und FDP aus der Regierungsverantwortung zu wirken.

Die PDS ist keine Weltanschauungs- oder Ideologiepartei. Sie vereint Menschen aus unterschiedlichen sozialen Gruppen und gesellschaftlichen Milieus, Menschen verschiedener linker Politikrichtungen und unterschiedlicher Weltanschauungen. Sie versteht sich nicht nur als Interessenvertreterin sozial Benachteiligter, sondern spricht all jene an, die sich mit den gegebenen sozial ungerechten, ökologisch zerstörerischen und patriarchalischen Verhältnissen nicht abfinden wollen. Gemeinsam von der Partei erarbeitete politische Positionen und Forderungen und die demokratisch-sozialistische Vision sind dafür die Grundlage.

Die PDS ist eine pluralistische Partei. Der Pluralismus ist in Programm und Statut der PDS begründet. Dieser Pluralismus ist nicht beliebig. Bei Achtung von Minderheitenvoten geben demokratisch gefaßte Beschlüsse die politische Richtung der PDS an. Die Politik der PDS ist durch eine unumkehrbare Absage an alle autoritären,

antiemanzipatorischen und antiliberalen Sozialismusvorstellungen sowie durch die Verbindung von Realpolitik und antikapitalistischer Gesellschaftskritik gekennzeichnet. Kulturlosigkeit, Dogmatismus und Sektierertum lehnt die PDS ab. Sie tritt für Transparenz in ihren Entscheidungsfindungen ein und gestaltet ihre Arbeit öffentlich.

Die Emanzipation der Gesellschaft kann nur durch die Erringung von Mehrheiten und nur auf der Grundlage von Demokratie und Humanität geschaffen werden. Einer Zertrümmerung gesellschaftlicher und parlamentarisch-demokratischer Institutionen stellt sich die PDS entgegen. Zu ihren Erfahrungen gehört es, daß Freiheit, Demokratie und politische Selbsttätigkeit die Menschen bereichert. Das was die PDS für die Gesellschaft fordert will sie in den eigenen Reihen einlösen.

Sozialismus bleibt für die PDS ein unverzichtbares Ziel - eine Gesellschaft, in der die freie Entwicklung eines jeden zur Bedingung der freien Entwicklung aller geworden ist. Sozialismus ist für uns eine Bewegung gegen die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, gegen patriarchalische Unterdrückung, gegen die Ausplünderung der Natur, für die Bewahrung und Entwicklung menschlicher Kultur, für die Durchsetzung der Menschenrechte, für eine Gesellschaft, in der die Menschen ihre Angelegenheiten demokratisch und auf rationale Weise regeln. Sozialismus ist für uns ein Wertesystem, in dem Freiheit, Gleichheit und Solidarität, menschliche Emanzipation, soziale Gerechtigkeit, Erhalt der Natur und Frieden untrennbar verbunden sind.

33. Eine Antithese (zu den Thesen des PDS-Parteivorstands).

von Winfried Wolf

Autor: Winfried Wolf · Rubrik: PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak374/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:374:33

Winfried Wolf wurde über die baden-württembergische Landesliste der PDS in den Bundestag gewählt. Er ist Redakteur der von der VSP herausgegebenen Sozialistischen Zeitung(SoZ)

Über die zehn Thesen des Parteivorstands läßt sich trefflich debattieren. Das beginnt mit dem Anspruch in These 10: "Die PDS stellt ... hohe Ansprüche an ihre eigene Demokratisierung." Tatsache ist, daß die Thesen die Mitgliedschaft Anfang Dezember erreicht haben. Als "Antragsschluß" für den Parteitag, auf welchem diese Thesen zumindest ursprünglich verabschiedet werden sollten, wird der 18.12.1994 angegeben. Zu erwähnen wäre die überraschende Falscheinschätzung in den Thesen 1 und 2: "Ein ‚Weiter so` wird es unter der neuen Kohl-Regierung nicht geben ... Die Regierung ist geschwächt aus den Wahlen hervorgegangen ... Die Oppositionsparteien sind stärker geworden." Hier wird im nicht so fett gedruckten Thesenteil die zutreffende, diesen Aussagen widersprechende Entwarnung gegeben: "Nicht auszuschließen ist ... ein Wechsel zur Großen Koalition. Ein grundlegender Wechsel in der Politik wird so jedoch nicht eingeleitet." Generell ist ein Vergleich fett/Normalschrift empfehlenswert. Dort wo - so in These 4 - ein "neuer Gesellschaftsvertrag" eingeklagt wird, und ein jeder und eine jede den "alten Gesellschaftsvertrag" herauszukramen sucht (das Grundgesetz, welches das Streikrecht nicht festhält? die Rechtsprechung höchstrichterlicher Männergerichte, welche Frauen Abtreibungen mit Paragraphen aus Kaiserzeiten verbietet? die Praxis des Schnüffel-Verfassungsschutzes? die Institution der Isolationshaft?), erklärt der nachfolgende Normalschrift-Text: "Die neokonservativen Kräfte haben den in der Nachkriegszeit in sozialen Kämpfen errungenen sozialstaatlichen Kompromiß aufgekündigt." Fügt mensch hinzu, daß dieser Kompromiß immer labil und nicht seit "der Nachkriegszeit" stabil war - die KPD wurde 1956 verboten, die Militarisierung Mitte der 50er Jahre durchgesetzt, die Notstandsgesetze Ende der 60er Jahre verabschiedet, der Berufsverbot-Erlaß (unter Willy Brandt) 1972 beschlossen - dann ist dieser zuletzt zitierten Aussage zuzustimmen. In These 6 heißt es fett: "Ihre Lebensbedingungen können Menschen zu wenig beeinflussen." In Normalschrift wird konstatiert: "Im politischen Alltag ist die Bevölkerung von demokratischer Mitwirkung ausgeschlossen." Würde per PC-Austauschbefehl Normalschrift zu fetter, der Klarheit wäre des öfteren gedient.

Unter den gegebenen Bedingungen erscheint eine Detailkritik der Thesen jedoch eher verwirrend. Die Thesen haben ein zentrales Anliegen: Es gehe um das "Überleben von Gesellschaften", daher sei ein "neuer Gesellschaftsvertrag" und ein "Reformaufbruch" erforderlich. Zentral hierfür ist die These 4 (zum Teil auch 5). Verblüffend: Hier wird sich gegen "das reduzierte Denken in den Kategorien des Klassenkampfs" ausgesprochen und suggeriert, es könne ein Bündnis mit den großen Konzernen und Banken geben. Die Gewerkschaften als naheliegender Bündnispartner werden jedoch nicht einmal genannt. Nicht zu reden von der erforderlichen Kritik an der hilflosen Politik der Gewerkschaftsführungen - z.B. ihre Unfähigkeit, gegen die Erwerbslosigkeit zu mobilisieren.

Doch nehmen wir das zentrale Anliegen der Thesen ernst. Formulieren wir These 4, vielfach angelehnt an den Text des Parteivorstands und teilweise auf Aspekte übergreifend, die in These 5 behandelt werden, wie folgt neu:

"These 4

Ein großes gesellschaftliches Reformbündnis ist notwendig, um die Lebens- und Überlebensbedingungen der Menschen zu sichern. Die Neuordnung des gesellschaftlichen Systems der Arbeit und die Demokratisierung der Gesellschaft sind zentrale Punkte für ein solches gesellschaftliches Reformbündnis.

Die neokonservativen Kräfte haben den in der Nachkriegszeit in sozialen Kämpfen errungenen sozialstaatlichen Kompromiß aufgekündigt. Ihre Gesellschaftsstrategie und Politik zielen auf weitere Entsolidarisierung, Privatisierung und damit auf eine vertiefte soziale Spaltung der Gesellschaft. Sie predigen und praktizieren diesen Marktradikalismus zu einem Zeitpunkt, da die Menschen in einem Maß wie nie zuvor in der Geschichte herausgefordert sind. Ohne Zweifel hat das System der bürokratisch-zentralistischen

Gesellschaft, wie es in der DDR, UdSSR usw. existierte, vor diesen Herausforderungen versagt. Doch der Kapitalismus versagt ebenso. Während dieser allein übriggeblieben ist, produziert seine innere Dynamik, beschleunigt von der Politik des Marktradikalismus

- permanent steigende Massenerwerbslosigkeit

- die umfassende Vermarktung und Manipulation des Menschen

- verbreitete Armut, Kriege und Hungersnöte insbesondere in der "Dritten Welt"

- die globale Zerstörung der existentiellen Grundlagen für Menschen, Flora und Fauna.

Die Träume von einem wirtschaftlichen Wachstum, die gerade jetzt, nach Beendigung der Wirtschaftskrise 1993/94, ausgebreitet werden, entpuppen sich für die Mehrheit der Menschen als Alpträume. Ein großer Teil des aktuellen Bruttosozialprodukts kann als unproduktives oder direkt zerstörerisches - krankmachendes, verletzendes und tötendes - Wachstum identifiziert werden. Dies gilt

- für Waffenproduktionen und -exporte, exemplarisch am Beispiel des Eurofighters und des Atomreaktors Garching II, der mit atombombenfähigem Material "gefüttert" werden wird

- für unsinnige Großprojekte wie Transrapid, neue Höchstgeschwindigkeitsstrecken, landschaftszerstörerischen Ausbau der Wasserwege (z.B. "Projekt 17" Elbe/Havel/Spree)

- für ganze Produktpaletten einzelner Wirtschaftszweige wie der chemischen und pharmazeutischen Industrie und der kompletten Werbebranche

- für die ständige Steigerung der Verkehrsinflation und den Ausbau einer primär am Auto- und Flugverkehr orientierten Transportorganisation

- für die Kosten zur Finanzierung der Massenerwerbslosigkeit und der zunehmenden Armut

- für die Kosten für totes Kapital (explodierende Schuldendienste privater und öffentlicher Haushalte) und für die Kosten des "Casino-Kapitalismus" (Börse, Spekulation; Lehrbeispiel: PDS-Sachsen-Anhalt)

- für die Subventionen der Großindustrie und des Agrobusiness

- für die ständig wachsenden Kosten zur Teilreparatur der menschlichen Gesundheit und der Umwelt als Reaktion auf die Zerstörung derselben durch den kapitalistischen Gang der Dinge.

Wir wollen eine neue Art des Fortschritts. Sein entscheidender Inhalt müßte sein: Im Zentrum wirtschaftlichen Handelns stehen nicht mehr ein brutto wie netto asoziales Wachstum und die Profitmaximierung. Vielmehr muß die Befriedigung der elementaren menschlichen Bedürfnisse die ausschließliche Leitschnur sein:

- das Recht auf menschenwürdiges Leben und Wohnen, auf Gesundheit, Bildung und Kultur

- ein Zusammenleben der menschlichen Gemeinschaft zwischen jung und alt, Nord und Süd, weiß, schwarz, gelb und rot, bei welchem die Solidarität und die bedingungslose Verteidigung der Rechte von Minderheiten bestimmend ist

- Erhalt der zu einem solchen Leben und Überleben erforderlichen natürlichen und Umweltbedingungen

- Recht auf gesellschaftlich sinnvolle Erwerbsarbeit ebenso wie Gewährleistung materieller Existenzsicherung - also das Recht auf Fleiß und Faulheit, Lust & Laune, Leistung und Datsche.

Die materiellen Voraussetzungen für eine Gesellschaft, die nach dieser Richtschnur funktioniert, sind spätestens im 20. Jahrhundert herangereift.

Beispielsweise ist die Gesamtsumme an Kalorien, welche die Menschheit zu sich nimmt, ausreichend für ein Leben ohne Hunger und mit Genuß. Umgekehrt wird die Kaloriensumme, mit welcher der Durchschnittsbürger in Nordamerika und Westeuropa sich tagtäglich belastet, von Ernährungsfachleuten als ausgesprochen ungesund bezeichnet.

Beispielsweise galt die Stadt Berlin Ende der 20er Jahre - mit einer Million mehr Einwohnern als heute - als eine der kulturellen Metropolen der Welt. Ihre Bürgerinnen und Bürger und die Gäste der Stadt galten als

umfassend mobil - vor allem aufgrund eines relativ optimal ausgebauten öffentlichen Verkehrsnetzes. Zu diesem Zeitpunkt gab es jedoch weniger als 30.000 Pkw in der Stadt. Heute gib es in Berlin 1,5 Millionen Pkw, den Alltagsstau und eine geschätzte Durchschnittsgeschwindigkeit des Straßenverkehrs von 15 km/h. Es ist just der Autoverkehr, welcher die Stadt zerstört, die Luft verpestet, die Menschen verletzt und tötet, den PS-Machismo fördert.

Es geht um ein Überleben der Menschheit. Die aktuellen Probleme lassen sich nicht mit einem reduzierten Denken in den Kategorien der Sozialpartnerschaft erfassen. Umgekehrt wird vielmehr die Ideologie der Sozialpartnerschaft genutzt, um die Politik des Marktradikalismus durchzusetzen, den Widerstand weiter zu schwächen und den Klassenkampf von oben zu optimieren.

Hiergegen ist es notwendig, ein breites gesellschaftliches Reformbündnis zu schaffen. Da es um Überlebensfragen der Menschheit geht, ist es durchaus möglich und anzustreben, Kräfte für ein solches Bündnis zu gewinnen, die sich bei anderen Themen gegenüber der PDS reserviert zeigen: die Gewerkschaften, Menschen aus dem christlichen Bereich, aus Umweltgruppen, Feministinnen. Entscheidend ist, die Politik nicht den Parteizentralen und den staatlichen sowie anderen Bürokratien zu überlassen, sondern einen breiten gesellschaftlichen Dialog zwischen den verschiedenen Verbänden, Organisationen, Initiativen zu initiieren und Widerstand zu entfachen."

Soweit der Versuch einer neuformulierten These 4. Übrigens: Wenn vor wenigen Wochen galt: "Veränderung beginnt mit Opposition", dann stellt sich angesichts der Thesen die Frage: Was hat sich in den letzten Wochen verändert, um der Opposition zu entsagen, einen Gesellschaftsvertrag einzuklagen und dabei auszusparen, daß es der "ausbeuterische Charakter des kapitalistischen Produktions- und Konsummodells" (PDS-Programm, S.5) ist, welcher das "Überleben der Gesellschaft" in Frage stellt?

34. Positionen zur zukünftigen Politik der PDS. Beschluß der Arbeitsgemeinschaft junger GenossInnen in und bei der PDS (Dokumentation)

Rubrik: PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak374/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:374:14

Die Bundestagswahl hat uns den alten Kanzler erneut beschert. Die jüngsten Äußerungen von Scharping und Co. sowie von Teilen der Bündnisgrünen bestätigen unsere Einschätzung, daß auch ein Kanzlerwechsel keine große Veränderung in der praktischen Politik herbeigeführt hätte. Das bedeutet, daß es innerhalb der Parlamente kaum Mehrheiten gegen die Konzepte

- der Ausbeutung von Mensch und Natur mit der Folge der Zerstörung der Lebensgrundlagen,

- der Zerstörung des Sozialstaates und von weitgehenden Rechten der Lohnabhängigen,

- der Verschärfung der Asyl- und Einwanderungspolitik (u.a. im Rahmen der EG),

- der Remilitarisierung der Außenpolitik,

- des Abbaus demokratischer Grundrechte und der verschärften Repression gegen die progressiven Kräfte, insbesondere gegen systemoppositionelle Linke,

- autoritärer und patriarchalischer Herrschaftsstrukturen (u.a. durch den §218 und eine konservative Familienpolitik) und

- der Absicherung dieser Politik durch konservative Hegemonie in Kultur, Bildung und Medien gibt.

Die Diskussion in den letzten Monaten hat uns gezeigt, daß aber auch in der PDS der Wunsch besteht, im Konzert der staatstragenden Parteien mitzuspielen und als "Regierungspartei im Wartestand" zu fungieren. Dies deckt sich aber nicht mit dem Anspruch der "konsequenten Oppositionspartei", den die PDS im Wahlkampf über die Medien verbreiten ließ, und womit sie ein neues, freches Profil gewonnen hat. Die PDS sollte auch nach den Wahlen dazu stehen. Die AG "Junge GenossInnen" sieht die Aufgabe der PDS darin, außerparlamentarisch und auch in den Parlamenten für ein Klima radikaler gesellschaftlicher Veränderungen zu kämpfen.

Die PDS muß ihren Beitrag leisten,

- den Rechtsruck in der Gesellschaft aufzuhalten, um einen weiteren Abbau demokratischer und sozialer Rechte zu verhindern,

- vorhandene Ansätze einer breiten außerparlamentarischen Opposition gegen den konservativen Vormarsch zu unterstützen und zu fördern, ohne auf "Unterwanderungsstrategien" und avantgardistische Positionen zurückzufallen,

- eigene reformpolitische Alternativen weiterzuentwickeln und diese gemeinsam mit außerparlamentarischen Kräften und Teilen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen öffentlich diskutieren, - den Widerstand Betroffener gegen die Auswirkungen des derzeitigen Systems zu unterstützen und zu befördern und - um Mehrheiten für radikale Veränderungen mit dem Ziel zu kämpfen,diese Gesellschaft auf demokratischer Basis grundlegend umzugestalten.

Diese Aufgaben lassen sich u.E. nur dann bewältigen, wenn sich die PDS zu einem gesamtdeutschen linken Projekt entwickelt und außerparlamentarisch wie parlamentarisch gemeinsam mit anderen für Veränderungen kämpft. Ein solches Projekt darf weder ostdeutsche oder sozialistische Volkspartei und schon gar nicht eine sonstwie geartete Sekte sein. Wir sehen folgende Voraussetzungen und Schwerpunkte, welche die PDS in den nächsten Jahren erfüllen muß, um ein solches linkes Projekt möglich zu machen.

1. Ohne den kritischen Umgang mit unserer Geschichte wird eine weitere Erneuerung der PDS nicht möglich sein. Dies gilt besonders für 40 Jahre DDR, aber auch für die Zeit der Anfänge der Arbeiterbewegung bis hin zur Ubergangsphase von SED zu PDS. Im Zentrum muß dabei nach wie vor die Aufdeckung der Strukturen und Mechanismen von Herrschaft und Unterordnung, Anpassung und Verdrängung, Repression und

Ausgrenzung in der sozialistischen Bewegung stehen. Denn nur auf dieser Basis ist sowohl eine glaubwürdige Kapitalismuskritik als auch die Verhinderung eines (weiteren) Rückfalls in traditionelle Denk-, Handlungs- und Organisationsformen möglich. Das schließt ausdrücklich ein, die eigene Stellung und das eigene Wirken, also die persönliche Verantwortung in diesem System nicht nur zu erklären, sondern auch auf Grundlage heutiger (Ein)Sichten kritisch zu bewerten. Wissenschaftliche Aufarbeitung ersetzt diese persönliche Bewältigung nicht, sie kann sie nur begleiten. Besonders in der für die PDS so schwierigen Frage des Umgangs mit den politischen Biographien einzelner Mitglieder wird deutlich, daß eine Bewältigung der eigenen Vergangenheit nur dann möglich ist, wenn diese auf Grundlage einer radikalen Kritik an DDR und Stalinismus erfolgt. Das schließt eine differenzierte Bewertung der DDR-Geschichte ein. Ohne eine solche Kritik ist ein differenzierter Umgang nicht möglich. Resultat sind Nostalgie, Verklärung, Rechtfertigungs- und Legitimationszwang.

Notwendig ist vor allem eine konsequente Abgrenzung vom Hang zu autoritärer Politik und stalinistischen Positionen einzelner Mitglieder der PDS. Daß schließt für uns eindeutige und unmißverständliche Erklärungen zu solchen Positionen ein. Die verbale Beschlußlage des Sonderparteitages der SED vom Dezember 1989 reicht dazu nicht mehr aus. Der eindeutige antistalinistische Grundkonsens der PDS muß in der politischen Auseinandersetzung deutlich werden.

2. Die PDS darf die durch sie im Wahlkampf erfolgte positive Besetzung von Opposition nicht konterkarieren, indem sie heute behauptet, "Opposition ist nicht alles". Wir treten ein für einen Abschied von dem Irrglauben, wonach man am meisten durchsetzen kann, wenn man an der Regierung ist. Das Gegenteil ist u.E. der Fall; wer Opposition als Regierung im Wartestand betreiben will, unterwirft sich bereits heute freiwillig potentiellen Sach- und Koalitionszwängen von morgen. Jegliche Einbindung in die Verantwortung für Regierungspolitik schränkt den Spielraum für die Organisierung gesellschaftlichen Drucks und damit die Möglichkeiten für eine unabhängige, auf die Gesellschaft und nicht auf die Parlamente zielende Politik ein. "Veränderung beginnt mit Opposition", und diese Gesellschaft braucht permanent neue Veränderungen und somit auch eine sich ständig erneuernde Opposition. "Veränderung beginnt mit Opposition" heißt, daß sie Anstöße liefert und Forderungen in die öffentliche Debatte einbringt. Den Kampf um ihre Durchsetzung organisiert sie, ohne sich dabei als Preis für diese oder jene Neuerung im herrschenden System in den staatstragenden Konsens einbinden zu lassen. Sollten Reformforderungen so stark werden, daß die Herrschenden gezwungen sind, diesen zumindest teilweise nachzugeben, muß die Opposition so frei und unabhängig sein, daß sie deren Begrenztheit kritisieren und bereits die nächsten Schritte anmahnen kann. Und das geht eben nicht, wenn wir gleichzeitig unseren AnhängerInnen erklären müssen, warum mehr gerade nicht rauszuholen ist.

Statt Veränderungen von "Oben" zu konzipieren, wollen wir daher Bewegungen von "Unten" organisieren und unterstützen.

Die AG "Junge GenossInnen" in und bei der PDS hält deshalb ein Oppositionsverständnis für notwendig, welches Widerstand gegen jede Form von Herrschaftspolitik bedeutet. Ein solches Oppositionsverständnis umfaßt die Entwicklung von Alternativen, konsequente Vertretung von Interessen Betroffener und ihre Beteiligung bei der Lösung ihrer Probleme. Das schließt Kungelei und Kompromisse mit den Herrschenden bis zur Unkenntlichkeit eigener Positionen aus. Aus diesem Oppositionsverständnis heraus leisten wir Widerstand gegen jede Form von Diskriminierung, Ausgrenzung und Benachteiligung von Menschen.

3. Wir sehen auf absehbare Zeit keine Möglichkeit für die PDS, durch Regierungsbeteiligung grundlegende Veränderungen zu erreichen. Jede Reform, welche leichte Verbesserung in einzelnen Bereichen bedeutet, kann und muß durch die PDS in der Opposition unterstützt werden. Minderheitsregierungen links von CDU/CSU und FDP eröffnen die Chance, tatsächlich wirksamere Opposition zu betreiben. Das gelingt aber nur, wenn die PDS von einer solchen Regierung weitestgehend politisch unabhängig bleibt.

Eine Regierungsbeteiligung wäre unter den jetzigen gesellschaftlichen Bedingungen das Ende des Projektes PDS. Als Preis für die Regierungsbeteiligung müßte die PDS den Kampf um radikale Veränderungen aufgeben. Statt einer Regierungsbeteiligung muß es für die PDS darum gehen, neue Modelle zur Lösung gesellschaftlicher Probleme als die derzeitigen Machtmechanismen zu entwickeln. Eine dritte, an das politische System der Bundesrepublik angepaßte (ehemalige) Oppositionspartei wäre zuviel und hätte ihre Existenzberechtigung verloren. Deshalb wird die AG "Junge GenossInnen" dafür streiten, daß die PDS für konkrete Veränderungen der politischen Praxis in der Bundesrepublik eintritt. Es geht darum

- daß jede/r die Möglichkeit hat, in grundlegenden politischen Fragen mitzuentscheiden,

- die Allmacht der politischen Parteien in der Frage, wer ins Parlament darf und wer nicht, zu brechen, um so Menschen den Weg in die Parlamente zu öffnen, die keiner Partei angehören und/oder von ihnen unabhängig agieren wollen,

- die Rolle der Parlamente gegenüber der Regierung zu stärken und Regierungen auf ihre eigentliche Rolle als Verwaltung im Auftrag des Parlaments zurückzuführen,

- Fraktionszwang und Koalitionszwang abzuschaffen und

- Sperrklauseln zu beseitigen.

Wenn diese Veränderungen Realität sind, wird die Frage nach einer Regierungsbeteiligung anders diskutiert werden können.

4. Die PDS muß Vorstellungen und Vorschläge für eine Weiterentwicklung gesellschaftlicher Alternativen und deren Umsetzung entwickeln. Dabei geht es nicht um ein abstraktes Gesellschaftsmodell, welches als neues Ideal in der Ferne leuchtet, um der kämpfenden Avantgarde den richtigen Weg zu zeigen. Alternative Vorstellungen und deren Realisierbarkeit müssen durch die politische Praxis der PDS selbst nachgewiesen werden. So geht es vor allem darum zu zeigen, daß demokratische Mitsprache und Mitbestimmung in allen wesentlichen Fragen durch plebiszitäre Elemente in der Partei möglich werden und Urabstimmungen sich nicht auf Personalfragen beschränken müssen. Transparenz und Öffentlichkeit müssen in allen politischen Fragen zur Normalität werden. Kritische Gedanken dürfen weder unterdrückt noch geringgeschätzt, sie müssen bewußt herausgefordert werden.

Die Vermittlung von politischem Wissen und politischer Erfahrung darf nicht in den klassischen Formen wie Kaderschulung, Frontalvermittlung in den Schulen u.ä. erfolgen. Deshalb muß jede/-r die Chance erhalten, sich selbst einzubringen und eigene politische Erfahrungen zu sammeln bzw. sich politisches Wissen selbst zu erstreiten. Das Modell der Entscheidung von Mehrheiten über Minderheiten ist gescheitert. Nach Alternativen ist zu suchen. Alternative Lebensformen, alternative Öko-, Kultur- und Bildungsprojekte sowie anderen Formen von Eigentumsverhältnissen in der Warenproduktion (wie z.B. genossenschaftliches oder gemeinschaftliches Eigentum) müssen in der PDS und durch die PDS Unterstützung finden. Radikale Veränderungen sind notwendig, um das Überleben der gesamten Menschheit zu sichern. Je länger sie hinausgezögert werden, umso radikaler werden sie sein. Sie werden aber erst dann einsetzen, wenn die Mehrheit der Menschen davon überzeugt ist, daß reale Alternativen zur derzeitigen Lebensweise möglich sind. Gelingt es der PDS nachzuweisen, daß es diese Möglichkeiten gibt, wird sie ihrem selbstgewählten Anspruch, eine Gesellschaft zu entwickeln, in der die freie Entfaltung der/des einzelnen notwendige Voraussetzung für die freie Entfaltung aller ist, gerecht werden.

5. Die AG "Junge GenossInnen" lehnt eine Politik des permanenten Wahlkampfes, also ein politisches Denken in Wahlperioden, ab. Verantwortung von PolitikerInnen reicht über unsere Zeit und dieses Land hinaus. Ein solches Denken berücksichtigt in jeder Frage die Akzeptanz bei Wählerinnen und Wählern und macht notwendige Solidarität bzw. Widerstand zum Teil unmöglich. Wir streiten für eine langfristige Strategie zur demokratischen Überwindung der bestehenden herrschenden Verhältnisse. Wahlkampf ist nur eine Form der politischen Auseinandersetzung. Er ersetzt eine solche notwendige Strategie nicht.

6. Die PDS braucht in ihrer politischen Praxis einen neuen Ansatz im Umgang mit jungen Menschen. Dabei muß sie bedenken, daß die große Mehrheit von ihnen alle politischen Parteien zu recht als ungeeignet empfindet, ihre Probleme zu lösen. Mit attraktiven Freizeitangeboten oder tollem Jugendverbandsleben sind junge Menschen nicht für dauerhafte politische Betätigung zu gewinnen. Sie haben keine Lust, die "bewährte Politik" der Väter und Großväter fortzusetzen, da sie deren Perspektivlosigkeit selbst verspüren. Ziel muß es für die PDS sein, jungen Menschen die Erfahrung zu vermitteln, für sich selbst etwas tun zu können. Dazu gehören sowohl die notwendige politische Unterstützung als auch Schaffung von Freiräumen im Rahmen der Möglichkeiten der PDS. Wenn es der PDS gelingt zu vermitteln, daß sie für junge Menschen eine Chance bietet, eigene Ideen und Vorstellungen zu entwickeln und zu verwirklichen, könnten sie auch für sich eine Perspektive in und bei der PDS sehen. Bedingungen dafür sind:

- der politische Wille, eine solche Chance darzustellen,

- die Akzeptanz junger Menschen als gleichberechtigte Partner, - der Verzicht auf das kurzfristige Vorhaben, junge Menschen zu gewinnen, damit die Partei, so wie sie jetzt ist, nicht ausstirbt und

- die Bereitschaft, politische und kulturelle Veränderungen der PDS aufgrund des Einflusses junger Menschen zu akzeptieren.

Dieser Antrag wurde mehrheitlich auf dem Bundeskongreß der AG "Junge GenossInnen" in und bei der PDS in Magdeburg am 16./17. Dezember 1994 bei 7 Gegenstimmen und 11 Enthaltungen angenommen.

35. Ermittlungsverfahren wegen "§ 129a und Agententätigkeit für die DDR"

Autor: Axel Wäldele · Rubrik: Klassenjustiz, § 129a · CD-Datei: daten/aksuche/ak374/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:374:18

Eigentlich kommt diese Stellungnahme viel später als ich das wollte, um aber die Interpretation der Geschichte nicht dem Staat zu überlassen oder irgendwelchen Gerüchten, will ich jetzt kurz was zu dem "Agent" sagen.

Von 1984 bis 1989 war ich oft in der DDR, um einen politischen Austausch mit Vertretern des Staates zu führen.

Es war für mich eine Selbstverständlichkeit, mit DDR-Vertretern zu diskutieren. Die Diskussion dort habe ich von meiner Identität aus - Revolutionärer Widerstand - geführt. Unseren Kampf verstand ich als einen, der von einer internationalistischen Vorstellung aus seine Praxis entwickelte. Die sozialistischen Staaten waren objektiv eine starke Kraft gegen den Imperialismus, daraus ergab sich unser Gesprächsstoff. Außerdem habe ich den Versuch der DDR, ein sozialistischer Staat zu sein, ernst genommen, ebenso wie mich ihre Geschichte interessierte.

Die DDR war nie mein Ausgangspunkt, es wäre mir auch nie in den Sinn gekommen, für sie als Agent zu arbeiten, auch gab es von ihnen aus nie einen Versuch dahingehend. Klar habe ich ihnen geholfen, die Verhältnisse in der BRD besser zu verstehen, das wollte ich auch. Informationen über Gruppen oder einzelne haben sie von mir nicht bekommen, das habe ich von Anfang an klar gemacht.

1989 endete diese Diskussion durch den Zusammenbruch der DDR.

Erst im Sommer 1993 hörte ich dann wieder davon. Ein Dr. Franz (Abteilungsleiter beim MfS) hatte belastende Aussagen über mich gemacht.

Im Frühjahr 1994 bekomme ich dann Post vom Bundeskriminalamt (BKA), sie wollen mich vernehmen. Hintergrund ist die frei erfundene Geschichte des VS-Spitzels Steinmetz, womit er Gila Pohl, Angehörige eines politischen Gefangenen aus der RAF, belastet. Ich ging da nicht hin.

Als nächstes bekomme ich dann eine Zeugenvorladung zur Bundesanwaltschaft (BAW) wegen der gleichen Sache. Als ich dort keine Aussage mache, droht mir Bundesanwalt Bell: "Dann läuft jetzt die Maschine gegen Sie an". Und prompt fünf Tage nach dem BAW-Termin stürmt Bundesanwalt Hofman mit einer Horde von BKA-Polizisten unsere Wohnung. Sie stellen da fünf Stunden lang alles auf den Kopf und beschlagnahmen u.a. ein Papierfähnchen der DDR. Während dieser Hausdurchsuchung erfahre ich erstmals, daß gegen mich seit 1990 ermittelt wird wegen "Unterstützung einer terroristischen Vereinigung" (RAF) und "geheimdienstlicher Agententätigkeit für das MfS der DDR".

Kurze Zeit darauf erhalte ich die nächste Zeugenvorladung, diesmal zum Bundesgerichtshof, wiederum in dem Verfahren gegen Gila Pohl. Nachdem ich wegen Krankheit dort nicht erscheine, werde ich festgenommen und nach Karlsruhe gebracht, wo sie mich dem Bundesrichter Bayer gegenüber setzen, der auch "zufälliger"weise Ermittlungsrichter in dem Verfahren gegen mich ist. Dieser redet dann über eine Stunde auf mich ein, er will mich mit völlig absurden Lügen weichkochen: Ich hätte Schießübungen für die RAF in der DDR organisiert, ebenso wie Waffentransporte von Ost nach West, außerdem hätte ich dabei die RAF ausspioniert.

Ich mache auch diesmal keine Aussagen und berufe mich auf den §55 (Aussageverweigerungsrecht wegen der Gefahr der Selbstbelastung). Sie akzeptieren das.

Zu ihren ganzen Erpressungsversuchen ist zu sagen, sie werden diesen Kniefall von mir nicht bekommen!

Perspektivlosigkeit ist kein Grund, sich mit denen einzulassen, die ein System aufrechterhalten, welches weltweit Tod und Elend erzeugt.

Axel Wäldele, Ffm, Dezember 1994

36. Über die Verrohung der politischen Sitten

Autor: Heinrich Eckhoff · Rubrik: Juden in der BRD; Kommentare zu aktuellen Geschehen · CD-Datei: daten/aksuche/ak374/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:374:42

Von "political correctness" hat die Linke in weiten Teilen noch nie viel gehalten. Höflichkeitsformen sind etwas für die Bürgerstube. Polemik ist dann am besten, wenn sie vernichtend ist.

Ein Stück aus diesem Theater wird derzeit in den deutschsprachigen Feuilletons gegeben. Die Rollen sind prominent besetzt: neben dem Barden Wolf Biermann der Bild-Hauer Alfred Hrdlicka, der Berufspolemiker Henryk M. Broder, der Schriftsteller und Laienpolitiker Stephan Heym. Ganz entgegen seiner sonstigen Gewohnheit nimmt Gregor Gysi diesmal nur eine die Haupthandlung nicht beeinflussende Nebenrolle ein, auch wenn sich die Akteure wieder einmal über ihn ereifern.

Das meiste von dem, was an Beleidigungen gedruckt worden ist, wäre besser nicht einmal gesagt worden. Es würde sich auch die Kommentierung in einer politischen Zeitung erübrigen, wäre da nicht eine Schranke eingerissen worden, die bisher für die Linke ein selbstverständliches Tabu war.

Alfred Hrdlicka, Direktor der Wiener Kunsthochschule, einer der bekanntesten Bildhauer im deutschsprachigen Raum, Erschaffer einer Reihe von bekannten antifaschistischen Kunst- und Mahnmalen, verfluchte in einem Offenen Brief seinen ehemaligen Freund Wolf Biermann, weil dieser seine neuen Freunde Gregor Gysi und Stephan Heym als "hundertprozentigen Verbrecher" (Gysi) und "aufsässigen Feigling" (Heym) beschimpft hatte. Ihn, Biermann, ekele es an, unter Gesetzen leben zu müssen, die von Gregor Gysi mit verabschiedet würden. Alfred Hrdlicka wörtlich: "Dein Vokabular ist maßgeschneidert, - was Dich betrifft! ‚Arschloch!` - ‚Verbrecher` - DU bist ein Arschkriecher - ein Trottel! Du tust genau das, was Du anderen andichtest, Du Dichterling! Wen immer du auch denunzierst, der soll sich selbst zur Wehr setzen, - nicht meine Sache. Deine Anbiederei an die Mächtigen, an die Herrschenden ist zum Kotzen. Das Schicksal Deiner und meiner Angehörigen wollen wir einmal weglassen. Wichtigtuerei mit etwas, was man selbst nicht erlitten hat, ist nicht am Platz. Du willst mit keinen Gesetzen leben, die Gysi beschließt?! - Ich wünsche Dir die Nürnberger Rassengesetze an den Hals, Du angepaßter Trottel!-" Dies erschien als Offener Brief am 24.11.94 im "Neuen Deutschland", dem ehemaligen Zentralorgan der noch ehemaligeren SED. Heute nennt sich das ND im Untertitel eine unabhängige, sozialistische Tageszeitung. Der Verlag ist im Besitz der PDS; es ist kein Zentralorgan mehr, aber die Nähe wird ernstgemeint niemand leugnen können.

Der erste, der sich dieser Entgleisung annahm, war Henryk M. Broder, der darin ein weiteres Indiz für seine These sah, die deutsche Linke sei grundweg antisemitisch. In der Wiener Zeitschrift "profil" denunzierte er Hrdlicka als "linken Nazi" und fragte, was Hrdlicka dazu gebracht haben könne, "dem Sturmbannführer in sich freien Lauf zu lassen?" Die Äußerung Hrdlickas, "Ich wünsche Dir die Nürnberger Rassengesetze an den Hals", unterscheide sich um keinen Millimeter von dem "Dich haben sie vergessen zu vergasen", das von besoffenen Nazis gegrölt wird. Nun genügt es Border aber auch nicht, bei Hrdlicka stehen zu bleiben, sich wirklich die Frage zu stellen, weshalb dieser zu einer solchen Ungeheuerlichkeit kommt. Er hat die Lösung schon zur Hand: "Die linken Antifaschisten sind solange Antifaschisten, wie sie sich von keinem Juden provoziert fühlen. Danach lassen sie das Anti fallen und finden zu sich selbst zurück." ("Tagespiegel", 1.12.94).

Man kann die Worte Hrdlickas, liest man sie im Zusammenhang, eigentlich nicht fehlinterpretieren. Eine Interpretation wie sie Broder gebraucht, Hrdlicka habe damit sagen wollen, "Dich haben sie vergessen zu vergasen", schließt sich nach dem Wortlaut aus. Es ist vielmehr der drastische Hinweis darauf, daß mit Menschen wie Gysi und Heym eben gerade keine Nürnberger Gesetze zu beschließen sind. Dennoch kann und soll eine solche Interpretation keinerlei Verständnis wecken. Hrdlicka hat diese Formulierung im Bewußtsein gewählt, daß Angehörige Biermanns von den Nazis ermordet wurden, daß dieser selbst Nachkomme einer Familie ist, die unter die Nürnberger Gesetze gefallen ist. Er hat diese Formulierung sicherlich auch gewählt, weil Stephan Heym und Gregor Gysi ebenso darunter gefallen wären. Er gebraucht diese Formulierung, weil er seinen Gegner nicht nur beleidigen, sondern demütigen will - mit dem schlimmsten Fluch, den er sich für den Nachfahren eines Angehörigen der jüdischen Gemeinschaft ausdenken konnte. Das ist mehr als nur "ungehobelte Sprache", mehr als ein leichtfertiger Umgang mit Geschichte, es hat ein Element von Vernichtungswillen.

Es liegt nahe, wie Broder es interpretiert, dies als Antisemitismus zu denunzieren. Wahrscheinlicher ist jedoch eine andere Interpretation. Hrdlicka äußert seine Wut vor allem über den "Abtrünnigen" Biermann, den Kommunisten, der sich heute bei den Herrschenden einschmeichele. Biermann ist das lebende Symbol für die ehemaligen Kommunisten, die lange Zeit die DDR für den besseren deutschen Staat hielten und die sich heute nur noch in Haßtiraden über sie äußern können. Hrdlicka reagiert auf diese, wie innerhalb der kommunistischen Bewegung seit Stalin immer auf die "Abtrünnigen" reagiert wurde: Exkommunizierung bis hin zur politischen Vernichtung, die physische in vielen Fällen nicht ausgeschlossen.

Gerade weil es gegen Wolf Biermann ging, war es kein Zufall, daß dieser Brief Hrdlickas im ND erschien. Hier herrscht ein Geist, der jede Attacke gegen die "Nestbeschmutzer" rechtfertigt. Nicht einmal ein Erschrecken war im ND nach den Angriffen Broders zu merken, sondern nur selbstgefällige Rechtfertigung. Die Äußerung Hrdlickas wird auf einen "martialischen Fluch" reduziert, vor allem aber gehe natürlich um die Einschränkung der Pressefreiheit des ND. Zitiert werden nur diejenigen, die sich gegen die Überinterpretation durch Broder wenden, kein Gedanke, daß die Kritiker Hrdlickas einen wunden Punkt getroffen haben könnten.

Diese Haltung kann sich wiederum stützen auf ebenso niederträchtige Angriffe auf Hrdlicka. Konrad Weiß kommt in der FAZ zu Wort. Einleitend erklärt er, er kenne weder Hrdlicka, noch sein Mahnmal in Wien oder Hamburg, noch irgendeines seiner Werke. Dennoch schwingt er sich zu dem Urteil auf: "Wir haben immer nur mit Verachtung auf diese Traumtänzer aus dem Westen geschaut, die in den Gästehäusern der SED gesalbt und geschmiert wurden und immer nur sahen, was sie sehen wollten." Damit ist das Urteil über viele antifaschistische Künstler und Kulturschaffenden gesprochen, wie es die FAZ eben gern sieht.

Ein zentrales Moment in dieser Auseinandersetzung ist der Vorwurf des Antisemitismus. Auffallend dabei ist, daß sich seit einigen Monaten jüdische Intellektuelle in dieser Frage gegenseitig die Etiketten anhängen. Henryk M. Broder polemisiert unter Pseudonym in der "Woche" gegen Stephan Heyms Bundestagskandidatitur für die PDS. Stephan Heym antwortet in derselben Zeitung unter Enthüllung des Pseudonyms und wirft ihm "latenten Antisemitismus" vor, weil er seine Attacken untder einem jüdisch klingenden Namen schrieb. Broder antwortet, Heym habe den Antisemitismus der DDR verinnerlicht. Nach der Bundestagswahl vom 16. Oktober schreibt Broder wiederum in der "Woche": "Die gute Nachricht: Ein Schriftsteller, Emigrant und Jude wird Alterpräsident des neuen Bundestages. Die schlechte: es handelt sich um Stephan Heym.". In der "Wochenpost" erscheint ein Artikel, in dem wieder einmal die Behauptung aufgestellt wird, Gregor Gysi sei 1990 in die USA gereist, um das dortige jüdische Finanzkapital gegen die Wiedervereinigung Deutschlands einzuschwören. Die Beschwerde beim Chefredakteur bringt lediglich die Reaktion, um antisemitische Hetze könne es sich hier nicht handeln, da der Verfasser selbst Jude sei.

Bis zum Eingriff Hrdlickas erinnerten diese Auseinandersetzungen an Sektenmentalität. Gysi und Heym stehen für das Festhalten am sozialistischen Weg, was ihnen von Broder und Biermann angekreidet wird. In diese Auseinandersetzung den Vorwurf des Antisemitismus hineinzuwerfen, ist nicht nur von den Personen her, die alle Nachfahren jüdischer Familien sind, eine Irreführung. Dennoch wird er gebraucht, weil Heym und Gysi gerade der Vorwurf der Assimilierung unter Verhältnissen der DDR gemacht wird. Auch von Stephan Heym ist die Diskussion in diese Richtung zugespitzt worden, als er die Angriffe gegen Gregor Gysi mit der Dreyfuss-Affaire verglich. Jeder Vorsitzende der PDS hätte mit diesem Versuchen leben müssen, über die Stasi-Schiene demontiert zu werden. Dies hat zunächst einmal nichts mit Antisemitismus zu tun. Der Vorwurf des Antisemitismus war eher dazu gedacht, die eigene Position vor Kritik mit einer Tabuzone zu schützen.

Broder fordert nun, das von Hrdlicka geschaffene Mahnmal in Wien abzureißen, weil sich die Opfer und ihre Nachfahren nicht noch einmal verhöhnen lassen sollten. Besonne Menschen, wie beispielsweise Elfriede Jelinek, setzen dagegen, daß die Äußerung Hrdlickas zwar eine schreckliche Entgleisung gewesen sei, aber man das Lebenswerk eines Menschen nicht an einer solchen festmachen könne, sondern nur an seiner gesamten Haltung. Aber unweigerlich drängt sich auf, daß die BetrachterInnen des Mahnmals nicht nur an die antifaschistische Grundhaltung des Künstlers denken können, sondern auch seine Entgleisung im Kopf haben werden. Ein Mahnmal mit Zweifeln also. Es wird die Erkenntnis bleiben, daß es den reinen, heiligen Antifaschisten nicht gibt. Das könnte ein aufgeklärtes Denken mit sich bringen, aber auch weiteren Angriffen auf den "verordneten Antifaschismus" Bahn brechen. Und daran wären dann nicht nur die Schuld, die den Künstler bei seiner Entgleisung "ertappt" haben.

Heinrich Eckhoff

37. Manchmal ist die Welt halt schwarz-gelb. "Der Ruhm, der Traum und das Geld" - ein Buch über Borussia Dortmund

Autor: as · Rubrik: Sport · CD-Datei: daten/aksuche/ak374/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:374:04

Pünktlich zur Herbstmeisterschaft der Dortmunder Borussia und zur Überbrückung der Winterpause erschien im Göttinger Verlag Die Werkstatt ein Buch der Autoren Dietrich Schulze-Marmeling und Werner Steffen über die besagte Borussia. Auf über 400 Seiten wird die Geschichte des Clubs geschildert. Angereichert mit Episoden, Einsprengseln über das Verhältnis von "Kirche und Fußball", über "Bier und Fußball" sowie die örtliche "Sozialdemokratie und den BVB" nebst umfangreichen Spielerporträts, werden die Hochs und Tiefs von rund 85 Jahren Vereinsgeschichte vorgestellt.

Geschrieben ist das Buch von zwei Menschen, die seit Mitte der sechziger Jahre Anhänger der Borussia sind. Aus dieser Parteinahme wird auch kein Hehl gemacht, ganz im Gegenteil. Zwar wird auch mit Kritik an den verschiedensten Entscheidungen der Clubführung nicht gespart, aber es überwiegt eine BVB-freundliche Betrachtung der Dinge. So entsteht ein Bild von der Borussia, das sich insgesamt wohltuend von dem der übrigen Clubs des Profifußballes abhebt. Dies mag mensch gerne so sehen, aber aus meiner Sicht ist es etwas verwunderlich, wenn es zur Erzeugung eines solchen Bildes nötig erscheint, in steter Regelmäßigkeit auf den Rivalen Schalke 04 einzuhacken. Sicherlich, bei einer parteiischen Sicht- und Schreibweise wird auch der jahrzehntelange Mitkonkurrent in Sachen Vorherrschaft im Revierfußball seine Breitseite abbekommen, aber warum dies so penetrant und teilweise auch platt geschehen muß, bleibt mir verborgen. Die herrschenden Medien dieser Gesellschaft scheinen sich ja darin einig zu sein, daß die Blau-Weißen aus Schalke der Karnevalsverein des BRD-Profifußballs sind, warum also noch weiter auf diesem Stereotyp herumreiten?

Zugegeben, mir sind die Dortmunder Borussen durchaus sympathisch, aber ich bin kein Fan von ihnen. Dies mag vielleicht der Grund sein, warum ich die Lektüre des Buches teilweise ermüdend fand. So lassen die Autoren auf den ersten rund 200 Seiten die 85 Jahre Vereinsgeschichte Revue passieren, unterbrochen durch einige "Einwürfe" zu verschiedenen Aspekten des gesellschaftlichen Umfeldes. Daran schließen sich noch zwei jeweils rund 60 Seiten starke Kapitel an zu Themen wie: Der BVB und die "schöne neue Fußballwelt", eine Auseinandersetzung mit dem Problem, daß Profifußball integraler Bestandteil der kapitalistischen Wirtschaft ist. In einem dritten Teil geht es um "Feinde", Fans und Stadien.

Abgerundet wird das Werk dann von einem 50seitigen Statistik- und Portraitteil, alles in allem recht informativ. Doch so richtig kam die Freude beim Lesen nicht auf. Denn verglichen mit einem anderen Buch von Dietrich Schulze-Marmeling über den Fußball in der Region Hamm fehlt im vorliegendem die dort recht gut gelungene Verbindung von Vereins-Fußballgeschichte mit der sozialhistorischen/gesellschaftlichen Entwicklung. Es mag sein, daß die Autoren bewußt diese Trennung vollzogen haben, um eventuell besser, detaillierter auf die Geschichte des Vereins und des Fußballs selber eingehen zu können. Dies ist gelungen, doch hat für meinen Geschmack die literarische Genießbarkeit des Werkes gelitten.

Dieses Buch ist wohl für jeden Menschen, dem die Borussia enger ans Herz gewachsen ist, eine willkommene Abwechslung während der Winterpause, mir hat es die Winterabende leider nur mäßig verkürzt.

as

D. Schulze-Marmeling / W. Steffen: Borussia Dortmund. Der Ruhm, der Traum und das Geld. Verlag Die Werkstatt, Göttingen 1994, 413 Seiten DM: 36,-

Im gleichen Verlag ist ein Buch über Werder Bremen erschienen: Norbert Kuntze: Werder Bremen. Eine Karriere im kühlen Norden. Verlag Die Werkstatt, Göttingen 1994, 319 Seiten. DM: 24,-

38. Der "Altonaer Blutsonntag". Die Zerstörung einer Legende

Autor: ge., Hamburg · Rubrik: Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak374/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:374:20

Nach seiner 1991 veröffentlichten Studie über den "Berliner Blutmai" hat der französische Physiker Léon Schirmann die Ermittlungs- und Prozeßakten zum "Altonaer Blutsonntag" ausgewertet. Sein Buch "Der Altonaer Blutsonntag, 17. Juli 1932. Dichtungen und Wahrheit" entlarvt die bisher herrschende Auffassung über den Verlauf des "Altonaer Blutsonntags" als Legende und wirft zugleich ein Schlaglicht auf die letzten Monate der Weimarer Republik, insbesondere auf die Praxis von Behörden, Polizei und Staatsanwaltschaft, gezielt Falschmeldungen zu verbreiten und Beweismaterial zu fälschen.

"Im Jahre 1932", so Schirmann, "war der demokratische Charakter der Republik schon gewichen". Die Regierung Brüning, die Ende Mai 1932 gestürzt wurde, hatte überwiegend mit Notverordnungen am Parlament vorbei regiert. Immerhin hatte Brüning für kurze Zeit das Verbot der SA durchsetzen können. Die Aufhebung des SA-Verbotes unter Brünings Nachfolger von Papen ermöglichte der NSDAP, eine Atmosphäre der Einschüchterung zu schaffen - und sich zugleich propagandistisch als einzige Kraft darzustellen, die in der Lage war, die Ruhe wiederherzustellen. (Das seit 1929 geltende Verbot des Rotfrontkämpferbundes blieb allerdings weiterhin bestehen!)

Erklärtes Ziel von Papens war der Sturz der sozialdemokratischen Regierung in Preußen. Die preußische Polizei, so der Tenor der propagandistischen Angriffe, wäre nicht in der Lage, die Nationalsozialisten vor dem "roten Terror" zu schützen. Die SA wurde als friedliche Truppe hingestellt, die sich ständig den Angriffen der " Kommune" erwehren müßte.

Die politische Lage im Juli 1932 war explosiv. Die Reichstagswahlen standen bevor - die politische Gewalttätigkeit erreichte einen traurigen Rekord: In der ersten Julihälfte starben täglich vier Menschen bei Auseinandersetzungen.

In dieser Situation genehmigte der sozialdemokratische Polizeipräsident Eggerstedt einen Provokationsmarsch der SA durch die Altonaer Altstadt (Altona gehörte damals noch zu Preußen), den die Polizei nach den ersten Zusammenstößen zwischen SA und Gegendemonstranten nicht mehr zu kontrollieren vermochte. Am Abend des 17. Juli waren 18 Menschen tot. Zwei davon Mitglieder des SA-Sturms Altona, die, offensichtlich als Reaktion auf einen brutalen SA-Einsatz, von Kommunisten erschossen worden waren. Die anderen 16 waren am Geschehen unbeteiligte Personen - allesamt Opfer eines Polizeimassakers.

Am Abend des 17. Juli hatte das Altonaer Polizeipräsidium eine Pressenotiz veröffentlicht, in der die Kommunisten für das Blutbad verantwortlich gemacht wurden. Durch die Auswertung der Ermittlungs- und Prozeßakten im Landesarchiv Schleswig entlarvt Léon Schirmann die zum Zweck der Entlastung der Polizeiführung verbreiteten Unwahrheiten. Das Zentrum dieser Unwahrheiten stellt zweifellos die Behauptung eines "Feuerüberfalls durch Dach- und Fensterschützen" der KPD dar - eine Legende, die sich bis heute in wissenschaftlichen Publikationen findet.

Einmal in die Welt gesetzt, hielt sich das Gerücht von den "Dachschützen" hartnäckig, obwohl bei den sofort einsetzenden Nachforschungen kein einziger "Dachschütze" ermittelt werden konnte. Selbst die Gestapo, die bis 1937 nach "Dachschützen" fahndete, um die beiden erschossenen SA-Männer zu rächen, blieb bei ihren zweifellos nicht zimperlich betriebenen Recherchen erfolglos. Léon Schirmann kommt zu dem ebenso überraschenden wie einleuchtenden Urteil: "Erstaunlicherweise scheint die Ursache dieser Legende in der häufigen Beschießung von Häusern durch Polizeibeamte zu liegen."

Polizeimassaker

Tatsächlich hatten viele Beamte und Zuschauer am Abend des Blutsonntags Dach- und Fensterschützen gemeldet - "Beobachtungen", die die Polizeiführung nicht nur dankbar aufnahm, sondern in den Presseberichten aufbauschte. Jahrelang auf die Bekämpfung eines kommunistischen "bewaffneten Aufstands" gedrillt, glaubten viele Polizisten tatsächlich an die Existenz von Dach- und Fensterschützen. Eine Täuschung der Wahrnehmung, die bei den an der Schießerei beteiligten Polizisten und bei Zivilisten verständlich ist. Die

Polizeiführung indes hätte es besser wissen müssen. Ihr mußte bekannt sein, daß das Schießen auf Häuser unvermeidliche optische und akustische Begleiterscheinungen nach sich zieht. Léon Schirmann zitiert aus dem Bericht eines sozialdemokratischen Polizeioberst aus dem Jahr 1929: "Wenn der eine schießt, glaubt der andere, mitmachen zu müssen, denn wenn er es knallen hört, schiebt er den Knall unweigerlich einem Gegner zu." (S. 41) Ähnliches gilt für die optischen Täuschungen. "Im Archiv", so Schirmann, "liegen viele Berichte, die zeigen, daß das durch den Geschoßeinschlag erzeugte Staubwölkchen als Pulverdampf betrachtet worden war und einem ‚Hausschützen` zugeschrieben wurde." (S. 42)

Die Rekonstruktion der Geschehnisse des 17. Juli 1932 durch Schirmann zeichnet ein Bild, das von der bislang immer wieder überlieferten Darstellung erheblich abweicht. Von Beginn an war die Polizei aufgrund ihrer geringen Zahl nicht in der Lage, die Demonstration zu kontrollieren. Insbesondere bei dem Zusammenstoß an der Ecke Große Johannis-/Schauenburger-/Große Marienstraße, bei dem die SA-Leute brutal auf Gegendemonstranten und Bewohner des Viertels einschlugen, die Straßenkreuzung und Teile der Großen Marienstraße "säuberten", war die Polizei nicht zugegen. Unmittelbar im Anschluß daran wurden die beiden SA-Männer wahrscheinlich von Kommunisten erschossen.

Erst danach traf die Polizei ein. Während die SA, deren Zug durch die Schießerei auseinandergerissen wurde, weiterzog, übernahm die Polizei nun die "Befriedung" des "roten Viertels". Ganze Straßenzüge wurden von der Altonaer Polizei und den zur Unterstützung angeforderten Hamburger Polizeikommandos unter Feuer genommen. "Dabei wurden zahlreiche Wände getroffen. In den Häusern entstand oft Panik. Manche Bewohner wagten es nicht, die Fenster zu schließen, aus Angst, dabei erschossen zu werden. Viele Menschen legten sich aus Furcht auf den Boden und krochen unter die Betten, manchmal zu mehreren übereinander." (S. 116)

Was auf der Pressekonferenz des Polizeipräsidenten zur "Lobrede auf die Kaltblütigkeit aller eingesetzten Polizeibeamten" stilisiert wurde, war in Wirklichkeit eine "Polizeikatastrophe": 16 Menschen wurden Opfer der wilden Schießerei, bei der sich insbesondere das Hamburger Kommando Kosa hervortat, das allein zwölf (vielleicht sogar 13) unbeteiligte Zivilisten erschoß.

Aus dem im Archiv liegenden Aktenband ("Leichensache") mit den Zeugenaussagen und Obduktionsberichten geht - so Léon Schirmann - "sehr klar hervor, daß die 16 zivilen Todesopfer unbewaffnet waren, und daß sie, als sie getroffen wurden, an keiner ‚Kampfaktion` teilnahmen. Sechs von ihnen befanden sich in ihren Wohnungen und zehn auf der Straße." (S. 54) Von der Polizeiführung wurde all dies als Folge des "Abwehrkampfes gegen Dach- und Fensterschützen dargestellt". (S. 101) Daß bei diesem "Häuserkampf" keiner der angeblichen "Dachschützen" getroffen und nur ein Beamter durch einen Schuß verletzt wurde, ist wohl nur als Wunder zu bezeichnen, das die Polizeiführung folgendermaßen "erklärte": "Der Grund dafür, daß trotz der starken (kommunistischen, L. Sch.) Feuerwirkung nur verhältnismäßig wenige Polizeibeamte verletzt sind, ist einmal darin zu suchen, daß die Beamten besonnen und umsichtig und ... mit starkem Feuerschutz vorgingen, zum anderen auch darin, daß die KPD-Schützen aus den Wohnungen, von den Balkonen und Dächern schossen, ohne genau Ziel zu nehmen. Die Polizeibeamten haben gesehen, daß Schützen lediglich die Hand herausstreckten, während der übrige Körper in voller Deckung war ..." (S. 101) Eine abenteuerliche Behauptung, die kaschieren soll, daß es gar keine bewaffnete Gegenwehr gegeben hatte. Léon Schirmann führt in diesem Zusammenhang einen sozialdemokratischen Polizeioberst an, der anläßlich ähnlicher Ereignisse während des Berliner Blutmais 1929 folgendermaßen urteilte: "Eine Truppe, die in solchen Straßenkampf begriffen ... muß Verluste an Toten und Verwundeten haben. Das Gegenteil ist im Straßenkampf eine bare Unmöglichkeit." (S. 123)

Staatsanwälte fälschen Beweise

Der Desinformationspolitik durch die Polizeiführung folgten die gerichtlichen Fälschungen. Aus einer bei Hausdurchsuchungen am 17. Juli gefundenen Pistole wurde von der Staatsanwaltschaft die "tödliche Waffe" gemacht, mit der die SA-Männer erschossen wurden. Auch der wichtigste "Beweis" für den geplanten kommunistischen Feuerüberfall - eine Straßenskizze des "Unruhegebietes" - wurde bereits kurz nach dem 17. Juli bei August Lütgens "gefunden". Die Altonaer Staatsanwaltschaft sorgte im Sommer 1932 für die Herstellung gefälschter Beweisstücke, "und mit Hilfe dieser verfälschten Beweisstücke werden dann dieselben Staatsanwälte die vier ersten legalen Hinrichtungen der NS-Zeit erwirken". (S. 75)

In seinem "Schlußwort über den Platz des Altonaer Blutsonntag in der deutschen Geschichte" schätzt Léon Schirmann die Rolle des Blutsonntags "als Faktor der geschichtlichen Entwicklung ... begrenzt" ein. Zwar nahm die Papen-Regierung die Geschehnisse am 17. Juli 1932 zum Vorwand, um die preußische sozialdemokratische Braun-Severing-Regierung zu stürzen, ein Vorwand, der der Reichsregierung "die Durchführung ihrer Pläne" aber nur "erheblich erleichterte". (S. 143f) Die Ereignisse am und nach dem 17. Juli 1932 zeigen nach Schirmann vor allem, in welchem Ausmaß die demokratische Substanz der Weimarer Republik bereits ausgehöhlt war. Gerade die Desinformationspolitik von Behörden und Polizei, die Herstellung gefälschter Beweisstücke durch die Staatsanwaltschaft, ist ein "Symptom des Verfalls der Weimarer Republik". (S. 144)

In einem zweiten, noch nicht erschienenen Teil wird sich Léon Schirmann der Nachgeschichte des 17. Juli 1932 widmen, insbesondere den "Blutsonntagsprozessen" der NS-Zeit. Es ist zu hoffen, daß die Ergebnisse seiner Untersuchungen allmählich bekannter werden und Verlage wie Zeitschriften sich nicht mehr "einer Veröffentlichung verschließen". Wohl zu recht vermutet der Autor als Ursache der häufigen Ablehnung: "Anscheinend ist das Problem der in einem Rechtsstaat begangenen Fälschungen weitgehend tabuisiert." (S. 14)

Einen großen Erfolg konnte Schirmann allerdings erreichen. Erst durch das von ihm bei der Hamburger Oberstaatsanwaltschaft vorgelegte Material wurden im November die vier Todesurteile gegen die im August 1933 hingerichteten vier Kommunisten Lütgens, Tesch, Wolff und Möller aufgehoben.

ge., Hamburg

Alle Zitate aus dem Buch von Léon Schirmann: Altonaer Blutsonntag, 17. Juli 1932. Dichtungen und Wahrheit, Hamburg 1994 (Ergebnisse Verlag), 168 Seiten, 24 DM.

39. Eine innere Angelegenheit Rußlands ...

Der Westen zum Einmarsch der Russen in Tschetschenien

CD-Datei: daten/aksuche/ak374/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:374:15

In der Berichterstattung über den Einmarsch der russischen Truppen seit Anfang Dezember, fällt auf, daß dezidierte Stellungnahmen westlicher PolitikerInnen weitgehend fehlen. Ganz im Geiste eines Andrej Gromyko wird davon geredet, daß es sich in diesem Konflikt um eine innere Angelegenheit Rußlands handele. Diese Sprachregelung wurde von der Sowjetunion und ihren Bündnispartnern in den siebziger Jahren benutzt, um sich gegen offene oder verdeckte Eingriffe insbesondere der US-Amerikaner in die politischen Geschicke ihrer Länder zu verwahren. Heute jedoch dient sie als Begründung dafür, daß westliche Regierungen keine eindeutige Stellungnahme zum russischen Vorgehen in Tschetschenien abgeben. Erst seit Ende Dezember werden Töne laut, die eine vorsichtige Kritik an der Politik Jelzins in dieser Sache vermuten lassen. Insbesondere die USA und die BRD tun sich im Schweigen in dieser Angelegenheit hervor. Nur einige Politiker, wie etwa Gansel von der SPD und Hornhues von der CDU, weisen hierzulande darauf hin, daß mit dem Krieg in Tschetschenien die politische Stabilität in dieser Region der Erde hochgradig gefährdet wird.

Gerade diese beiden Staaten haben seit 1991 dafür gesorgt, daß Boris Jelzin im Westen als demokratischen Politiker gilt, unter dessen Führung Rußland nicht ein demokratischer Staat, sondern auch ein stabiler und verläßlicher Bündnispartner geworden sei. Da kommt es gerade recht, daß mit dem Führer der Tschetschenen, Dschochar Dudajew, eben kein demokratischer Politiker die Geschicke des Landes führt. Diese mehr als magere Begründung muß dafür herhalten, daß der Westen sich nach wie vor hinter das Vorgehen Jelzins stellt. In diversen Stellungnahmen aus Paris, London, Washington und Bonn ist zwar von Sorgen wegen der anhaltenden Luftangriffe auf Grosnyi die Rede; oder es wird angemerkt, daß diese Art des militärischen Vorgehens zu unnötigen Opfern unter der Zivilbevölkerung führe. Insgesamt aber wird Jelzin in dieser Politik bestärkt, denn es ist durchgängig davon die Rede, daß die westlichen Regierungen sich um den Fortbestand der Russischen Föderation in ihren derzeitigen Grenzen Sorgen machen. Politische Stabilität in Rußland steht für die westlichen Politiker ganz oben auf der Prioritätenliste, unabhängig davon, wie diese erreicht wird.

Angesichts des nach wie vor existenten atomaren Potentials der alten SU sind derartige Sorgen nicht ganz von der Hand zu weisen. Doch es ist zu fragen, ob ein Boris Jelzin, der sich in diesem Konflikt ja nicht zum ersten Mal nicht gerade als Demokrat zeigt, ein stabiler und verläßlicher Partner ist. Denn wie immer dieser Konflikt auch ausgehen wird, Jelzin wird stärker denn je an die Fraktion der Militärs und Hardliner in der russischen Politik gebunden sein. Ob die vom Westen geforderte wirtschaftliche Reform Rußlands weiter fortschreitet, muß bezweifelt werden. Einem Menschen, der sich mehr und mehr zu einem Imperator entwickelt, mit halbherzigen Verweisen auf die Genfer Konvention und mit Überlegungen, die ehemalige KSZE in diesen Konflikt einzuschalten, Einhalt zu gebieten, ist doch ein recht unglaubwürdiges Unterfangen. Verwiesen sei an dieser Stelle nur auf den Aufschrei des Westens, als Gorbatschow mit ähnlichen Mitteln versuchte, die sich loslösenden Staaten im Baltikum bei der SU zu halten. Sofort wurde er öffentlich kritisiert, und es wurde mit dem Entzug von finanzieller Hilfe und einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Beziehungen gedroht. Doch jetzt? Nichts derartiges ist zu hören.

Sicherlich, der Westen hatte an den Staaten des Baltikums ein wesentlich größeres strategisches und wirtschaftliches Interesse als an diesem Land am nördlichen Kaukasus. Doch Politiker wie Helmut Kohl und Bill Clinton, die sich ihrer guten persönlichen Beziehungen zum Kremlchef rühmen, müssen sich fragen lassen, warum sie diese nicht einsetzen, eine derartige Politik zu kritisieren. Bei aller Besorgnis um die politische Stabilität Rußlands und die Sicherheit der atomaren Waffen, das Schweigen der westlichen Regierungen macht sie indirekt zu Handlangern dieser Politik Jelzins, denn sie halten ihm diplomatisch den Rücken frei. Mehr noch, alle Stellungnahme sprechen vom Verständnis für diese Politik, manche sogar, wie die der USA, vom maßvollen Vorgehen gegen die Tschetschenen. Dies ist in meinen Augen nichts anderes als eine Befürwortung des Einmarsches.

as

40. Quelldatei 22.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak374/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:374:22

Kolumbien

Kolumbien hat zwar eine lange Tradition demokratisch gewählter Regierungen und gilt als eine der stabilsten Demokratien Lateinamerikas, dennoch hat sich die kolumbianische Regierung einer großen Anzahl gravierender Menschenrechtsverletzungen schuldig gemacht. Die sog. Sicherheitskräfte und die von ihr unterstützten oder tolerierten Paramilitärs haben in Hunderten von Fällen in Konfliktgebieten Bauern, Gewerkschafter, Mitglieder linksgerichteter Parteien, Angehörige indigener Völker und Menschenrechtsaktivisten ermordet. In Großstädten wurden "soziale Säuberungen" vorgenommen: Morde an Straßenkindern, Schwulen und Bettlern. - Im Februar 1995 wird in Brüssel eine Europäische Konferenz zur Menschenrechtssituation in Kolumbien stattfinden. Im Kolumbien-Rundbrief vom November 1994 werden - auch zur Vorbereitung dieser Konferenz - die Arbeit von Menschenrechtsorganisationen, die "Phänomene der Gewalt", die Haltung des kolumbianischen Staates und die vielfältigen (europäischen) Solidaritätsbemühungen dargestellt.

Kolumbien-Rundbrief. Nr. 34, Nov. 1994. A4, 56 S., 7 DM.

Atomwaffen

1970 trat der Atomwaffensperrvertrag in Kraft, Anfang 1995 wird er auslaufen. Damit steht eines der wichtigsten Abkommen der Rüstungskontrolle zur Neuverhandlung an. Die Dezember-Ausgabe von ami enthält u.a. Beiträge zur Geschichte dieses Vertrags, zu Bedingungen und Funktionsweise internationaler Abkommen, zu den Sicherungsmaßnahmen der IAEO, der "Vertragstreue" der USA und der Einschätzung der bundesdeutschen Aktivitäten bezüglich einer "atomaren Option".

antimilitarismus information. H. 12, Dez. 1994. A5, 80 S., 4.50 DM.

50 Jahre Demokratie

Die mehr oder weniger demokratische Entwicklung der BRD seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs ist einer der Schwerpunkte der aktuellen Ausgabe von Forum Wissenschaft. Neben einer Darstellung von Wolfgang Abendroths Konzeption - "Grundgesetz als Klassenkompromiß" - stehen Beiträge zur "Selbstdemontage der Soziologie nach 1945" und zur "Entpolitisierung durch Psychologisierung", der Verdrängung der Sozialhygiene.

Forum Wissenschaft. Nr. 4, Dez. 1994. A4, 60 + XII S., 8.50 DM.

Literatur zum Judentum

Seit rund einem Jahrzehnt erscheint der von Rachel Salamander herausgegebene Katalog Literatur zum Judentum, der in Vier-Jahres-Abständen und jährlich erscheinenden Nachträgen so ziemlich alle deutschsprachigen (und einige englische und jiddische) Titel des entsprechenden Zeitraums aufführt. Wer seine Tage nicht mit dem Suchen in Bergen von Verlagskatalogen oder dem Durchstöbern von - ohnehin meist schlecht sortierten - Buchhandlungen verbringen, sich dennoch aber keine wichtige Neuerscheinung entgehen lassen will, kann auf diesen Literaturführer nicht verzichten. Der Titel Literatur zum Judentum ist dankenswert weit ausgelegt: Die 32 Rubriken des Katalogs führen neben den hier selbstverständlichen Stichworten wie Jüdische Tradition, Jiddisch, Zionismus, Israelreiseführer, Juden und Christen auch Literatur zu Nationalsozialismus, Widerstand, Exil und Rechtsextremismus an.

Rachel Salamander (Hg.): Literatur zum Judentum. Hauptkatalog 1993. 220 S. (7000 Titel), Schutzgebühr 12 DM. - Nachtrag 1994, 92 S. Bezug: Literaturhandlung, Fürstenstr. 17, 80333 München.

Antirassismus

Der Rassismus von Polizei und Justiz wird in 13. Nummer der Zeitung antirassistischer Gruppen untersucht. Einem einleitenden Beitrag über Formen und Hintergründe des polizeilichen Rassismus folgen Fallschilderungen (Bremen, Polen in Berlin) und ein Interview mit dem Rotterdamer Radio Radar über die Erfahrungen mit der Positive Action Policy bei der niederländischen Polizei. Weitere Aufsätze befassen sich

mit der Männerkumpanei in den Polizeireihen, dem Verhalten der politischen Justiz gegenüber der Rechten und der justiziellen "Bewältigung" mordrassistischer Anschläge seit 1991.

ZAG. Zeitung antirassistischer Gruppen. Nr. 13, Dez. 1994. A4, 44 S., 5 DM.

Rassismus und Medien

Durchaus nicht allein Presserzeugnisse, die ein anständiger Mensch nicht mal ignoriert, auch die (wenigen) besseren Tages- und Wochenzeitungen schüren, mal gewollt, mal aus Denkfaulheit und Gleichgültigkeit, den bundesdeutschen Rassismus - und sei es auch "nur" dadurch, daß bei einem nicht-deutschen Straftäter fast stets penibel dessen Nationalität oder Geburtsland angeführt wird. Was Wunder also, wenn ein Bild überrepräsentativ hoher Ausländerkriminalität entsteht? Ist die Linke, fragt die autonome a.f.r.i.k.a.-gruppe, ohnmächtig gegenüber der Macht der Medien? In ihrem Buch medien-randale stellen die HerausgeberInnen zahlreiche Beispiele des kommunen Medienrassismus dar und entwickeln Vorschläge für "Mögliche Strategien gegen die alltägliche rassistische Berichterstattung".

autonome a.f.r.i.k.a.-gruppe (Hg.): medien-randale. Grafenau (Trotzdem-Verlag) 1994. 162 S., 24 DM.

Erwerbslose

Angesichts der Massenerscheinung "Erwerbslosigkeit" (gerne und schief als "Arbeitslosigkeit" bezeichnet) ist es erstaunlich, daß es auf diesem Gebiet nur wenige linke Initiativen und kaum linke Publikationen gibt. Eine recht lange Geschichte schon hat allerdings das Frankfurter Arbeitslosenzentrum (FALZ), das 1982 gegründet wurde. In ihrer keß mit "Arbeitslose aller Länder, vereinigt Euch" betitelten Broschüre erzählt das FALZ seine Geschichte, stellt - als Auswertung eigener Beratungstätigkeit - die Bedeutung der Sozial- und Rechtsberatung dar und analysiert die verschiedenen staatlichen Versuche, die Sozialleistungen weiter zu senken und/oder Erwerbslose zur Ableistung von Pflichtarbeit zu erpressen. In einem abschließenden Beitrag wird die Entwicklung des Erwerbslosenprotests in der BRD seit ihren Anfängen dargestellt.

FALZ (Hg.): Arbeitslose aller Länder, vereinigt Euch. Frankfurt, 1994. A5, 108 S., 5 DM. - Bezug: FALZ, Solmsstr. 1a, 60486 Frankfurt.

Polizei

Mit dem Beginn der Diskussion um die sog. Organisierte Kriminalität in den siebziger Jahren weitete sich die Debatte um den Einsatz geheimer Ermittlungsmethoden kontinuierlich aus. Dem Bundeskriminalamt und einigen Landeskriminalämtern, die als erste Sonderdezernate zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität einrichteten, schlossen sich die übrigen Kriminalpolizeien nach und nach an. Eine Rechtsgrundlage für die Arbeit dieser Sonderdezernate besteht jedoch erst seit 1992. Seit 1986 hatten sie lediglich mit Richtlinien gearbeitet - und in der Zeit vor 1986 ohne gesetzliche Grundlage. Die hier zum Einsatz kommenden "operativen Polizeimethoden" - d.h. der Einsatz von V-Personen, verdeckte Ermittler, Scheinaufkäufer (Rauschgift, Waffen), Observation, Telefonüberwachung usw. - werden in der aktuellen Ausgabe der Cilip dargestellt und erörtert.

Bürgerrechte & Polizei / Cilip 49 (3/94). A5, 104 S., 10 DM.

41. EU-Gipfel in Essen: Osteuropa im Blick

Das Mittel der Erweiterung zum Zwecke der Vertiefung

CD-Datei: daten/aksuche/ak374/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:374:24

"Das größte Manko des Maastrichter Vertrages ist das Fehlen einer Verbindung zwischen Währungsunion und Politischer Union." So heißt es in einem Kommentar der FAZ vom 1.12.94. Hier klingt an, in welche Richtung die BRD-Europapolitik sich in Bewegung gesetzt hat. Mit der Formel "Kern-Europa" hat die Bundesregierung eine Strategie zur Hand, mit der sie die europäische Integration in ihrem Sinne voranzutreiben gedenkt. Und ihr Eintreten für den EU-Beitritt osteuropäischer Staaten rundet das Konzept ab.

Auf ihrem jüngsten halbjährlichen Gipfeltreffen (das diesmal am 9. und 10. Dezember in Essen stattfand) entschieden die EU-Regierungschefs, zunächst sechs osteuropäische Staaten an die EU mit dem Ziel "heranzuführen", ihre spätere (einzelne) Aufnahme vorzubereiten. Es handelt sich dabei um jene osteuropäischen Staaten, mit denen bereits in der Vergangenheit Assoziierungsabkommen geschlossen worden sind: Polen, die Tschechische Republik, die Slowakei, Ungarn, Rumänien und Bulgarien. Für die baltischen Staaten sowie für Slowenien wurde eine "Heranführung" ab 1995 in Aussicht gestellt. "Partnerschaftsabkommen" sollen mit Moldavien und der Ukraine geschlossen werden.

Der auf dem Essener EU-Gipfel gefaßte Beschluß, die genannten sechs osteuropäischen Staaten in fernerer Zukunft zu EU-Vollmitgliedern werden zu lassen, hat zunächst folgende Auswirkungen: Fortan werden nunmehr die sechs Regierungschefs dieser Länder zu einem der beiden jährlichen EU-Gipfel geladen werden; auch die west-östlichen Verkehrs-, Telekommunikations-, Forschungs- und Umweltminister haben zukünftig einmal im Jahr das Vergnügen miteinander. Sogar zweimal im Jahr werden sich die Außen-, Innen-, Justiz- und Bildungsminister zu Gesicht bekommen. Diese Art "strukturierter Dialog" soll einer gemeinsamen Politik förderlich sein.

Auch Geld wird nach Osten fließen. Von 1995 bis 1999 werden jährlich umgerechnet 2,2 Mrd. Mark zur Verfügung gestellt, vornehmlich für den Ausbau der Infrastruktur. Zölle und Einfuhrkontingente für Industrieprodukte sollen bis Ende des Jahrzehnts aufgehoben werden. Völlig ausgeklammert im Maßnahmen- und Absichtskatalog blieb hingegen noch der besonders problematische Agrarbereich; bis Mitte 1995 soll hierfür erst einmal eine Studie erstellt werden. Denn eine Öffnung der EU für osteuropäische Agrarprodukte würde wahrscheinlich die bisherige EU-Landwirtschaftspolitik über den Haufen werfen, massiver Widerstand der französischen und deutschen Bauern würde unausbleiblich sein.

Für ihre Zustimmung zu der vor allem von der BRD forcierten Hinwendung der EU nach Osten erwirkten die südlichen EU-Länder in Essen den Beschluß, daß auch der Mittelmeerraum als "vorrangiges Gebiet von strategischer Bedeutung" eingestuft wird. 1995 erhalten Mittelmeerländer wie Tunesien, Marokko, Ägypten und die Türkei insgesamt knapp 1 Mrd. DM; für die Jahre bis 1999 dürften Summen ähnlicher Größenordnung noch bewilligt werden. Die Assoziierungsabkommen der EU mit Tunesien, Marokko und Israel sind vor wenigen Tagen erneuert worden; Zypern und Malta sollen nach 1996 sogar auf eine EU-Vollmitgliedschaft vorbereitet werden. Insgesamt jedoch läuft für den Mittelmeer-Großraum die strategische Option der EU "nur" auf die Schaffung einer Freihandelszone in diesem Bereich hinaus.

Beitritt noch in weiter Ferne

Völlig unklar bleibt trotz allem propagandistischen Aufwand, wie die Aufnahme der osteuropäischen Staaten in die EU finanziert werden soll. "Realistische Kalkulationen gehen davon aus, daß zum Beispiel Polen noch zwanzig Jahre braucht, um auf das Wirtschaftsniveau Portugals zu kommen, das zu den ärmeren EU-Ländern gehört." (FR, 10.12.94) Daß es sich bei den infrage kommenden Summen bei der jetzigen Wirtschaftsleistung Osteuropas um ganz andere Größenordnungen handelt als die jetzt bewilligten 2,2 Mrd. DM jährlich, wurde in der Neuen Zürcher Zeitung vorgerechnet: "90 Prozent der Gebiete Polens und Tschechiens ... gehören nach EU-Standard zu den Entwicklungsgebieten. Sie hätten deshalb in diesen Regionen Anspruch auf Beiträge von jährlich 350 Ecu pro Kopf der Bevölkerung. Dem Brüsseler Regionalfonds entstünden folglich Belastungen von 17,5 Milliarden Ecu (rund 34 Mrd. DM; Anm. ak) pro Jahr allein für diese Staaten." (NZZ, 13.12.94)

Ungeachtet der eindeutigen ökonomischen und politischen Fakten wird von BRD-Vertretern der mögliche Beitrittszeitraum mit "um das Jahr 2000" beschrieben. Die Frage drängt sich auf, wieso jetzt, zu einem - von den ökonomischen Voraussetzungen betrachtet - völlig verfrühten Zeitpunkt, ein künftiger EU-Beitritt der osteuropäischen Staaten auf dem Essener EU-Gipfel in Szene gesetzt wurde. Pauschal kann dies sicher mit dem Hinweis auf das hegemoniale Interesse an einer politischen und wirtschaftlichen Einbindung dieser Staaten in die EU beantwortet werden, was eine unterstützende Absicherung ihrer Transformation zu funktionierenden kapitalistischen Staaten einschließt. In den Worten von BRD-Außenminister Kinkel: "Der Reformprozeß verläuft in den einzelnen Ländern Mittel- und Osteuropas unterschiedlich. Keines hat bisher die schwere Transformationskrise völlig überwunden. Zwischen Konsolidierung der Reform und Beitrittsperspektive zur EU besteht ein direkter politischer und sachlicher Zusammenhang. Entfiele die Beitrittsperspektive, ist nicht zu erwarten, daß die maßgeblichen politischen Kräfte in diesen Ländern die mit einem energischen Reformkurs verbundenen Kosten auf mittlere Sicht tragen können und wollen." (FR, 6.12.94)

Einen handfesten wirtschaftlichen Aspekt hat darüber hinaus das Interesse der EU an der Einbindung Osteuropas schon jetzt: Nicht nur, daß das in Osteuropa investierende Kapital dort vor politischen Erschütterungen bewahrt bleiben möchte - es muß auch sichergestellt sein, daß die von westeuropäischen Firmen betriebene zunehmende Verlagerung der Produktion in die osteuropäischen Niedriglohngebiete nicht dadurch konterkariert wird, daß die Ausfuhr der dort produzierten Güter auf die westeuropäischen Märkte durch Zölle oder Einfuhrkontingente erschwert wird.

BRD fordert "institutionelle Reform"

Einiges spricht dafür, daß die gerade von der BRD betriebene Heranführung osteuropäischer Staaten an die EU nicht nur ökonomische Gründe hat, sondern gleichzeitig auch als eine Karte bei den Auseinandersetzungen innerhalb der EU um eine Vertiefung der Integration (Stichwort "Kerneuropa") gespielt wird. Zweierlei Argumente kann man in diesem Zusammenhang von deutscher Seite vernehmen: Erstens mache die Vergrößerung der EU um immer mehr Mitglieder eine "institutionelle Reform" der EU unumgänglich. Dieses Ansinnen läuft auf eine Korrektur des bisherigen Entscheidungsmechanismus hinaus: Nicht nur im Bereich der Wirtschaftspolitik, sondern auch auf den Gebieten der Außen- und Rechtspolitik müsse bei Abstimmungen ein Mehrheitsprinzip anstelle der bisher erforderlichen Einstimmigkeit treten, um, so wird behauptet, entscheidungsfähig zu bleiben.

Zweitens führe die zunehmende Erweiterung der EU zu einer Ungleichheit der wirtschaftlichen Entwicklung zwischen einzelnen EU-Staaten. Hinsichtlich der osteuropäischen Staaten, deren Beitrittszeitpunkt freilich noch in den Sternen steht, ist dieses Argument sicher sinnfällig. Gemeint sind jedoch andere. Denn die von der BRD gewünschte, strikt an den Interessen des Kapitals ausgerichtete Geldpolitik läßt sich EU-weit auf absehbare Zeit kaum durchsetzen. Zum einen findet sich vor allem in südlichen EU-Ländern eine nach wie vor agile Arbeiterklasse, die in der Lage ist, Kürzungen im Staatshaushalt zu Lasten der abhängig Beschäftigten politisch entgegenzutreten. Zum anderen erfordert die vergleichsweise niedrige Wirtschaftskraft einiger EU-Länder bis auf weiteres milliardenschwere Ausgleichszahlungen. Hinzu kommt als weiterer Störfaktor auf dem Weg zu einem einheitlichen Wirtschaftsraum Großbritannien, dessen Kapital auf seine atlantischen Bindungen Rücksicht zu nehmen hat.

Mit Hinweis auf die anvisierte Erweiterung der EU nach Osten und die mit ihr einhergehende wirtschaftliche Ungleichgewichtigkeit wird nun von deutscher Seite immer stärker versucht, einen "Kern" besonders integrationswilliger und integrationsfähiger Mitglieder zu konstruieren. BRD-Finanzminister Waigel: "Verschiedene Integrationsgeschwindigkeiten" müssen möglich sein. (SZ, 2.1.95)

Kurs auf eine

"Politische Union"

Inzwischen zeichnen sich die Konturen der von der BRD eingeschlagenen Marschrichtung deutlicher ab. Noch einmal Kinkel: "Die Nationalstaaten werden auch künftig den Rahmen abgeben für die politische, kulturelle und historische Identifikation ihrer Bürger. Aber ihre Kompetenz reicht nicht mehr aus, um Sicherheit und Wohlstand aus eigener Macht zu sichern." (FR, 6.12.94) Immer offener orientieren Politiker und führende

deutsche Kapital- und Finanzvertreter auf die baldige Einführung eines einheitlichen Wirtschaftsraums zum Ende dieses Jahrhunderts, dessen sinnfälligster Ausdruck eine einheitliche Währung sein wird.

Doch damit wird es sein Bewenden nicht haben, und das in zweifacher Hinsicht. Zum einen bedarf die Einheitswährung aus Sicht des BRD-Imperialismus unbedingt einer politischen Absicherung in seinem Sinne. In schöner Regelmäßigkeit mahnt etwa Bundesbankpräsident Tietmeyer einen europäischen Konsens über den geldpolitischen Kurs an. Den Hintergrund beschreibt ein FAZ-Kommentar (der zugleich auf unfreiwillige Weise das linke Schlagwort vom "Europa des Kapitals" illustriert): "In einer Währungsunion geht der Wechselkurs als Anpassungsinstrument ... verloren. (...) Werden sich die nationalen Parlamente und Gewerkschaften im gemeinsamen Europa im Zweifel wirklich an den Notwendigkeiten der in Frankfurt (dem Sitz des Europäischen Währungsinstituts; Anm. ak) betriebenen Geldpolitik orientieren? Oder bedarf es fester Regeln, die die nationalen Kompetenzen in der Haushalts- und Lohnpolitik beschneiden?" (FAZ vom 1.12.94)

Zum anderen strebt die Bundesregierung offenbar über die Wirtschafts- und Währungsunion hinaus eine "Politische Union" an. Der CDU-Abgeordnete und Vorsitzende des außenpolitischen Ausschusses, Lamers, Hauptverfasser der im September vom CDU-Fraktionsvorsitzenden Schäuble mit offensichtlicher Rückendeckung der Bundesregierung präsentierten "Kern-Europa-Thesen" der CDU-Fraktion (siehe ak Nr 370 v. 21.9.94), verkündet, es gehe um einen "Magnetkern" jener Länder der EU, die sich nicht nur für die geplante Wirtschafts- und Währungsunion qualifizieren, sondern auch eine wirklich gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik mitzumachen bereit seien. (FR, 5.11.94) Deutlich äußerte sich Außenminister Kinkel. Er mahnt an, "daß die EU in der Außen- und Sicherheitspolitik ihre Handlungsmöglichkeiten verbessert". Sie brauche "mehr Instrumente und bessere Verfahren, um kraftvoll, schnell und flexibel handeln zu können ... Die institutionelle Fortentwicklung in diesem Bereich muß endlich enttabuisiert werden ... Grundsätzlich sollten außenpolitische Entscheidungen ... vom Rat mit Mehrheit getroffen werden." Kinkels Absicht ist deutlich: Er möchte, daß die EU zum außenpolitischen Faktor wird, was die Herstellung militärischer Schlagkraft einschließt. Es müsse darüber gesprochen werden, "wie die EU - vielleicht mit Hilfe der WEU - über ausreichend operationelle Handlungsoptionen zur Friedenswahrung verfügen kann". Es stehe "die Frage der Weiterentwicklung der EU zum Verteidigungsarm der EU und ihre Weiterentwicklung zu einem echten europäischen Pfeiler des atlantischen Bündnisses an". (alle Zitate aus FR, 6.12.94)

"Kern" und

"variable Geometrie"

Die BRD will die Entscheidung über die von ihr anvisierte Integration neuer Qualität auf der für 1996 geplanten "Maastricht Zwei"-Konferenz herbeiführen. Diesem Treffen kommt ohnehin entscheidende Bedeutung zu, muß es doch über den Weg zu der nach dem Vertrag von Maastricht schon ab 1997 möglichen, ab 1999 definitiv zu errichtenden Währungsunion entscheiden. Die BRD hat sich jetzt im Hinblick auf "Maastricht Zwei" in eine politisch vorteilhafte Position gebracht. Sie will "alles" und kann demzufolge auch viel anbieten. Mit dem Konzept "Kern-Europa", ergänzt um das Konzept "variable Geometrie", hat sie eine konsistente Strategie entwickelt, mit der sie die diversen europäischen Interessenlagen in ihrem Sinne unter einen Hut bekommen könnte. Mit der Idee eines "Kern-Europa" präsentiert sie sich als Streiterin für eine qualitativ fortschreitende europäische Integration hin zu einem supranationalen europäischen Bundesstaat. Dessen unmittelbar praktisches Zentrum wird zunächst die Einheitswährung sein, von den BRD-Strategen allerdings geschickt verknüpft mit dem "Angebot" bzw. mit der Forderung, im außen (und "innen-")politischen Bereich einen Gleichschritt herzustellen. Hier kommt die "variable Geometrie" ins Spiel: Staaten, die wirtschaftlich zur vollständigen wirtschaftlichen Einheit nicht willens oder noch nicht in der Lage sind, wird dennoch ermöglicht, an der EU-Integration auf außen- und innenpolitischem Feld teilzuhaben. Dies zielt in erster Linie auf die osteuropäischen Staaten. Umgekehrt könnten aber auch ökonomisch stabile Staaten, die aus innen- oder außenpolitischen Gründen die militärische Neutralität vorziehen (Finnland zum Beispiel), trotzdem an der europäischen Einheitswährung teilhaben.

Die Strategie der BRD steht und fällt in gewisser Weise mit der Bereitschaft Frankreichs, der Idee eines "Kern-Europa" zuzustimmen. Denn der eigentliche Kern des Kerns kann nach Lage der Dinge nur die "Achse" Deutschland - Frankreich sein. Für Frankreich hieße das, sich den wirtschaftspolitischen Vorgaben der BRD endgültig unterzuordnen (gegebenenfalls auch von ihnen zu profitieren) und zugleich den Aufstieg Deutschlands zu einer führenden politischen und militärischen Macht innerhalb einer zu bildenden

europäischen "Verteidigungsgemeinschaft" hinzunehmen - in der gleichzeitigen Hoffnung, daß sich die BRD damit innerhalb Westeuropas dauerhaft politisch (und militärisch!) einbinden läßt.

Zu der letztlich vom (Groß)kapital fast aller westeuropäischen Staaten in seinem Sinne betriebenen umfassenden wirtschaftlichen Integration Europas sind ökonomische und politische Alternativen nicht in Sicht. Dazu, daß staatsinterventionistische oder sozialstaatliche Kapitalismus-Varianten innerhalb der EU kaum mehr eine Chance haben, hat die Politik der BRD selbst entscheidend beigetragen. Da sich inzwischen die ökonomischen Verhältnisse innerhalb der EU (unter maßgeblicher Mitwirkung der Deutschen Bundesbank) weitgehend im Sinne der BRD entwickelt haben, ist es für sie nun naheliegend, sich zur treibenden Kraft des europäischen Einigungsprozesses aufzuschwingen. Die herrschenden Kreise der anderen EU-Staaten haben dem bislang politisch nichts entgegenzusetzen, und Alternativen sind von einer der Logik der kapitalistischen Weltmarktkonkurrenz verpflichteten Politik auch nicht zu erwarten. Nationale Töne, wie sie seit kurzem gelegentlich im französischen Präsidentschafts-Vorwahlkampf anklingen, dürften angesichts der "Sachzwänge" eine Episode bleiben - im übrigen ist dies eine Klaviatur, die die BRD bei Bedarf viel effektiver zu spielen vermag.

J./Westberlin

42. Quelldatei 25.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak374/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:374:25

Kalender

Archivtreffen

Hat die Linke auch keine Gegenwart, so hat sie doch eine Vergangenheit. Diese festzuhalten - wohl auch, um's in der Zukunft besser zu richten - sind im linken Umfeld eine Anzahl von Archiven mit unterschiedlicher Schwerpunktsetzung entstanden. Beim nächsten Archivtreffen (die bisherigen sind irgendwie am Kalender vorbeigegangen) soll ein allgemeiner Erfahrungsaustausch der Schwerpunkt sein. Zur Sprache kommen soll auch die Nutzung von EDV und Mailboxen. Wer Softwarewünsche (nur Shareware und Freeware) hat, melde sie vorher an und bringe Disketten mit.

21.1.95, 12 Uhr. Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS), Realschulstr. 51, Duisburg.

Frauen und Radio

Mitarbeiterinnen des Hamburger Radios St. Paula berichten über die Rolle der Frauen in der Geschichte des Rundfunks und stellen Hörbeispiele aus ihrer aktuellen Radioarbeit zur Diskussion. Die Veranstaltung wird von der MASCH gemeinsam mit Radio St. Paula durchgeführt.

21.1.95, 11-15 Uhr. Frauenkulturhaus Harburg, Küchgarten 10, Hamburg-Harburg. Nur für Frauen.

Jiddische Literatur und Illustration

Weithin vorherrschend ist ein romantisierendes bis verkitschtes Bild von der "untergegangenen Welt" (schon dies ein Euphemismus) des Ostjudentums. Ein ostpreußisch jüdelnder Fritz Muliar steht hier am unteren Ende der Skala, aber auch ein Chagall hat - ungewollt - die Realität ostjüdischen Lebens verkleistert. Allerdings bedienen die Romantisierer auch das weitverbreitete Bedürfnis, die Millionen ermordeter osteuropäischer Juden hinter "Luftmenschen" und "jüdischem Witz" verschwinden zu lassen. - Die Jiddisch-Lehrerin Dorothea Greve und der Publizist Klaus Mellenthin wollen dieser Rezeptionsmanier eine realitätsnahe Einführung in Leben und Sprache des Ostjudentums entgegensetzen. Neben Skizzen zum Schtetl und zur Sozialstruktur werden Erzählungen von Klassikern der jiddischen Literatur (Vortrag in Jiddisch mit Übersetzung) vorgestellt und interpretiert. Als Beispiel einer nicht romantisierenden Illustration ostjüdischen Lebens werden Lithographien und Zeichnungen des jüdisch-russischen Künstlers Anatoli Kaplan, der zahlreiche Werke der jiddischen Literatur illustriert hat, gezeigt.

26.1. u. 2.2.95, jeweils 19.30 Uhr. Gedenk- und Bildungsstätte Israelitische Töchterschule, Karolinenstr. 35, Hamburg.

Selbstverwaltete Ökonomie

Die FAU veranstaltet unter der Fragestellung "Selbstverwaltete Ökonomie, ein Weg der positiven Gesellschaftsveränderung?" ein Seminar. Die Themen der Referate sind: Geschichte der sozialen Ökonomie in Deutschland von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis 1933; Libertäre Geldtheorien; Selbstverwaltete Ökonomie und Strukturen im Kapitalismus; Gewerkschaften im Spannungsfeld zwischen ökologischen Forderungen und sozialen Interessen; Gruppenarbeit, Lean Management, Dezentralisierung - Hierarchieabbau als wichtige Formen der Integrierung und Gewinnmaximierung im kapitalistischen Betrieb. - Außerdem soll im Rahmen des Seminars ein Treffen von Beschäftigten aus den Bereichen Nahrungs- und Genußmittel, Land, Forstwirtschaft und Gartenbau durchgeführt werden, um nach Möglichkeit eine FAU-Gewerkschaft zu gründen.

27.-29.1.95, Wilhelmsaue/Letschin. Anmeldung und Infos: Thomas Beckmann, Dorfstr. 13, 16775 Wolfsruh, Tel. 033083/235.

Gesellschaftsvertrag

In den gesellschaftspolitischen Debatten der frühen 90er Jahre mehren sich die Hinweise auf die Notwendigkeit eines neuen Gesellschaftsvertrages. Hierfür stehen u.a. die Erklärung "Solidarität am Standort Deutschland" von 135 Sozial- und WirtschaftswissenschaftlerInnen und Gysis "Ingolstädter Manifest". Auf

einer Veranstaltung der MASCH Hamburg wird der Marburger Politologe Frank Deppe seine Position zur Debatte skizzieren und die Eckpunkte benennen, die einen neuen Gesellschaftsvertrag ausmachen müßten.

27.1.95, 19 Uhr. Phil-Turm, Saal G, Universität, Von-Melle-Park 6, Hamburg.

Kampf den alten und neuen Nazis

Unter dem Motto "Erinnern wir uns an 1933 - Kampf den alten und neuen Nazis" bereitet ein Bündnis Berliner antifaschistischer Gruppen anläßlich des 62. Jahrestages der Machtübernahme durch die NSDAP eine Demonstration vor. Ziel der Demonstration ist es auch, auf die starke Präsenz und die Aktivitäten der FAP (Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei) aufmerksam zu machen und gegen sie vorzugehen. (Der FAP ist es gelungen, in mehreren Bezirken Ostberlins Fuß zu fassen, eine ihrer aktivsten Gruppen befindet sich am Prenzlauer Berg.)

Kontakt: Antifaschistisches Bündnis Prenzlauer Berg, p.A. BAOBAB-Infoladen, Winsstr. 53, 10405 Berlin, Tel. u. Fax 030-4426174.

Der Golem

Nach der Aufführung des Jüdischen Kulturbunds Berlin 1937 wird das Schauspiel des jiddischen Dichters H. Leivick "Der Golem" zum ersten Mal wieder in Deutschland gespielt. Die jüdische Legende vom Golem ist die wohl älteste Geschichte vom Versuch des Menschen, sein Ebenbild zu erschaffen. Um die Juden vor Verfolgung zu schützen, schuf, so die Legende, der Prager Rabbi Löw einen riesigen Mann aus Lehm, einen Diener, der jedoch zerstört werden muß, als er sich gegen seinen Meister wendet. Leivick hat aus dem Stoff unter dem Eindruck der Russischen Revolution das Drama des modernen Menschen gemacht, in dem man den Politiker, Wissenschaftler, Philosophen und Künstler wiedererkennen kann, dem seine Schöpfung außer Kontrolle gerät. Für die Hamburger Kammerspiele, das ehemalige Haus des Jüdischen Kulturbunds in Hamburg, hat der Peter-Brook-Schauspieler und Regisseur Bruce Myers den "Golem" für sechs Schauspieler und den Klezmer-Musiker Giora Feidman bearbeitet und inszeniert.

30.1.-4.2., 15.2.-19.2., 21.-26.2.95, jeweils 20 Uhr. Hamburger Kammerspiele, Hartungstr. 9, Hamburg. Kartentelefon: 040-442211.

Kuba

Ein Vierteljahr nach dem BUKO-Bundeskongreß "Cuba: Die Revolution in Gefahr" findet - wie von allen TeilnehmerInnen beschlossen - das Folgeseminar statt. Schwerpunkt dieses Seminars werden die Arbeitsgruppen "Cubanothilfe" (konkrete Projekte für technische und medizinische Unterstützung), "Alternative Energiequellen" und "Politische Kampagnen - Öffentlichkeitsarbeit" sein.

3.2., ab 18 Uhr bis 5.2.95, 13 Uhr. Teestube "Madia", 2/3-Weltladen, Lindenstr. 53, 14467 Potsdam. Anmeldung erwünscht bis zum 21.1.95. Programm und Anmeldungsformular über Tel. 0331 - 294004 (Kalle, nur tagsüber).

Rußland

Der Publizist Kai Ehlers referiert über die bisherigen Reformen in Rußland und die Besonderheiten des "russischen Weges".

9.2.95, 19 Uhr. Die Neue Gesellschaft, Rothenbaumchaussee 19, 20148 Hamburg.

Migration und Rassismus

Erinnert sei an den Kongreß "Migration und Rassismus in europäischen Hafenstädten" (s. ak 373, S. 25).

16.-19.2.95, Hamburg. Information und Anmeldung: Werkstatt 3, Nernstweg 32, 22765 Hamburg. Tel. 040-392191, Fax 040-3909866.